Schleswig-Holsteinischer Landtag
15. Wahlperiode

Plenarprotokoll 15/18
00-12-13

Plenarprotokoll

18. Sitzung

Kiel, Mittwoch, 13. Dezember 2000

Gemeinsame Beratung 1283

a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des schleswig-holsteinischen Abgeordnetengesetzes . 1283

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 15/518

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 15/553

b) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe auf die Entnahme von Wasser aus oberirdischen Gewässern (Oberflächenwasserabgabegesetz - OWAG) 1283

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/439

Bericht und Beschlussempfehlung des Umweltausschusses
Drucksache 15/556

c) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes 2001 (Haushaltsgesetz 2001) 1283

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/290

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 15/557

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/586

Änderungsanträge der Fraktion der CDU
Drucksachen 15/587 (neu) - 2. Fassung - und 15/594

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/600 (neu), 15/602 und 15/603

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 15/601

d) a) **Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und des Jugendförderungsgesetzes** 1284

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/524 (neu)

b) **Bericht über die Vorschläge der Landesregierung zur Beschlussempfehlung des Sonderausschusses „Kommunales zur Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen dem Land und den Kommunen“** 1284

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/526

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 15/560 (neu)

Bericht und Empfehlung der Enquetekommission zur „Neuordnung der Beziehungen zwischen Land und Kommunen sowie der Kommunen untereinander“
Drucksache 15/593

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/599

Monika Schwalm [CDU] 1284
Frauke Tengler [CDU] 1284
Ursula Kähler [SPD] 1284
Lothar Hay [SPD] 1286, 1332
Martin Kayenburg [CDU] 1295, 1331, 1363
Wolfgang Kubicki [F.D.P.] 1303, 1332, 1363
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] 1311, 1333
Anke Spoorendonk [SSW] 1317, 1334, 1340
Heide Simonis, Ministerpräsidentin 1322
Günter Neugebauer [SPD] 1334, 1347
Reinhard Sager [CDU] 1335
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] 1337, 1351
Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie 1343
Günther Hildebrand [F.D.P.] 1348
Klaus Buß, Innenminister 1351
Helmut Jacobs [SPD] 1353
Ursula Sassen [CDU] 1354
Dr. Trutz Graf Kerssenbrock [CDU] 1355
Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] 1356
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] 1356
Lars Harms [SSW] 1357
Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten 1358
Thomas Stritzl [CDU] 1361
Thorsten Geißler [CDU] 1362

Beschluss: 1. Verabschiedung der Gesetzentwürfe Drucksachen 15/518, 15/439, 15/524 (neu) und 15/290
2. Kenntnisnahme des Berichts 15/526 1369

* * * *

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Anne Lütkes, Stellvertreterin der Ministerpräsidentin und Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Klaus Buß, Innenminister

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales

* * * *

Beginn: 10:00 Uhr

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie und eröffne hiermit die 8. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages.

Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig.

Erkrankt ist Herr Abgeordneter Eichelberg, dem ich von dieser Stelle in Ihrem Namen gute Genesung wünsche.

(Beifall)

Beurlaubt ist Frau Abgeordnete Kleiner.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung über die im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich dahin verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln.

Zu den Tagesordnungspunkten 3, 4, 19 bis 21, 27, 29 und 32 ist eine Aussprache nicht geplant.

Zur gemeinsamen Beratung sind die Punkte 2, 17 und 18, Regierungserklärung mit den dazu vorliegenden Anträgen zu den BSE-Vorkommnissen, die Punkte 7, 5, 6 und 10, Haushaltsgesetz 2001, Änderung Abgeordnetengesetz, Oberflächenwasserabgabegesetz und Änderung des Finanzausgleichsgesetzes, vorgesehen.

Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Punkte 22 und 31.

Ferner wurde mir mitgeteilt, dass sich die Fraktionen verständigt haben, den Tagesordnungspunkt 8, Gesetzentwurf zur Änderung rundfunkrechtlicher Vorschriften, und die Punkte 23, 24 und 25, Entwicklung der CAU, Zukunft der Agrar- und Ernährungswissenschaftlichen Fakultät und Zielvereinbarungen zwischen dem Land und den Hochschulen, ohne Aussprache zu behandeln.

Anträge zur Aktuellen Stunde und zur Fragestunde liegen nicht vor.

Wann die einzelnen Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratungen der 8. Tagung.

Wir werden unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause jeweils bis längstens 18 Uhr tagen. - Widerspruch höre ich nicht. Dann werden wir so verfahren.

Ich möchte gern noch Besucherinnen und Besucher begrüßen. Auf der Tribüne befinden sich Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer der Jens-Jenssen-Schule, Flensburg, der Hans-Brüggemann-Schule, Bordesholm, und der Beruflichen Schulen am Ravensberg in Kiel. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe jetzt die Tagesordnungspunkte 5, 6, 7 und 10 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des schleswig-holsteinischen Abgeordnetengesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 15/518

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 15/553

b) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe auf die Entnahme von Wasser aus oberirdischen Gewässern (Oberflächenwasserabgabegesetz - OWAG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/439

Bericht und Beschlussempfehlung des Umweltausschusses
Drucksache 15/556

c) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes 2001 (Haushaltsgesetz 2001)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/290

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 15/557

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/586

Änderungsanträge der Fraktion der CDU
Drucksachen 15/587 (neu) - 2. Fassung - und 15/594

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/600 (neu), 15/602 und 15/603

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 15/601

(Präsident Heinz-Werner Arens)

d) a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und des Jugendförderungsgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/524 (neu)

b) Bericht über die Vorschläge der Landesregierung zur Beschlussempfehlung des Sonderausschusses „Kommunales zur Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen dem Land und den Kommunen"

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/526

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 15/560 (neu)

Bericht und Empfehlung der Enquetekommission zur „Neuordnung der Beziehungen zwischen Land und Kommunen sowie der Kommunen untereinander"
Drucksache 15/593

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/599

Mit Ihrer Erlaubnis erteile ich zu den Tagesordnungspunkten 5 und 10 das Wort zunächst der Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, der Frau Abgeordneten Schwalm. Frau Schwalm, Sie haben das Wort.

Monika Schwalm [CDU]:

Herr Präsident! Ich verweise zu beiden Tagesordnungspunkten auf die Vorlage.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke für diese Berichterstattung.

Ich erteile zum Tagesordnungspunkt 6 der Vorsitzenden des Umweltausschusses, der Frau Abgeordneten Tengler, das Wort.

Frauke Tengler [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Umweltausschuss hat den Entwurf eines Oberflächenwasserabgabegesetzes, Drucksache 15/439, der ihm durch Plenarbeschluss vom 18. Oktober 2000 federführend sowie dem Finanzausschuss und dem Wirtschaftsausschuss zur Mitberatung überwiesen worden war, in seiner Sitzung am 29. November beraten.

Vorbehaltlich der Voten der beteiligten Ausschüsse, die bis zum 29. November noch nicht eingegangen waren, empfiehlt der Umweltausschuss dem Landtag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P., den Gesetzentwurf in unveränderter Fassung anzunehmen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke Ihnen für die Berichterstattung, Frau Abgeordnete! Auch zu dieser Berichterstattung sehe ich keine Wortmeldung.

Dann erteile ich nunmehr zu Tagesordnungspunkt 7 der Berichterstatterin des Finanzausschusses, der Frau Abgeordneten Kähler, das Wort.

Ursula Kähler [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Finanzausschuss hat den ihm durch Plenarbeschluss vom 27. September 2000 überwiesenen Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans 2001 in 13 Sitzungen, zuletzt am 7. Dezember, beraten.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit.

Ursula Kähler [SPD]:

An der Beratung der Einzelpläne waren die jeweils zuständigen Fachausschüsse beteiligt.

Im zum Teil zeitlichen, zum Teil inhaltlichen Zusammenhang mit dem **Haushaltsentwurf 2001** wurden unter anderem beraten der Bericht der Landesregierung über die finanzielle Absicherung des Programms „ziel - Zukunft im eigenen Land", der Entwurf eines Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe auf die Entnahme von Wasser aus oberirdischen Gewässern, der Bericht der Landesregierung zur Entwicklung der GMSH, der Bericht der Landesregierung über die Zusammenarbeit zwischen den norddeutschen Ländern, die beratende Stellungnahme des Landesrechnungshofs zur Informationstechnik der Landtagsverwaltung - für die Erstellung in der kurzen Zeit bedanke ich mich beim Landesrechnungshof ganz herzlich - und der Bericht des Innenministeriums über den Projektstatus und die Finanzierung des Fachverfahrens „Polizeiliches Informationssystem INPOL-neu" mit Erteilung der Einwilligung in außerplanmäßige und überplanmäßige Ausgaben in 2000.

Daneben hat sich der Finanzausschuss auch noch mit etlichen Vorlagen befasst, die vom zentralen Stellenpool für Schwerbehinderte über die beihilferechtliche Situation von kassenzugelassenen Sprachheilpädagogen bis zu Kosten und Nutzen der schleswig-

(Ursula Kähler)

holsteinischen Beteiligung an der Expo 2000 reichten. Was die beihilferechtliche Situation von kassenzugelassenen Sprachheilpädagogen angeht, so empfiehlt der Ausschuss eine zufrieden stellende Umsetzung im Sinne der kassenzugelassenen Sprachheilpädagogen.

In diesem Jahr konnte der Finanzausschuss zum zweiten Mal von Beginn der Beratung des Haushaltsentwurfs an die am 12. Juli 2000 einvernehmlich beschlossene Zeitplanung und die Vorgehensweise bei der Beratung umsetzen. Den Fraktionen wurde damit zusätzliche Beratungszeit vorgegeben, weil Fragen zu den Einzelplänen - insbesondere von den Oppositionsfraktionen - schriftlich im Ausschuss eingebracht und innerhalb kürzester Zeit von der Landesregierung auch schriftlich beantwortet wurden. Der Fragenkatalog sämtlicher Fraktionen bestand aus sieben Exemplaren, die Antworten der Landesregierung umfassten 22 Exemplare, zum Teil mit einem Umfang von über 100 Seiten.

Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang eine Vorlage der - lassen Sie es mich einmal so nennen - sechsten Fraktion des Landestages, nämlich des Landesrechnungshofs, der im Rahmen seiner Beratungsfunktion eine Analyse des Haushaltsentwurfs 2001 und der Finanzlage des Landes vorlegte.

Ebenso erwähnenswert ist die Vorlage des Finanzministers zur Mittelbewirtschaftung und zum Kostenrechnungssystem für die Landesverwaltung. Die Frage, ob die SAP-Software in der Landesverwaltung vollends eingesetzt wird oder nicht, wurde bisher formal offen gelassen; die in Zusammenarbeit mit Hamburg festgelegten Anforderungen an das Bewirtschaftungssystem werden von der SAP eventuell noch umgesetzt werden müssen, weil dieser Bereich noch nicht ganz abgeschlossen ist. Die bisherigen Erfahrungen der Pilotbehörden sind unterschiedlich. Technische oder organisatorische Probleme sind erkannt und wurden oder werden noch abgestellt. Der Finanzausschuss wird sich im ersten Quartal 2001 weiter mit dieser Thematik beschäftigen.

Am 7. Dezember 2000 schloss der Ausschuss seine Beratungen planmäßig ab. Gegenstand der Beratungen waren die Anträge der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der CDU, der F.D.P. und der Abgeordneten des SSW und die so genannte **Nachschiebelisten** sowohl der Landtagsverwaltungen als auch der Landesregierung. Außerdem wurden weitere Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf der Landesregierung in die Beratung einbezogen. Mit ihnen ergaben sich weitere Änderungen gegenüber dem Haushaltsentwurf 2001 mit zum Teil erheblichen finanziellen Auswirkungen. Dies betrifft folgende Bereiche.

Die Situation der schleswig-holsteinischen **Werften** und der Umgang mit der Werftenhilfe: Hierzu hat der Finanzausschuss ein intensives Gespräch mit den Vorstandsmitgliedern des Fachverbandes geführt.

Ferner hat der Bundesgesetzgeber mit Wirkung vom 2. Dezember 2000 ein Verbot zur Verfütterung von Tiermehl beschlossen. Hierdurch entfallen bei den Tierkörperbeseitigungsanstalten bisherige Erlöse aus der Veräußerung von Tiermehl; außerdem entstehen den Tierkörperbeseitigungsanstalten zusätzliche Ausgaben für die Beseitigung von Tiermehl. Diese Belastungen sollen nicht ausschließlich von den Landwirten, die bisher die Defizite der Tierkörperbeseitigungsanstalten ausgeglichen haben, getragen werden. Außerdem sollen aufgrund einer Dringlichkeitsverordnung der Bundesregierung vom 6. Dezember dieses Jahres an BSE-Schnelltests für alle Schlachtrinder über 30 Monate verbindlich eingeführt werden. Hierfür müssen Laborkapazitäten des Landes erweitert werden.

Hier gilt es festzuhalten, dass der Finanzausschuss Wert darauf legt, dass durch diese Maßnahme zur Erhöhung der erforderlichen Laborkapazitäten keinesfalls ein noch inhaltlich zu beleuchtendes langjährig gefordertes Laborkonzept schon jetzt in irgendeiner Weise festgelegt wird. Der Finanzausschuss hat sich vorbehalten, gemeinsam mit den Fachausschüssen das **Landeslaborkonzept** zu Beginn des Jahres 2001 erneut aufzurufen und zu beraten.

Am 1. Dezember 2000 ist im Bundesrat das Gesetz zur Zahlung eines **Heizkostenzuschusses** an Wohngeld-, BAföG- und sonstige Empfänger verabschiedet worden. Die Kosten dieser Zuschüsse trägt zwar in vollem Umfang der Bund; die Abwicklung erfolgt aber über den Landeshaushalt. Im Haushalt von Schleswig-Holstein sollten deshalb noch die formalen haushaltsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden.

Am 7. Dezember schloss der Ausschuss seine Beratungen ab.

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut!)

Mit der Drucksache 15/557 legt der Finanzausschuss die Beschlussempfehlung zum Haushaltsentwurf 2001 vor

(Beifall der Abgeordneten Lothar Hay [SPD] und Günter Neugebauer [SPD])

und empfiehlt mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P., den Gesetzentwurf in geänderter Fassung anzunehmen. Ferner schlägt der Ausschuss vor, den Gesamtplan in der Neufassung, die Einzelpläne des Haushalts einschließlich der Erläuterungen mit den in

(Ursula Kähler)

der Anlagen 1 zusammengefassten Änderungen und Ergänzungen sowie den als Anlage 2 beigefügten Änderungsvorschlag zu den Stellenplänen und Stellenübersichten anzunehmen.

Wegen der weiteren Einzelheiten verweise ich auf die Ihnen vorliegende Beschlussempfehlung zum Haushaltsentwurf 2001. Die Berichterstattung über Schwerpunkte bei der Beratung des Haushaltsentwurfs und über seine Eckwerte erspare ich mir, weil diese Themen - wie in der Vergangenheit auch - Gegenstand der folgenden Aussprache sein werden.

Einigkeit bestand im Finanzausschuss über das Ziel, die finanzielle **Handlungsfähigkeit des Landes** zu sichern. Ich nenne nur einige Stichworte: Die Begrenzung der Neuverschuldung, die Verbesserung der Einnahmen, die Verringerung der Ausgaben - insbesondere durch die Verwaltungsreform -, die Begrenzung des Personalkostenanteils am Haushalt, die Vorsorge für zukünftige Pensionslasten, den Abbau von Subventionen und ähnliches. Die Wege, die zu diesem auf allen Fraktionsseiten erkannten Ziel führen, werden aber unterschiedlich beurteilt.

Der Finanzausschuss empfiehlt weiter, den von der Landesregierung vorgelegten **Finanzplan des Landes für die Jahre 2000 bis 2004**, Drucksache 15/337, zur Kenntnis zu nehmen.

Abschließend habe ich die angenehme Aufgabe, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ministerien - selbstverständlich unter Einschluss der politischen Spitze - ebenso für die gute Zusammenarbeit während der Haushaltsberatungen zu danken wie auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung, insbesondere Herrn Breitkopf als Geschäftsführer des Finanzausschusses.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mein persönlicher Dank geht an die Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen des Finanzausschusses für die vertrauensvolle und - wie ich finde - manchmal auch sehr fröhliche Zusammenarbeit.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Wird zum Bericht das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Beratung.

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass nach der ersten Rederunde eine Runde zu Tagesordnungspunkt 6, Entwurf eines Oberflächenwasserabgabesetzes, erfolgen soll; so ist es vereinbart.

Jetzt hat Herr Abgeordneter Hay das Wort.

Lothar Hay [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nun sitzen wir hier also alle wieder zusammen - Regierung, Fraktionen, Journalisten und zahlreiche Mitarbeiter - in unserem Container „Landeshaus". Eine gewisse Ähnlichkeit zur Situation der Bewohner des Big-Brother-Containers ist nicht zu leugnen.

(Zurufe von der CDU: Was? Was?)

Auch hier halten viele, ohne ihre eigene Wahrnehmung kritisch zu überprüfen, die Innenwelt im Landeshaus für die Wirklichkeit im Lande. Ich bin mir sicher, dass das, was wir hier jeden Tag erleben, nur ein kleiner Teil der Wirklichkeit ist, und versuche für mich persönlich, die Zahl meiner Außenkontakte zu den Nichtbewohnern unseres Containers so intensiv wie möglich aufrechtzuerhalten.

(Beifall bei der SPD)

Ich gebe ja ungern Empfehlungen und Ratschläge, aber diese Empfehlung möchte ich auch gern in Richtung Opposition geben und auch manchem Vertreter der Medien könnte ein kleiner Ausflug in die Außenwelt ab und an nicht schaden.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD - Klaus Schlie [CDU]: Wie ist es denn mit euch?)

Das Angenehme an der Arbeit der nächsten Jahre ist, dass man - anders als bei Big Brother - nicht wöchentlich, sondern nur einmal in fünf Jahren hinausgewählt werden kann; dies ist in einer **parlamentarischen Demokratie** auch sinnvoll. Aber leider muss man feststellen, dass dieser Unterschied nicht allen so klar ist.

Wie sollten beispielsweise einige hektische Aktivitäten des CDU-Landesvorsitzenden Wadephul sonst zu erklären sein?

(Zurufe von der CDU)

Weil er die Angaben des Innenministers hinsichtlich der **Situation der Polizei** in Frage stellte, schickte er doch tatsächlich seine Ortsvereinsvorsitzenden aus, um diese Angaben in den Polizeidienststellen zu überprüfen.

(Zurufe von der CDU: Warum nicht? - Mit Recht! - Weitere Zurufe von CDU und SPD)

Als Jurist musste ihm klar sein, dass die Polizisten hierzu keine Angaben machen dürfen und dass dadurch einzelne Polizisten, wenn sie dem Drängen trotzdem nachgegeben hätten, in eine schwierige Lage

(Lothar Hay)

gekommen wären. Aber das scheint Herrn Wadephul nicht besonders interessiert zu haben.

(Klaus Schlie [CDU]: Wer außer ihm ist denn sonst aktiv geworden? - Weitere Zurufe von der CDU)

Wie wäre denn sonst seine flapsige Reaktion auf die Nachfrage bezüglich seiner Fragebogenaktivitäten zu verstehen? - Er antwortete: Wenn einer seiner Parteifreunde in einem Polizeirevier nachfrage und erfahre, dass man nichts sagen dürfe, dann sei das völlig okay.

Meine Damen und Herren von der Opposition, das kann doch nicht Ihr Ernst sein. Sie wissen von vornherein, dass die Polizisten nicht die Möglichkeit haben, Ihnen Auskunft zu erteilen; trotzdem schicken sie treuherzig Ihre Parteifreunde los, genau dies auszuprobieren und zu erkunden.

Die F.D.P. reagierte natürlich im Prinzip richtig. Auch ich kann über diese Aktion der CDU eigentlich nur schmunzeln und lachen. Allerdings - und das meine ich sehr ernst - erlaube ich mir die Frage, was sich wohl heute hier im Landtag abgespielt hätte und wie möglicherweise von den Medien reagiert worden wäre, wenn diese Aktion in umgekehrter Weise von den Sozialdemokraten ausgegangen wäre.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh! - Klaus Schlie [CDU]: Das hätten sie mal machen sollen!)

Das hätte sicherlich wieder nach parlamentarischem Untersuchungsausschuss mit zahlreichen Polizisten aus den Dienststellen gerochen.

(Heiterkeit bei der SPD - Lachen bei der CDU - Zurufe von der CDU und der F.D.P.)

Aber lassen wir das, Herr Wadephul!

(Thorsten Geißler [CDU]: Ich glaube, Sie haben das falsche Manuskript!)

Jeder blamiert sich so gut er kann. Ihre ersten hundert Tage als Landesvorsitzender sind vorbei und irgendwann ist der Bart ab.

(Beifall bei der SPD - Klaus Schlie [CDU]: Aber Ihre Zeit als Kronprinz auch!)

Ich möchte mich dem Dank der Finanzausschussvorsitzenden anschließen und mich bei all denjenigen bedanken, die an dem **Haushaltsentwurf 2001** in den einzelnen Ministerien mitgearbeitet haben. Aber danken möchte ich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Haushaltsabteilung des Finanzministeriums und insbesondere dem Staatssekretär Uwe Döring und unserem Finanzminister Claus Möller.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Anke Spoorendonk [SSW])

Viele üben Kritik am Finanzminister. Aber möchte denn wirklich jemand von Ihnen, den Kritikern, im Ernst mit Claus Möller tauschen? Ein Finanzminister in Schleswig-Holstein wird auch in den kommenden Jahren keine Spendierhosen anhaben.

(Roswitha Strauß [CDU]: Wenn es nur das wäre!)

Wenn wir mit Blick auf die mittelfristige Finanzplanung vielleicht auch nicht ganz so weit gekommen sind, wie wir eigentlich kommen wollten, haben wir doch einen Einstieg geschafft, von dem aus wir in den nächsten Jahren weiterarbeiten können.

Erlauben Sie mir einen weiteren kleinen Hinweis. Wenn hier wegen fehlender inhaltlicher Themen bei der Opposition häufig über eine mögliche Amtsmüdigkeit der Ministerpräsidentin schwadroniert wird,

(Lachen bei der CDU - Zurufe von der CDU: Oh, oh, oh! - Heinz Maurus [CDU]: Woher kommt das denn? - Anhaltende Zurufe - Glocke des Präsidenten)

dann kann ich nur sagen, dass der kompetente Umgang Heide Simonis' mit dem für uns alle bedrückenden Thema **BSE** in den letzten Wochen der beste Beweis dafür ist, dass von Amtsmüdigkeit nichts zu spüren ist.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Anhaltende Zurufe von der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das sollten Sie sich ruhig in aller Aufmerksamkeit anhören.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das Donnerwetter folgt! - Heiterkeit)

Die Ministerpräsidentin, die das BSE-Problem zur Chefinnensache gemacht hat, hat es gemeinsam mit der zuständigen Fachministerin Ingrid Franzen und dem zuständigen Fachminister Klaus Müller hervorragend gemanagt. Sie hat den verunsicherten Verbrauchern Zusammenhänge transparent gemacht und sich damit für unsere Landwirtschaft stark gemacht.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dafür möchte ich mich sowohl bei Heide Simonis als auch bei den Fachministern ausdrücklich bedanken.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe von der CDU - Anhaltende Unruhe)

(Lothar Hay)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte nun einen weiteren Punkt, den wir heute Morgen auch schon in den Medien lesen konnten, an den Beginn meiner Haushaltsrede stellen. Ich möchte mich bei Ute Erdsiek-Rave und allen an den Verhandlungen Beteiligten zum **Verkauf des Plöner Schlosses** ausdrücklich bedanken und sie beglückwünschen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Mit dem Abschluss des Vertrages ist es gelungen, zahlreiche Probleme auf einmal zu lösen.

(Herlich Marie Todsen-Reese [CDU]: Ist der Vertrag schon abgeschlossen? - Weitere Zurufe von der CDU)

Erstens. Das Plöner Schloss erhält eine gesicherte Zukunft in einem baulichen Rahmen, der auch die Belange der Denkmalpflege berücksichtigt.

Zweitens. Die Verkaufssumme wird dazu beitragen, Salzau in den nächsten Jahren in einen baulichen Zustand zu versetzen, der sich sehen lassen kann.

Drittens. Schloss Gottorf und die Kulturstiftung erhalten eine finanzielle Unterstützung, die beide Institutionen deutlich nach vorn bringen wird.

Viertens - das ist ein ganz wichtiger Punkt auch für die Mitglieder im Finanzausschuss -: Das Land wird auf Dauer von jährlich 1 Million DM entlastet werden.

Ich kündige damit an, dass die SPD-Fraktion diesem Vertrag seine Zustimmung im Rahmen der Hauhaltsdebatte geben wird.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aber lassen Sie mich auch deutlich machen, dass es hier natürlich auch Schattenseiten gibt.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

- Hören Sie doch ruhig zu!

(Klaus Schlie [CDU]: Ja, ja!)

Damit meine ich, dass der Internatsbetrieb im Schloss Plön nicht fortgeführt werden kann. Dies ist bedauerlich.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Aber ich bin sicher, dass das zuständige Ministerium nach sozialverträglichen Lösungen für alle Schülerinnen und Schüler und das Personal suchen und sie auch finden wird. Besonders wichtig ist für mich Folgendes: Für die Stadt Plön ergeben sich von heute an, wenn die Entscheidung in diesem hohen Hause getroffen wird, klare Perspektiven aus dieser Entscheidung, was das Schloss insgesamt betrifft.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Das ist eine positive Nachricht. Dazu sollten wir nicht nur ausdrücklich unsere Ministerin Erdsiek-Rave beglückwünschen, sondern wir sollten auch durch eine entschlossene Entscheidung hier im Landtag dahinter stehen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lassen Sie mich einen kurzen Blick nach **Berlin** werfen. Ich habe schon bei der Einbringung des Haushaltsentwurfs im September gesagt, dass die schleswig-holsteinische SPD geschlossen hinter der Politik von Hans Eichel steht, weil wir der Meinung sind, es ist der richtige Weg, durch **Steuerreformen** zur Entlastung der privaten Haushalte bis zum Jahre 2005 in einer Größenordnung von 65 Milliarden DM zu kommen.

Aus unserer Sicht ist das ein wesentlicher Beitrag zur Belebung der Wirtschaft. Wir hoffen, dass infolge dieser Belebung auch zusätzliche Steuereinnahmen in die Kassen des Landes fließen werden. Wir sind uns auch einig, dass es keine Alternative dazu gibt, die Neuverschuldung des Bundes herabzufahren.

Aber man muss auch immer wieder deutlich betonen, dass dabei der Spielraum für weitere Steuersenkungen aus der Sicht der Länder ausgeschöpft ist. Wir können nicht mehr verkraften, wenn wir nicht weitere große Einschnitte vornehmen, die insgesamt dann auch die **Handlungsfähigkeit des Landes** zumindest im Ansatz gefährden könnten.

(Beifall bei SPD, SSW und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dies müssen wir auch in aller Deutlichkeit gegenüber der Bundesebene sagen, wenn es um die Rentenreform geht und wenn es um den Länderfinanzausgleich geht. Nachdem sich die Berliner Koalitionsfraktionen mühselig bei der **Entfernungspauschale** geeinigt haben, schaue ich im Augenblick mit großer Freude auf das Verhalten der CDU-regierten Länder. Einerseits haben sie in den letzten Monaten immer wieder den Verzicht auf die Ökosteuer gefordert,

(Zuruf von der CDU: Zu Recht!)

andererseits wird jetzt vielen Menschen durch die Regelung der Entfernungspauschale ein Angebot für

(Lothar Hay)

eine spürbare Entlastung gemacht und das, obwohl die Benzinpreise im Augenblick wieder sinken.

(Werner Kalinka [CDU]: Von Entlastung kann hier nicht die Rede sein!)

Wenn es der Berliner Opposition also um eine Verringerung der Belastung der privaten Haushalte ginge, dann müsste sie eigentlich dem Kompromiss hinsichtlich der Entfernungspauschale auch im Bundesrat die Zustimmung geben.

(Zuruf der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Ich bin gespannt, wo der Kompromiss mit den CDU-regierten Ländern auch im Interesse der Pendler in unserem Lande gefunden wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Deren Interessen sind so nicht gewahrt! - Weitere Zurufe)

Ich bin durchaus bereit - auch wenn ich weiß, dass das nicht unbedingt eine Eigenschaft ist, die man Politikern zutraut -, selbstkritisch und kritisch über eigene Positionen nachzudenken.

Das Geschenk aus Berlin - damit meine ich die Erhöhung der **Werftenhilfe** - ist ein Geschenk gewesen, das uns die Aufstellung des Haushalts 2001 nicht leichter gemacht hat. Wir werden die Mittel für 2001 und die Folgejahre noch einmal um 20 Millionen DM auf insgesamt 80 Millionen DM aufstocken. Wir sind uns dabei aber bewusst, dass bei der Regelung zwei Drittel Land, ein Drittel Bund für Schleswig-Holstein nicht die Möglichkeit gegeben ist, eine vollständige Mittelbindung herbeizuführen.

Wir lassen uns allerdings von niemandem vorwerfen, in der Vergangenheit nicht alles getan zu haben, die Werften in Schleswig-Holstein im Rahmen der Haushaltsmöglichkeiten unterstützt zu haben. Das muss der Maßstab sein.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Im Rahmen der Debatte werden wir sicherlich noch darauf zurückkommen. Der Vorschlag der Opposition, eine Erhöhung der Mittel für die Werften durch Kürzungen im Bereich des Regionalprogramms zu finanzieren, ist aus meiner Sicht nur dann ein ernst zu nehmender Diskussionsbeitrag, wenn Sie hier deutlich erklären, auf welche Projekte Sie in den Folgejahren verzichten wollen und welche bereits zugesagten Projekte nicht ausfinanziert werden sollen oder zurückgestellt werden müssen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unterhalten wir uns einmal über die Größenordnungen: Die Vorschläge der Opposition bedeuten, dass wir weitere 40 Millionen DM zugunsten der Werften umschichten müssten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Auf mehrere Jahre verteilt!)

Das könnten wir im Rahmen einer soliden Haushaltspolitik nicht leisten. Daher wird die SPD-Fraktion diesen Antrag auch nicht unterstützen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich versuche immer wieder, an die Gemeinsamkeit zu appellieren, auch wenn ich weiß, dass das ein schwieriger Weg ist. Gemeinsamkeit heißt, dass beide Seiten diesen Weg gehen. Wir sollten in Brüssel noch deutlicher als bisher sagen, dass wir mit dem, was bisher vonseiten der EU-Kommission zum Thema Südkorea gelaufen ist, sehr unzufrieden sind.

(Beifall bei der SPD)

Das sind keine Verhandlungen mit dem Ziel, den Wettbewerb wieder auf eine vernünftige Grundlage zu stellen. Hier wird vielmehr so getan, als sei alles geregelt. Nach wie vor wird vonseiten Südkoreas gegen unsere Werften ein gnadenloser Vernichtungswettbewerb geführt. Das können wir nicht zulassen.

(Beifall bei der SPD)

Mit dem Haushaltsentwurf 2001 haben wir ein wichtiges Etappenziel erreicht, auf dessen Basis wir in den nächsten Jahren sinnvoll weiterarbeiten können. Denjenigen, die immer mehr Einsparungen fordern, dann aber zu fast jeder Kürzung von Regierung und Regierungsfraktion Nein sagen, muss ich deutlich sagen, dass wir bereits in diesem Jahr vielen Vereinen und Verbänden **Kürzungen** zugemutet haben, die an die Grenze des Erträglichen gehen.

Heute Morgen habe ich in einer bunten Tageszeitung lesen können, dass der Oppositionsführer über Gespräche mit mir enttäuscht war. Ich hatte bisher den Eindruck, dass diese Gespräche sehr konstruktiv waren und dass wir uns auf einem Weg befanden, der dazu hätte führen können, dass wir uns über bestimmte Grunddaten des Haushalts - auch in den Folgejahren - dahin gehend verständigen, Kürzungen gemeinsam zu tragen. Ich bin nicht enttäuscht. An einem kleinen Beispiel möchte ich jedoch deutlich machen, wie weit wir davon entfernt sind.

Unser Vorschlag, den Zuschuss für die Akademie für Publizistik von 27.000 DM auf null zu setzen, führte

(Lothar Hay)

postwendend zu dem Nein der Opposition. Ich hatte den Eindruck, dass nach Ansicht der Opposition mit dieser Kürzung der Untergang des medialen Abendlandes erreicht wäre. Wir haben noch sehr viel zu tun, wenn wir Kürzungen gemeinsam tragen wollen, es jedoch bei einer so kleinen Position nicht möglich ist zu sagen, okay, diese Kürzung ist in Ordnung.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn ich dies bewusst angesprochen habe, dann meine ich damit auch, dass jeder von Ihnen - ebenso wie jedes Mitglied meiner Fraktion - weiß, dass weiter schwierige Jahre vor uns liegen und dass wir erst am Anfang einer Entwicklung stehen, die immer das Ziel haben muss, den Haushalt so umzugestalten, dass wir in Zukunft Politik als gestalterisches Element einsetzen können.

Wir werden in Zukunft weiter die Ausgaben verringern müssen, denn die Gestaltung der Einnahmenhöhe liegt nicht bei uns. Für den Haushalt 2001 haben wir aus den Anmeldungen für die **Förderprogramme** mehr als 70 Millionen DM herausgenommen. Wir sind uns darüber im Klaren, dass dies für die Folgejahre nicht ausreichen wird. Wir stehen geschlossen zu der Entscheidung, die Einnahmen aus der Aktion, Lehrer wieder als Beamte einzustellen, im Jahr 2001 sowie in den Folgejahren für den Abbau der Neuverschuldung zu nutzen.

Wir halten an dem Ziel fest, gemeinsam mit der Regierung bis zum Jahre 2008 die **Neuverschuldung** auf null zu reduzieren. Das ist unsere Politik für die nächste Generation, um Belastungen von ihr fernzuhalten.

(Beifall bei der SPD)

Bei den Beratungen zwischen Rot und Grün gab es am Ende der Haushaltsberatungen einige Turbulenzen. Wir waren uns allerdings einig und haben die Sparbemühungen erfolgreich in einen gemeinsamen Antrag umgesetzt, der dem hohen Hause heute vorliegt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wunderbar!)

- Herr Kubicki, ich finde es gut, dass Sie das als wunderbar bezeichnen. Aus meiner Sicht ist es das erste Mal, dass Regierungsfraktionen durch Haushaltsanträge nicht draufgesattelt, sondern weitere Kürzungen beschlossen haben. Insofern bedanke ich mich für das Lob der Opposition.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden auch an den Schwerpunkten Arbeit, Bildung und Innovation festhalten und dafür die Mittel im Haushalt 2001 - sowie für die Folgejahre - bereitstellen. Gleichzeitig gibt es aber zu den Bemühungen, die Ausgaben zu reduzieren, keine Alternative. Ich sagte schon: Wir müssen diesen Weg gehen, damit wir mittelfristig neue Gestaltungsmöglichkeiten für zukünftige Aufgaben erhalten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun komme ich zu dem Komplex der Beziehungen zwischen **Land** und **Kommunen**. Die finanziellen Beziehungen zwischen Land und Kommunen haben die SPD-Landtagsfraktion und auch die Landesregierung in diesem Jahr erheblich beschäftigt. Nicht alles ist in den vergangenen neun Monaten optimal im Bereich des gegenseitigen Umgangs gelaufen. Ich denke aber, dass der erzielte Kompromiss ein fairer Kompromiss ist, den beide Seiten akzeptieren können.

(Beifall bei der SPD - Klaus Schlie [CDU]: Was für ein Kompromiss?)

Mit dem Entwurf zur Änderung des **kommunalen Finanzausgleichsgesetzes** haben wir deutlich gemacht, dass wir eine Entnahme von 75 Millionen DM aus der Finanzausgleichsmasse für die nächsten vier Jahre als vertretbar ansehen. Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, sollten mit der Behauptung vorsichtig sein, die Finanzausstattung der Kommunen werde im Jahre 2001 geringer ausfallen als die des Jahres 2000. Bitte sehen Sie sich die Daten genau an. Sie werden feststellen, dass sich die Finanzausgleichsmasse im Vergleich zum Jahr 2000 um 10 Millionen DM erhöht. Das sei nur der Vollständigkeit halber gesagt.

(Zurufe der Abgeordneten Klaus Schlie [CDU] und Reinhard Sager [CDU])

- Verehrter Kollege Sager, hören Sie zu, welche Maßnahmen beschlossen werden sollen. Wir haben die Kürzungen im kommunalen Finanzausgleich um 25 Millionen DM reduziert. Gleichzeitig wird es aus dem kommunalen Investitionsfonds eine Sonderausschüttung in Höhe von 15 Millionen DM geben. Die Steuermehreinnahmen von 16 Millionen DM im Jahr 2001 tragen weiter dazu bei. Gleichzeitig werden im Vorwege weitere 25 Millionen DM aus den Steuermehreinnahmen des Jahres 2000 bereits im Jahr 2000 an die Kommunen weitergegeben und nicht erst im Jahre 2002. Insgesamt wird die Verbundmasse des Jahres 2001 bei 1,979 Milliarden DM liegen.

(Klaus Schlie [CDU]: Eine tolle Geste!)

Wenn Sie - wie ich - Gespräche mit der kommunalen Ebene führen, dann werden Sie feststellen, dass die Entscheidung, 15 Millionen DM aus dem Unterhaltsvorschussgesetz nicht - wie ursprünglich geplant - auf

(Lothar Hay)

die kommunale Ebene zu übertragen, zu einer weiteren Verbesserung der Situation auf kommunaler Ebene führt.

(Klaus Schlie [CDU]: Das wäre auch rechtswidrig gewesen!)

Ich glaube, dieser Kompromiss ist der richtige Weg.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Klaus Schlie [CDU]: Unsinn!)

Weitere wichtige Punkte des Finanzausgleichsgesetzes sollten noch in Kurzform genannt werden: Die Fehlbedarfs- und Sonderbedarfszuweisungen für Gemeinden werden um 5 Millionen DM aufgestockt. Die Jugendhilfemittel werden in Höhe von 81,4 Millionen DM in die Finanzausgleichsmasse überführt. Damit helfen wir Kreisen und Gemeinden bei der Umsetzung des Jugendförderungsgesetzes. Der kommunale Investitionsfonds wird künftig grundsätzlich für alle kommunalen Investitionsvorhaben geöffnet - mit Ausnahme weniger, die in einer Negativliste aufgeführt werden.

Den entscheidenden Punkt nenne ich bewusst zum Schluss: In den nächsten fünf Jahren werden 500 Millionen DM aus dem kommunalen Investitionsfonds und dem Schulbaufonds für die dringend notwendige Sanierung unserer Schulen zur Verfügung gestellt. Es ist die richtige Antwort der Bildungspolitik, vernünftige Schulgebäude mit einer vernünftigen Sachausstattung zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der SPD)

Bei der **Funktionalreform** sind wir uns im Klaren, dass die Umsetzung das Bohren recht dicker Bretter über einen langen Zeitraum voraussetzt.

(Zuruf von der CDU: Fangen Sie doch an zu bohren!)

Ich sage ganz deutlich, bei der **Deregulierung** und **Prüfung von Standards**

(Martin Kayenburg [CDU]: Haben Sie eine Bauchlandung gemacht!)

können wir mit den Möglichkeiten, die sich ergeben haben, nicht zufrieden sein. Wir haben mehr erwartet. Ob von den 1.000 Verordnungen nun 71 oder 27 übrig bleiben, die sich für die Überprüfung von Standards anbieten,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: 26!)

ist dabei nicht erheblich.

Klar ist für die SPD-Fraktion, dass wir dort, wo der Abbau möglich ist, zugreifen wollen und dort, wo Gesetze dies verhindern, eine Überprüfung von Gesetzen vornehmen müssen, weil auch Gesetze Standards setzen. Dieser Aufgabe werden wir uns nicht entziehen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich warten nun viele von Ihnen im Saal mit tatsächlicher oder klammheimlicher Freude auf die jetzt folgende Einlassung zur Verordnung, die das Kindertagesstättengesetz betrifft.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein! - Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.])

Natürlich möchte ich Ihnen diese Freude wenige Tage vor Weihnachten auch machen. Wir haben gestern in der SPD-Fraktion nach langer Diskussion den Beschluss gefasst, die Kindertagesstättenverordnung herauszunehmen. Wir nehmen nur 26 Verordnungen in ein Gesetzgebungsverfahren. Die **Kindertagesstättenverordnung über Mindeststandards** wird davon ausgenommen. Wir mussten feststellen, dass zahlreiche Eltern, Vertreter von Trägern und des pädagogischen Personals massive Befürchtungen äußerten, die Freigabe der Standards im Kindertagesstättenbereich würde eine qualitative Verschlechterung zur Folge haben. Eine Verschlechterung zulasten der Kinder ist von uns nie gedacht worden und wir hätten sie auch nie mitgetragen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Den Sozialdemokraten ging es - das ist nach wie vor unser Grundsatz - um eine Kompetenzverlagerung auf die Kommunen. Dadurch wollten wir den kommunalen Vertretungen mehr Gestaltungsspielraum einräumen. Wir sind nach wie vor davon überzeugt, dass die kommunalen Mandatsträger - genauso wie wir hier im Landtag - mit diesen Entscheidungsbefugnissen sorgfältig umgegangen wären. Dieses Vertrauen wird leider nicht von allen im Bereich der Kindertagesstätten geteilt. Aus diesem Grund hat die Fraktion gestern nach langer Diskussion diese Entscheidung getroffen. Wir wollen dazu beitragen, dass wieder in ein ruhiges Fahrwasser zurückgefunden wird, auch im Bereich der Kindertagesstätten. In diesem Bereich bleibt alles, wie es ist.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Diese Lösung ist eine Lösung, mit der wir in der Fraktion auch leben können.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Viel Lärm um nichts!)

(Lothar Hay)

In diesem Zusammenhang möchte ich allerdings einen deutlichen Hinweis in Richtung auf den grünen **Koalitionspartner** geben. Das sage ich auch in der Öffentlichkeit. Die SPD-Fraktion wird in Zukunft ihre freundliche Zurückhaltung gegenüber den Grünen aufgeben.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Wenn ein weiterer Fall eintreten sollte, wonach auf der einen Ebene mit uns Gespräche geführt werden, während man gleichzeitig im Land gegen den Koalitionspartner mobilisiert, so ist das in einer Koalition nicht möglich, wenn man nicht Dinge insgesamt infrage stellen will, zu denen wir bisher eindeutig stehen. Zu Rot-Grün gibt es in diesem Land keine Alternative! Daran sollten wir gemeinsam festhalten.

(Beifall bei der SPD)

Was die **Reform der Kommunalverfassung** angeht, so gehe ich davon aus, dass sich die Enquetekommission auch in den nächsten Monaten damit intensiv beschäftigen wird, wie die Kommunalverfassung so verändert werden kann, dass den berechtigten Belangen der kommunalen Seite entgegengekommen wird. Die Signale, die es von der größeren Oppositionspartei dazu gibt, machen Hoffnung darauf, dass wir zumindest hier rechtzeitig vor der Kommunalwahl im Jahr 2003 eine einvernehmliche Regelung finden werden.

Ich möchte kurz auf die **Anträge** der größeren **Oppositionsfraktion**, nämlich auf die zwei großen Einnahmepositionen eingehen. Diese lehnen wir natürlich in Übereinstimmung mit unserem Koalitionspartner ab, wenn es um den Verkauf der Wohnungen der **WOBAU** und des **NordwestLotto** geht.

(Beifall der Abgeordneten Renate Gröpel [SPD] und Anke Spoorendonk [SSW])

Wir haben dies zur Kenntnis genommen. Das ist ein Vorschlag, der von Ihnen seit vielen Jahren gemacht wird.

Was die **Anträge der F.D.P.-Fraktion** betrifft, die Kürzungen im Bereich der IT-Technik und der Telekommunikation vorsehen, so ist ein Teil dieser Einsparsummen von uns in unseren Anträgen mit übernommen worden. Wir sind allerdings der Meinung, dass die Anträge der F.D.P.-Fraktion zu weit reichen, wenn man das Ziel, die Nutzung der neuen **Informations- und Kommunikationstechniken** in einem überschaubaren Zeitraum zu verbessern, nicht aus dem Auge verlieren will.

Wenn ich mich mit diesen F.D.P.-Anträgen beschäftige, die darauf abzielen, durch diese Einsparungen weitere Verbesserungen im Bereich der Schule und Hochschule zu erreichen, so kann ich sagen: Das eine oder andere wäre auch aus unserer Sicht wünschenswert, aber wir können diese Einsparungen eben nicht in voller Höhe mittragen, weil sie aus unserer Sicht unrealistisch sind.

Zum Schluss möchte ich zu einigen aus meiner Sicht bedeutenden Einzelpunkten kommen, die in der Fraktion eine große Rolle gespielt haben. Da ist erstens einmal das Programm „ziel - Zukunft im eigenen Land" mit seinen drei Säulen: Arbeit für Schleswig-Holstein, Regionalprogramm 2000 und Programm „Zukunft auf dem Lande".

Dies wird im kommenden Jahr mit einer zweiten Beteiligungsrunde fortgesetzt. Allein aus dem Regionalprogramm 2000 werden in der zweiten Runde 86 Millionen DM bereitgestellt. Das bedeutet, dass wir mit Investitionen in einer Größenordnung von 148 Millionen DM rechnen müssen.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal deutlich betonen, was aus meiner Sicht auch die Aufgabe des Parlaments ist: Erstens. Es muss in unserem Interesse sein, Entscheidungen nicht über **Einzelmaßnahmen** herbeizuführen. Das würde zu weit gehen. Aber es muss im Interesse des Parlaments sein, bei der Festlegung der **Rahmenbedingungen** für die drei Standbeine in Zukunft stärker als bisher beteiligt zu werden. Hierzu hoffe ich auf eine einheitliche Meinung.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und SSW)

Zweitens. Die Frage der **Verzinsung des Haftkapitals der Landesbank** wird uns auch im Jahr 2001 und sicherlich darüber hinaus beschäftigen. Ich hoffe, dass es im Jahre 2002 gelingen wird, eine deutlich verbesserte Einnahme zu erzielen. Allerdings müssen wir uns auch mit den Vorschlägen beschäftigen, die es in Nordrhein-Westfalen zur Neustrukturierung der Westdeutschen Landesbank gegeben hat. Ich bin der Meinung, dass wir sehr schnell eigene Überlegungen anstellen müssen - das kann man natürlich nicht in aller Öffentlichkeit machen -, damit auch in Zukunft eines gewiss ist, nämlich dass es eine eigenständige Landesbank Schleswig-Holstein mit Sitz in Kiel gibt. Diesem Ziel haben sich alle anderen Überlegungen unterzuordnen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW sowie des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Drittens gehört für mich in diesen Zusammenhang auch der Antrag der F.D.P.-Fraktion über die **Zukunft der Sparkassen** im Lande. Ich habe bereits in einer

(Lothar Hay)

Pressemitteilung gesagt, dass wir Sozialdemokraten bereit seien, über neue Ideen nachzudenken.

(Heinz Maurus [CDU]: Müssen!)

Wichtig ist jedoch für uns, dass die Sparkassen in ihrer Funktion für die mittelständische Wirtschaft - damit meine ich in erster Linie als Kreditgeber für Handwerksbetriebe, kleine kaufmännische Betriebe und für die Landwirtschaft - erhalten bleiben, aber auch, dass jedem Bürger und jeder Bürgerin in Schleswig-Holstein der Zugang zu Bankgeschäften ermöglicht wird. Wir möchten keine Entwicklung in Schleswig-Holstein erleben, wie sie in Großbritannien und den USA leider an der Tagesordnung ist. Das wollen wir verhindern. Ansonsten sind wir offen für Überlegungen zur Neuordnung. Das sollte eingehend und sorgfältig diskutiert werden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Viertens. Wir haben im Landtag eine gemeinsame Resolution zur **Bekämpfung von Rechtsextremismus** verabschiedet. Rot-Grün ist der Meinung, dass dies gemeinsam mit unseren Haushaltsanträgen auch umgesetzt worden ist. Wir haben die Kürzungen zum Teil zurückgenommen. Es gab leichte Erhöhungen gerade im Bereich der Jugendarbeit.

Wir haben mit unseren Haushaltsanträgen außerdem sichergestellt, dass die von der Bundesregierung im Programm „Xenos" bereitgestellten Mittel von uns komplementär finanziert werden können. Dies ist insofern die richtige Antwort, damit nicht noch mehr Jugendliche an den rechten Rand abdriften. Wir müssen uns um diese Jugendlichen in diesem Land kümmern.

(Beifall bei der SPD sowie der Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] und Heinz Maurus [CDU])

Leider ist durch das Thema BSE und durch andere Themen der Rechtsextremismus schon wieder aus den Schlagzeilen verschwunden. Dabei gab es vor kurzem erneut einen Vorfall in Neumünster, der nicht nur zu großer Sorge Anlass gibt, sondern der zeigt, dass wir noch nicht weitergekommen sind.

Ich wiederhole in diesem Zusammenhang ausdrücklich das, was ich im September in Richtung Polizei gesagt habe. Wir wollen generell die Sachausstattung der Polizei weiter verbessern und auch in den nächsten Jahren in Übereinstimmung mit dem Innenminister zusätzliche Beförderungen sicherstellen. Das ist eine der ersten Aufgaben, die wir bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfs für das Jahr 2002 zu leisten haben werden. Zu dieser Aussage stehen wir nach wie vor.

(Beifall bei der SPD)

Der fünfte Bereich ist der Umgang mit **Minderheiten**. Ich bin froh darüber, dass wir gemeinsam mit dem Südschleswigschen Wählerverband zu einer Einigung über eine Rücknahme der Kürzungen bei den Ansätzen für die dänische Minderheit und für die Friesen gekommen sind. Ich will nicht verschweigen, dass ich mich persönlich über die Aussage der SSW-Fraktion, man werde in der Schlussabstimmung dem Haushalt 2001 nun doch zustimmen, sehr freue. Damit ist aber auch deutlich geworden: Sozialdemokraten und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN behandeln Minderheiten anders als andere Zuwendungsempfänger. Minderheiten genießen bei uns Verfassungsrang. Das bedeutet aber nicht, dass sie grundsätzlich von Kürzungen ausgenommen werden.

(Zuruf der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

So werden wir auch in Zukunft mit Minderheiten in Schleswig-Holstein umgehen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Der sechste Bereich ist der **Einzelplan des Bildungsministeriums**. Dort haben wir einige neue Akzente zusätzlich gesetzt. Die Neubauprojekte im Bereich der deutschen Privatschulen, die wir mit aufgenommen haben, verleihen diesen durch eine Erhöhung der Verpflichtungsermächtigungen Planungssicherheit. Wir haben im Bereich der Hochschulen Akzente gesetzt, und zwar einmal, indem wir die Mittel für das Studentenwerk um 200.000 DM erhöht haben, womit wir in erster Linie den Mensabetrieb auf dem Ostufer in Kiel verstärkt berücksichtigen wollen,

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

und zum anderen, indem wir gleichzeitig sichergestellt haben, dass es bei der Fachhochschule Wedel, die sehr erfolgreich arbeitet - die Absolventen genießen gute Berufsaussichten -, nicht zu Kürzung kommt. Das gibt auch Planungssicherheit für diese private Hochschule, die ein Schmuckstück in Schleswig-Holstein ist.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch deutlich sagen: Eine völlige Übernahme der Belastungen durch zu erwartende Tarifsteigerungen im Personalbereich der Hochschulen ist nicht möglich. Wir haben aber aus den besonderen Belastungen - man muss sich immer

(Lothar Hay)

den Einzelfall angucken - der Medizinischen Universität Lübeck und der Fachhochschule Kiel die Konsequenzen gezogen und deren Budget jeweils noch einmal um eine Viertelmillion DM angehoben.

Wenn ich schon beim Bildungsministerium bin, beim Bildungsetat, so muss man auch etwas zur Ostsee-Akademie in Travemünde sagen. Aus unserer Sicht werden diese Mittel solange gesperrt bleiben, bis die inhaltliche Ausrichtung feststeht. Die inhaltliche Ausrichtung kann keine neue sein, sie muss die alte sein, die sich mit dem Namen von Dietmar Albrecht verbindet.

(Beifall bei SPD und F.D.P. sowie der Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU] und Torsten Geerdts [CDU])

Ein weiterer Punkt, bei dem ich hoffe, dass es zumindest eine gewisse Nachdenklichkeit im Landtag quer durch alle Fraktionen gibt: Die F.D.P. hat beantragt, ersatzlos die Mittel für die Arbeit der **Friedrich-Naumann-Stiftung** in Schleswig-Holstein zu streichen. Wir sind diesem Antrag gefolgt. Natürlich hat die F.D.P.-nahe Stiftung einen Anspruch auf Gleichbehandlung mit den Stiftungen der anderen Parteien. Ich möchte hier aber auch deutlich machen, dass sowohl im Bereich der parteinahen Stiftungen als auch im Bereich der parteinahen Jugendverbände und Hochschulgruppen aus meiner Sicht eine Diskussion darüber geführt werden muss, inwieweit die Finanzierung dieser Institutionen in Zukunft eine Sache des Staates ist. Darüber sollten wir ein offenes Gespräch führen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Silke Hinrichsen [SSW])

Diese Entscheidung bedarf sorgfältiger Vorbereitung. Deshalb ist das ein weiterer Punkt, den wir für den Haushalt 2002 mitnehmen.

Der letzte Punkt, den ich hier ausdrücklich ansprechen möchte, betrifft die **Landwirtschaftskammer**. Die SPD-Fraktion geht nach wie vor davon aus, dass die neuen Strukturen durch das entsprechend zu verabschiedende Gesetz zum 1. Januar 2002 in Kraft gesetzt werden können. Diesen Zeitplan wollen wir einhalten.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind uns darüber einig, dass ein Abbau bei der Zahl der Beschäftigten nur sozialverträglich erfolgen kann.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang einige kurze Anmerkungen zur Diskussion zum Thema „Gütesiegel" machen. Die SPD-Fraktion ist sich darin einig, dass das **Gütesiegel** in erster Linie - um nicht zu sagen, fast ausschließlich - eine **Marketingfunktion** hat und insofern aus unserer Sicht eigentlich eine ursächliche Aufgabe der nahrungsmittelverarbeitenden Betriebe in Schleswig-Holstein ist. Gleichzeitig sollte aber auch angesichts der aktuellen BSE-Diskussion alles unterlassen werden, was den Verbraucherinnen und Verbrauchern Sicherheit vorspiegelt, die es nicht gibt.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Rainder Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Angesichts der Diskussion, die wir morgen im Landtag führen werden, sage ich Folgendes. Ich glaube, wir sind an einem Scheitelpunkt angekommen, bei dem wir intensiv nicht nur auf politischer Ebene nachdenken müssen, wie in Zukunft Landwirtschaft in Schleswig-Holstein und in der Bundesrepublik Deutschland betrieben werden soll. Das ist keine Schwarz-Weiß-Diskussion zwischen „so weitermachen wie bisher" oder „nur Ökolandbau". Dazwischen gibt es sehr viele Wege. Aber wir müssen einfach akzeptieren, dass die Bundesrepublik Deutschland keine Insel der Glückseligen ist.

Wir sind auch im Bereich der Lebensmittel von ganz schlimmen Dingen nicht verschont geblieben und Politik hat sich mit diesem Thema auseinander zu setzen. Ich weiß, dass sehr viele Landwirte in ihren Gedanken, in ihren Umsetzungen schon weiter sind, als es uns manchmal Funktionäre glauben machen wollen. Das macht uns sehr viel Hoffnung, dass wir in der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft einen intensiven Veränderungsprozess positiv begleiten.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend Folgendes feststellen: Mit dem **Haushalt 2001**, den wir heute verabschieden werden, haben wir Bedingungen geschaffen, um unsere **Sparbemühungen** im kommenden Jahr intensiv fortzusetzen. Wir werden die **Schwerpunkte** Arbeit, Bildung und Innovation auch über das Jahr 2001 hinaus fortsetzen. Damit werden wir spürbar zu weiteren Investitionen in Schleswig-Holstein kommen. Rot und Grün arbeiten wie bisher auch im Jahr 2001 zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger in diesem Land.

An die **Opposition** gerichtet: Ich wünsche mir von Ihnen in den kommenden Monaten des Jahres 2001 mehr Fantasie für kreative **Vorschläge**.

(Zurufe von der CDU: Ah, ah!)

(Lothar Hay)

Wir werden uns solchen Vorschlägen nicht grundsätzlich entziehen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Ich wünsche Ihnen allen geruhsame Festtage und der Opposition kann ich versichern, dass wir im Jahr 2001 keinem Streit, wenn er konstruktiv ist, aus dem Weg gehen werden.

Ich bedanke mich für die teilweise Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Bevor ich weiter das Wort erteile, möchte ich Gäste begrüßen. Ich begrüße in der Loge Gäste, insbesondere die ehemaligen Abgeordneten Frau Peters, Herrn Johna, Herrn Solterbeck und Herrn Professor Wiebe. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich erteile jetzt dem Herrn Oppositionsführer das Wort.

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die **Haushaltsberatungen** der vergangenen Wochen waren - gelinde gesagt - eine Zumutung. Was Sie, Frau Simonis, und Sie, Herr Möller, dem Parlament diesmal vorgelegt haben, war im Kern nicht beratungsfähig. Es war schon ein starkes Stück, um nicht zu sagen unverfroren, dass Sie uns im September ein Zahlenwerk vorgelegt haben, das fernab jeglicher Realität war. Sie können es einfach nicht, Frau Simonis!

(Beifall bei der CDU)

Ich finde, Sie sollten es sich und dem Parlament in Zukunft ersparen, mit unrealistischen und nicht einmal von Ihrer eigenen Fraktion getragenen Vorschlägen in Beratungen einzutreten.

Vielleicht sollten wir einmal grundsätzlich darüber sprechen, ob wir solch einen Entwurf überhaupt noch zu den Haushaltsberatungen heranziehen oder ob wir damit nicht besser warten, bis die Haushaltszahlen wirklich belastbar sind. Denn das Spiel mit den **Nachschiebelisten**, an denen die Regierungsfraktionen ohnehin kaum etwas ändern, mag für die ja ganz interessant sein, uns kostet das nur unnötig Zeit.

Frau Simonis, Sie haben einen Haushalt vorgelegt mit Luftbuchungen von über 400 Millionen DM. Das nenne ich unseriös.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich frage mich, wie solch ein Entwurf eigentlich von Ihrem Kabinett beschlossen werden konnte. Herr Möller, Sie haben doch selbst nicht daran geglaubt, 200 Millionen DM bei der Landesbank aus der Umwandlung von Haftkapital in Stammkapital zu erzielen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Geht doch gar nicht!)

In einer Presseerklärung vom 11. November hat der Minister erklärt, er könne auf die Einnahmen verzichten, weil er zusätzliche, andere Einnahmen habe. Sie haben nicht daran geglaubt. Dass Sie jemals Einnahmen von 200 Millionen DM aus dem **Verkauf von LEG-Anteilen** erzielen, glaubt nicht einmal Ihre eigene Fraktion. Das sind alte Märchen, die durch Wiederholung nicht an Realität gewinnen. Aber vielleicht charakterisiert das schon den Wirklichkeitsverlust auf Ihrer Seite.

(Beifall bei der CDU - Vizepräsident Thomas Stritzl übernimmt den Vorsitz)

Vielleicht durften Sie auch nicht; denn bei der LEG hat offenbar die Staatskanzlei interveniert, weil sie den Verkauf an einen öffentlich-rechtlichen Partner vorzieht. Herr Minister, Sie haben hier versagt.

(Beifall bei der CDU - Ursula Kähler [SPD]: Wenn Sie bei der letzten Sitzung dabei gewesen wären, wüssten Sie es besser!)

- Frau Kähler, auf Wiedersehen!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Übrigens halte ich es für einen schlimmen und im Kern unparlamentarischen Vorgang, dass Sie ein Gremium aus SPD-Funktionären zusammenrufen, das durch kein demokratisches Votum legitimiert ist, um mit dem über den völlig unnötigen Eingriff in den **kommunalen Finanzausgleich** zu verhandeln. Herr Möller, Sie hatten offensichtlich wie Frau Simonis Angst vor einem Landesparteitag, der Ihnen eine politische Niederlage beigebracht hätte.

(Beifall bei der CDU)

Allein dieser Vorgang und das famose Zitat vom Kollegen Astrup aus den „Lübecker Nachrichten" vom 8. November, ein Parteitag würde Regierung und Fraktion nachhaltig beschädigen, beweisen, dass Sie, Frau Simonis, mit Ihrer Regierung am Ende sind, bei Ihrer eigenen Partei und bei den Menschen im Lande. Sie können es wirklich nicht mehr!

(Beifall bei der CDU)

Der Umgang mit dem Haushaltsentwurf der Landesregierung trägt bis zur heutigen zweiten Lesung alle

(Martin Kayenburg)

Züge einer tragischen Komödie. Man könnte wirklich darüber lachen, wenn es nicht um unser Land ginge, das Sie so miserabel regieren. Wenn ich dann den Defätismus des Wirtschaftsministers sehe, der erklärt: „Das Land muss sich besser vermarkten: Promis sollen Firmen ins Land locken", frage ich mich, wie Sie eigentlich Ihre Aufgabe wahrnehmen, Herr Minister! Wo akquirieren Sie denn für unser Land und was bewegen Sie wirklich? Das ist dieses müde, lahme Kabinett.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie hat ja nichts dazubezahlt!)

Frau Simonis, merken Sie denn nicht, welch jämmerliches Schauspiel Sie uns und der Öffentlichkeit mit diesem Haushalt geboten haben? Es ist der 13. Haushalt in der Reihe der Haushalte, die Sie zu vertreten haben. Ich prophezeie Ihnen: 13 ist eine Unglückszahl, dies wird Ihr letzter Haushalt sein!

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Offenbar hat aber Frau Simonis selbst noch nicht wahrgenommen, dass sie zu einer Belastung für unser Land und auch für die eigene Partei geworden ist und dass Partei und Fraktion bereits die Zeit nach Simonis planen. Aber Frau Simonis - auch dies ist ein Zitat -, Sie mögen sich noch für knackig halten, was wir aber brauchen, ist mehr.

(Zuruf von der SPD: Unverschämtheit!)

- Unverschämtheit? Das ist ein Originalzitat von Frau Simonis: „Ich bin ja noch knackig."

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Was wir brauchen, ist aber mehr. Wir brauchen eine **Regierung**, die nicht nur müde vor sich hindümpelt, sondern tatkräftig und zukunftsorientiert unser Land regiert. Sie selbst haben in den neun Monaten seit der Landtagswahl drei schwere Niederlagen hinnehmen müssen. Kaum war die Wahl im Februar gelaufen, rennt Ihnen die Hälfte der **Regierungsmannschaft** weg. Drei Minister Ihrer Partei warfen das Handtuch und verließen das sinkende Schiff. Und das waren nicht die Schlechtesten!

(Zuruf von der SPD: Wiederholung!)

Im Sommer dann das nächste Desaster: Sie mussten von Ihrer Lieblingsidee, der **Entbeamtungspolitik für Lehrer**, Abschied nehmen. Denn nicht nur in Bund und Ländern war niemand bereit, Ihnen zu folgen, auch SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Schleswig-Holstein haben Ihnen die Gefolgschaft versagt.

Die dritte Niederlage mussten Sie vor wenigen Wochen ertragen, als die SPD-Kommunalpolitiker Sie vorgeführt haben wie eine Klippschülerin.

(Konrad Nabel [SPD]: Was ist denn das für ein Ausdruck!)

In den zahlreichen Gesprächen und Ausschussberatungen ist es Ihrem Finanzminister auch nicht im Ansatz gelungen nachzuweisen, dass die **finanzielle Situation** des **Landes** erheblich schlechter ist als die der Kommunen und somit ein Griff in die Kassen der **Kommunen** aus Solidaritätsgründen gerechtfertigt sein könnte. Wenn Sie es nicht glauben - Sie alle haben gestern die Mitteilung des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages erhalten. Schauen Sie hinein! Da werden Sie, meine Damen und Herren von Grün und Rot, zerrissen, wie man es sich schöner nicht vorstellen kann.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Die Quittung hat der Gute - ich meine den Finanzminister - von Ihnen ja auch schon bekommen, Frau Simonis! Sie haben unkommentiert zugelassen, dass Herr Möller mit der Bezeichnung „Wackelkandidat" jegliches Ansehen als Finanzminister eingebüßt hat. So etwas tut man nicht, Frau Simonis! Das ist wirklich eine Katastrophe.

Eine vierte Niederlage haben Sie gestern erlitten. Diese Niederlage ist darauf zurückzuführen, dass nun die Koalitionsfraktionen offenbar auch bei den **Kindertagesstätten** eingeknickt sind. Was für ein Wunder, dass man hier nicht durchhalten konnte, wenn Frau Simonis die Erzieher - laut Presse vom November dieses Jahres - auch insoweit beleidigt, als Sie sagt, manche Hausfrau könne mit Kindern besser umgehen als manche ausgebildete Kindergärtnerin. Deshalb wundere ich mich überhaupt nicht über den Protest.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Das ist Quatsch! - Unruhe)

Diese weitere Niederlage passt zu der Beurteilung einer großen deutschen Tageszeitung, die die Gesamtsituation sehr treffend als „die Niederlagen einer Wahlsiegerin" bezeichnet. Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, versetzen Sie die so genannte Sparkommissarin endlich in den Ruhestand! Unser Land hätte das wirklich verdient.

(Beifall bei der CDU - Dr. Gabriele Kötschau [SPD]: Kommen Sie doch einmal zum Inhalt!)

Doch nun zurück zum Haushaltsentwurf 2001!

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut!)

Wir haben auch in diesem Jahr mit unserem **Entschließungsantrag** und unseren **Einzelanträgen** zu

(Martin Kayenburg)

einzelnen Titeln des Haushaltsentwurfs das finanzpolitische Versagen dieser rot-grünen Regierung nachgewiesen. Mit Umschichtungen von über 1 Milliarde DM haben wir gezeigt, dass es durchaus möglich ist, mit einem ganz anderen, soliden Haushalt das Land weiterzuentwickeln und zukunftsfähig zu machen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Mit dem Landeshaushalt verhält es sich nicht anders als mit einem Familieneinkommen: Wenn das Einkommen einer Familie Jahr für Jahr kontinuierlich steigt, gleichzeitig das ererbte Familienvermögen Stück für Stück einnahmewirksam verkauft wird und dennoch immer neue Schulden gemacht werden, dann ist diese Familie zwangsläufig ein Fall für die Schuldnerberatung oder sogar für das Insolvenzgericht. Im Klartext: Sie ist dann pleite!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Nichts anderes ist unter dieser rot-grünen Landesregierung passiert, Herr Neugebauer! Frau Simonis, inzwischen sind Sie pleite; Sie haben abgewirtschaftet, aber vielleicht haben Sie es wirklich noch nicht gemerkt.

Wir jedenfalls haben mit unserem Entschließungsantrag die **Finanzentwicklung** des Landes unter der früheren Finanzministerin und der noch amtierenden Ministerpräsidentin Simonis sorgfältig analysiert und nachvollzogen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist unglaublich!)

Jeder, der mit objektiven Maßstäben misst, muss danach zu einem vernichtenden Ergebnis kommen. Ich möchte das an einigen Zahlen deutlich machen.

Die **Steuereinnahmen** des Jahres 2000 sind um 3,4 Milliarden DM höher als 1988. Durch den **Verkauf von Landesvermögen** und andere Finanzaktionen flossen von 1994 bis 2000 zusätzlich rund 2,2 Milliarden DM in die Landeskassen. Im Zeitraum von 1988 bis 2000 stiegen aber die **Schulden** trotz der Mehreinnahmen von 18,3 auf rund 31 Milliarden DM, also um 12,7 Milliarden DM. Sie werden Ende nächsten Jahres 32,5 Milliarden DM erreicht haben - mit dem Ergebnis,

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

dass dieses Land jede Minute 3.436 DM an Zinsen zu zahlen hat, mehr, als mancher Mensch in diesem Land im täglichen Arbeitsleben im Monat verdient.

(Beifall bei der CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum wollen Sie dann noch mehr ausgeben? Das leuchtet mir nicht ein!)

- Sie haben sich den Haushalt nicht angeguckt. Wir haben umgeschichtet. Ich komme darauf zurück.

Aus Steuermehreinnahmen, zusätzlichen Einnahmequellen und immer neuen Krediten haben Sie in den letzten zwölf Jahren also rund 18,3 Milliarden DM mehr für Ihre Politik zur Verfügung gehabt. Und was macht die Regierung? - Sie täuscht, sie belügt die Bürger, wenn sie dauernd über angebliche Steuermindereinnahmen lamentiert!

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Präsident, das muss gerügt werden!)

Ich frage Sie: Welche Schwerpunkte haben Sie denn wirklich gesetzt? Was haben Sie denn mit diesen 18,3 Milliarden DM umgesetzt?

Die Hochschulen brauchen nach wie vor dringend eine gründliche Strukturreform, um sie für das 21. Jahrhundert fit zu machen.

(Lothar Hay [SPD]: Gehen Sie mal nach Flensburg! Gucken Sie sich das mal an!)

Die Schulen sind nicht auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet.

Die Versorgung mit Lehrern ist katastrophal.

Die mangelnde Verkehrsanbindung ist nach wie vor ein struktureller Nachteil, insbesondere für die Westküste.

Die Hauptbahnstrecken, zum Beispiel nach Lübeck, sind immer noch nicht elektrifiziert.

Die Verbindungen zu unserem Nachbarland Mecklenburg-Vorpommern sind zehn Jahre nach Vollendung der deutschen Einheit immer noch nicht ausgebaut.

Die technische und personelle Ausstattung der Polizei liegt unter dem Standard anderer Länder.

Die Angebote im kulturellen Bereich, so zum Beispiel beim Schleswig-Holstein Musik Festival, sind erheblich geringer geworden.

Die Tourismuswirtschaft hat erhebliche Probleme.

Dieser Negativkatalog ließe sich unendlich fortsetzen. Er wirft zwangsläufig die Frage auf: Was haben Sie in den letzten zwölf Jahren mit dem ganzen Geld gemacht? Jedenfalls in Investitionen zur Schaffung neuer sicherer Arbeitsplätze ist es nicht geflossen, denn die **Investitionsquote** dümpelt nach wie vor bei 10 %

(Martin Kayenburg)

herum. Bayern hat 16,4 % und in den Zeiten von Stoltenberg lag sie teilweise über 20 %.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Frau Simonis, Sie loben sich doch ständig für angeblich sichere und zusätzliche **Hightech-Arbeitsplätze** in unserem Land. Ich will auch gar nicht leugnen, dass die Entwicklung in einigen Bereichen wirklich erfreulich war. Aber: Hightech-Arbeitsplätze bergen auch erhebliche Risiken, wie wir im Moment in mehreren Fällen bitter erfahren müssen. Bei dem einen brechen die Kurse wegen angeblich fehlender Liquidität weg, bei dem anderen werden Entlassungen konkret angekündigt und beim Dritten wird die Verwaltung bei gleichzeitigem Arbeitplatzabbau in Kiel nach Hamburg verlegt. Erhebliche Landesmittel sind aber in diese Unternehmen geflossen und die Regierung hat stolz ihre vermeintlichen Erfolge verkündet.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja!)

In Wirklichkeit ist aber abkassiert worden und die Regierung hat es nicht bemerkt. Ich erwähne dies insbesondere deswegen, weil ich es mehr als ärgerlich finde, dass die Sozialministerin, kaum dass die Unternehmen Aufhebungsverträge ankündigen, mit ASH 2000 winkt und „Jobtransfer" bewegen möchte. Sie machen es den Unternehmen wirklich zu leicht, zunächst abzukassieren und dann ihre sozialen Verpflichtungen nicht einzuhalten, Frau Moser!

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und Mutti hat doch dazubezahlt!)

Hier werden öffentliche Mittel vergeudet wie auch in der Verwaltung insgesamt.

Wer sich die Entwicklung unseres Landes insgesamt anschaut, der wird feststellen, dass sich der öffentliche Bereich, der weit über die Ministerien hinausgeht, gewaltig aufgebläht hat. Wenn ich mir zum Beispiel allein die **Umweltverwaltung** ansehe, dann fällt mir nun wirklich nichts anderes mehr ein, als dass die vor lauter Kraft wirklich bald nicht mehr laufen kann.

Aber die **Landesverwaltung**, deren Personalbestand durch zahlreiche Ausgliederungen - zum Beispiel der GMSH auf dem Papier, aber nicht faktisch - reduziert wurde, hat sich in den vergangenen Jahren im Wesentlichen mit sich selber beschäftigen müssen. Leitbilddiskussionen, Aufgabenanalyse, Aufgabenkritik, die Entwicklung einer Kosten- und Leistungsrechnung sowie ständiges Herumbasteln an den Beurteilungsrichtlinien haben Kraft und Zeit gebunden und die Kosten im konsumtiven Bereich in die Höhe getrieben. Sie haben bei der Verschlankung der Verwaltung versagt, Frau Simonis, und Ihr Effizienzgerede ist nichts als ein Täuschungsmanöver, denn die Finanzlage ist dramatisch schlecht.

(Beifall bei der CDU)

Der Finanzminister hat doch schon 1998 festgestellt, dass die konsumtiven Ausgaben in den Jahren von 1988 bis 1998 überproportional gestiegen sind. Nur, Lehren haben Sie, meine Damen und Herren von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, aus dieser richtigen Erkenntnis bis heute leider nicht gezogen.

Unser Land könnte im Wettbewerb mit anderen Bundesländern viel besser dastehen, wenn es nicht durch eine sich selbst lähmende Regierung gebremst würde.

(Beifall bei der CDU)

Wie man ein Land dynamisch entwickeln kann, beweist doch gerade Peter Müller im Saarland. Er hat konsequent Investitionen erhöht, beachtlich Standards abgesenkt, erheblich konsumtive Ausgaben zurückgenommen - eine Trendwende, die wir hier in Schleswig-Holstein nicht haben durchführen können. Wenn Sie, meine Damen und Herren von Rot-Grün, doch erkannt haben sollten, dass hier der Ansatz liegt, dann fehlt Ihnen die wirkliche Kraft zu einer Trendwende. Stattdessen bauen Sie für die Bürgerinnen und Bürger und - wie ich fürchte - auch für sich selbst eine virtuelle Welt auf, in der Sie leben. Herr Hay hat das eben deutlich gemacht.

Ich will Ihnen das nur an einem aktuellen Beispiel verdeutlichen. Am 27. September erklären Sie, Frau Simonis, bei der Vorlage des Haushaltsentwurfs hier im Landtag:

„Schon im nächsten Semester wird der Multimedia-Campus das erste Studienangebot machen. Rund 60 Firmen unterstützen das Vorhaben mit mehr als 20 Millionen DM."

In der vergangenen Woche, am Donnerstag, rückt Ihr Wirtschaftsminister Ihre ganze Euphorie vom September zurecht. Er teilt auf einer Pressekonferenz ungefragt mit:

„Das Finanzierungskonzept wird jetzt erstellt und abgestimmt, die Ausschreibungen für Lehrstühle sind angelaufen."

Das ist Ankündigungspolitik, Frau Ministerpräsidentin. Das heißt, Sie sind sich mit den Sponsoren überhaupt noch nicht einig. Sie aber stellen sich hier hin und sagen, 60 Firmen hätten 20 Millionen DM und so weiter. Frau Simonis, eine Politik, die die Menschen verdummt, verdummt am Ende sich selbst.

Dass wir mit unserer Beurteilung der dramatischen **Finanzlage des Landes** allerdings nicht allein daste-

(Martin Kayenburg)

hen, zeigt auch die Stellungnahme des Landesrechnungshofs vom 20. Oktober dieses Jahres. Der **Landesrechnungshof** stellt fest, dass die Finanzlage des Landes bedrückend und besorgniserregend ist. Sie, Herr Kollege Neugebauer, haben dazu in einem Interview erklärt:

> „Ich gebe zu, dass der Landesrechnungshof Recht hat in der Analyse. Das Land ist hoch verschuldet. Der Handlungsspielraum ist sehr eng und wir müssen in der Tat noch weiter alle Förderprogramme auf den Prüfstand stellen ..."

Aber was haben Sie zustande gebracht, Herr Neugebauer? - Sie haben mit Ihren eigenen Haushaltsanträgen, die über den Entwurf und die Nachschiebelisten der Regierung hinausgehen, lächerliche 0,14 % des ganzen Haushaltsvolumens bewegt. Bei den Einsparungen wird es noch spannender: 0,05 %! Ich würde mich schämen, Herr Neugebauer!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Aber vielleicht sollte ich Ihnen auch gratulieren. Ein **zukunftweisendes Konzept** jedenfalls sind Sie schuldig geblieben.

(Günter Neugebauer [SPD]: Aber das ist realistischer als das, was Sie vorschlagen!)

Wir weisen dagegen mit unserem Antrag an 18 Beispielen seit 1998 nach, dass die rot-grüne Landesregierung viele finanzpolitische Forderungen von uns mit Verzögerung umgesetzt hat. Allein durch die verzögerte Umsetzung sind dem Land erhebliche finanzielle Schäden entstanden, die eine Größenordnung von 300 Millionen DM erreichen dürften. Ich erinnere nur an die Entbeamtungspolitik, an die Auflösung des Frauenministeriums - nicht so viel, aber immerhin -, an die Abschaffung des zweiten Staatssekretärs im Bildungsministerium. Sie hätten erhebliche Einsparungen haben können. Aber Sie haben unsere Vorschläge erst mit Verzögerung angenommen. Die Beispiele zeigen, dass wir uns finanzpolitisch durchsetzen - nicht immer, aber immer öfter.

Wir belassen es jedoch nicht nur bei der kritischen Analyse rot-grüner Finanzpolitik, sondern zeigen in unseren **Änderungsanträgen 2001** auf, wie eine dringend notwendige Kurskorrektur vorgenommen werden könnte. Da sind zunächst einmal die **Personalausgaben**. Es ist einfach nicht länger hinnehmbar, dass bei Nettoausgaben von knapp 15 Milliarden DM die Personalausgaben allein fast 5,6 Milliarden DM ausmachen.

Zusammen mit den hohen Zinsausgaben ist unser Haushalt damit natürlich zur Unbeweglichkeit erstarrt. Das darf so nicht weitergehen.

(Beifall bei der CDU)

Die vorhandenen Personalressourcen müssen besser genutzt werden. Der Personalbestand ist außerhalb der Tabubereiche zu überprüfen und zurückzuführen. Aber auch innerhalb der Tabubereiche - wie bei Lehrern und bei der Polizei - müssen durch Modernisierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen Effizienzsteigerungen vorgenommen werden.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum wollen Sie dann den Personalhaushalt um 20 Millionen DM erhöhen? Das verstehe ich nicht!)

Ich nenne nur die Angleichung der Stundenverpflichtungen der Gesamtschullehrer an den entsprechenden Schulen, Herr Hentschel!

Um nachhaltig Einsparungen bei den Personalausgaben zu erzielen, helfen nur - da gebe ich Ihnen ja völlig Recht und das wissen wir auch - langfristige Strategien. Aber selbst die fehlen Ihnen ja, Frau Simonis! Allerdings kann man auch kurzfristig durch den Verzicht auf neue Stellen und Stellenhebungen, durch eine Straffung des Personalbudgets und durch eine konsequente Wiederbesetzungssperre **Einspareffekte** erzielen. Wir haben hierfür zahlreiche Vorschläge gemacht, zum Beispiel auch mit der Begrenzung der Zahl der Abgeordneten dieses Landtages im Zuge einer Wahlrechtsreform. Ich bin sicher, manche dieser Vorschläge werden in den nächsten Jahren in unsere Liste der verzögerten Übernahmen der CDU-Vorschläge eingestellt werden.

(Beifall bei der CDU)

Eine weitere schwere Hypothek für die Haushalte kommender Jahre sind die **Schulden** des Landes, die unter Zugrundelegung der mittelfristigen Finanzplanung bis 2004 etwa 35 Milliarden DM erreicht haben werden. In der 14. Legislaturperiode sollte die jährliche Neuverschuldung noch auf 800 Millionen DM zurückgeführt werden. Das war Ihnen wahrscheinlich zu lächerlich, Frau Simonis. Dafür soll jetzt bis zum Jahre 2010 - oder neuerdings sogar bis zum Jahre 2008 - die Neuverschuldung auf null gebracht werden. Im Haushaltsentwurf 2001 allerdings stehen noch eine Milliarde DM und Sie zeigen jedenfalls in meinen Augen nicht, dass Sie ernsthaft die Absicht haben, mit dem Abbau der jährlichen Neuverschuldung zu beginnen. Sie können es eben nicht

(Widerspruch des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

(Martin Kayenburg)

und Sie wissen genau: Im Jahre 2008 wird Frau Simonis nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden können, denn dann ist sie nicht mehr im Amt, Herr Neugebauer!

(Beifall bei der CDU - Günter Neugebauer [SPD]: Warten wir einmal ab!)

Wir zeigen mit unseren Anträgen, dass die **Senkung der Neuverschuldung** durchaus möglich ist. Der Verkauf der WOBAU-Wohnungen, der NordWest-Lotto-Gesellschaft und der Verkauf von weiteren entbehrlichen Landesimmobilien könnte rund 650 Millionen DM erbringen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Einmaliges Tafelsilber!)

Wenn man davon die ohnehin nicht realisierbare Einnahme aus dem Verkauf von LEG-Anteilen abzieht, kommen wir auf 450 Millionen DM zur Senkung der Neuverschuldung. Damit würden wir pro Jahr 15 Millionen DM weniger an Zinsen zahlen, das heißt mehr Mittel zur Verfügung haben, Herr Neugebauer! Auch ich weiß, dass wir hier Tafelsilber veräußern, nur machen wir es im Gegensatz zu Ihnen richtig.

(Lachen der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir wollen diese erzielten Einnahmen zur Senkung der Verschuldung verwenden und damit nachhaltig die Verbesserung unseres Landeshaushalts erreichen.

(Beifall bei der CDU)

Vielleicht sollten Sie einmal ein paar finanzpolitische Nachhilfestunden bei Oberbürgermeister Gansel nehmen, der Ihnen das ja vorgemacht hat, Frau Simonis!

Unter Ihrer Verantwortung, Frau Ministerpräsidentin, sind derartige Einnahmen jedoch schamlos zur Dekkung von Haushaltslücken benutzt und verfrühstückt worden. Das ist nun wirklich keine verantwortungsvolle Finanzpolitik; das ist nichts anderes als finanzpolitische Flickschusterei. Sie können es eben nicht.

(Beifall bei der CDU)

Frau Heinold, wenn Sie eben meinten zwischenrufen zu müssen, dass unsere Ansätze für den **Verkauf der WOBAU-Wohnungen** unrealistisch seien, dann möchte ich Sie daran erinnern, dass derzeit der Bundesverkehrsminister 113.000 Wohnungen aus dem ehemaligen Besitz der Deutschen Bahn verkauft. Er hat dafür 5,1 Milliarden DM eingestellt. Das macht pro Wohnung 45.000 DM aus. Das würde bei 16.000 Wohnungen der WOBAU 722 Millionen DM ausmachen. Wir haben hier also eine sehr konservative, zurückhaltende Schätzung vorgenommen. Dies sollten Sie sich einmal überlegen.

(Beifall bei der CDU - Renate Gröpel [SPD]: Sie zerschlagen damit doch die Substanz des LEG-Konzerns!)

- Ich prophezeie Ihnen eines, Frau Gröpel: Wir werden es noch in dieser Legislaturperiode erleben, dass der Verkauf über die Bühne geht.

Auf der ständigen Suche nach immer neuen Geldquellen zur Finanzierung rot-grüner Träume ist der Finanzminister diesmal auch auf die kommunale Familie gestoßen. Zur Sanierung des Landeshaushalts sollte kurzerhand die Finanzausgleichsmasse des **kommunalen Finanzausgleichs** jährlich um 100 Millionen DM bis zum Jahre 2004 gekürzt werden. Erst nach den Protesten und Drohungen der Kommunen, der kommunalen Landesverbände und der SPD-Basis haben Sie sich 25 Millionen DM abhandeln lassen.

Nur, Herr Minister, das Kompensationsgeschäft, das Sie dafür mit den nicht legitimierten Kommunalpolitikern ausgehandelt haben, ist für Sie natürlich ein gigantischer Rohrkrepierer geworden. „Standardfreigabe" sollte das Zauberwort heißen, mit dem Sie Ihre Kommunalpolitiker geködert haben, und selbst Herr Hay hat heute Morgen eingeräumt, dass mit **Standardfreigabe** nichts ist. Dort, wo noch eine Möglichkeit bestanden hätte, sind aus den 1.000 Fällen gerade 27 Fälle geworden. Gestern hat man Ihnen noch die Kindertagesstätten „hinausgeschossen". Damit machen Sie sich lächerlich, Herr Minister!

(Beifall bei der CDU)

Es bleiben nämlich solche bedeutenden Verordnungen wie etwa die Landesverordnung über die Verwendung von Stimmzählgeräten bei Wahlen übrig. Vielleicht hat Sie ja die amerikanische Präsidentenwahl darauf gebracht. Jedenfalls ist das, was Sie da vorgelegt haben, Pipifax, aber kein ernsthafter Beitrag zur Entlastung der Kreise, Städte und Gemeinden.

(Beifall bei der CDU)

Bald werden Sie sich Ihrer Basis auf einem Landesparteitag stellen müssen, es sei denn, man wechselt Sie doch noch vorher aus.

Die Gelder, die Sie der kommunalen Familie dann zur Kompensation aus dem KIF angeboten haben, sind letztlich **Gelder der Kommunen** selbst. Es gehört schon ein gehöriges Stück Frechheit dazu, wie Sie hier erneut die Menschen und die Öffentlichkeit verdummen wollen. Von echter Kompensation aus Haushaltsmitteln kann jedenfalls auf gar keinen Fall die Rede sein.

(Beifall bei der CDU)

(Martin Kayenburg)

Aber dass der Minister im Lande so gut angesehen ist, wird ja auch deutlich, wenn er im Lande umherreist und sagt - hier vielleicht nicht -, dass er die Gemeinden für „stinkreich" hält und dass er es für unangemessen hält,

(Minister Claus Möller: Das habe ich nicht gesagt!)

wenn „stinkreiche Gemeinden" - ich zitiere wörtlich, Herr Minister - „den gleichen Umlageanteil zahlen wie arme". Unabhängig davon, dass dies eine Beleidigung der Kommunen ist, kennen Sie dann natürlich auch Ihr eigenes Finanzausgleichsgesetz nicht; sonst hätten Sie sich eine solche Bemerkung nicht erlauben dürfen.

(Beifall bei der CDU)

Dass es auch anders geht, weisen wir gerade mit unserem Entschließungsantrag nach. Von den zu erwartenden Steuermehreinnahmen des Jahres 2000 erhält allein das Land 219 Millionen DM. Statt hieraus eine globale Mehreinnahme für den Haushaltsausgleich zu bilden, ist es verantwortungsbewusst, richtig und sinnvoll, den Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich sein zu lassen, Herr Minister, so wie wir es vorschlagen.

Um zu einer grundlegenden Sanierung der Landesfinanzen, aber auch zu einer Korrektur des völlig falschen finanzpolitischen Kurses zu kommen, sind neben den bereits geschilderten strukturellen Veränderungen eine Vielzahl weiterer Maßnahmen erforderlich, die Sie nur halbherzig oder gar nicht angehen. Ich nenne nur die Stichworte Funktionalreform, Privatisierung von öffentlichen Aufgaben, Effizienz- und Effektivitätssteigerungen.

Aber lassen Sie mich dennoch ein kurzes Wort zur **Ausgabenstruktur** insgesamt sagen. Es ist völlig inakzeptabel, dass die Nettoausgaben um 1,7 %, die reinen Sachausgaben aber um 8,8 % steigen. Die Ursache hierfür liegt in den gewaltigen Mieten und den höheren Bewirtschaftungskosten, Herr Minister, die an die GMSH zu zahlen sind. Im Klartext heißt das: Die Polizeibehörden zum Beispiel müssen über die Mieten auf Jahrzehnte die Zinsen für Kredite bezahlen, die der Finanzminister über den **Immobiliendeal** für rot-grüne Konsumausgaben in diesen Jahren aufnimmt. Dies lehnen wir entschieden ab. Sie schaden damit unserem Land, Sie demotivieren die Polizei, Sie gefährden die Sicherheit der Bürger, Sie demotivieren aber auch die übrigen betroffenen Verwaltungen. Frau Simonis, das ist nicht verantwortungsbewusst; Sie sind eine schlechte Dienstherrin und eine schlechte Wirtschafterin obendrein.

(Beifall bei der CDU)

Dass Sie eine schlechte Wirtschafterin sind, beweist, dass die Tranche des Immobiliendeals in Höhe von 200 Millionen DM mit 40 Millionen DM Mietausgaben einherging. Die wurden zwar in der Nachschiebeliste auf 37,5 Millionen DM reduziert, aber das entspricht, meine Damen und Herren von der SPD, einer Verzinsung von 18 %. Dies ist ein weiterer Beweis für die Unwirtschaftlichkeit des Immobiliendeals.

Aus diesem Grunde haben wir neue Schwerpunkte gesetzt. Diese neuen Schwerpunkte stehen jedoch in der Kontinuität unseres Programms „Schleswig-Holstein '21" sowie unseres Entschließungsantrages zum Haushalt 2001. Die Bildungspolitik hat für die CDU nach wie vor höchste Priorität. Dafür setzen wir 22 Millionen DM zusätzlich ein. Nicht nur die tariflichen Personalkostensteigerungen an den Hochschulen wollen wir ordentlich abdecken, sondern zusätzlich 10 Millionen DM für die Einrichtung eines High-potential-pools zur Förderung besonderer Maßnahmen in den Bereichen Innovation und Profilbildung.

Weitere 5 Millionen DM wollen wir in die Multimedia-Entwicklung der Schulen stecken. Dass Sie uns folgen, sieht man beispielhaft daran, dass Sie Wedel nun Gott sei Dank noch mit auf Ihre Liste genommen haben.

Aber was wir im Zusammenhang mit der **Bildungspolitik** kritisieren müssen, ist natürlich das Hauruckverfahren, das Sie mit dem Schloss Plön vorhatten. Schlimmer kann man sich eine Missachtung des Parlaments nun wirklich nicht vorstellen.

(Beifall bei der CDU)

Das war ein Schnellschuss mit einem Antrag, der heute Morgen als Tischvorlage kam und jetzt aber zurückgezogen werden musste, weil er gegen Landesrecht verstoßen hätte.

(Lothar Hay [SPD]: Das stimmt nicht!)

Dabei mag man nun die mögliche Zukunft des Schlosses Plön, die sicherlich diskussionswürdig ist,

(Zuruf von der SPD: Aha!)

positiv sehen. Der Erhalt eines Kulturgutes und die Schaffung neuer **Arbeitsplätze** in einer Region sind sicherlich zu begrüßen, aber um so kritischer ist das Verfahren zu beurteilen, und dies werden wir so mit uns nicht machen lassen, meine Damen und Herren von Rot-Grün!

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Glocke des Präsidenten)

So lassen wir nicht mit uns umgehen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

(Martin Kayenburg)

Die Fakten müssen auf den Tisch und dann wird hier entschieden.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Herr Oppositionsführer, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Astrup?

Martin Kayenburg [CDU]:

Wir klären das anschließend draußen, Herr Astrup. Ich habe dazu jetzt leider keine Zeit.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Im Bereich der inneren Sicherheit setzen wir insgesamt 20 Millionen DM an zusätzlichen Mitteln ein. Davon finanzieren wir weitere 160 Polizeianwärterstellen und 35 Stellen zum Aufbau einer zweiten Einsatzhundertschaft. In die bessere Sachausstattung der Polizei sollen 11 Millionen DM investiert werden.

Ferner wollen wir bei dem Programm für **Arbeit und Wachstum** rund 20 Millionen DM zur Verfügung stellen. Bei der Werftenhilfe erhöhen wir die Verpflichtungsermächtigungen und stellen so die vollständige Komplementierung der Bundesmittel in den Jahren 2001 bis 2003 sicher.

Ich erspare mir hier den Hinweis auf Ihren Genossen Pieczyk, der bei der EU rumdröhnt, ohne Ergebnisse zu erzielen. Schlimmer noch ist, was der Wirtschaftsminister dieses Landes hier tut. Er streut der Öffentlichkeit Sand in die Augen; denn in Berlin ist etwas ganz Anderes beschlossen worden, als er nach draußen zu signalisieren versucht. Wer so mit den Werftarbeitsplätzen umgeht wie Sie, Frau Simonis, und Sie, Herr Minister Rohwer, riskiert den Verlust von Tausenden von Werftarbeitsplätzen. Sie wissen genau, dass sowohl im Haushalt des Bundes als auch in der Haushaltsgruppe, wie auch in Aussagen des Bundeswirtschaftsministers Müller deutlich geworden ist, dass alle Bundesländer mit der Eins-zu-zwei-Finanzierung einverstanden sind. Alle Bundesländer stellen ihre Komplementärmittel zur Verfügung; nur hier in Schleswig-Holstein gibt es lediglich ein paar Hinweise auf Bürgschaften, die nicht ausreichen, und die Komplementärmittel stellen Sie erst gar nicht zur Verfügung. Das ist durchsichtiger und alberner Aktionismus. Statt um Nachbesserungen in Berlin zu betteln, sollte sich dieses Kabinett dafür einsetzen, dass die Werften in Schleswig-Holstein von der eigenen Landesregierung nicht schlechter gestellt werden als die Werften in den anderen Ländern.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich möchte nun noch einige kurze Ausführungen zu den Zuwendungen und Zuschüssen machen. Dort haben Sie einige Kürzungen vorgenommen, allerdings sind die Ansätze sozial unausgewogen und deshalb bedürfen die Kürzungen der Korrektur.

(Günter Neugebauer [SPD]: Aber Sie stimmen grundsätzlich zu?)

Wir halten es für nicht hinnehmbar, dass in der Wohlfahrtspflege und in der Jugendarbeit Kürzungen vorgenommen werden. Herr Neugebauer, während gleichzeitig rot-grüne Lieblingsprojekte ungekürzt bleiben oder finanziell sogar noch aufgestockt werden.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welche sind das?)

Wir haben deshalb im **Sozialetat** entscheidende Umschichtungen vorgenommen.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welche sind das denn?)

So wollen wir zum Beispiel - Sie haben dieses Schreiben ja sicherlich auch bekommen - für die Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauchs zusätzliche 150 Millionen DM einsetzen.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: 150 Millionen DM? Donnerwetter! - Beifall bei Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- 150.000 DM! Ich finde es prima, Frau Kollegin, dass Sie aufgepasst haben, und ich weiß, mit welchen Kleinigkeiten man den Grünen Freude machen kann.

(Beifall des Abgeordneten Heinz Maurus [CDU])

Für die Verbände der freien **Wohlfahrtspflege** haben wir 1,8 Millionen DM vorgesehen, für die Fort- und Weiterbildung - vielleicht klatschen Sie jetzt ja auch, Frau Heinold - der Erzieherinnen und Erzieher 350.000 DM,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wunderbar!)

und für die Förderung der Altenpflege 250.000 DM. Das sind die Ansätze, die uns wirklich weiterbringen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Genau!)

Wir werden die Kürzung bei der Verbraucherzentrale nicht hinnehmen.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Dies Kürzung ist unerhört!)

Die Verbraucherzentrale steht vor dem Aus, obwohl sie gerade in der derzeitigen Diskussion um BSE eine wichtige Rolle mit übernehmen kann, so wie sie die Hamburger Verbraucherzentrale bereits übernommen hat. Ich stimme Herrn Hay zu, dass wir im Bereich der

(Martin Kayenburg)

Jugendarbeit - dort wollen wir allerdings 2 Millionen DM mehr zur Verfügung stellen - mit der Bekämpfung des Rechtsextremismus eine besondere Aufgabe haben.

(Günter Neugebauer [SPD]: Welchen Kürzungen stimmen Sie denn nun zu?)

- Diese Frage, Herr Neugebauer, dokumentiert nur, dass Sie sich - das habe ich eingangs schon gesagt - mit unseren Anträgen überhaupt nicht befasst haben.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das sind wir übrigens von Ihnen schon gewohnt; das ist typisch Neugebauer. Ich hatte gedacht, Sie könnten wenigstens lesen.

(Heiterkeit bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Herr Hay hat hier nochmals angekündigt, dass wir Gemeinsamkeiten finden könnten. Ich habe kritisiert, dass dies nicht so weit gegangen ist, wie ich mir das hätte vorstellen können, und Herr Neugebauer hat jetzt ja deutlich gemacht, dass hier ein Ritual abgelaufen ist. Aber gleichwohl sollten wir diesen Weg natürlich nach wie vor verfolgen. Wir werden jedenfalls eine Reihe unserer Einzelanträge heute gesondert zur Abstimmung stellen - dann lernen auch Sie es, Herr Neugebauer - und wir beantragen dabei auch namentliche Abstimmung.

Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, seien Sie sich bewusst, dass Sie Ihr Abstimmungsverhalten von heute in Ihren Wahlkreisen einholen wird. Dafür werden wir sorgen.

(Holger Astrup [SPD]: Das warten wir ganz ruhig ab! - Zurufe von der SPD)

Wir werden Ihre Zwiespältigkeit und Ihre **kommunalfeindliche Politik** öffentlich machen. In der vergangenen Woche hat der Streit in der Regierungskoalition - Herr Hay hat heute noch einmal unterstrichen - deutlich gemacht, dass wir es inzwischen in Schleswig-Holstein mit einer abgewirtschafteten rot-grünen Niedergangskoalition zu tun haben

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Jawohl!)

unter Führung einer amtsmüden Ministerpräsidentin Heide Simonis.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Als Fazit dieser Haushaltsberatungen können wir deshalb festhalten: Schleswig-Holstein bleibt wegen seiner Menschen, seiner Landschaft und seiner Kultur ein schönes Land, eines der schönsten Bundesländer.

(Lothar Hay [SPD]: Das Land verdient eine bessere Opposition!)

Niemand redet dieses Land schlecht, aber dieses Land wird von Frau Simonis „grottenschlecht" regiert.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P. - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sehr gut! - Martin Kayenburg [CDU]: Vielen Dank, Herr Kollege!)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich erteile nun dem Fraktionsvorsitzenden der F.D.P., Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Beratungen des Haushaltsentwurfs 2001 haben eines deutlich dokumentiert: Die Regierungskoalition marschiert darauf los, sie weiß nur noch nicht ganz genau, in welche Richtung.

(Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

In einer Phase der wirtschaftlichen Prosperität wäre es die Aufgabe der Landespolitik, finanzpolitisch die Weichen für schwierige Zeiten zu stellen. Was wir statt dessen erleben dürfen, ist ein trauriges Bild des Stillstandes und der Ratlosigkeit. Mit wechselnden Rollen changieren die Regierungsbeteiligten - das Wort „Partner" verbietet sich - zwischen Sparbemühungen und Klientelpolitik, Modernisierung und Strukturkonservativismus, Aufbruch und verbalem Ausbruch.

Wenig mehr als ein halbes Jahr nach der Konstituierung der neuen rot-grünen Landesregierung gewinnt man den Eindruck, dass die Gemeinsamkeiten bereits verbraucht sind.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es!)

Wo sind die Schwerpunkte dieses Haushalts?

(Martin Kayenburg [CDU]: Ja, das ist die Frage!)

Welchen Weg soll das Land einschlagen? Welche Politikfelder sind wichtig und wo sind die Akzente?

Dieses Land geht nach 13 Jahren unter Führung der Sozialdemokratie in das neue Jahrtausend mit der Botschaft, dass es uns finanziell so schlecht geht, dass wir uns nicht einmal mehr eine Ältestenratsreise leisten können oder die Mitfinanzierung der Werftenhilfe.

Arbeit, Bildung, Jugend - das seien die Schwerpunkte, so lautet jedenfalls die Selbstauskunft von Rot-Grün. Wo aber schlagen sich diese Schwerpunkte - abgese-

(Wolfgang Kubicki)

hen von Presseerklärungen - konkret im Haushalt nieder?

(Günther Hildebrand [F.D.P.]: Überhaupt nirgends!)

Zum Thema **Bildung**: Eines muss man Rot-Grün lassen. Die zusätzlichen 200 Lehrerstellen sind tatsächlich geschaffen worden. Dafür wird der Kahlschlag an der Universität und den Hochschulen mit unverminderter Härte weitergeführt. Alle Welt spricht von einem Ausbau der Kapazitäten, von steigenden Studentenzahlen und der Notwendigkeit, in die Bildung zu investieren. Die schleswig-holsteinische Landesregierung schafft es noch nicht einmal, das Ausgabenniveau zu halten. Mit der abenteuerlichen Begründung, nur das Kürzen des Landeszuschusses schaffe die Anreize für Veränderungen, wird an dem einzigen Rohstoff gespart, den unser Land hat. Das ist ungefähr die gleiche Logik, als würde man einem Verhungernden sagen, man gebe ihm nichts zu essen, damit er sich selbst um sein Essen bemühe.

Es ist eine Binsenweisheit, dass gerade in einer Zeit des Umbruchs mehr Geld benötigt wird, da Alt und Neu in der Regel in dieser Phase nebeneinander existieren. Dennoch wird nicht der Strukturwandel, sondern massiver Bildungsabbau gefördert. Die Demonstrationen der Schüler und Studenten und die Demonstrationen von lehrendem und wissenschaftlichem Personal sind kein Ausweis erfolgreicher Bildungspolitik.

Zum Thema **Jugend**: Kollege Neugebauer, vielleicht kann mir jemand im Verlauf der heutigen Debatte erklären, wo sich dieser Schwerpunkt im Haushalt niederschlägt. Er ist für uns noch nicht einmal ansatzweise als Punkt erkennbar.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Zum Thema **Arbeit**: In ihrer Regierungserklärung hat die Ministerpräsidentin „Wellness" zum Schwerpunkt ihrer Arbeit erklärt. Möglicherweise hat dies ja die Debatte um ihre Amtsmüdigkeit erst ausgelöst. Wo aber findet sich dieser Schwerpunkt im Haushalt wieder? Der Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium - zugleich für Tourismus zuständig - hat im Rahmen der Haushaltsberatungen in der gemeinsamen Sitzung des Finanz- und des Agrarausschusses am 9. Oktober klar und deutlich gesagt, dass es zurzeit kein Konzept gebe. Frau Ministerpräsidentin, er kann aus dem Protokoll wie folgt zitiert werden:

> „Eine Liste solcher Projekte, wie sie sich die Abgeordnete Dr. Happach-Kasan vorstelle, in denen 'Wellness' eine Rolle spiele, könne erst im Laufe der Zeit anhand von Erfahrungen erstellt werden. Deshalb könne auch die Frage nach dem Konzept der kommenden Jahre nicht beantwortet werden."

Heide Simonis muss „Wellness" mit Loch Ness verwechselt haben.

(Beifall bei der F.D.P.)

Dem Wellness-Konzept geht es wie Nessi: Alle reden davon, aber keiner hat das Objekt der Begierde je gesehen. „Wellness" kann getrost als leere Worthülse abgetan werden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Gibt es wenigstens andere - etwas inhaltsschwerere - Konzepte für mehr Arbeit im Land? Augenscheinlich ja. Die Programme „ziel" und „ZAL" und das Regionalprogramm 2000 würden weitgehend von Kürzungen ausgenommen, so war zu lesen. Was ist daran neu? Warum sollen ausgerechnet die untauglichen Mittel der Vergangenheit morgen zu Erfolgen führen? Wie wenig Sie selbst an den Erfolg Ihrer bestehenden Maßnahmen glauben, haben Sie erst kürzlich bewiesen. Warum wird ASH 2000 plötzlich mit evaluierbaren Kriterien versehen? Jahrelang hatte die F.D.P.-Fraktion dies gefordert. Jahrelang wurde diese Forderung mit Abscheu, Ekel und Empörung zurückgewiesen. Und jetzt? Frau Ministerin, Ihre Kriterien sind so streng, dass der Kollege Garg - was selten genug vorkommt - sprachlos aus der Sitzung des Sozialausschusses zurückkehrte und der verdutzten F.D.P.-Fraktion erklärte, die Sozialministerin habe die Forderungen der F.D.P. nicht nur erfüllt, sondern sogar übererfüllt. Seitdem ist er voll des Lobes von Ihnen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Warum erfolgt dies erst jetzt, nach so vielen Jahren? Die Politik in diesem Land läuft immer nach dem gleichen Muster ab: Eine gut gemeinte Idee wird schlecht umgesetzt, die Warnungen der Opposition werden bestenfalls ignoriert, rechthaberisch setzt sich die Regierung - oder die regierungstragenden Fraktionen - mit dem Geschwätz durch: Wir sind so modern, deswegen haben alle etwas gegen uns. Schließlich fallen Sie auf die Nase. Das ist das Vierphasenmodell der gescheiterten **Reformbemühungen** in diesem Land.

ASH 2000 oder die Aufgabe der Entbeamtung sind aktuelle Beispiele. Sie lassen sich mühelos um so folgenreiche Projekte wie Gesamtschulen, Immobiliendeal und die legendäre „Wiesen"-Steuer ergänzen. Alle Vorgänge weisen bis heute eine Konstante auf: keine Führung, keine Linie, kein Konzept.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Entscheidungen werden so lange vertagt oder durch Gremien geschleppt, bis man sich um des lieben Ko-

(Wolfgang Kubicki)

alitionsfriedens willen auf den kleinsten gemeinsamen Nenner geeinigt hat. Kollege Hay, der kleinste gemeinsame Nenner ist keine Politik, er bedeutet Stillstand.

Welch ein trauriges Bild gibt diese Koalition nur knapp ein halbes Jahr nach ihrer Neuauflage ab! Das Gerangel um die **Standardöffnung** ist das perfekte Beispiel. Der Gesetzentwurf der F.D.P. liegt seit einem halben Jahr vor. Was machen die Regierungsfraktionen? Parlament verkehrt. Die Sozialdemokraten kündigen an, sie wollen die Standards öffnen. Innenminister Buß hat dies wiederholt getan. Die Ministerpräsidentin und der Fraktionsvorsitzende Lothar Hay haben ihren Willen zur Standardöffnung vor vier Wochen auf der Krisenkonferenz der SPD bestätigt. Die Grünen spielen derweil Opposition in der Regierung und gerieren sich als die wahren Sozialpolitiker in diesem Lande. Kollege Hentschel, ich verstehe das. Wenn man schon für nichts mehr steht, dann trifft es sich gut, wenn man wenigstens gegen etwas ist.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

So ist der Kollege Hentschel dagegen, bei den Standards der Kindertagesstätten eine Öffnung vorzunehmen. Dabei ist völlig egal, dass die Grünen sonst immer viel von Partizipation, Selbstbestimmung und vor allem kommunaler Eigenständigkeit reden. Nur Hentschel weiß, was Eltern wünschen. Die Regelungswut zeigt, wie wenig Sie in Wahrheit von den Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern halten und wie sehr Sie von Ihrer selbst gestrickten Wahrheit überzeugt sind. Glauben Sie wirklich, dass die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker kein Verantwortungsgefühl haben und **Gruppen** mit 30, 35 oder gar 40 Kindern zulassen würden? Es gibt kaum eine kommunale Leistung, die vor Ort in ihrer Qualität und ihrer Quantität so direkt von den Bürgerinnen und Bürgern kontrolliert werden kann wie die Leistung der **Kindergärten**.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Der Protest wäre zu Recht so stark, dass solche Pläne nicht einmal angedacht würden. Kollege Hentschel, wie sehr Sie mit Ihrem Latein am Ende sind, konnten wir in den „Lübecker Nachrichten" vom 6. Dezember 2000 nachlesen.

> „Für uns schafft dieser Kompromiss des Kabinetts Luft. Das ist gut, denn jetzt können die Kindergärten drei Monate lang demonstrieren."

Ich bin bisher immer davon ausgegangen, dass die Opposition mangels eigener parlamentarischer Mehrheiten auf die Unterstützung der Öffentlichkeit angewiesen ist. Dass sich der Fraktionsvorsitzende des kleinen Regierungspartners darüber freut, dass gegen die von ihm mitgetragene Politik seiner Regierungsfraktion demonstriert wird, hat eine eigene Qualität. Es ist bedauerlich, dass die SPD-Fraktion gestern öffentlich dokumentiert hat, von welchem Kleinmut sie beseelt ist.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Lothar Hay hat vor kurzem öffentlich gesagt, die SPD habe in der Vergangenheit nicht die Kraft zu strukturellen Einschnitten gehabt. Warum wiederholen die Sozialdemokraten ihre Fehler? Warum nutzen sie das günstige wirtschaftliche Klima nicht für Reformen? Jetzt müssen die Weichen gestellt werden. Sie hingegen können mit diesem Haushalt nur hoffen, dass die **US-Konjunktur** weich landet. Wenn es wirklich zu einem Einbruch in den USA kommen sollte, können wir in Europa alle optimistischen Prognosen über Bord werfen. Selbst wenn in den USA alles gut geht, so wird sich die Konjunktur in Europa mittelfristig abkühlen.

Was macht diese Landesregierung dann? Reserven gibt es keine mehr. Die Vermögenswerte sind verschleudert, die Steuern hinken schon jetzt der Entwicklung in anderen Bundesländern hinterher. Wir sind Kostgänger der anderen Bundesländer. Was passiert im Land eigentlich bei einem nur leichten Rückgang der Steuereinnahmen? Was passiert, wenn die Änderung des Länderfinanzausgleichs zu einer durchaus realistischen Mindereinnahme von 100 Millionen DM oder auch nur 50 Millionen DM führt? Wo sind die grünen Nachhaltigkeitsprediger in der Finanzpolitik? Im Land kommen sie nicht weiter und greifen deshalb nachhaltig für vier Jahre den Kommunen in die Tasche. Als Belohnung werden von 1.200 Verordnungen angeblich 27 - jetzt nur noch 26 - freigegeben.

Das Verfahren verdient ein besonderes Augenmerk. Die Kommunen müssen die Abweichung von der Verordnung in einer Satzung regeln und dem Innenministerium anzeigen. Die Satzung gilt als genehmigt, wenn das Innenministerium im Einvernehmen mit dem zuständigen Fachressort unter Beteiligung des Frauenministeriums nicht binnen eines Monats widerspricht. Das nenne ich einen mutigen Schritt auf dem Weg zur Deregulierung.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die F.D.P. hält das Genehmigungsverfahren für völlig unvollständig. Eine Abweichung von heiligen **Landesstandards** sollte nur im Benehmen mit den Kirchen und Glaubensgemeinschaften sowie den Tarifparteien

(Wolfgang Kubicki)

erfolgen. Oder besser noch: Ohne Volksabstimmung darf nicht von Standards abgewichen werden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Machen Sie so weiter! 2005 braucht dieses Land dann keine Regierung mehr, sondern ein Abwrackunternehmen. Zugegeben, der Gesetzentwurf der F.D.P.-Fraktion zur Standardöffnung ist radikal. Es helfen aber nur noch radikale Maßnahmen. Bürokratie-TÜV, Aufgabenkritik oder Funktionalreform - nichts hilft bisher wirklich. Der Vorschriftendschungel wächst weiter. Wir sind fest davon überzeugt, dass die Kommunen am besten wissen, welche Standards in ihrem Bereich nötig sind und welche nicht.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wir misstrauen den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort nicht. Lösen Sie sich von Ihrem ängstlichen Kleinmut. Es ist höchste Zeit, die alarmierenden Zeichen häufen sich. Dafür gibt es viele Beispiele in anderen Bereichen.

Die Gentechnik ist eine der Schlüsseltechnologien für die nächsten Jahre - vielleicht sogar Jahrzehnte. Der hiesige Beitrag zum Thema Gentechnik liegt in der Überbetonung der Risiken bei gleichzeitiger Nichtbeachtung der Chancen. Bayern bildet in der Zwischenzeit durch die massive Förderung des so genannten Biotech-Valley munter Cluster.

Gleichzeitig beschweren sich grüne und rote Landespolitiker darüber, dass die Mittel für die Förderung der **Gentechnik** den Norden konsequent meiden und fast vollständig in den Süden der Republik fließen.

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Sehr überraschend!)

Der Transrapid wird mit hoher Wahrscheinlichkeit bald in China fahren. Nordrhein-Westfalen und Bayern konkurrieren um eine inländische Transrapid-Verbindung. Und die Landesregierung? - Sie ist stolz darauf, gegen den Transrapid geklagt zu haben.

Die Landesregierung kann noch nicht einmal die Mittel des Bundes vollständig binden. Andere Bundesländer kündigen an, die **Wettbewerbshilfe** für ihre Werften aufzustocken, und nehmen dankbar diejenigen Mittel in Anspruch, die Schleswig-Holstein nicht abruft.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: So ist es!)

Wenn der grüne Fraktionsvorsitzende dies gemein findet, weil zum Beispiel Bremen und Mecklenburg-Vorpommern ihren Anteil im Prinzip aus erweiterter Bundeshilfe aufstocken, muss ihm entgangen sein - er macht ja nur gelegentlich Haushaltspolitik -, dass auch Schleswig-Holstein fast 1 Milliarde DM aus dem Länderfinanzausgleich und vom Bund erhält. Nur setzen andere Länder offensichtlich andere Prioritäten.

Dies wäre zu verschmerzen, wenn es an anderen Stellen ausreichende Anreize für zusätzliche **Arbeitsplätze** gäbe. Die gibt es aber augenscheinlich nicht, sieht man von der öffentlichkeitswirksamen Ankündigung einer zusätzlichen Förderung der Ökotechnik einmal ab. Vielleicht sollten die schleswig-holsteinischen Werften künftig keine Schiffe mehr bauen, sondern solarthermisch beheizte Vogelhäuschen.

Das Land fällt bei der Entwicklung der Steuereinnahmen relativ zu den anderen Bundesländern zurück. Was sind die Gründe? Wieso steigen die Bundesergänzungszuweisungen und die Zahlungen aus dem Länderfinanzausgleich absolut und in Relation zu den Erwartungen so rapide an? Ich habe bereits Anfang diesen Jahres - Herr Kollege Neugebauer, Sie werden sich daran erinnern - auf dieses Phänomen hingewiesen und die Landesregierung um eine Erklärung gebeten. Bis heute habe ich keine Antwort erhalten.

Warum ist etwa in Schleswig-Holstein die Bauindustrie das Sorgenkind? Hat das auch etwas mit den immer weiter fallenden Landesinvestitionen zu tun? Warum sind die Steuerzuwächse in anderen Ländern größer? Hat das etwas damit zu tun, dass die Sonderabschreibungen Ost ausgelaufen sind, sodass die großen Unternehmen, die vermehrt im Süden anzutreffen sind, nun wieder mehr Steuern zahlen, sodass dort die Einnahmen relativ stärker als bei uns im Norden steigen? Oder liegen die Gründe vielleicht auch darin, dass wir mit dem Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur hinterherhinken und deshalb zunehmend an Attraktivität für potenzielle Investoren verlieren?

Fakt ist jedenfalls: Schleswig-Holstein wird im ausgehenden Haushaltsjahr über eine 1 Milliarde DM aus dem Länderfinanzausgleich und den Bundesergänzungszuweisungen einnehmen und auch 2001 werden annähernd 940 Millionen DM erwartet. Ohne die **Finanzinfusionen** des Bundes und der Geberländer im Länderfinanzausgleich würden uns in diesem und im nächsten Jahr gut 2 Milliarden DM fehlen. Addiert man zu dieser Zahl noch die Nettoneuverschuldung, die sich in einer vergleichbaren Größenordnung bewegt, dann wird das strukturelle Haushaltsproblem dieses Landes deutlich. Bezogen auf das Gesamtvolumen von rund 15 Milliarden DM sollte der Finanzminister angesichts dieser Zahlen ein wenig nachdenklich werden und uns mit seinen Endsiegparolen des Kampfes an der Haushaltsfront verschonen.

Wir brauchen eine unvoreingenommene Analyse dieser Entwicklung. Wir haben es ganz offensichtlich nicht mit statistischen Ausrutschern zu tun. Es scheint sich eher eine Tendenz zu verfestigen. Es reicht des-

(Wolfgang Kubicki)

halb nicht aus - wie es die Ministerpräsidentin macht -, der Opposition vorzuwerfen, sie rede das Land schlecht. Die F.D.P.-Fraktion wir auch weiterhin die verfehlte Politik der Landesregierung kritisieren, selbst auf die Gefahr, dass her royal wellness not amused sein sollte.

Schlimmer noch als in der zurückliegenden Legislaturperiode arbeiten sich die Koalitionäre an internen Befindlichkeiten ab. Wer sich aber nur mit sich selbst beschäftigen muss, dem bleibt keine Zeit für die Entwicklung von Lösungen für die Probleme des Landes.

Claus Möller wird von seinen eigenen Versäumnissen der Vergangenheit getrieben. Ob es an ihm oder an der mangelnden Unterstützung im Kabinett liegt, kann ich nicht beurteilen. Im Endeffekt ist das für die Beantwortung der Frage ohne Belang, denn bekanntlich ist nur das Ergebnis wichtig. Und das ist alles andere als berauschend.

Nettoneuverschuldung - selbstverständlich inklusive Immobiliendeal - 1,13 Milliarden DM. Der schuldenfreie Haushalt wird weder 2008 noch 2009, noch sonst irgendwann kommen. Der Finanzminister muss froh sein, wenn er es schafft, die jetzige Neuverschuldung auch nur auf ihrem Niveau zu halten.

Investitionsquote: 10,1 %. Ich will den Kollegen Steinbrück nicht wiederholen, der darauf hingewiesen hat, dass das eigentlich nicht zu vertreten sei, aber die **Investitionsquote** liegt wieder bei 10,1 %. An dieser Zahl sieht man, dass Claus Möller in seinem Herzen immer noch bei der Bahn ist. Wie sein früherer Arbeitgeber investiert er viel zu wenig in die Infrastruktur des Landes und fährt die Anlagegüter auf Verschleiß. Ich sage Ihnen, Kollege Neugebauer, wenn das Land so weiter macht, wird es uns in nicht mehr allzu ferner Zeit genauso gehen wie der Bahn: Der Bund muss Zuschüsse zahlen, damit die ganze Veranstaltung nicht den Bach heruntergeht.

Die **Zinslastquoten** und die **Personalkostenquoten** haben sich nur auf dem Papier verbessert. Der Immobiliendeal führt zur Freude des Finanzministers dazu, dass die Kredite, die die Investitionsbank im Auftrag des Landes aufgenommen hat, ebenso wenig dem Landeshaushalt direkt zugeordnet werden wie die Kosten für die Zinsen und das Personal der GMSH.

Rein rechnerisch entfallen 146 Stellen im Landeshaushalt. Angesichts von 200 zusätzlichen Lehrerstellen wäre das zwar nicht weltbewegend, aber immerhin besser als nichts. Tatsächlich, Kollege Neugebauer, wurde die Zahl der Stellen im Haushalt aber erhöht. Denn von den 146 im Landeshaushalt eingesparten Stellen gehen 153 auf Übertragungen an die GMSH zurück. Das sind keine Einsparungen, denn es ist völlig unerheblich, ob die Stellen direkt über den Haushalt finanziert werden oder indirekt über die Mieten, die das Land an die **GMSH** zahlen muss.

(Beifall bei der F.D.P.)

Rechnerisch 146 Stellen eingespart, real 7 neu geschaffen!

Ich weiß nicht, ob es diese Feststellung war oder ob die Kompensation für den sich immer weiter aufblähenden Personalkörper der Staatskanzlei gesucht wurde, die die Regierungsfraktionen dazu bewogen haben, dem Rechnungshof entgegen den üblichen parlamentarischen Gepflogenheiten einfach die Stelle eines Abteilungsleiters zu streichen.

Ich bin mir jetzt nicht ganz sicher. Bevor ich hier hochging, wurde eine neue Vorlage von Rot-Grün verteilt. Kollege Neugebauer, vielleicht kann das durch Zwischenruf erledigt werden.

(Günter Neugebauer [SPD]: Wir haben das korrigiert!)

- Dann will ich ausdrücklich sagen, dass ich mich für meine Fraktion dafür bedanke. Wir hatten einen entsprechenden Antrag eingereicht. Man kann über alles reden und man muss auch über alles reden. Man kann allerdings nicht so vorgehen, wie es die Regierungsfraktionen zunächst getan haben, und ohne Diskussion mit dem Rechnungshof und ohne Diskussion mit uns eine entsprechende Stellenstreichung vornehmen. Also, ich bedanke mich jetzt ausdrücklich bei den Regierungsfraktionen dafür, dass sie dies zurückgenommen haben.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Heinz Maurus [CDU])

Kollege Neugebauer, gedeckelte Personalkostenbudgets, mit denen wir arbeiten, können für ein Jahr, zwei vielleicht auch drei Jahre zu tatsächlichen **Einsparungen** führen, weil sozusagen das Fett weggeschnitten wird. Nach dieser Zeit ist man allerdings auf dem Knochen angekommen und verletzt den ganzen Organismus, wenn man weiter schneidet. Bei gleichbleibenden Aufgaben kann eine Personalkostenbudgetierung auf Dauer nicht funktionieren. Allein aus diesem Grund muss sich das Land von Aufgaben trennen, wenn es weitere substantielle Einsparungen im Personalbereich verwirklichen will. Ansonsten kommt es nur zur Verlagerung von Tätigkeiten auf Dritte, die bei unverändertem Aufgabenumfang nicht zu den gewünschten Einsparungen führt.

Die deprimierenden Haushaltskennziffern sind dem Finanzminister natürlich bekannt. So hat er - dem Möllerschen Reflex folgend - erneut in die Trickkiste gegriffen und seine Einnahmen schöngerechnet.

(Wolfgang Kubicki)

Die Landesregierung hat in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der F.D.P.-Fraktion erklärt, sie hätte Einnahmen von 200 Millionen DM aus der Umwandlung - aus der Umwandlung! - des Haftkapitals der Landesbank in haftendes Eigenkapital erwartet. Das ist allerdings eine hoch interessante Erklärung. Auch auf der Regierungsbank gibt es ja einige Volkswirte. Die Ministerpräsidentin soll eine sein und der Umweltminister soll auch ein entsprechendes Studium abgeschlossen haben.

Dass aus der Umwandlung von Kapital, Herr Finanzminister, ein Zufluss für den Landeshaushalt entsteht, ist ein ökonomisches Wunder!

(Heiterkeit des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.])

Denn haftendes Stammkapital - das sagt der Begriff schon aus - muss dem Unternehmen zur Verfügung stehen und bei ihm bleiben und fließt nicht in Ihren Landeshaushalt, sonst ist es kein haftendes Stammkapital.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wahrscheinlich kann Claus Möller auch über das Wasser laufen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Ist es nicht vielmehr so, dass Sie diesen Einnahmeposten nur deswegen veranschlagt haben, weil Sie anders Ihren vermeintlichen **Sparhaushalt** noch nicht einmal Verfassungskonform hätten aufstellen können? Mit einem Zufluss war nie zu rechnen. Wenn Sie bei dieser Behauptung bleiben, Herr Finanzminister, dann in der Tat führe ich diese Diskussion mit Ihnen so lange durch, bis Sie es begriffen haben. Mit einem Zufluss war zu keinem Zeitpunkt zu rechnen. Das wissen Sie auch. Ich bin auch gespannt, wie Sie den Haushaltswanderpokal der vergangenen Jahre, den Teilverkauf der LEG, im nächsten Jahr unter Dach und Fach bringen wollen. Vielleicht wird die Investitionsbank die LEG zum Teil übernehmen, weil es mit der GMSH, an der die Investitionsbank dankenswerterweise schon zu 24,9 % beteiligt ist, so viele schöne Synergieeffekte bei der Gebäudebewirtschaftung gibt.

(Heiterkeit des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.])

Dieser Schritt wäre in der bisherigen Logik der Transaktionen des Hauses Möller nur folgerichtig.

Die F.D.P.-Fraktion hat mit ihren Änderungsanträgen andere Schwerpunkte gesetzt. Wir haben bewusst darauf verzichtet, einen neuen Haushalt vorzulegen. Eine solche Aufgabe kann eine Oppositionsfraktion nicht leisten; es ist auch nicht ihre Aufgabe.

Ziel ist es, Alternativen aufzuzeigen. Das haben wir getan.

Es ist schon etwas merkwürdig, Frau Kollegin Heinold, dass Sie erklären, Sie könnten mit den Haushaltsvorschlägen der F.D.P. nichts anfangen, um sie dann vielfältig klammheimlich zu übernehmen. Dies gilt für Einsparungen im Bereich der IT-Ausstattung und beim Bürobedarf in gleicher Weise - ich möchte das ausdrücklich betonen: in gleicher Weise - wie bei der Reduzierung im Bereich der Landschaftsplanung, um nur einiges zu nennen.

Einige unserer Vorschläge sind nicht sofort haushaltswirksam und können deswegen auch nicht etatisiert werden. Ich denke an die Einrichtung der Zentralen Beschaffungsstelle, die wir schon 1997 gefordert haben, oder aktuell an das Standardöffnungsgesetz, das mittelfristig auch für das Land zu Einsparungen führen würde.

In Ergänzung zu den Haushaltsanträgen hat meine Fraktion noch einen weiteren Antrag eingebracht. Meine Kollegin Christel Aschmoneit-Lücke hat den Wirtschaftsausschuss kurzfristig um Zustimmung zu dem Vorschlag gebeten, Mittel aus dem **Programm „ziel"** bei Bedarf so umzuschichten, dass der Werftenhilfe-Plafond des Bundes voll ausgeschöpft werden kann. Das Land würde damit zwar Mittel für „ziel" nicht binden können, dafür aber die Werftenhilfe in vollem Umfang.

(Beifall bei der F.D.P.)

Herr Kollege Hay, ich will nur daran erinnern, dass ein Beitrag von Ihnen in der Öffentlichkeit war, im „Flensburger Tageblatt" Mitte dieses Jahres, in dem Sie erklärt haben, dass Sie auch darüber nachdächten, die Förderprogramme „ziel" auf den Prüfstand zu stellen und auch dort bis zum Bereich von 10 % zu streichen.

Es ist doch allemal sinnvoller, wettbewerbsfähige Hightech-Werftarbeitsplätze zu erhalten als AB-Kräfte mit dem Bau von Bushäuschen oder Wanderwegen zu beschäftigen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Das ist keine Polemik. Gucken Sie sich den Katalog der zu fördernden Maßnahmen im Investitionsprogramm 2001 an! Darin sind Bereiche, über deren Förderungswürdigkeit wir uns für das Land Schleswig-

(Wolfgang Kubicki)

Holstein unter dem Begriff „Strukturwandel" durchaus unterhalten müssten.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Wir müssen uns auch darüber im Klaren sein, Herr Minister Rohwer, dass sich die Landesregierung mit dem Verzicht auf die vollständige Dotierung der **Werftenhilfe** vom Handelsschiffbau bei HDW verabschiedet - ich wiederhole das -, dass sich die Landesregierung vom Handelsschiffbau bei HDW verabschiedet, dieses Signal nach außen gibt und dem neuen Eigentümer Babcock oder der WestLB die Chance gibt, die Verantwortung für den Wegfall des Handelsschiffbaus in Kiel auf die Landespolitik abzuwälzen. Ich wiederhole das deshalb an dieser Stelle - ich habe es im Ausschuss schon einmal gesagt -, damit Sie, Herr Minister Möller, nicht in einem Jahr sagen können, sie seien von der Entwicklung völlig überrascht worden. Die Tatsache, dass Sie Mittel an kleinere Werften geben, heißt nur, dass Sie Mitteldotierung bei HDW streichen; sonst ginge die Rechnung gar nicht auf.

Hoffentlich wissen Sie, was Sie tun, wenn Sie unserem Vorschlag nicht folgen, der ja nichts anderes ausweist als die Möglichkeit, Verpflichtungsermächtigungen in den nächsten Jahren zu realisieren - bei Bedarf.

Wir haben bei der **Sozialhilfe**, Kollege Hay, gespart, und zwar deutlich mehr als die Landesregierung über ihre Vorschläge in der Nachschiebeliste. Hamburg und Bremen kürzen ihre Sozialhilfeansätze wesentlich stärker als Schleswig-Holstein. Die Begründung der Landesregierung im Finanzausschuss, dass vor allem die Kosten für die Eingliederungshilfe steigen, während die Ausgaben für die Hilfe zum Lebensunterhalt rückläufig seien, vermag uns nicht zu überzeugen, warum es bei uns anders gehen soll als in den anderen Regionen des Bundes. Der gegenläufige Effekt muss ja bei allen in etwa gleich sein.

Ich kann die Begründung der Landesregierung für ihre zögerliche Rücknahme dieses Ausgabetitels nur so deuten, dass sie auch im kommenden Jahr davon ausgeht, dass sich die Wirtschaft im Land im Vergleich mit den anderen norddeutschen Ländern relativ schlechter entwickeln wird. Dies drückt sich dann selbstverständlich nicht nur in einer schlechteren Entwicklung der Steuereinnahmen aus, sondern auch in höheren Zahlungen für die Sozialhilfe.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie kann man ein Flächenland mit einem Stadtstaat vergleichen?)

- Auf diesen Einwurf, Kollege Hentschel, von Ihnen habe ich ja gewartet; deshalb habe ich Niedersachsen ausgespart. Aber wenn Sie nach Niedersachsen gukken, sehen Sie dort den gleichen Effekt. Das ist kein Stadtstaat, sondern ein Flächenland.

(Beifall bei der F.D.P.)

Aber es ist immer schön zu sehen, wie der Kollege Hentschel bei Dingen, die man ihm hinwirft, anbeißt.

(Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

Die F.D.P.-Fraktion war offensichtlich zu optimistisch in der Beurteilung der Situation des Landes.

Gleiches gilt auch für die 10-prozentige Kürzung bei den Beschaffungs- und Telekommunikationstiteln. Sollte es durch die zentrale Beschaffung nun zu Einsparungen kommen - das haben wir ja irgendwie festgeschrieben - oder nicht? Wenn ja, warum werden sie dann nicht etatisiert? Wenn nein, warum gibt es denn entgegen der Ankündigung der Landesregierung keine Einsparungen? Haben Sie schon wieder ein Modernisierungsprojekt in den Sand gesetzt?

Dies gilt übrigens auch für die Telekommunikationskosten. Bringt der Generalvertrag mit der Telekom nun etwas oder bringt er nichts?

An diesen Einsparungen müssen auch die Regierungsfraktionen ein Interesse haben, denn ohne Einbußen an Qualität und Quantität können damit die so dringend notwendigen Mehrausgaben für Bildung, Hochschulen und Polizei finanziert werden.

Die Verweigerungshaltung der Regierungsfraktionen wäre nicht so schlimm, wenn sie wenigstens selbst einen Beitrag zu einer klaren Haushalts- und Finanzpolitik geleistet hätten. Die parlamentarische Arbeit kann sich doch nicht in der schlichten Erkenntnis des Kollegen Hentschel erschöpfen, der Landeshaushalt sei versteinert. Der tiefere Sinn der Änderungsanträge von Rot-Grün war und ist nicht erkennbar. Sie schieben 100.000 DM von einem Haushalt in den nächsten, teilweise sogar innerhalb von Titelgruppen, die gegenseitig deckungsfähig sind,

(Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

kürzen bei einigen Beschaffungstiteln um 10 %, bei anderen ohne jede Begründung nicht und rühmen sich, 8 Millionen DM zusätzlich zur Regierung eingespart zu haben. Ich gebe zu, es ist wirklich das erste Mal, dass die Regierungsfraktionen im Ergebnis nicht draufsatteln, aber, Kollege Hay, es macht wirklich nur 0,53 ‰ des Gesamthaushalts aus. 0,53 ‰ mögen ein hervorragender Wert bei einer Alkoholkontrolle sein, im Haushaltsverfahren sind sie es auf keinen Fall.

(Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

(Wolfgang Kubicki)

Von Ihren Änderungsanträgen ging nur eine Botschaft aus: Wir haben uns geeinigt - auf was, ist nebensächlich.

Ich habe mir, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr lange überlegt, ob ich in der Haushaltsdebatte überhaupt etwas zum Thema **Rechtsradikalismus** sage. Ich möchte - das habe ich schon mehrfach betont - dieses Thema nicht hochreden. Deshalb nur so viel: Im Vergleich zu dem, was die Regierungsfraktionen mit großer Geste für den Kampf gegen Rechts zugesagt haben, sind die realen Haushaltsvorschläge ernüchternd. Welchen verheerenden Eindruck muss es im Land hinterlassen, wenn immer wieder so getan wird, als stünden braune Horden kurz vor der Übernahme des Landes, und gleichzeitig im Haushalt Sümmchen bewegt werden, die zumindest der Beschreibung des Bedrohungspotenzials nicht im Geringsten gerecht werden.

Ich appelliere erneut an alle politisch Verantwortlichen, nicht Erwartungen an die Politik zu wecken, die vor allem finanziell nicht erfüllt werden. Die großen Ankündigungen und die kleinen Folgen machen Politik gerade im Kampf gegen Rechts nicht glaubwürdiger.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich sage es an dieser Stelle zum wiederholten Male: Der Rechtsstaat ist stark genug, die Auseinandersetzung mit rechten Gewalttätern zu bestehen. Aber achten wir gemeinsam darauf, dass er nicht an den Anforderungen zugrunde geht, die ihm in guter Absicht - das will ich nicht bestreiten - von der Politik auferlegt werden.

Liebe Kollegen und Kollegen, weder ist der Haushalt des nächsten Jahres für die Bewältigung der Zukunft geeignet, noch hat er eine. Es stimmt: Der Landesregierung bleibt gar keine andere Wahl, als den **Kommunen** in die Tasche zu greifen, wenn sie diesen Haushalt verfassungskonform verabschieden möchte. Würde sie nicht diesen, sondern einen anderen, auf die Kernaufgaben des Landes beschränkten Haushalt durchsetzen wollen und hätte sie dies schon in der Vergangenheit getan, dann wären solche Verzweiflungstaten sicherlich nicht nötig.

Flickschuster Möller stopft ein Haushaltsloch, indem er ein neues aufreißt. Strukturell hat sich seit Jahren nichts geändert, weil die handelnden Personen nicht willens, möglicherweise aber auch nicht fähig sind, Änderungen herbeizuführen.

Keine der von den Regierungsfraktionen selbst zu zentralen Modernisierungsvorhaben hochstilisierten Aktionen hat etwas gebracht. Am Ende hat alles sogar noch Geld gekostet. Wir wollen über COMPAS nicht reden, wir wollen über die Bemühungen zur Modernisierung des Verwaltungsablaufs nicht reden. Allein für die gescheiterten Entbeamtungsbemühungen der Ministerpräsidentin wurden 300 Millionen DM zum Fenster hinaus geworfen, denn weder die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - -

(Widerspruch des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Ich finde das sehr vernünftig, Kollege Neugebauer, dass die Steuerzahler des Landes Schleswig-Holstein, dass die Schülerinnen und Schüler des Landes Schleswig-Holstein, dass die Studenten dazu beitragen sollen, die Rentenkassen des Bundes zu sanieren!

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Weder die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch der Landeshaushalt hatten und haben einen Vorteil aus dieser Aktion. Was hätten wir mit 300 Millionen DM für dieses Land erreichen können? Ohne den Einstieg in die **Entbeamtung** hätte das Land den Eingriff in die kommunalen Finanzen niemals vornehmen müssen. Jetzt ist es zu spät.

Die Sünden der Vergangenheit schlagen durch und müssten mit wirklich tief greifenden Maßnahmen bekämpft werden. Hierzu fehlt den Sozialdemokraten, hierzu fehlt der Koalition erkennbar die Kraft. Sie wird im Übrigen auch nicht mehr von Gemeinsamkeiten zusammengehalten, sondern vom Durchhaltewillen und der Angst, ein halbes Jahr, ein Dreivierteljahr nach der Wahl eingestehen zu müssen, ein weiteres Gegeneinanderarbeiten mache keinen Sinn.

Frau Ministerpräsidentin, nicht die Kritik der Opposition, sondern die Politik des Stillstandes und der leeren Phrasen schadet dem Land. Es vergeht Zeit mit Nichtstun, die wir dringend für die Bewältigung der anstehenden Probleme brauchen.

Der **Länderfinanzausgleich** wird zu allem führen, aber nicht dazu, dass das Land mehr Geld bekommt. Ich erwarte ja gleich ihre freudige Botschaft, dass Sie sagen werden, mit Ihren weit reichenden Forderungen an den Finanzminister Eichel zur hälftigen Finanzierung der Wettbewerbshilfe seien Sie nicht nur auf offene Ohren und offene Herzen, sondern auch auf offene Taschen gestoßen. Denn entscheidend ist nicht, dass man Sie herzlich begrüßt, sondern entscheidend ist, dass Sie von Ihren Reisen nach Berlin auch etwas mitbringen.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Die Konjunktur ist auf einem Wachstumspfad, der sich bestenfalls erhalten, wahrscheinlich aber abschwächen wird. Die Osterweiterung der Europäischen Union

(Wolfgang Kubicki)

wird das Land und seine Bauern vor radikale Umwälzungen stellen. Alle diese Entwicklungen sind absehbar. Wo sind die Antworten dieser Landesregierung? Wo ist die Persönlichkeit, die dieses Land führt? Wo ist die kraftvolle parlamentarische Arbeit zumindest der stärkeren Regierungsfraktion? Zu erkennen ist allenthalben nur Lustlosigkeit, zu hören ist Binnenbefindlichkeit, zu sehen ist nur das Betteln bei anderen, Kollege Neugebauer. Dies ist Wellness auf niedrigstem Niveau und für ein Land zu wenig, das erfolgreich sein will.

Die F.D.P.-Fraktion wird der als Haushalt 2001 getarnten Insolvenzbilanz des Unternehmens Schleswig-Holstein nicht zustimmen.

(Anhaltender Beifall bei der F.D.P. und Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt dem Herrn Fraktionsvorsitzenden Karl-Martin Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kubicki, zunächst eine Bemerkung zu Ihnen! Wenn Sie sagen, der Finanzminister sollte angesichts der Zahlen ein wenig nachdenklich werden und uns mit seinen „Endsieg-Parolen des Kampfes an der Haushaltsfront" verschonen, gebe ich zu bedenken, dass das Wort „Endsieg" in der deutschen Geschichte vorbelastet ist. Sie sollten uns mit solchen Begriffen verschonen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nennen Sie mal ein Wort, das nicht vorbelastet ist!)

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vier Jahre Sparpolitik unter grüner Mitverantwortung haben wir hinter uns.

(Frauke Tengler [CDU]: Goldene Worte!)

Wir müssen feststellen, dass die **Neuverschuldung** noch immer Jahr für Jahr etwa eine Milliarde DM beträgt. Das nehmen wir ernst. Das ist für uns ein Problem, das wir nicht auf die leichte Schulter nehmen.

Deshalb möchte ich zunächst eine Zwischenbilanz der bisherigen Sparbemühungen ziehen und daraus Konsequenzen für den Haushalt der nächsten Jahre ableiten, die meines Erachtens notwendig sind.

Auf dem Weg zu dem angestrebten Sparziel haben wir zunächst die Programme gestrichen, die offensichtlich verzichtbar waren. Dann kamen die Programme an die Reihe, deren Effekt zumindest zweifelhaft und bei denen der Widerstand gering war. Zugleich wurden alle Landesbehörden von Unternehmensberatungen daraufhin geprüft, welche Arbeiten eingespart, zusammengelegt oder umorganisiert werden sollen. In allen Landesbehörden werden Schritt für Schritt die **Budgetierung** und die **Kosten- und Leistungsrechnung** eingeführt werden. Hunderte von Stellen wurden so eingespart - in der Landesbauverwaltung, in der Straßenbauverwaltung, in den Umweltämtern und in der Landwirtschaftskammer, um nur vier Beispiele zu nennen.

Natürlich werden jedes Jahr die Titel für Büromaterialien, Reisekosten, Reparaturen und Anschaffungen gekürzt, wie es auch die F.D.P. und CDU dieses Jahr wieder vorgeschlagen haben. Ob es auf Dauer sinnvoll ist, dass die Mitarbeiter der Straßenbauämter mit 20 Jahre alten LKWs spazieren fahren und mancher Polizist immer noch auf einer alten Schreibmaschine herumtippt, weil das Geld für Computer nicht für alle gereicht hat, wage ich allerdings zu bezweifeln.

In diesem Jahr sind wir noch einen Schritt weitergegangen. Wir haben nicht nur nach verzichtbaren Programmen gesucht, wir haben begonnen, auch da zu streichen und zu kürzen, wo wir die Programme durchaus für notwendig und wichtig erachten. Das bringt uns in die schwierige Situation, Kürzungen vor Betroffenen vertreten zu müssen, obwohl wir zugeben müssen, dass sie gute Arbeit geleistet haben. Das fällt schwer.

Verständlicherweise haben wir dabei von der Opposition selten Unterstützung erfahren. Als Beispiel möchte ich hier die Presseerklärung von Herrn Kayenburg zum Kürzungsvorschlag zur Akademie für Publizistik in Hamburg anführen:

„Mit seiner Kritik an den Kürzungsvorschlägen der SPD-Fraktion für die Akademie für Publizistik in Hamburg rennt der Schleswig-Holsteinische Journalistenverband bei der CDU-Fraktion offene Türen ein. Es ist geradezu grotesk, dass sich die SPD-Fraktion ausgerechnet eine der anerkanntesten journalistischen Weiterbildungseinrichtungen aussucht."

Lieber Herr Kayenburg, wenn wir bei vielen sozialen Einrichtungen sparen, wenn wir bei Jugendverbänden sparen und wenn wir bei der Polizei und Kultur sparen, muss auch bei so anerkannten journalistischen Einrichtungen gespart werden, wenn wir gerecht sein wollen. Warum haben Sie nicht geschrieben: „Ich habe

(Karl-Martin Hentschel)

große Hochachtung vor Herrn Hay und Herrn Neugebauer, dass sie sich trauen, sich auch noch mit den Journalisten anzulegen"? Mit einer solchen Presseerklärung hätten Sie meine Hochachtung gewonnen. Aber was nicht war, kann ja noch kommen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Und wo haben Sie bei Ihrer grünen Klientel gestrichen?)

Deshalb möchte ich an dieser Stelle explizit den CDU-Kollegen Ritzek loben.

(Zurufe von der CDU)

Als ich in einer Diskussionsveranstaltung bei der Gewerkschaft der technischen Beamten über den notwendigen Stellenabbau und die Zusammenlegung von Ämtern geredet habe, hat sich Herr Ritzek nicht populistisch hingestellt und versprochen, unter der CDU würde alles besser, nein, stattdessen hat Herr Ritzek die Sparmaßnahmen bei den Behörden explizit unterstützt.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das war das einzige Mal in den vergangenen sechs Monaten, dass ich es erlebt habe, dass sich ein Abgeordneter der Opposition gegenüber den Betroffenen so offen zu Einsparungen bekannt hat. Deswegen finde ich, dass Herr Ritzek einen Sonderapplaus der Regierungsfraktionen bekommen muss.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, das Einmaleins der **Kostenreduzierung** - das kann Ihnen jeder Unternehmensberater herunterbeten - besteht in der Einsparung von Personal. Hier muss der Staat seine Bilanz verbessern. Wenn wir weniger Personal brauchen, dann sparen wir auch Bleistifte, Computer, Diensträume, Dienstfahrzeuge, Telefonkosten und so weiter.

Der Bund der Steuerzahler hat das übrigens verstanden und schlägt uns vor, die Zahl der Landesbehörden zu halbieren, die Zahl der Lehrer und Hochschullehrer zu reduzieren und Stellen bei der Polizei, der Justiz und der Finanzverwaltung einzusparen. Vonseiten der Opposition ist keiner dieser Vorschläge aufgegriffen worden. Die CDU fordert in ihren Haushaltsanträgen stattdessen 6 Millionen DM zusätzlich für Stellen an den Hochschulen, 5 Millionen DM für die Schulen, 6,5 Millionen DM mehr für Polizisten und 2,5 Millionen DM mehr für Richter. Bei der F.D.P. liegen die Vorschläge für zusätzliche Personalausgaben etwa in der gleichen Größenordnung.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Wir sparen auch 75 Millionen DM ein!)

Das heißt, in all den Bereichen, die für Personalausgaben relevant sind, fordert die Opposition zusätzliche Stellen. Das ist Ihre Sparpolitik!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist doch völliger Quatsch!)

Dann kommen Sie her und fordern, bei den Sachausgaben einzusparen, bei den Kugelschreibern und den Telefonkosten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Lassen Sie lieber Frau Heinold reden! Die versteht etwas davon! - Martin Kayenburg [CDU]: Sie sollten die Stifte anspitzen, dann können Sie die auch länger gebrauchen!)

Wenn Sie bei den Telefonkosten, Kugelschreibern und Räumen einsparen wollen, müssen Sie auch bei den **Personalkosten** sparen, lieber Herr Kubicki! Sonst funktioniert das nicht.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Machen wir auch!)

Anerkennenswert ist, dass sich die CDU diesmal getraut hat, konkrete Änderungsvorschläge vorzulegen. Dabei ist so mancher Vorschlag dabei, der auch uns gefallen hätte, wenn er gedeckt wäre. Ich habe mir gestern Abend die Mühe gemacht, die Auswirkungen Ihrer gesamten Änderungsvorschläge zu addieren, und komme dabei auf 46,7 Millionen DM Mehrausgaben,

(Martin Kayenburg [CDU]: Rechnen konnten Sie noch nie!)

die Sie allein durch 100 Millionen zusätzliche globale Minderausgaben gegendecken. Das heißt, Sie sagen genau, wo Sie zusätzlich Geld ausgeben wollen, können aber nicht sagen, wo Sie sparen wollen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eine Schande ist das!)

So geht es nicht, Herr Kayenburg. Mit solch einem Vorschlag würde ein Unternehmensberater in Ihrer Firma ausgelacht werden. Ich finde es nicht in Ordnung, dass Sie uns so etwas zumuten.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ach nee!)

Natürlich kann es sinnvoll sein, Verkäufe zu tätigen, ob es sich um Lotterie, Gebäude oder Wohnungen handelt, aber **Landeseigentum** zu verkaufen und damit neue Stellen zu schaffen, ist schlicht unseriös, Herr Kayenburg.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das hat kein Mensch gemacht! Sie haben wieder nichts verstanden, Herr Hentschel!)

(Karl-Martin Hentschel)

Dann sagen Sie den Leuten doch auch ehrlicherweise, dass Sie sie im nächsten Jahr, wenn alles verkauft ist, wieder auf die Straße setzen wollen! Aber Sie wissen ja, dass Sie nächstes Jahr immer noch in der Opposition sind. Deshalb können Sie nächstes Jahr genau die gleichen Verkäufe vorschlagen, um dann den erstaunten Wählern zu erklären, dass Sie damit wieder neue Stellen für Lehrer, Polizisten und Richter schaffen wollen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben nichts kapiert!)

So schaffen Sie Jahr für Jahr neue Stellen mit immer den gleichen Verkäufen, weil Sie ja noch immer in der Opposition sind und sie nie bezahlen müssen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Aber lassen wir diese Oppositionsspielereien und kehren zum Ernst zurück!

(Martin Kayenburg [CDU]: Richtig! Denn von Finanzen verstehen Sie auch nichts!)

Trotz der Anstrengungen wissen wir, dass der Gipfel des Berges auch 2001 noch nicht erreicht ist. Das Jahr 2002 wird noch schwieriger.

(Martin Kayenburg [CDU]: Jammertal!)

Wenn wir unsere Ziele ernst nehmen, bis 2008 ausgeglichene Haushalte vorzulegen, müssen wir in unseren Anstrengungen noch einmal zulegen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Dann sind Sie doch gar nicht mehr dran!)

Dazu gehören die folgenden Punkte. Erstens. Die **Rationalisierung** aller Behörden wird nicht abgeschlossen, sondern ist ein ständiger Prozess.

Dieser Prozess verspricht keine Wunder, aber er ist Bestandteil moderner Unternehmensführung, der auch beim Staat selbstverständlich werden muss. Hierbei muss es in erster Linie darum gehen, Personaleinsparungen zu realisieren, die dann auch Einsparungen bei Sachmitteln, Mieten und so weiter zur Folge haben.

Zweitens. Die **Funktionalreform** und die Strukturreform müssen fortgesetzt werden. Dazu gehört die Überprüfung aller Synergien mit den benachbarten Bundesländern. Dazu gehört auch, dass wir überprüfen, wie weit sich das Land Schritt für Schritt weiter aus der Fläche zurückziehen kann. In Zeiten hoher Mobilität und elektronischer Kommunikation hat die örtliche Präsenz an Bedeutung verloren.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie wollen sich aus der Fläche zurückziehen? Können Sie das erklären?)

Lokale Anlaufstellen müssen, wo sie erforderlich sind, von den Kreisbehörden übernommen werden.

Drittens. Wir werden erneut alle Programme des Landes kritisch unter die Lupe nehmen müssen. Dabei fallen insbesondere die großen **Förderprogramme** des Landes, die aus EU- und Bundesmitteln kofinanziert werden, ins Auge.

Für mich war in diesem Jahr im Rahmen der Haushaltsberatungen eine der erstaunlichsten Feststellungen, dass ganze Bereiche des Landeshaushaltes durch die Anmeldung bei der **Europäischen Union** der kritischen Betrachtung durch das Parlament entzogen sind. Wenn wir daraus also Konsequenzen ziehen wollen, müssen wir bereits im Ratifizierungsverfahren, bei den Grundsätzen der Richtung der europäischen Programme das Parlament beteiligen, um eine politische Ausrichtung dieser Programme auch verantworten zu können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Ich möchte an dieser Stelle auch erwähnen, dass es bei allen Übereinstimmungen in der Koalition einen Bereich im Haushalt gibt, in dem es Differenzen gibt, mit dem wir aus grüner Sicht nicht zufrieden sind. Das ist die Förderung der **ökologischen Landwirtschaft**.

Wir mussten bereits in den Koalitionsverhandlungen akzeptieren, dass unser Koalitionspartner andere Prioritäten setzt. Ich glaube aber, dass die Debatte über Gesundheit und Verbraucherschutz, die in den letzten Wochen durch die BSE-Thematik angestoßen wurde, Anlass dafür ist, im nächsten Jahr darüber nachzudenken. Wir werden uns morgen ausführlicher darüber unterhalten.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Ich danke Herrn Hay für die Worte, die er vorhin zu diesem Thema gefunden hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Sparen ist kein Selbstzweck. Die Bürger zahlen keine Steuern, um mehr Beamte zu haben, aber sie wollen Sicherheit auf den Straßen, eine gesunde Umwelt, gesunde Nahrungsmittel, eine blühende Wirtschaft, Arbeitsplätze, gute Krankenhäuser und so weiter. Diese Dienstleistungen sind Grundlage für die Lebensqualität im Land.

In jedem einzelnen Fall muss die Regierung und müssen die die Regierung tragenden Parteien prüfen, ob die **Dienstleistungen** auch wirklich effizient genug erwirtschaftet werden.

(Karl-Martin Hentschel)

Es gibt einen Bereich der Landespolitik, der aus dem Rahmen fällt. Das ist der Bereich Jugend und Bildung.

Während in allen anderen Bereichen erhebliche Einsparungen erzielt werden konnten, ist dieser Bereich im ständigen Wachstum begriffen. Seit 1998 hat sich die Zahl der Stellen für Lehrerinnen und Lehrer in Schleswig-Holstein um 1.200 Stellen erhöht. Die Zahl der Stellen an den Hochschulen ist von 3.100 auf 4.230 um mehr als ein Drittel gestiegen. An den Universitätskliniken sind 1.500 zusätzliche Stellen entstanden.

(Jürgen Weber [SPD]: Hört, hört!)

Keine dieser Stellen im **Bildungssektor** ist gegen den Widerstand der Opposition geschaffen worden. Im Gegenteil, es war so, dass die Opposition immer noch mehr gefordert hat.

Allein die Zuschüsse für die Kindertagesstätten an die Kommunen und Träger, die es vor zwölf Jahren noch gar nicht gab, betragen heute 100 Millionen DM im Jahr.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ohne diese Mehrausgaben hätte das Land jährlich 600 Millionen DM weniger Ausgaben, 3,5 Milliarden DM weniger Schulden und allein 150 Millionen DM weniger Zinsbelastung.

Ich bin davon überzeugt, dass diese Gelder gut angelegt sind. Unsere Zukunft liegt in der guten Ausbildung unserer Kinder. Der Strukturwandel Schleswig-Holsteins von einem Land der Bauern und Werften hin zu einem Land des Informations- und Kommunikationszeitalters ist nur möglich mit einer exzellent ausgebildeten Jugend. Das hat seinen Preis.

Internationale Vergleiche zeigen uns, dass wir keineswegs am Ende des Weges angelangt sind. In den Schulen muss die pädagogische Qualität des Unterrichts weiterentwickelt werden, die Informationstechnologie stellt neue Herausforderungen an uns.

Ich freue mich, dass wir im Bereich der **Schulen** durch die Bereitstellung von 500 Millionen DM für Investitionen, für Baumaßnahmen endlich dazu kommen, den Investitionsstau zu beseitigen.

Genauso wichtig aber ist, dass wir in einer Zeit, in der in der Regel beide Eltern berufstätig sind, mehr Ganztagsschulen, mehr Schulen mit der Möglichkeit zum Mittagessen und mehr Schulen mit außerschulischen Freizeitangeboten und Betreuung bereitstellen. Deswegen haben wir für ein Programm gekämpft, mit dem in Zukunft die **präventive Jugendhilfe** verstärkt an die Schulen verlagert wird. Dort sind Probleme bekannt, dort können Freizeitangebote und Betreuung direkt auf die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen zugeschnitten werden. Wir sind stolz, dass es uns gelungen ist, dafür in zwei Haushaltstiteln insgesamt zirka 3 Millionen DM bereitzustellen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Gabriele Kötschau [SPD])

Im **Hochschulbereich** liegen wir mit unseren Studentenzahlen im internationalen Vergleich immer noch zurück. Deshalb wird der Ausbau der Hochschulen fortgesetzt werden müssen. Er wird allein mit den notwendigen Strukturreformen nicht zu bewältigen sein. Es wird auch über neue Finanzierungsinstrumente geredet werden müssen. Ich könnte mir vorstellen, eine neue Diskussion über Grundsteine im Bildungssystems zu führen. Ich kann mir auch vorstellen, dass wir in Zukunft die erfolgreichen Akademiker an der Finanzierung der Ausbildung ihres Nachwuchses beteiligen,

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Das tun wir doch schon!)

wie es von meiner Partei schon seit Jahren diskutiert wird.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Das tun wir doch längst! Das ist lächerlich!)

Was ich nicht will, sind Studiengebühren, weil unsere Studenten schon heute zu einem großen Teil der Zeit neben dem Studium arbeiten müssen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Warum denn wohl?)

Zu den Aufgaben, die wir lösen müssen, um unsere Kinder mit dem nötigen Rüstzeug für ihr Leben auszustatten, gehört auch die Qualität der Kindertagesstätten. Deshalb freue ich mich besonders, dass sich diese Koalition in dieser Frage seit gestern wieder einig ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Starker Applaus von der SPD - oder?)

Heute weiß jeder, dass man in neue Technologien investieren muss, um die Grundlagen für die Zukunft zu legen. So mancher hat auch erkannt, dass man in die Bildung investieren muss.

(Roswitha Strauß [CDU]: Ach nee! Wer?)

Dazu gehören aber auch die **Kindertagesstätten**. Die Grundlagen für einen erfolgreichen Universitätsbesuch, den Schulbesuch, eine erfolgreiche Lehre, für

(Karl-Martin Hentschel)

Sozialverhalten und Konzentrationsfähigkeit werden bereits in den ersten sechs Lebensjahren gelegt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei SPD und CDU)

Kinder, die bei ihrer Einschulung nicht einmal richtig sprechen können, sei es, weil sie aus sozial instabilen Familien kommen, oder weil ihre Eltern nicht richtig deutsch können, haben den denkbar schwersten Start. Deshalb sind Kindertagesstätten die erste Stufe. Sie sind der Grundstein unseres Bildungssystems.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.])

Sie sind keine Aufbewahrungseinrichtungen, wie es offensichtlich von manchem Bürgermeister und einigen Herren der Opposition in diesem Land immer noch gesehen wird.

Wenn wir für die Berufsausübung als Fahrlehrer, Schornsteinfeger und andere Handwerker eine qualifizierte Ausbildung voraussetzen,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Seit wann sind Fahrlehrer Handwerker?)

wie wichtig muss es uns dann sein, wenn es um unsere Kinder geht!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nur wer bereit ist, unten in die Kindertagesstätten zu investieren, kann damit rechnen, dass oben genug Nobelpreisträger aus dem Bildungssystem herauskommen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Deshalb wollen Sie bei den Hochschulen kürzen!)

Deshalb erinnere ich immer gern daran, dass unsere Ministerpräsidentin in ihrer Regierungserklärung unmissverständlich klargemacht hat: Schleswig-Holstein ist ein Land für Kinder und - so füge ich hinzu - nicht für besser Verdienende vom Schlage Kubicki!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wohin soll ich denn nun gehen? - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das Schlimme ist, dass bei Ihnen gelegentlich Ihre kommunistische Vergangenheit durchdringt!)

- Ich mache einen Exkurs zu Ihren Bemerkungen zur Strukturpolitik, Herr Kubicki!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie haben seitdem nichts dazugelernt! Nach wie vor die kommunistische Gesinnung!)

Wenn man Strukturpolitik betreiben will, muss man auch begreifen, dass sich dieses Land in einem rapiden Strukturwandel befindet - von der Landwirtschaft, von traditionellen Sektoren hin zu vielen Hightech-Betrieben, hin zu neuen Dienstleistungsbereichen, hin auch zum Wellness- und Gesundheitssektor, der immerhin - das wissen Sie, wenn Sie die Studie gelesen haben - bereits 15 % der Wirtschaft dieses Landes ausmacht. Das ist ein beträchtlicher Happen.

Wenn Sie weiter wissen, dass wir bereits heute für **Werften** mehr Geld ausgeben als für die gesamte Technologieförderung, ist festzustellen, dass das nicht gerade etwas ist, was dafür spricht, dass wir die Gewichte hundertprozentig richtig setzen. Es ist aber eine Notwendigkeit, zu der wir stehen. Wir wissen, dass auch die Werften sehr moderne Hightech-Betriebe sind.

(Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]: Was denn nun?)

Wenn es aber so ist, dass wir in diesem Jahr die Werftenhilfe, die Verpflichtungsermächtigungen, nochmals verdoppelt haben - das wissen Sie auch -, ist festzuhalten, dass es sich dabei um einen erheblichen Batzen für den Landeshaushalt handelt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sind wir die Einzigen?)

Wenn Sie dann so locker daherkommen und sagen, „da legen wir noch mal 45 Millionen drauf", dann machen Sie es sich etwas sehr einfach.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir nehmen die Verantwortung nur wahr, Herr Hentschel! Das ist der Unterschied!)

Meine Damen und Herren, die wachsenden Aufgaben in der Bildungs- und Jugendpolitik und die Notwendigkeit drastischer Sparmaßnahmen bilden eine Schere, die nach meiner Einschätzung das Land Schleswig-Holstein nicht allein wird schließen können. Wir brauchen für die Jugend- und Bildungspolitik Finanzierungsmodelle und wir brauchen eine bundesweite Debatte über diese Frage, die alle Parteien auch nach Bonn transportieren müssen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nach Berlin!)

Die Versuche der Bundesregierung, die Sanierung der Bundesfinanzen auch zu lasten der Bundesländer fortzusetzen, können von uns nicht länger akzeptiert werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und F.D.P. - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Genau!)

(Karl-Martin Hentschel)

Deswegen sage ich in Richtung Berlin: Ja, wir unterstützen die **Steuerreform** der Bundesregierung, wir wollen, dass die Bürger mehr Geld in der Tasche haben, und wir wollen, dass Familien mit Kindern besser gestellt werden.

(Beifall bei der SPD - Günter Neugebauer [SPD]: Wir auch!)

Ja, wir wollen, dass kleine und mittlere Unternehmen entlastet werden, um so neue Arbeitsplätze zu schaffen.

(Zurufe von CDU und F.D.P.: Und was tun Sie? Was tun Sie?)

Aber wir sagen Nein, wenn über die bisherigen Belastungen hinaus den Ländern weitere Lasten aufgedrückt werden. Das können wir nicht verkraften, das machen wir nicht.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Interessiert das denn jemanden?)

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt ist ein Sparhaushalt.

(Widerspruch bei der CDU)

Aber er ist trotzdem ein Haushalt, der deutliche Nuancen setzt - in der Bildungspolitik, in der Sozialpolitik, in der Technologieförderung, in der Umweltpolitik und auch in der Innen- und Rechtspolitik. In den letzten Jahren hat der Ruf nach schrankenloser Liberalisierung breiten Raum eingenommen. Die Beseitigung von Handelshemmnissen, von zu viel Bevormundung durch den Staat, von überflüssigen Standards, von zu viel Umweltschutz, zu viel Sozialstaat, von Arbeitnehmerrechten und Ladenschluss hat in der öffentlichen Diskussion einen breiten Raum eingenommen. Mit der zunehmenden Globalisierung weht ein neuer Wind, den manche als frisch, manche aber auch als kalt empfinden. Wer die Stellungnahme des Bundes der Steuerzahler zu unserem Haushalt liest,

(Lothar Hay [SPD]: Manche Dinge muss man nicht lesen!)

dem wird der Eindruck vermittelt, dass große Teile dessen, was dieses Land für seine Bürger tut, überflüssig sein müssen. Bei vielen Menschen aber, die nicht auf einem gut gepolstertes Aktiendepot gebettet sind, lösen diese Debatten Angst und Unsicherheit aus. Ich denke, dass diese Befürchtungen eine Berechtigung haben und ernst genommen werden müssen.

Ein liberaler Rechtsstaat besteht nicht darin, dass jeder seine Privatarmee unterhält, sondern erfordert eine gut ausgerüstete Polizei und eine unabhängige Justiz. So weit sind wir uns sicherlich noch einig.

Ein liberaler Wirtschaftsstaat bedarf aber aus den gleichen Gründen eines effektiven und gerecht gestalteten sozialen Netzes, in das alle Bürger dieses Staates einzahlen müssen. Wer das übersieht, propagiert das Recht des wirtschaftlich Starken, der zerstört mutwillig den sozialen Frieden, auf dem nicht unwesentlich der Wohlstand unseres Landes aufbaut.

Und auch eine liberale Umweltpolitik, liebe Kolleginnen und Kollegen, bedarf klarer Regeln für die Nutzung der Umwelt, für erlaubte Grenzwerte und für die zu erreichenden Ziele. Gerade die aktuelle Debatte über Verbraucherschutz macht das deutlich. Wer das übersieht, propagiert Ökodumping auf Kosten der Natur und provoziert die Skandale, die wir im Lebensmittelbereich in den letzten Jahren erlebt haben.

Heute wissen die meisten Politiker: Steuern auf Kosten der Wirtschaft machen keinen Sinn, wenn dadurch die Steuereinnahmen mittelfristig zurückgehen. Weniger sind sich dessen bewusst, dass es keinen Sinn macht, die Wirtschaftskraft auf Kosten der Umwelt zu steigern, wenn dadurch mittelfristig die gesellschaftlichen Kosten steigen. **Ökonomie** und **Ökologie** sind kein Gegensatz, sondern gemeinsame Grundlage für den Wohlstand. Weil wir Sicherheit und Gerechtigkeit für unsere Bürger und die Vorsorge für die Zukunft gleichermaßen im Auge haben, haben wir uns in Schleswig-Holstein für eine rot-grüne Koalition entschieden. Deshalb ist es nicht das Ziel unserer Sparpolitik, den Staat abzuschaffen, sondern es ist das Ziel, mit einem Minimum an Mitteln ein Maximum an Sicherheit, Dienstleistungen und Infrastruktur für unsere Bürger zu produzieren. Bei allen unterschiedlichen Auffassungen ist deshalb der vorliegende Haushalt unser gemeinsames Ergebnis, um dies nach bestem Wissen und Gewissen umzusetzen.

Wir haben es uns nicht leicht gemacht.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das glaube ich Ihnen auch!)

Ich denke, die Debatte der letzten sieben Monate, die die Regierung und die Regierungsfraktionen gemeinsam mit den Bürgern in diesem Lande führen mussten, war eine schwierige Debatte und ich bin stolz, dass wir heute so weit gekommen sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb wird meine Fraktion diesem Haushalt zustimmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landwirtschaftsministerin ist einmal zitiert worden, gesagt zu haben, dass die Ministerpräsidentin immer wieder mal von erschreckendem Mut geprägt ist. Die Ministerpräsidentin soll gesagt haben, dass in der Politik die eine Hälfte mit dem Hirn, die andere Hälfte mit dem Hintern entschieden wird. Ich habe vor, auch Ihr Hirn zu strapazieren, auch wenn ich - wie gehabt - heute hier als Letzte rede.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, von dem britischen Politiker Disraeli, der im 18. Jahrhundert auch Premierminister seines Landes war,

(Widerspruch - Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]: Im 19. Jahrhundert! - Lothar Hay [SPD]: Lassen Sie sich durch den Adligen nicht irritieren! Er hat aber Recht! - Heiterkeit)

stammt die Redewendung - -

(Weitere Zurufe)

- Da hat er Recht; Disraeli lebte von Anfang 1800 soundso viel bis 1880 soundso viel.

(Beifall)

Also, lieber Herr Kollege, ich hoffe, damit den Test bestanden zu haben.

(Heiterkeit)

Aber trotzdem: Disraeli soll gesagt haben: „Jeder Arzt und jeder Politiker hat seine Lieblingsdiagnose." Die Richtigkeit dieses Zitats wird heute bei der Debatte über den Landeshaushalt 2001 erneut unter Beweis gestellt. Die genannte Diagnose fällt nämlich je nach Partei und Politiker unterschiedlich aus. Das sind wir zwar im parlamentarischen Geschäft zwischen Regierung und Parlament seit Jahren so gewohnt; dennoch würde es der SSW begrüßen, wenn wir uns in Zukunft besser als bisher auf eine einheitliche Diagnose und damit auf eine einheitliche Behandlung der **Finanzprobleme** des Landes einigen könnten. Dies wäre ganz sicher im Interesse unseres Landes.

Denn egal, wer in Schleswig-Holstein regiert: Die finanziellen Probleme des Landes werden auf sehr lange Zeit das Hauptproblem der Landespolitik bleiben.

(Günter Neugebauer [SPD]: Leider wahr!)

Der Verlauf der diesjährigen Haushaltsberatungen hat wieder einmal gezeigt, dass es keine einfachen Vorschläge zur Lösung der finanziellen Probleme des Landes gibt. Keine Partei im Landtag kann daher behaupten, dass sie in dieser Frage das Ei des Columbus oder gar ein Patentrezept gefunden hat. Das zeigen auch die vorgelegten Änderungsvorschläge zum Haushalt 2001. Darauf werde ich aber später noch zurückkommen.

Die finanziellen Probleme des Landes können deshalb nach Auffassung des SSW langfristig nur durch eine von allen Parteien gemeinsam getragene Kraftanstrengung gelöst werden.

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut!)

Man kann es sich natürlich leicht machen - wie beispielsweise vom Bund der Steuerzahler oder einigen Tageszeitungen gefordert - und radikale Einschnitte mit massiven Strukturveränderungen hier und jetzt verlangen. Es ist aber eine Illusion zu glauben, solch ein großer „struktureller Wurf" sei möglich oder gar ratsam. Die F.D.P. hat ja Recht, wenn sie in einer Pressemitteilung aus dem Oktober zu ihren Haushaltsänderungsträgen sagt, dass - ich zitiere - „weitere Kürzungen möglich gewesen wären, aber aus wirtschaftspolitischer Sicht nicht für sinnvoll erachtet wurden". Dabei möchte ich hinzufügen, dass das Gleiche aus sozial-, regional- oder minderheitenpolitischer Sicht gilt.

Der SSW bekennt sich dazu, dass das Land Schleswig-Holstein eine Verantwortung für alle hier im Lande lebenden Menschen trägt. Diese Verantwortung führt dazu, dass man solche radikalen Schritte nicht von heute auf morgen umsetzen kann. Aus unserer Sicht gibt es keine Alternative zu einer behutsamen und langfristig angelegten strukturellen Änderung der Landesfinanzen.

Es gilt die vielen unterschiedlichen Interessen abzuwägen und zum Wohle der Allgemeinheit unter einen Hut zu bringen. Genannt seien hier als Beispiel die Diskussionen um die Kommunen, die Werftenhilfe, die BSE-Krise und die Situation der Landwirtschaft. Wir brauchen also einen verdammt langen Atem und viel Fingerspitzengefühl bei der Umsetzung einer solchen Politik.

Dabei ist es ja richtig, dass die Einflussmöglichkeiten der Landespolitik auf die Rahmenbedingungen für die zukünftige Entwicklung des Landes - und somit der Spielraum für eigene Akzente der Landespolitik, beispielsweise im Haushalt - immer geringer werden. Die wichtigsten Entscheidungen für Schleswig-Holstein werden leider immer öfter in Berlin oder Brüssel oder gar in den Wirtschaftsetagen von internationalen Kon-

(Anke Spoorendonk)

zernen getroffen - siehe die Beispiele Motorola und Beate Uhse in Flensburg, Trelleborg in Neumünster oder HDW in Kiel.

Die Steuerreform der Bundesregierung oder die Entscheidung zur Beendigung der Werftenhilfe durch die EU-Kommission stellen hier nur die Spitze des Eisberges einer Entwicklung dar, die für Schleswig-Holstein entscheidende finanzielle und wirtschaftliche Auswirkungen hat, auf die wir aber wenig oder nur einen begrenzten Einfluss haben.

Diese Erkenntnis darf aber nicht dazu führen, dass die politischen Akteure ihren Gestaltungswillen wie ausgediente Boxhandschuhe an den Nagel hängen. Mag sein, dass es die Politikerinnen und Politiker schon lange aufgegeben haben, die Entwicklung zu steuern. Das heißt aber nicht, dass sie auch aufgegeben haben, die Entwicklung zu beeinflussen, sagte kürzlich die dänische Wirtschaftsministerin Pia Gjellerup in einem Zeitungsinterview. Auf Schleswig-Holstein bezogen heißt das wiederum: Wir sind alle gefragt, den Handlungsspielraum der Landespolitik neu zu definieren. Nur so können wir ihn auch erweitern.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang gibt es bereits Stimmen, die dafür plädieren, dass die Politik angesichts der rasanten ökonomischen, technischen und sozialen Veränderungen eine Auszeit nehmen sollte, bis eigentlich klar ist, wo und wie man konkret wieder politisch handeln kann. Das kann es aber nicht sein. Es muss vielmehr darum gehen, dass wir als Politikerinnen und Politiker wieder unsere „Deutungshoheit" akzeptieren, wenn es um die gesellschaftliche Entwicklung geht.

Das heißt aber auch, dass sich die Politik verstärkt darauf besinnen muss, welche Ziele sie erreichen will. Kurz gesagt: Welche Gesellschaft wollen wir für unsere Kinder und Kindeskinder schaffen?

(Roswitha Strauß [CDU]: Eine freiheitliche! - Beifall beim SSW und des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

Nur immer kurzfristig auf reale oder vermeintliche Probleme zu reagieren, die dann meistens von den Medien aufgegriffen werden, reicht nicht aus. Um verstärkt Einfluss auf die Entwicklung unserer Gesellschaft zu nehmen, brauchen wir eine „innere Richtschnur", die angibt, wohin wir überhaupt wollen, welche langfristigen Ziele wir erreichen wollen.

Eines dieser Ziele hängt zweifelsohne damit zusammen, dass sich Schleswig-Holstein und der Rest der Welt am Anfang des 21. Jahrhunderts auf dem Weg befinden zu etwas, was als **Wissensgesellschaft** bezeichnet wird. Das Wissen in allen Gebieten wächst explosiv - nicht zuletzt dank der Technik - und das stellt uns vor neue Herausforderungen. Was heute zur Bewältigung des Lebens und des Berufs an Wissen ausreicht, kann morgen schon überholt sein. Deshalb muss eine Kultur des beständigen Lernens begründet werden, die in dieser Form überhaupt noch nicht vorhanden ist.

Auch die Schule wird sich verändern müssen. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir, dass der Bildungsbereich im Haushalt 2001 weitestgehend von Kürzungen ausgenommen worden ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dennoch wird es in den kommenden Jahren nicht reichen, die existierenden Strukturen sichern zu wollen. **Bildungspolitik** ist angesagt, wenn es darum geht, die Schule für die Wissensgesellschaft fit zu machen, wie man so schön sagt. Es wird ganz sicherlich nicht ausreichen, sich für weitere Modellversuche in Richtung „Turboabitur" stark zu machen, wenn alles andere so bleiben soll, wie es ist. Für den SSW steht fest: Ein Abitur nach 12 Jahren muss am Ende und nicht am Anfang einer Schulreform stehen.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Übergeordnet bedeutet alles dies für die Finanz- und Haushaltspolitik des Landes, dass wir nicht nur nackte Zahlen in soundso vielen Jahren erreichen müssen, um endlich wieder ohne Kredite auszukommen. Wir müssen vielmehr für die Bereiche, die dadurch von Einsparmaßnahmen und Strukturänderungen betroffen werden, Konzepte erarbeiten, die darlegen, welche Ziele erreicht werden sollen und was die Folgen sind.

Solche Konzepte kosten Zeit, jedenfalls, wenn man die Betroffenen - was wir für richtig halten - in diesen Prozess mit einbezieht. Wer so einen Ansatz wählt, muss also längerfristig planen, man könnte fast sagen, der Mut zur Langsamkeit muss wieder entdeckt werden. Es mag sein, dass es einem Teil der Öffentlichkeit und einigen Interessenverbänden bisher nicht schnell genug gegangen ist - zum Beispiel, wenn es um die Stichworte „Modernisierung der Verwaltung", „Öffnung von Standards", „Kommunalreform" oder um die „Überprüfung von Förderprogrammen" und den „Abbau von Subventionen und Zuwendungen" geht.

Die Arbeit der Enquetekommission belegt aber auch, wie schwierig es ist, weiter zu denken und sich die Zeit dafür zu nehmen. Wir bedauern, dass die Arbeit der Enquetekommission immer wieder durch wenig durchdachte politische - ich hätte fast gesagt populistische -

(Anke Spoorendonk)

Initiativen überholt wird. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass es in all diesen Politikfeldern um Menschen geht, die von der einen oder anderen Maßnahme betroffen werden. Für viele geht es in diesen Fragen um schwer zu verkraftende Veränderungen.

Der Verlauf der Haushaltsberatungen 2001 hat deutlich gemacht, dass sich keine Landesregierung - kein Politiker in einer Demokratie - diesen Anforderungen der Betroffenen wirklich entziehen kann. Das bedeutet auf keinen Fall, dass man sich jeder Lobby beugen sollte. Aber, wenn wir es ernst meinen mit Begriffen wie Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit, ist es wichtig, dass wir die Umsetzung unserer Politik zwar nicht unbedingt im Einvernehmen, so doch unter Beteiligung der Betroffenen voranbringen. Je grundlegender sich der Landeshaushalt verändern soll, je wichtiger wird die Forderung nach einer eigentlichen Informationspolitik sein. Nur wer in diesem Prozess glaubwürdig bleibt, kann die erforderlichen Eingriffe, die zur Konsolidierung der Landesfinanzen notwendig sind, auch durchsetzen. In diesen Bereichen hat die Landesregierung leider einige Defizite aufzuweisen.

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Machen Sie doch mal Vorschläge!)

Wenn es zum Beispiel bei der **Verwaltungsmodernisierung** um die Zusammenlegung von Ämtern geht, darf nicht nur die Einsparmöglichkeit im Vordergrund stehen, vielmehr muss die Zielsetzung der Strukturänderung insgesamt in den Mittelpunkt gerückt und plausibel vermittelt werden. Dies gilt sowohl für die Öffentlichkeit als auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Dazu kommt, dass aus der Sicht des SSW bei Strukturänderungen in der öffentlichen Verwaltung auch immer die regionale Ausgewogenheit berücksichtigt werden muss.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] sowie vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir werden uns immer dagegen wehren, wenn der notwendige Abbau von öffentlichen Arbeitsplätzen überproportional im Landesteil Schleswig geschieht. Auch in dieser Frage ist es die Pflicht einer jeden Landesregierung, für eine von allen akzeptierte Balance zu sorgen. Weiterhin ist es wichtig, im Prozess der Verwaltungsmodernisierung auch die Qualifikationen der Mitarbeiter konstruktiv zu nutzen. Wir wollen eine bürgernahe und effiziente Verwaltung. Das heißt, wir können es uns nicht leisten, wenn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die innere Kündigung gehen. Dies erreichen wir aber nur, wenn sie alle zusammen mit uns das wollen und wenn wir nicht gegen sie handeln.

Das Gleiche gilt für die notwendigen Reformen im kommunalen Bereich. Wir haben es zwar begrüßt, dass die Landesregierung bei der beabsichtigten Kürzung des **kommunalen Finanzausgleichs** den Kommunen ein Stück entgegengekommen ist. Dennoch bleibt der SSW bei seiner Aussage, dass die angespannte Haushaltslage der schleswig-holsteinischen Kommunen grundsätzlich keine zusätzlichen finanziellen Belastungen durch das Land zulässt.

(Beifall beim SSW)

Wir schlagen als alternative Finanzierung weiterhin vor, dass das Land die 57 Millionen DM einsetzt, die durch die Rückkehr zur Verbeamtung junger Lehrkräfte eingespart werden. Damit würde man zwar bis an die Kreditobergrenze gehen, aber man würde den Kommunen weitestgehend entgegenkommen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Wir werden also den Gesetzentwurf zur Änderung des kommunalen Finanzausgleichs nicht mittragen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sehr gut!)

Wir werden dies auch deshalb nicht tun, weil die ebenfalls vorgeschlagene Änderung des interkommunalen Finanzausgleiches, die gerade die finanzschwachen Landkreise und kreisfreien Städte betrifft und so den Unterschied in der Finanzkraft innerhalb der kommunalen Familie vergrößern wird, Teil dieses Gesetzentwurfes ist.

Der SSW hatte schon bei der ersten Lesung darauf hingewiesen, dass der Vorschlag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dazu führt, dass die nördlichen Kreise und die kreisfreie Stadt Flensburg im interkommunalen Finanzausgleich fast 1 Million DM verlieren, während die Kreise im wirtschaftsstarken Hamburger Umland über 3 Millionen DM mehr bekommen. Einen solchen Vorschlag kann der SSW - gerade wegen der Forderung nach regionaler Ausgewogenheit - nicht unterstützen.

(Beifall beim SSW)

Auch die vorgeschlagene Möglichkeit einer differenzierten Kreisumlage lehnen wir weiterhin ab. So richtig es ist, steuerstarke Gemeinden finanziell stärker am Gemeinwesen zu belasten, so schwierig wird der vorgeschlagene Weg sein. Wir meinen, dass die Kreise lieber verstärkt das Instrument der Förderrichtlinien benutzen sollen, um finanzschwache Gemeinden zu stärken.

Wie schon im Verlauf der ersten Lesung gesagt, lehnt der SSW nicht alle Vorschläge dieses Gesetzentwurfs ab. Insbesondere können wir die vorgeschlagene Änderung bei den **Jugendhilfekosten** unterstützen. Es

(Anke Spoorendonk)

erscheint sinnvoll, dass die Jugendhilfeausgaben in Zukunft über den kommunalen Finanzausgleich geregelt werden und nicht mehr über den Haushalt des Jugendministeriums. Auch die Änderungsvorschläge zum Kommunalen Investitionsfonds finden unsere Unterstützung. Insgesamt aber bleibt es dabei, dass wir dem Gesetzentwurf zur Änderung des kommunalen Finanzausgleichs nicht zustimmen werden.

(Beifall beim SSW)

Im November hat das Kabinett beschlossen, dass durch eine Änderung des Landesverwaltungsgesetzes den Kommunen die Möglichkeit eröffnet werden sollte, von Mindestanforderungen sowie Verfahrensvorgaben abzuweichen, die als Ausführungsbestimmungen eines Gesetzes in Landesverordnungen festgelegt sind. Bis zur abschließenden Haushaltsberatung sollte das Innenministerium eine Sichtung von fast 1.200 Verordnungen durchführen, um zu sehen, welche Standards man abschaffen könnte. Diese Vorgehensweise haben wir abgelehnt, weil den Kommunen dadurch zur Finanzierung der verbleibenden Haushaltslücke ein geldwerter Vorteil in Form einer generellen Öffnung von Standards ermöglicht werden sollte.

Selbstverständlich ist auch der SSW für eine Stärkung der Eigenverantwortung der Kommunen. Wir können zum Beispiel viele der vom Kabinett beschlossenen Vorschläge zur Verlagerung von Aufgaben von der Landes- auf die kommunale Ebene unterstützen. So erscheinen die 22 Deregulierungsvorschläge, die im Rahmen der Funktionalreform beschlossen worden sind, ohne weiteres durchdacht und sinnvoll. Wenn man diese Stärkung der Eigenverantwortung jedoch mit einer Schwächung der Finanzkraft verbindet, erreicht man leider insgesamt keine Stärkung der kommunalen Ebene. Im Gegenteil, man höhlt das gesamte kommunale System weiter aus. Wer durch **Deregulierung** und **Standardöffnung** eine Stärkung der Kommunen erreichen will, muss auch dafür sorgen, dass sie über ausreichende Finanzkraft verfügen. Das ist leider in einer ganzen Reihe von kreisfreien Städten, Landkreisen und Gemeinden weiterhin nicht der Fall. Der geplante Eingriff des Landes wird diesen negativen Trend - trotz einer Minderung des 100-Millionen-DM-Betrages - weiter verstärken.

Der SSW hat insbesondere die Forderung der Wohlfahrtsverbände und der Grünen unterstützt, dass es keine Freigabe der **Kindergartenstandards** geben darf. Deshalb begrüßen wir es, dass dieser Vorschlag jetzt endgültig vom Tisch ist.

(Beifall beim SSW)

Mag sein, dass das Ergebnis - übrig geblieben sind 26 Verordnungen - als zu mager angesehen werden kann. Aber auch in diesem Bereich gilt: Es ist nicht alles Gold, was glänzt.

Bei der Debatte um die Standards im Bereich der Kindergärten möchte ich in Erinnerung rufen, dass schon unter der jetzigen Verordnung eine Gruppengröße von mindestens 25 Kindern erreicht werden kann.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.])

- Lieber Kollege Garg, wir haben es hier mit einer Symboldiskussion zu tun, die gar nichts bringt. Ich höre jetzt, dass auch Gesetze Standards setzen. Das ist richtig. Wenn damit gemeint ist, dass jetzt Gesetze geändert werden sollen, dann möchte ich daran erinnern, mit welchen Intentionen Gesetze von Mehrheiten in diesem Haus beschlossen wurden. Ich warne davor.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

- Lieber Kollege Nabel, ich sehe einen Umdruck des Landkreistages vor mir. Darin schlägt der Landkreistag vor, dass zum Beispiel das Landesarchivgesetz, das Gleichstellungsgesetz oder das Informationsfreiheitsgesetz wieder geändert werden sollen. Wenn das nicht bedenklich ist, dann weiß ich nicht, wie man das einschätzen soll.

(Beifall der Abgeordneten Lars Harms [SSW] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn aber in der Debatte darauf hingewiesen wird, dass viele Verordnungen gar nicht verändert werden können, weil sie vom Bund oder von der EU vorgegeben sind, dann sind wir wieder bei der Frage der Gestaltungsmöglichkeiten der Landespolitik. Ein wichtiger Ansatz ist hier die aktuelle Föderalismusdebatte, die auch vor dem Hintergrund der geplanten EU-Erweiterung und der EU-Konferenz in Nizza wieder neu aufgekommen ist. Wer auf der einen Seite von einem Europa der Regionen spricht, kann und darf auf der anderen Seite vorhandene regionale Strukturen - in Deutschland sind dies die Bundesländer - nicht weiter schwächen. Wir brauchen daher eine grundlegende Reform des **Föderalismus**, um die Bundesländer in ihren Kompetenzen gegenüber dem Bund und der EU zu stärken.

Es ist an der Zeit, die bundesstaatliche Aufgaben-, Ausgaben- und Einnahmenverteilung einschließlich der bestehenden Regelungen der Finanzverfassung und des Länderfinanzausgleichs zu überprüfen, wie es die Ministerpräsidenten 1998 gemeinsam beschlossen haben. Aus Sicht des SSW geht es darum, das föderale System wieder übersichtlicher, transparenter und einfacher zu gestalten. Dabei muss es das oberste Ziel

(Anke Spoorendonk)

sein, den Ländern mehr Handlungs- und Gestaltungsspielräume zu verschaffen. Nicht zuletzt müssen die Länder finanziell gestärkt werden. Es ist gut, dass sich nun auch die Landesparlamente an dieser Diskussion beteiligen.

Der SSW unterstützt dabei die Position der Landesregierung, die einen solidarischen Föderalismus zum Ziel hat. Das heißt, dass der Kern des heutigen Länderfinanzausgleichs beibehalten werden sollte, um die großen regionalen und sektoralen Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur zwischen den Ländern abzumildern. Der Finanzausgleich wird auch in Zukunft nicht in der Lage sein, die Ursachen unterschiedlicher Wirtschafts- und damit Steuerkraft zu beseitigen. Er kann nur die Folgen mildern.

Der finanzielle Spielraum für den Haushalt 2001 wurde insbesondere durch die Folgen der von der Bundesregierung beschlossenen **Steuerreform** beeinträchtigt. Die Landesregierung sah sich gezwungen, große Einschnitte in sensiblen Bereichen vorzunehmen, die vorher nicht so betroffen waren. Im Verlauf der ersten Lesung des Haushalts waren daher die geplanten Kürzungen im Sozial- und im Jugendbereich unsere Hauptkritikpunkte, die gerade vor dem Hintergrund der Debatte um den Rechtsextremismus und Fragen der sozialen Gerechtigkeit vom SSW als problematisch angesehen wurden.

Wir begrüßen daher, dass die regierungtragenden Fraktionen in Ihren Änderungsanträgen - insbesondere im **Jugendbereich**, aber auch im **Sozialhaushalt** - Nachbesserungen vorgenommen haben. So wurden die Haushaltsansätze für das Programm „Schleswig-Holstein - Land für Kinder" und für die Förderung von Modellvorhaben in der Kinder- und Jugendhilfe - beispielsweise das Kinderschutzzentrum Westküste - wieder erhöht. Auch die Zuschüsse für die Maßnahmen der außerschulischen Jugendbildung und der Jugendsozialarbeit sind erhöht worden. Im Sozialhaushalt haben die Bekämpfung von Aids und die Förderung von Migrantinnen und Migranten einen Nachschlag bekommen.

Dazu hatte die Landesregierung bereits bei der Nachschiebeliste eine Aufstockung des Stellenpools für Schwerbehinderte angekündigt und 33 im Landesdienst unbesetzte Stellen zusätzlich in den Stellenpool eingestellt. Durch diese Änderungsvorschläge sind SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Forderungen des SSW entgegengekommen und haben bewiesen, dass ihre innere Richtschnur im sozialen Bereich noch funktioniert.

(Beifall der Abgeordneten Lars Harms [SSW] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir hatten weiterhin deutlich gemacht, dass wir unter keinen Umständen die vorgesehenen Kürzungen im Minderheitenbereich akzeptieren könnten. Dabei hatte der SSW aus zwei prinzipiellen Gründen die Rücknahme der Kürzungen bei den Zuschüssen für die Organisationen der Minderheiten gefordert.

Erstens sind wir dagegen, dass weitere Kürzungen in diesen Bereichen ausgesprochen werden, solange noch keine finanzielle Gleichstellung von Mehrheit und Minderheit erreicht ist. Stichwort ist hier beispielsweise die Schülerbeförderung bei den dänischen Schulen. Zweitens würde durch die von der Landesregierung vorgeschlagenen Kürzungen die Schieflage im Grenzland noch weiter vergrößert werden, da die Zuschüsse für die deutsche Minderheit im Großen und Ganzen überrollt werden, während die Zuschüsse für die dänische Minderheit um zirka 13 % gekürzt werden sollten. Damit kein falscher Zungenschlag entsteht: Wir sprechen uns nicht gegen die Zuschüsse für die deutsche Minderheit aus. Wir wollen aber darauf aufmerksam machen, dass das wachsende Ungleichgewicht in der Bezuschussung der Minderheiten ein ernst zu nehmendes Problem ist.

Wir hatten deshalb in unseren Haushaltsanträgen eine Überrollung der Zuschüsse beantragt. Eine Überrollung stellt wegen der Preis- und Lohnentwicklung der letzten Jahren faktisch dennoch eine Kürzung dar. Aufgrund der problematischen Haushaltslage des Landes sind wir aber bereit, dies zu akzeptieren.

Mit unseren Änderungsanträgen zeigen wir, dass wir in der **Minderheitenpolitik** immer auch von einer Kunst des Möglichen ausgehen.

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut!)

Ich habe mich deshalb sehr darüber gefreut, dass SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN akzeptiert haben, dass die geplanten Kürzungen nicht mit der Minderheitenpolitik des Landes in Einklang zu bringen waren. Der SSW wertet die Rücknahme der Kürzungen trotz der sehr angespannten Haushaltslage des Landes als ein positives Signal der Mehrheitsfraktionen an die Minderheiten im Land.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Zuschüsse für die kulturelle Arbeit der Friesen und der Sinti und Roma werden jetzt im Haushalt 2001 überrollt. Dazu haben SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem entsprechenden Antrag des SSW zur Rücknahme der Kürzungen bei der dänischen Zentralbibliothek und des dänischen Landwirtschaftlichen Vereins zugestimmt.

(Anke Spoorendonk)

Die Baukostenzuschüsse für den Dänischen Schulverein werden ebenfalls erhöht. Der SSW hatte zwar eine Erhöhung auf 1,1 Millionen DM - wie im Haushaltsjahr 2000 - gefordert. Da der Dänische Schulverein in den Vorjahren jeweils durchschnittlich 1 Million DM an Baukostenzuschüssen bekommen hat, können wir aber mit dem Kompromiss leben. Wichtig ist für uns, dass die Finanzierungen der bereits geplanten Bauvorhaben abgesichert werden. Ich möchte in dieser Runde darauf hinweisen, dass gerade der Neubau der dänischen Schule in Handewitt ein echtes Modellvorhaben in dem Sinne ist, dass jetzt auch das Amt Handewitt eine gleichberechtigte Bezuschussung beschlossen hat. Auch da hat der Baukostenzuschuss des Landes Signalfunktion.

(Beifall beim SSW)

Wir wissen, dass viele gute Kräfte - sowohl in den Regierungsfraktionen als auch die Grenzlandbeauftragte, der ich persönlich dafür danken möchte - an diesem Beschluss mitgewirkt haben. Dafür bedanken wir uns. Obwohl es sich aus Sicht des SSW um eine berechtigte Forderung der finanziellen Gleichstellung von Mehrheit und Minderheit handelt, wissen wir, dass sehr viel Überzeugungsarbeit notwendig war.

Dennoch ist es jetzt an der Zeit, in der Minderheitenpolitik des Landes neue Perspektiven zu erarbeiten. Zum einen stehen wir konkret vor dem Problem, dass nächstes Jahr der Kompromiss zwischen der Landesregierung und dem SSW zur Berechnung der Schülerkostensätze für Schulen der dänischen Minderheit und der deutschen Privatschulen ausläuft.

(Zuruf des Angeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.])

Es darf nach Auslaufen der geltenden Regelung ab 2002 keine Verschlechterung geben. Wir müssen gemeinsam eine langfristige, nachvollziehbare und transparente Lösung für die Schulen in freier Trägerschaft erreichen. Bei den übrigen Zuschüssen für die Organisationen der Minderheiten sollten wir überlegen, ob es möglich ist, durch Zielvereinbarungen mehr Planungssicherheit zu schaffen.

Dazu muss man sich vor Augen halten, dass es am Ende der Legislaturperiode 2005 50 Jahre her sein wird, dass mit den Bonn-Kopenhagener-Erklärungen die Wende in der Minderheitenpolitik des Landes eingeleitet wurde. Es sollte daher aus Sicht des SSW ein übergeordnetes Ziel sein, bis 2005 eine neue Qualität in der Minderheitenpolitik zu definieren.

(Beifall bei SSW und SPD)

Wir haben immer gesagt, dass wir dem Haushalt erst zustimmen werden, wenn wir unsere Forderungen dort wiederfinden können. Dass man dabei Kompromisse eingehen muss, ist von einem skandinavischen Politikverständnis her die normalste Sache der Welt. Ich habe im Verlauf meiner Rede versucht darzustellen, dass nicht alle Initiativen und Zielsetzungen der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen unsere Unterstützung finden. Da aber die Mehrheitsfraktionen dem SSW nicht zuletzt in der Frage der Minderheitenzuschüsse entscheidend entgegengekommen sind und durch ihre Änderungsanträge im Jugend- und Sozialbereich den Haushaltsentwurf nachgebessert haben, werden wir - wie bereits angekündigt - in der Schlussabstimmung dem Haushalt 2001 zustimmen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Günter Neugebauer [SPD]: Sehr gut!)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Wir treten jetzt in die Mittagspause ein und werden um 15 Uhr mit der Rede der Ministerpräsidentin fortsetzen.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 13:06 bis 15:02 Uhr)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich eröffne die Nachmittagssitzung und bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen. Ehe ich der Frau Ministerpräsidentin das Wort erteile,

(Unruhe)

möchte ich gern - vielleicht hören Sie einen Moment zu; es könnte für den einen oder anderen interessant sein - darauf aufmerksam machen, dass sich die Fraktionen darauf verständigt haben, dass nach der Rede der Frau Ministerpräsidentin die Runde der finanzpolitischen Sprecher folgt; dann werden das FAG und anschließend die Oberflächenwasserabgabe beraten.

Ich erteile jetzt Frau Ministerpräsidentin Heide Simonis das Wort.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Frau Präsidentin! Meine verehrten Damen und Herren! Ich habe mir heute Morgen wirklich jede Mühe gegeben, dem Herrn Oppositionsführer zu folgen, und muss Ihnen sagen, ich kann ihm nicht folgen, es hat sich nicht gelohnt; denn wenn ich es unter dem Strich zusammenfasse, dann haben Sie gesagt: Die Unternehmer sind schlecht, die Menschen sind schlecht, das Land ist schlecht.

(Widerspruch bei der CDU)

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Es hätte nur noch gefehlt, dass Sie gesagt hätten, das Wetter ist auch schlecht. Da allerdings hätten Sie als einziges Recht gehabt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Im vergangenen Jahr machte die Opposition gar keine Vorschläge zum Haushalt. Es ist immer gut, sich im Wahljahr zu verstecken.

(Zurufe von der CDU)

Vor den Wählerinnen und Wählern hatten Sie sich also ein bisschen zurückgezogen.

In diesem Jahr kramen Sie nun in Ihrer Schublade herum und suchen sich Vorschläge heraus, die Ihnen ein gewisser Volker Rühe vor kurzer Zeit diktiert hat. Nachdem er damals mit genau jenen Vorschlägen die Wahl verloren hatte, hat er sich verdünnisiert.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen bei der CDU)

Ich dachte ja, damit wäre das Kapitel zu Ende gewesen.

Im Gegenteil! Damals waren Sie Rühes Megafon, heute sind Sie die Flüstertüte von Herrn Wadephul geworden.

(Beifall bei der SPD)

So greifen Sie zum Beispiel Ihren alten **Sparvorschlag** auf, die **WOBAU-Wohnungen** zu verkaufen, um mit den Erlösen den Haushalt von Schleswig-Holstein zu sanieren. Sie vergessen dabei, dass die LEG als das wichtigste Instrument der Landesentwicklung völlig ihrer inneren Werte entblößt wäre, wenn wir den Wohnungsbau herausnehmen würden. Das Instrumentarium der LEG zur Entwicklung unseres Landes in Stadt und Land und nicht nur im Wohnungsbau wäre uns damit aus der Hand geschlagen.

Sie erinnern mich damit an einen Computerhändler, der seinen Kunden Geräte ohne Festplatte andrehen möchte.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Olle Kamellen sind auch Ihre anderen Vorschläge. Alle Jahre wieder wollen Sie die **Zahl der Ministerien** senken; erst von neun auf acht,

(Zuruf der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

nun von acht auf sieben. Sie können ja immer weitermachen. Ich erinnere mich nur daran, dass Sie mit einer Reihe von Menschen in den Wahlkampf gezogen sind, die Minister werden sollten; zwei Posten hatten Sie der F.D.P. offen gelassen. Das wäre leicht über zehn hinausgegangen.

Sie können doch von uns nicht verlangen, dass wir noch keuscher sind als Sie. Sie waren unkeusch und wir sind nicht unkeusch. Wir haben eine ordentliche Zahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Kabinett, die sich alle Mühe geben, im Land mit den Menschen zu diskutieren und ihnen Veränderungen und die Notwendigkeit zum Handeln nahe zu bringen.

Dann haben Sie die **Personal- und Verwaltungskosten** der Landesregierung ins Visier genommen. Ich darf Ihnen - vielleicht gucken Sie es einmal nach - kurz mitteilen, dass der Präsident des Steuerzahlerbundes unsere Einsparungen in Höhe von rund 50 Millionen DM lobend erwähnte. Außerdem ist zum zweiten Mal unser Personalentwicklungskonzept mit dem Speyer-Preis ausgezeichnet worden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Entgegen Ihren ätzenden Worten über die Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die dies geschafft haben, meint Professor Klages von der Jury dazu - ich darf zitieren -, „dass die Energie, mit der Kiel Modernisierung betreibt, einmalige Spitzenqualität ist".

(Beifall bei der SPD)

Das nehme ich auch gern entgegen und bedanke mich vor allem bei unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die dabei mitgemacht haben; sonst wäre das gar nicht so weit gekommen.

Dann wollen Sie, obgleich Sie aus den Unterlagen wissen, dass wir schon überall dort, wo wir das Gefühl hatten, wir können es verantworten - gesellschaftlich und politisch -, etwas getan haben, über das hinaus, was wir gemacht haben, die Sozialhilfe noch einmal kräftig zurückfahren. Zusätzlich um 30 Millionen DM. Darüber kann man ja wirklich nur noch Kopf schütteln.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben den falschen Antrag! Da stehen 22 Millionen DM, Frau Ministerpräsidentin!)

- Haben Sie es verbessert?

(Martin Kayenburg [CDU]: Nein!)

Sie hatten heute Morgen auch auf einem unserer Anträge herumgehackt, der nicht mehr da war. Aber das macht nichts; dann hat sich das ausgeglichen. Sie haben einen falschen, ich hatte einen falschen Antrag in der Hand, also mache ich Ihnen an der Stelle keinen Vorwurf. Ist in Ordnung!

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Aber im Übrigen bleiben Ihre sonstigen **Sparvorschläge** obskur, selbst wenn Sie bei dem einen sagen, den haben Sie nicht vorgelegt.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Sie sind bei jedem Protest dabei, vom Container bis zu den Landwirten, von den Studenten, den Verbraucherzentralen, von der Polizei bis zu den Sportverbänden. Sie versprechen - das ist Ihnen ja heute Morgen vorgerechnet worden - unglaubliche Summen zur Erhöhung des Personalanteils. Sie verraten nur niemandem, woher Sie das nötige Geld nehmen wollen. Das aber wäre interessant; das würde mich wirklich interessieren, denn es könnte ja sein, dass wir bei all unseren Mühen etwas übersehen haben

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Gukken Sie doch in unseren Antrag hinein!)

und daraus noch etwas machen können. - Lieber Herr Kayenburg, ich finde Sie persönlich wirklich sehr sympathisch, aber das ist populistische Opposition, die Sie da betreiben, und das ist nicht hinnehmbar.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Die F.D.P., die sich ja auch ein bisschen über Sie wundert, hat wenigstens den Vorteil, dass sie Sparvorschläge macht, über die man sich politisch streiten kann. Das macht dann Spaß. Nun bin ich der Meinung, dass er nicht immer Recht hat, der Herr Abgeordnete Kubicki, aber bei Ihnen kann ich weder sagen, dass sie Recht haben, noch dass Sie nicht Recht haben, Sie sagen ja gar nicht, was Sie wollen. Sie haben heute Morgen etwa 20, 25 Minuten lang nur an unserem Haushalt herumgemeckert.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist ja gemein, ich bin doch nicht Ihr Spaßfaktor!)

- Das war überhaupt nicht gemein. Ich höre dem Herrn Kayenburg ja immer so gern zu, wenn er dann beispielsweise sagt - das finde ich so toll -,

(Zuruf des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

dass wir nur Unternehmer gefördert hätten, die nun auf dem Markt Schwierigkeiten haben. Abgesehen davon, dass es nicht stimmt, Herr Kayenburg: Was hätten Sie wohl gesagt, wenn die drei von Ihnen heute inkriminierten Unternehmen von uns nicht unterstützt worden wären? - Sie hätten noch zu Weihnachten eine Sonderaktion mit dem Volk, mit dem Landtag gemacht,

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

um uns zu sagen, dass wir diesen Marktführern auf den Weltmärkten in der und der Branche auf jeden Fall helfen müssten. Es wäre absolut unverantwortlich gewesen, wenn wir es nicht gemacht hätten. - Ich höre Ihre Rede geradezu; ich könnte sie Ihnen vorspielen. Heute Morgen war es nun ein Fehler, denen geholfen zu haben. Sie wissen selber, dass das nicht ganz zusammenpasst.

Im Übrigen: Wir sollten uns jetzt alle bemühen, diesen drei Firmen, die Sie genannt haben, über die Runden zu helfen, über die Schwierigkeiten zu helfen, die sie haben.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Es kann doch niemandem daran gelegen sein, schadenfroh zu sagen: Gucke einmal, der ist kaputtgegangen, 3.000 Arbeitsplätze im Eimer! Das ist hier doch nicht das Ziel einer politischen Diskussion,

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

sondern das Ziel muss sein, nach außen durch Beruhigung darauf einzuwirken, dass diese Firmen es schaffen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Während Sie hinter Phantomen herjagen, sitzt wie bei der Geschichte vom Hasen und dem Igel der Herr Kollege Kubicki - er darf sich aussuchen, wer er ist, der Hase oder der Igel - in der Ackerfurche und erklärt Ihnen jedes Mal - -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sowohl als auch!)

- Ja, das ist klar. Es würde mich auch wundern, wenn du nicht immer alles für dich beanspruchen würdest.

(Heiterkeit bei der F.D.P.)

Er sagt Ihnen immer schon: Ik bün al dor.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auf den Haushalt zurückkommend ernst gesprochen: Wir bleiben bei unserer klaren Linie der **Konsolidierung der Finanzen des Landes**. Die Nettokreditaufnahme wird auf 923 Millionen DM gedrückt. Das ist ein erster Schritt und geht sogar mit 7 Millionen DM über die Eckwerte hinaus. Es ist gut und ich finde, es ist auch für uns eine gute Lehre, wenn die beiden uns tragenden Fraktionen darüber hinaus Sparvorschläge machen. Wir haben uns jedenfalls vorgenommen, die Nettokreditaufnahme bis zum Jahre 2008 auf null zu bringen.

Die **Investitionsquote** liegt unverändert bei rund 10 %. Damit ist sie - das gebe ich zu - niedriger als in Bayern, aber auch in Bayern ist sie um 5 % zurückge-

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

gangen. Unsere Investitionsquote ist vor allem deswegen zurückgegangen, weil ein Teil der Investitionen nicht nur durch den Haushalt, sondern durch die GMSH oder die Investitionsbank läuft. Das sagen wir jedes Jahr gebetsmühlenhaft, weil Sie es gebetsmühlenhaft vortragen. Also wiederhole ich es.

Die **Personalkosten** sinken im Jahr 2001 auf 5,55 Milliarden DM. Damit liegt die Quote nur noch bei 36,8 %. Ich gebe auch hier zu, dass ein Teil darauf zurückzuführen ist, dass Mitarbeiter in die GMSH übergeleitet worden sind. Das muss man ehrlicherweise sagen.

Die **Kreditfinanzierungsquote** sinkt ebenfalls.

Wir haben einen soliden, sozial gerechten und stabilen Haushalt vorgelegt. Wir versuchen, gleichzeitig die Wachstumskräfte des Landes zu stärken. Unsere Strategie „Arbeit, Bildung, Innovation" soll im Haushalt abgesichert werden und ich glaube, dass uns das gelungen ist.

Wir setzen mit diesem Haushalt den **Strukturwandel** in unserem Land konsequent fort. Die Wirtschaftsdaten bestätigen das. Wir haben uns in der Zwischenzeit, was die Arbeitslosenzahlen anbetrifft, auf Platz 5 vorgearbeitet. Neben den süddeutschen Ländern sind wir vor Nordrhein-Westfalen diejenigen, die es, was die Arbeitslosigkeit und damit auch das Absenken von Angst der Menschen vor ihrer beruflichen Zukunft angeht, mit am weitesten geschafft haben. Das halte ich für eine unglaubliche Leistung von Arbeitgebern, Arbeitnehmern, Regierung und Parlament.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben den Wählerinnen und Wählern für fünf Jahre ein Programm versprochen, das wir jetzt im ersten Haushalt nach der Wahl umsetzen. Wir halten diese Linie, obgleich wir erhebliche Konsequenzen aus der Steuerreform der Bundesregierung für unser Land mittragen. Wir tragen diesen Kurs mit, weil unsere Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen größere finanzielle Spielräume haben wollen und wir es ihnen versprochen haben. Sie sollen mehr im Portemonnaie behalten. Für die **Wirtschaft** bedeutet die **Steuerreform** das größte Investitionsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Für die große Wirtschaft!)

Ich darf Sie noch einmal daran erinnern: Wir tragen sie mit, während Ihr famoser Herr Merz dieses Paket abgelehnt und damit - das ist zu Recht eingetreten - einen ordentlichen Bauchklatscher gemacht hat.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, ich weiß nicht, ob Sie überhaupt wissen, was die Menschen wollen. Sie wollen mehr Geld in ihrem Portemonnaie für sich selber haben. Das ist leider so. Sogar die Sozialdemokratie musste einsehen, dass das so ist, und wir mussten unsere Programme ändern.

Die wollen eine Senkung der Lohnnebenkosten.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Eben! Das kriegen Sie nicht!)

Ihre Aktion gegen die Ökosteuer ist langsam lächerlich, weil Sie genau wissen, dass es die Unternehmer in der Sache für richtig halten, dass die **Lohnnebenkosten** endlich sinken.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] - Widerspruch und Zurufe von der CDU)

Wer eine Steuerreform macht, wer das Kindergeld erhöht, wer gleichzeitig Entfernungspauschale zahlt und demnächst bei der Altersrente mitbezahlen muss, der hat Mindereinnahmen in seinem Haushalt zu verzeichnen.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Die kleinen Unternehmen haben gar nichts von der Steuerreform!)

Ich kann es mir nicht anders erklären, wie es passieren soll, dass Sie immer mehr rechnen. Wir rechnen sauber nach. Was wir den Bürgern nicht abnehmen, kommt weniger in unseren Kassen an. Das sind Mindereinnahmen in den öffentlichen Kassen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

- Nun schreien Sie doch nicht so! Dann muss ich auch immer lauter werden; das wird ja unangenehm.

Sie müssen uns wirklich erklären, warum Sie im Bundesrat immer auf die Bremse treten, jedes Gesetz erst in den Vermittlungsausschuss jagen und sich hier beschweren, dass wir keine ordentliche Politik machten. Machen Sie es selber doch erst einmal besser!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Ich will nicht behaupten, dass mit Ihnen schwer Kir-

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

schen-Essen ist, aber mit Ihnen ist es schwer, Haushalte aufzustellen. Das muss ich Ihnen ehrlich sagen.

(Klaus Schlie [CDU]: Ja, ein Glück! Vor allem solche, wie Sie sie hier vorlegen!)

Allein die **Rentenreform**, die dringend notwendig ist - das bestreiten Sie hoffentlich nicht -, wird uns einen ordentlichen Batzen Geld kosten, wie auch die Gemeinden etwas dazu beitragen müssen. Hier wollen Sie wieder draufsatteln. Ihre eigenen Vorschläge kassieren Sie jetzt, drehen Sie um, setzen ein Pluszeichen und satteln das auf unsere Renten- und Steuerreform drauf. Irgendwo müssen Sie den Durchblick verloren haben. Vielleicht gucken Sie sich Ihre alten Papiere noch einmal an!

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn jetzt die **Entfernungspauschale** so durchgeht, wie Sie sie nicht durchgehen lassen wollen - Baden-Württemberg hat Gott sei Dank zugestimmt, weil die nämlich eine Wahl haben; komisch, das Denken fängt bei vielen Leuten erst an, wenn sie eine Wahl vor der Haustür haben -,

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wird uns das mit 11 Millionen DM belasten und der Bundesrat wird dem höchstwahrscheinlich zustimmen.

Weitere Belastungen kommen auf uns durch die **BSE-Krise** zu. Wir können doch den Verbrauchern nicht sagen, dass uns ihre Belange am Herzen liegen, wenn wir nicht gleichzeitig Geld dafür lockermachen, dass dieses Fleisch und dieses Tiermehl, das für den menschlichen und tierischen Verzehr nicht zu gebrauchen ist, aus dem Verkehr herausgenommen

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und auf ordentliche und saubere Art und Weise entsorgt werden.

Heute Morgen habe ich beim Oppositionsführer herausgehört, dass ein **Wachstum** von 3 % lächerlich sei. Wann haben Sie in der CDU für sich eigentlich das letzte Mal 3 % reklamieren können? Das möchte ich gern einmal wissen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: In Schleswig-Holstein betrug das Wachstum 1 %, Frau Simonis!)

Das ist eine ordentliche Leistung, 3 % und 2,5 %. Das bedeutet Sicherung in den Haushalten und das bedeutet Sicherung der Bezahlung der Aufgaben, die wir uns vorgenommen haben.

Zu Ihren Regierungszeiten zitterte doch das ganze Bundeskabinett ein halbes Jahr lang mit den Knien, als Sie mit der Rentendiskussion anfangen mussten und versucht haben, die durchzukriegen.

Was ich langsam nicht mehr ertragen kann, ist Folgendes. Auch Sie waren beim Grünkohlessen der Unternehmer dabei, als Professor Driftmann, der nicht der SPD angehört und wirklich ein Mann ist, der kritische Töne durchaus nicht scheut, gesagt hat, dass es bei uns in Schleswig-Holstein relativ gut läuft. Es gibt ein paar Sachen, die ihm nicht gefallen. Es wäre ja auch komisch, wenn ihm alles gefallen hätte. Da stellen Sie die Ohren immer auf Durchzug, wenn etwas Positives über uns gesagt wird. Wenn etwas Negatives kommt, machen Sie solche Ohren und behalten das.

Wir jedenfalls betreiben eine aktive Beschäftigungspolitik. Wir verbessern die Bildung und die Ausbildung. Das Programm „Zukunft im eigenen Land" ist - da gebe ich Ihnen ja Recht - verbesserungsbedürftig. Nicht jedes Projekt darin ist ein Projekt, das einen Tango auf dem Tisch tanzen lässt. Aber es kann verbessert werden, es wird die Strukturen in unserem Land verbessern und das ist vor dem Hintergrund der Erweiterung der EU notwendig.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu Ihren Bemerkungen zum Bereich Arbeit und Soziales, zu ASH! Wir geben nicht Firmen, die jemanden entlassen, sofort noch ASH als Belohnung obendrauf, sondern wir versuchen damit, Menschen, anstatt sie in die Sozialhilfe abrutschen zu lassen, wieder in Arbeit zurückzubringen. Dieser Programmpunkt kommt bei den Menschen ungeheuer gut an, übrigens auch bei den Unternehmern. Fragen Sie einmal die Kieler Unternehmer, die ihre eigene Initiative für längerfristig Arbeitslose und behinderte Arbeitnehmer gestartet haben, was die sich für eine Mühe gegeben haben und wie die sich freuen, dass wir ihnen helfen! Sie liegen immer neben den gesellschaftlich notwendigen Aufgaben, die gemacht werden. Dazu fällt Ihnen leider nichts ein.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Weil Ihnen leider nichts Ernsthaftes einfällt, muss immer wieder und immer häufiger Ihr politisches Schwergewicht, der wahre Oppositionsführer, der

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Abgeordnete Kalinka, mit ran. Der ist nämlich für die großen Themen zuständig.

(Heiterkeit)

Wie viele Quadratmeter hat das Schloss Plön?

(Heiterkeit bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das will er wissen, das mussten wir ausmessen und beantworten. Wie viele Landesgesetze gab es zwischen 1950 und 1960?

(Heiterkeit bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie viele Gerichtsvollzieher sind in Schleswig-Holstein tätig? - Das muss man wissen. Wenn man das nicht weiß, hat man eine Wissenslücke. Also haben wir alle Fragen beantwortet.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Erlauben Sie mir eine Bemerkung zu **Schloss Plön**! Selbstverständlich müssen Sie alle Fragen, die Sie stellen, beantwortet kriegen. Das ist nicht die Frage. Aber glauben Sie ernsthaft, dass man die Verhandlung mit einem Unternehmer vom Format eines Herrn Fielmann führen kann, indem man sich in Plön auf den Markt stellt und fragt: „Was halten Sie von einer Million?" Dann sagt der: „Nee, 100.000 DM sind auch viel Geld." - So macht man das nicht. Aber Sie sind lange nicht mehr an der Regierung gewesen. Deswegen wissen Sie nicht, wie man über solche schwierigen Sachen verhandelt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von CDU und F.D.P.)

- Wir haben das sehr gut gemacht; Sie werden noch staunen! Die Zustimmung im Land ist größer als bei Ihnen. Da liegen Sie wieder einmal mit Ihrer Einschätzung daneben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Nun hat draußen gerade eine Demonstration stattgefunden, die leider in der Kälte stattfand und auch noch ohne Zweck, weil der Anlass weggefallen ist. Aber gut, die Leute sind nun einmal gekommen. Da klingen Vorwürfe durch, wir würden aus Jux und Dollerei sparen, morgens aufstehen und uns einmal überlegen, wen wir ärgern könnten. Das kam auch in der Diskussion mit den Grünen ein bisschen durch. Deswegen auch mein Zwischenruf, der von Frau Heinold provoziert wurde, weil sie sagte: Ihr wollt Kindergartengruppen mit 45 Kindern und Hausfrauen, die die Kinder betreuen. - Das ist eine unfaire Diskussion, weil es nämlich mehr Hausfrauen gibt, als es grüne Parteimitglieder gibt, wenn ich das einmal sagen darf.

(Heiterkeit - Lebhafter Beifall bei SPD, CDU, F.D.P. und SSW)

Wir jedenfalls wollen, dass mehr Menschen in Arbeit kommen. Wir wollen den Strukturwandel fortsetzen. Wir wollen uns Handlungsspielräume für die Zukunft sichern. Wir wollen den Aufbruch in die Wissensgesellschaft organisieren. Und wir wollen mehr Investitionen nach Schleswig-Holstein bringen.

Es ist uns durchaus gelungen, hochinteressante amerikanische und andere Firmen bei uns einzuführen. Wenn Sie, Herr Kubicki, noch nicht gemerkt haben, dass dieses Land ein Wellnessland, ein Gesundheitsland ist, dann tun Sie mir Leid. Nehmen Sie sich einmal eine Statistik vor und gucken sich an, wie die Wertschöpfungsanteile sind.

(Heinz Maurus [CDU]: Seit 1981 versuchen Sie, das auf die Beine zu kriegen, und kriegen es nicht in die Reihe!)

- Wir kriegen eine Menge auf die Beine. 1981 aber war ich noch nicht an der Regierung. Das haben Sie nicht auf die Beine gekriegt.

(Heinz Maurus [CDU]: Entschuldigung! 1991! - Beifall bei der SPD)

In der Zwischenzeit kommen dänische Frauen zur onkologischen Behandlung in das Krankenhaus in Kiel. In der Zwischenzeit kommen die ersten Patienten aus Norwegen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist nicht Wellness!)

- Das ist auch **Wellness**! Gesundheit ist heute mehr, als dass man irgendwo sitzt und Tourismus macht. Das ist die Kombination von Tourismus, Kunst, Kultur, Gesundheit und medizinischer Behandlung.

Ich glaube, wir haben eine Menge geschafft, was die neuen Strukturen anbetrifft. Sonst wäre nämlich die Entspannung auf dem Arbeitsmarkt nicht so, wie wir sie zurzeit beobachten können. In der Zwischenzeit haben 110.000 Menschen zwar immer noch keine Arbeit. Aber das sind 4,7 % weniger als im gleichen Monat des Vorjahres. Das heißt, wir müssen an dieser Stelle weiterarbeiten. Wir werden an dieser Stelle erfolgreich weiterarbeiten.

Das erreichen wir dadurch, dass wir über den **Ausbildungsmarkt** weiterhin im „Bündnis für Ausbildung" mit den Unternehmern und Arbeitnehmern, den Tarifpartnern und allen daran Interessierten diskutieren.

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Wir kriegen auch in diesem Jahr wieder für jeden Jugendlichen einen Ausbildungsplatz.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei SPD und SSW)

Wichtig dabei ist, dass die Ausbildungsverhältnisse in den neuen Berufsfeldern der Informationstechnologie um 65 % gestiegen sind. Das ist eine ziemliche Leistung für einen Zukunftsmarkt, auf dem Menschen einen Beruf finden werden, der ihnen höchstwahrscheinlich eine gewisse Garantie gibt. Das „Bündnis für Ausbildung" ist also sehr erfolgreich. Ich bedanke mich bei allen, die uns da unterstützen. Das geht übrigens über alle Parteigrenzen hinweg.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein zweiter Punkt sind unsere **Arbeitsmarktprogramme**. 7.200 Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger sind in dem Programm „Arbeit statt Sozialhilfe" untergebracht worden. Viele von ihnen kommen in anderen Firmen unter, wenn sie erst einmal die Qualifikation und den Anschluss geschafft haben.

Gucken Sie sich einmal an, welche Firmen sich bei uns ansiedeln: die Chipfabrik in Itzehoe, die Firma Viking aus den USA und und und. Das sind Firmen, die Vertrauen in das Können unserer Arbeitnehmer haben und die sich darauf verlassen, dass, wenn es Schwierigkeiten gibt, eine Regierung da ist, die Ansprechpartner ist und versucht, mit Programmen zu helfen, Qualifizierung der Arbeitnehmer hinzubekommen oder Qualifizierung des Betriebes hinzubekommen oder Auslandsmessen zu organisieren. Nicht ohne Grund sind unsere Exporte von 15 % 1988 auf 31 % zum jetzigen Zeitpunkt gestiegen. Das ist Ware „Made in Schleswig-Holstein". Das ist offenbar ein Qualitätsmerkmal für viele Leute, die bei uns kaufen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir die **Technologiefördermittel** in Höhe von 30,5 Millionen DM fast auf dem alten Stand gelassen haben, dann nicht ohne Hintergrund. Wir wissen, dass wir uns mit den neuen technologischen Antworten neue Märkte erobern können. Wir wollen nicht mühsam auf Märkte, auf denen bereits andere Fuß gefasst haben. Wir wollen in neue Märkte, auf denen andere noch nicht sind, die ersten sein. So, wie Herr Kubicki immer vor dem Herrn Kayenburg ist, wollen wir vor den anderen da sein.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unser Land steht wegen der Globalisierung der Wirtschaft zwar unter einem ziemlichen Druck. Es ist uns aber auch ganz gut gelungen, Antworten zu finden. Wenn es in Nizza gelungen wäre, noch klarere Antworten auf die wirklichen Ängste der Menschen zu finden - -

(Klaus Schlie [CDU]: Jetzt sind wir in Nizza!)

- Nein, das ist der Punkt. Es geht gar nicht darum, jemandem eine Schuld zuzuschieben. Wenn überhaupt, dann ist es überhaupt niemand aus dem deutschsprachigen Raum, sondern jemand anders.

(Peter Lehnert [CDU]: Schröder!)

- Nein, das war nicht Schröder. Das wissen Sie auch und besser. Das war jemand, der demnächst einen Wahlkampf vor der Tür stehen hat und der gern noch einmal Präsident werden möchte.

(Zuruf von der CDU: Al Gore! - Heiterkeit bei der CDU)

- Die CDU kann sich anschreiben lassen: Sie kann innerhalb von fünf Minuten bei Nachdenken mehr als drei Namen von Politikern ohne Stottern und Aufschreiben sagen.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn es uns in Nizza gelungen wäre, die Fragen, die die Menschen für brennend halten, zu lösen, nämlich die Sozialpolitik zu harmonisieren, die Rentenpolitik zu harmonisieren, die Arbeitsmarktpolitik zu harmonisieren und nicht nur die Währung zu harmonisieren, wären wir schon ein ganz kleines Stückchen weiter und könnten unsere Kräfte in Europa bündeln, anstatt sie gegeneinander auszuspielen und zu versuchen, sich gegenseitig ein Bein zu stellen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Eins jedenfalls ist klar - dem kann auch der Herr Abgeordnete Kubicki keinen Faden abbeißen -:

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was habe ich Ihnen getan, dass ich dauernd Erwähnung finde?)

Unsere **internationalen Kontakte**, vor allem nach Norwegen, in den gesamten Ostseeraum, nach Japan, China, Saudi-Arabien und in die USA tragen langsam, aber stetig Früchte. Wir sind dort anerkannte Partner. Das, was unsere Unternehmer mit ihren Arbeitnehmern auf dem Markt gemeinsam anzubieten haben, sind für diese Länder interessante Produkte.

Deswegen finde ich Folgendes so witzig. Jedes Mal, wenn ich mit einer Wirtschaftsdelegation - wie jetzt wieder mit 30 Leuten - nach Japan oder China fahre, um dort Messen zu organisieren, dort Türen zu öffnen

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

- was die übrigens alle bestätigen, öffentlich und ohne, dass ich sie dazu zwinge - kommen von der CDU die Anfragen: Wie viele waren dabei? Was hat das gekostet? Musste das so teuer sein? Warum sind Sie nicht in dem Hotel, sondern in einem anderen? - Oh Gott, oh Gott, oh Gott!

(Anhaltender Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Klaus Schlie [CDU]: Das scheint Ihren Leuten zu helfen! - Heinz Maurus [CDU]: Wie viel haben Sie in Ihrem Haushalt dafür vorgesehen?)

Wenn es der Sache dienlich wäre, würde ich sogar bei YMCA übernachten. Aber das bringt es nicht. Sie müssen zur Kenntnis nehmen: Schleswig-Holstein kann es sich leisten, mit seinen Wirtschaftsdelegationen in guten Hotels zu übernachten. Wir spielen in einer anderen Liga.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Warum denn der Ältestenrat nicht? - Klaus Schlie [CDU]: Wenn sie den Kaspar macht, klatschen sie!)

Wir geben in der Zwischenzeit etwa 4,4 Milliarden DM für die **Bildung** aus. Das sind rund 30 % aller unserer Nettoausgaben. Damit investieren wir in unsere Jugend, in deren Zukunft und in unsere eigene Zukunft. Ich bezweifle, dass die Menschen immer eine Vorstellung davon haben, was das bedeutet. Sie können mit diesem Geld keine anderen Sachen bezahlen. Aber es ist eine richtige Investition. Deshalb machen wir sie, obgleich sie uns manchmal wirklich schwer fällt.

Es gibt keine Kürzungen im **Schulbereich**. Es gibt auch keine Änderungen in der gesamten Wirtschaft, ohne dass wir nicht gleichzeitig in der Schule oder in der Universität reagieren. Auch das hat heute Morgen in Ihren Reden eine Rolle gespielt.

Die **Universitäten** müssen sich anpassen. Ich finde es ausgesprochen interessant, was der neue Rektor an der Christian-Albrechts-Universität jetzt vorschlägt: ein Kompetenzzentrum, zu dem die Wirtschaft geht und sich beraten lässt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Da ist der Name Programm!)

Ich halte das für ausgesprochen gut. Ich glaube, dass es insoweit richtig war zu sagen, „Erst müssen neue Ideen kommen, dann kommt unter Umständen wieder mehr Geld", nicht, „Erst kommt das Geld und dann vielleicht keine neuen Ideen".

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich jedenfalls glaube, dass wir angesichts der Kreativität unserer 24.000 Lehrerinnen und Lehrer, Hochschuldozentinnen und Hochschuldozenten eine ganze Menge an Überraschungen und Positivem erleben werden. Die Christian-Albrechts-Universität und die Hochschulen unseres Landes haben den richtigen Weg eingeschlagen.

Wenn ich mir manchen Workshop an unseren Schulen angucke, stellt ich fest, dass unsere Schulen sehr viel weiter sind, als Sie glauben, neue Ideen anzupacken, neue Modelle, neue Lehrmodelle, neue Lernmodelle mit ihren Schülern auszuprobieren. Wir merken mehr und mehr, dass unsere Schulen den Erfahrungsaustausch mit anderen Ländern suchen. Die Max-Planck-Schule in Kiel, die Humboldt-Schule in Kiel, die jetzt Japanisch eingeführt hat und Japan schon zwei Mal besucht hat, die Herderschule in Rendsburg, die Goethe-Schule und die Osbeckschule in Flensburg; sie alle beteiligen sich an der Ausschreibung „Schools around the world" zusammen mit Schulen aus acht anderen Ländern. Sie knüpfen wichtige Kontakte, die für sie später im Beruf unter Umständen einmal eine große Hilfe sein können.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Auch wenn Herr Kubicki das nicht glaubt: Schleswig-Holstein wird das Gesundheitsland Nummer eins sein.

Wir sind innerhalb der Bereiche Biologietechnik, Medizintechnik, Umwelttechnologie und trotz eines BSE-Falles bei gesunder Nahrung Spitze in der Bundesrepublik. Wir stehen für mehr Lebensqualität, für gute Behandlung von Patienten, für gute Möglichkeiten, länger bei uns zu bleiben.

Die Dienstleistungsbereiche Wellness, Krankendienst, Kuren, Vorsorge, Rehabilitation und Gesundheitsberatungsdienste müssen zusammen gesehen werden und haben mit Loch Ness so viel gemeinsam wie eine Primaballerina mit einem Nilpferd.

(Heinz Maurus [CDU]: Günther Jansen 1991!)

Schleswig-Holstein verfügt über hervorragende Ausgangsbedingungen, um sich auf diesem Markt eine gute Position zu erkämpfen. Wir werden alle, die bei uns mitmachen, darin unterstützen. Allein 16 Milliarden DM erwirtschaftet der **Gesundheitssektor**. Ein Drittel des gesamten produzierenden Gewerbes in unserem Land ist in diesem Bereich tätig.

Und unsere weltweiten Kontakte haben uns in der Zwischenzeit Märkte eröffnet, von denen Ihre Regierung früher nicht einmal zu träumen gewagt hätte.

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Unser Gesundheitsmarkt wird ein Exportschlager erster Güte. Schon heute sind die Produkte - das sagte ich Ihnen bereits - aus Schleswig-Holstein ein Hit, zum Beispiel der Firma Dräger und anderer Firmen, um sie nicht alle im Einzelnen zu nennen. Dräger steht im Grunde für alle anderen Unternehmen mit. Für die 100 Gesundheitsunternehmen, die in der Zwischenzeit in Schleswig-Holstein rund 10.000 Menschen beschäftigen, steht Dräger als ein Beispiel. Diese Produkte sind außerhalb Schleswig-Holsteins ein Hit. Bei uns, bei der SPD, sind Sie auch ein Hit; bei Ihnen weiß ich das nicht. Sie müssen wohl noch einmal prüfen, ob Sie Ihre Meinung nicht doch ein bisschen ändern wollen.

Deswegen werden wir im nächsten Jahr - Entschuldigung, nein, das ist schon in der nächsten Woche, also noch in diesem Jahr - mit Vertretern des Gesundheitsmarktes einen Workshop veranstalten, um zu sehen, wie wir unsere Möglichkeiten besser nutzen können.

Wir wollen - dieser Punkt ist mir doch sehr wichtig - die **Eigenverantwortung** unserer **Bürger** stärken. Wir wollen, dass sich unsere Bürgerinnen und Bürger engagieren - freiwillig, ehrenamtlich, wie immer Sie es nennen wollen. Deswegen finde ich den Kürzungsvorschlag der F.D.P. so interessant, den **Verfügungsfonds** der Ministerpräsidentin um 20.000 DM genau in jenem Bereich zu kürzen, in dem man das kleine bisschen „Dankeschön" noch zeigen kann, eine Urkunde oder eine Verdienstmedaille - 20.000 DM; mehr kostet das nicht - für unendlich viele Stunden von Arbeit; genau diese Mittel wollten Sie kürzen. Da kann ich nur sagen: Schöne Freie Demokraten seid ihr.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Widersinnig ist das!)

wenn das freiwillige Engagement der Menschen nicht mehr belohnt werden darf. Allein die Aktion „Schüler Helfen Leben", die an einem einzigen Tag allein 4,2 Millionen DM verdient hat, müsste doch jeden Schleswig-Holsteiner stolz machen, dass wir das als einziges Land bei uns haben und die Hamburger jetzt dazu einladen konnten, bei uns mitzumachen.

Der ehemalige BDI-Präsident Klaus Murmann sagte in einer Anzeigenkampagne eines bedeutenden Blattes hier bei uns in Schleswig-Holstein:

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Necker!)

- BDI-Präsident, Klaus Murmann; Sie müssen doch Ihre eigenen Leute kennen! - „Ich bin gerne und überzeugt Unternehmer in Schleswig-Holstein. Deshalb fällt es mir nicht schwer, für das Land zu werben." Ich danke ihm und allen anderen - Herr Necker hat ja auch etwas zu dem Land gesagt und an derselben Aktion teilgenommen -, ich danke diesen Herren, den Künstlern und den Schülerinnen und Schülern, dass sie gesagt haben: „Wir sind gern Schleswig-Holsteiner, wir leben gern hier, wir fühlen uns hier gut aufgehoben." Sie haben es nicht getan, um der SPD-Regierung einen Gefallen zu tun, sondern sie haben viel klüger gedacht. Sie wollen dieses Land nach vorn bringen, groß reden, nicht klein reden, bekannt machen, nicht unbekannt machen, international bekannt machen, es nicht international verstecken.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Weil das so ist, fällt es auch dem DGB-Landesgruppenvorsitzenden Peter Deutschland nicht schwer zu sagen: „Wir wollen eine Branche in ihrer Entstehung mitgestalten, die in Schleswig-Holstein bereits 800 Beschäftigte hat", nämlich die **Biotechnologie**, zumal man normalerweise immer sagt, vor neuen Technologien hätten die Gewerkschaften Angst, weil all die Arbeitsplätze verloren gingen. Nein, sie haben keine Angst; sie haben Vertrauen in ihr Können und sie haben Vertrauen in die Haltbarkeit des Tarifbündnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Wir, die Grünen und die SPD, haben von den Wählerinnen und Wählern einen Auftrag bekommen. Wir werden diesen Auftrag so gut wir können abarbeiten und in fünf Jahren dafür Rechenschaft ablegen, ob wir es geschafft haben oder nicht.

Die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen selbstbewusst mit diesem Haushalt die in der Regierungserklärung formulierten Ziele um. Sie unterstützen die Regierung. Dafür darf ich mich bedanken.

Ich darf mich bei der Opposition bedanken, dass sie uns immer so nett kritisiert. Das hilft dann ja auch manchmal weiter.

Im Übrigen denke ich: Es gibt noch viel zu tun - packen wir's an!

(Anhaltender lebhafter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Abgeordneter Lothar Hay [SPD] begibt sich zu dem Platz der Ministerpräsidentin, um ihr zu gratulieren - Anhaltender Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Lachen und Heiterkeit bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Meine Damen und Herren, wenn wir in einem Konzert wären, würde ich die Zugabe gern zulassen, aber wir befinden uns hier im Plenum.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt können wir abstimmen!)

Zunächst möchte ich auf der Tribüne die Besuchergruppe der Kurt-Tucholsky-Schule Flensburg begrüßen.

(Beifall)

In der Loge begrüße ich unsere frühere Kollegin und heutige Bundestagsabgeordnete, Frau Volquartz.

(Beifall im ganzen Haus)

In der Presseloge schließlich begrüße ich die Minderheitenbeauftragte, Frau Schnack.

Nach § 52 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich jetzt nach der Rede der Frau Ministerpräsidentin dem Herrn Oppositionsführer das Wort.

Herr Abgeordneter Kayenburg, Sie haben das Wort.

Martin Kayenburg [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Simonis, ich verstehe ja, dass Sie um Ihr Amt kämpfen.

(Buh-Rufe von der SPD - Beifall bei der CDU)

Aber Ihre Reaktion und Ihr Applaus auf die Albernheiten, die hier eben abgelaufen sind, und den Ton der Rede zeichnen doch wirklich das Niveau in diesem Hause aus.

(Anhaltende Buh-Rufe bei der SPD - Beifall bei der CDU)

Wenn wir hier so Politik machen wollen, können wir uns getrost von einer ordnungsgemäßen Politik verabschieden.

Dass die Fakten Ihrer Rede nicht ordnungsgemäß recherchiert waren, haben Sie ja schon an den Zwischenrufen gemerkt. Wir haben konkrete Vorschläge gemacht, haben **Vorschläge zum Haushalt** gemacht; Sie erwähnen in Ihrer Rede Zahlen von 30 Millionen DM, die wir bei der Sozialhilfe kürzen wollten. Offenbar hat Ihnen der Haushaltsantrag des Vorjahres vorgelegen. Das beweist doch, dass Sie sich mit unseren Anträgen, mit der Finanzierung und mit der konkreten Politik, wie wir sie vorschlagen, überhaupt nicht befasst haben.

Sie müssen mir auch noch einmal klar machen, warum eigentlich die LEG erforderlich ist und die Wohnungen erforderlich sind, um eine Landesentwicklung zu betreiben. Sie hätten das auch getrost weiter mit der Schleswig-Holsteinischen Landgesellschaft machen können.

Wenn Sie hier schon Herrn Driftmann zitieren, Frau Simonis, dann sollten Sie ihn auch richtig zitieren. Natürlich hat er gesagt, dass es Teilen des Landes gut geht. Unstreitig geht es der Exportwirtschaft gut; aber genauso unstreitig geht es dem Einzelhandel, der Bauwirtschaft, den Werften und der Landwirtschaft schlecht. Dies haben Sie in großen Teilen mit zu vertreten, Frau Simonis.

(Beifall bei der CDU)

Der Hauptgrund, warum ich mich zu Wort gemeldet habe, ist ein anderer Grund.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Denn mal los!)

Frau Ministerpräsidentin, Sie können den Oppositionsführer und den, der hier redet, in jeder Form kritisieren, wie immer Sie wollen. Ich halte es aber für einen unglaublichen Vorgang, wenn Sie einen Abgeordneten meiner Fraktion, den Kollegen Kalinka, lächerlich zu machen versuchen, indem Sie hier Fragen, die er als Abgeordneter nach seinem eigenem Recht gestellt hat, so bewerten.

(Beifall bei der CDU - Klaus Schlie [CDU]: Eine Unverschämtheit ist das!)

Vor diesem Hintergrund bitte ich darum, Frau Ministerpräsidentin, dass derartige Unterstellungen künftig unterbleiben.

(Beifall bei der CDU)

Im Übrigen hat Ihr Redebeitrag für sich selbst gesprochen. Wenn Sie bei den Kommunen von einem „fairen Kompromiss" reden, dann werden Ihnen die Kommunen das, denke ich, heimzahlen.

Was die Konsolidierung des Haushalts angeht, so haben Sie dafür mehr als zwölf Jahre Zeit gehabt. Wenn Sie meinen, Sie spielten in einer anderen Klasse als manche anderen, dann kann ich Ihnen nur sagen: Ihre Regierung spielt in der Kreisklasse und ist kurz vor dem Abstieg.

In dieser Form jedenfalls sind Sie, Frau Simonis, den Ansprüchen, die wir als Parlament an eine ordnungsgemäße Haushaltsrede stellen, nicht gerecht geworden.

Dass Sie Herrn Murmann zum BDI- statt zum BDA-Präsidenten gemacht haben und das nach den Zwi-

(Martin Kayenburg)

schenrufen auch noch bestätigen, mag ebenfalls an der schlechten Recherche liegen.

Frau Simonis, diese Rede hat jedenfalls nicht dazu beigetragen, Ihr Ansehen im Lande und im Parlament zu festigen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Nach § 52 Abs. 4 der Geschäftsordnung ist nach dem Oppositionsführer auf Wunsch den Fraktionsvorsitzenden das Wort zu erteilen. Zunächst hat Herr Abgeordneter Hay das Wort.

Lothar Hay [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir zwei Bemerkungen. Erstens. **Kleine Anfragen** sind öffentlich. Damit sind sie auch in der Öffentlichkeit zu bewerten. In der Frage, ob eine gewisse Sinnhaftigkeit zu erkennen ist oder nicht, sehe ich keine Herabsetzung einer Person in diesem hohen Hause.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zweitens. Frau Simonis hat deutlich gemacht, in welche Richtung sich das Land Schleswig-Holstein während der letzten Jahre weiterentwickelt hat. Bei allem Verständnis dafür, dass „Opposition" in erster Linie heißt, Kritik vorzutragen, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie ein paar Fakten zur Kenntnis nehmen würden. Vielleicht haben Sie heute Morgen den Kommentar in einer großen Zeitung dieses Landes gelesen. Der Journalist schreibt:

„Es zeigt vielmehr, dass Schleswig-Holstein als Wirtschaftsstandort besser ist als der Ruf, den manch einer unserem Bundesland anhängen will."

Dem ist nichts hinzuzufügen, das ist eine Tatsache.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sollten nicht kleinkarierter debattieren, als andere Personen dieses Landes die Politik der Landesregierung einmal bezeichnet haben.

(Beifall des Abgeordneten Helmut Plüschau [SPD])

- Herr Plüschau, das gilt wechselseitig. Über den Inhalt der Rede der Frau Ministerpräsidentin kann man geteilter Meinung sein. Es war seit langer Zeit jedoch eine kämpferische Rede.

(Beifall bei F.D.P. und SSW)

Das sage ich nicht nur deshalb, weil Sie mich häufiger erwähnt haben. Ich bin zwar eitel, aber so weit geht es nicht.

(Heiterkeit)

Einige Dinge möchte ich trotzdem anmerken. Zunächst einmal hat mir der Satz ausgesprochen gut gefallen, dass „das Denken offenbar erst dann anfängt, wenn Wahlen vor der Tür stehen". Das ist ein Zitat der Ministerpräsidentin. Bei der Einführung der **Entfernungspauschale** auf Berliner Ebene scheint das bei Rot und Grün der Fall gewesen zu sein, sonst wären Sie auf diese glorreiche Idee gar nicht gekommen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau Fröhlich, es macht unter ökologischen Gesichtspunkten wirklich Sinn, Benzin zu verteuern, um anschließend die Autofahrer, die teures Benzin bezahlen, steuerlich zu entlasten. Das macht ökologisch gesehen richtig Sinn.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich habe das verstanden. Bisher habe ich eine völlig falsche Vorstellung davon gehabt, wie grüne Politik aussieht. Jetzt weiß ich es.

Ich habe auch eine völlig neue Vorstellung von sozialdemokratischer Gerechtigkeit. Ich muss meine Position korrigieren. Ich stelle mir vor, was losgewesen wäre, wenn die Liberalen an der Regierung gewesen wären und so etwas vereinbart hätten. Ich empfehle allen die Lektüre des „Focus" von Montag. Dort gibt es Berechnungsbeispiele.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der „Focus" recherchiert immer so schlecht!)

- Frau Heinold, ich gehe davon aus, dass Sie selbst rechnen können. Wenn nicht, stelle ich Ihnen meinen Taschenrechner gern zur Verfügung. Es ist interessant festzustellen, was mit der Entfernungspauschale im Hinblick auf soziale Gerechtigkeit wirklich passiert. Eine Verkäuferin, ledig, mit einem Kind und einem Bruttoeinkommen von 30.000 DM und einer Entfernung von 20 km zum Arbeitsplatz, die sie mit ihrem

(Wolfgang Kubicki)

Auto zurücklegen muss, zahlt bisher Einkommensteuer in Höhe von 289 DM. Ihre Entlastung durch die Entfernungspauschale beträgt 30 DM. Ein Oberstudienrat, verheiratet und mit 80.000 DM Jahreseinkommen, zahlt bisher eine Einkommensteuer von 11.648 DM. Er fährt täglich 5 km mit dem Fahrrad zur Schule und erhält eine Entlastung von 230 DM. Das ist soziale Gerechtigkeit.

(Beifall bei der F.D.P.)

Frau Ministerpräsidentin, ich habe es der Bildungsministerin bereits gesagt. Wenn sich das bestätigt, was wir im Hinblick auf das **Schloss Plön** erhalten haben, dann ist das etwas, worüber das Land jedenfalls nicht traurig sein muss.

(Lachen der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau Fröhlich, ich weiß nicht, ob Sie bisher mehr wissen als ich. Ich habe eine mündliche Unterrichtung von zehn Minuten erhalten. Ich habe keine Unterlage gesehen und ich habe bisher nichts recherchieren können. Ich kenne weder ein Wertgutachten noch sonstige Texte.

(Zuruf der Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

- Frau Ministerpräsidentin, das ist gar kein Vorwurf.

(Klaus Schlie [CDU]: Noch nicht! - Unruhe)

- Herr Kollege Schlie, Sie sehen doch, wohin mein Körper gewendet ist.

(Heiterkeit)

Frau Ministerin, ich gehe davon aus, dass sich der Finanzausschuss im geordneten parlamentarischen Verfahren im Vorwege der Veräußerung mit den entsprechenden Unterlagen beschäftigten wird und dass wir das - wie immer - ordnungsgemäß vornehmen werden. Heute Nachmittag werden wir nur die Ermächtigungsnorm für die Zweckbindung verabschieden, wie mit möglichen Veräußerungserlösen umzugehen ist.

Sie haben gesagt, wie man verhandelt, das wüssten Sie besser; die Union wisse das möglicherweise nicht, weil sie lange aus der Regierung ausgeschieden sei. Es gibt ein paar Punkte, bei denen sich herausgestellt hat, dass durch die Regierung wohl schlecht verhandelt worden ist. Ich nenne hier nur den **Verkauf der Werkswohnungen der HDW** an Preussag. Herr Minister, ich kann mich an eine Aussage von Ihnen erinnern. Sie sagten, Sie seien dankbar, dass die Opposition bei der Veräußerung der Anteile an der Landesbank an die WestLB so hartnäckig gewesen sei, denn das hätte den Preis nach oben getrieben. Das habe ich sehr genau im Kopf. Ich denke daher, dass es nicht so schlecht ist, wenn man sich gelegentlich die Frage stellt, ob richtig und ausreichend verhandelt worden ist. Kollege Neugebauer, Sie wissen, dass die Veräußerung der **Blomenburg** auch so ein Vorgang war, bei dem das Ergebnis durch unsere gemeinsame hartnäckige parlamentarische Intervention besser war als das, was uns im Finanzausschuss zunächst vorgelegt wurde.

Frau Ministerpräsidentin, ich habe viel Verständnis dafür, dass Sie immer wieder betonen, dass das Land Schleswig-Holstein Spitze sei und vorn liege. Es gibt viele Bereiche, für die das auch stimmt. Das hat natürlich alles nur mit der Regierungspolitik zu tun. Wenn das so ist, dann erklären Sie bitte mir und der schleswig-holsteinischen Öffentlichkeit, warum unsere Finanzdaten im Vergleich zu denen der anderen Bundesländer so schlecht sind. Herr Möller, das ist kein Vorwurf. Verstehen Sie das bitte nicht falsch. Wir müssen uns diesem Problem zuwenden. Der Kollege Hay hat es gesagt. Wir sind durch das Tal des Jammers noch nicht durch, sondern wir befinden uns nach wie vor auf der Talfahrt. Die Probleme, die wir jetzt bei den Haushaltsberatungen hatten, werden in 2002/2003 exponentiell steigen, wenn wir uns diesem strukturellen Problem nicht widmen.

Auf diese von mir gestellte Frage sind Sie eine Antwort schuldig geblieben, ohne dass ich das als persönlichen Angriff gewertet wissen will. Die Lücke, die dadurch entsteht, dass Sie den Leuten draußen im Lande immer wieder sagen, wie toll wir eigentlich sind und wie toll es uns geht, wir aber immer weiter in ihre Besitzstände eingreifen müssen, wird immer größer. Das führt zu immer größerer Frustration. Im Zweifel wird sich das gegen Sie wenden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Nach § 52 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich fand die Rede der Ministerpräsidentin Klasse.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Noch toller fand ich, dass sich beide Oppositionsführer durch diese Rede offensichtlich so an die Wand ge-

(Karl-Martin Hentschel)

drängt gefühlt haben, dass sie unbedingt noch einmal nach vorne kommen mussten, um etwas zu erzählen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Am tollsten fand ich, dass sie Herrn Kubicki dazu gebracht hat, nach vorne zu kommen, um zu zeigen, wie er seinen Körper wenden kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist eine neue Erfahrung für mich, dass ich jetzt die Gelegenheit bekomme, noch einmal eine Art Koreferat zu halten. Ich werde diese Gelegenheit nicht voll ausschöpfen, jedoch noch einige Bemerkungen machen. Auch für den SSW möchte ich sagen, dass es eine tolle Rede der Ministerpräsidentin war.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens möchte ich noch einmal deutlich machen, dass wir keine kleinliche Partei sind. Wir werden jetzt nicht in einer Pressemitteilung sagen, dass die Ministerpräsidentin das Thema **Minderheitenpolitik** in ihrer Rede ausgespart hat. Wir wissen nämlich, dass die Grenzlandbeauftragte in der Loge sitzt und heute alles mit überwacht hat.

Drittens sind wir auch nicht eitel. Wir sind auch nicht traurig darüber, dass der Kollege Kubicki heute so oft genannt worden ist. Das gönnen wir ihm; ich glaube, er muss es haben.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Mit dem Hinweis darauf, dass auch die Wortbeiträge nach § 52 Abs. 4 der Geschäftsordnung selbstverständlich von der Redezeit der Fraktionen abgehen, treten wir jetzt in die Runde der finanzpolitischen Sprecher ein. Ich erteile Herrn Abgeordneten Neugebauer das Wort.

Günter Neugebauer [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Beratungen des **Haushalts 2001** haben ja einen allseits glücklichen, geradezu fröhlichen Abschluss gefunden, sodass man sich fragen muss, ob man noch etwas Neues oder Zusätzliches sagen kann.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

- Die Frage will ich gern beantworten, Herr Kollege Kubicki, weil ich natürlich in der allgemeinen Fröhlichkeit auch eine Zustimmung zum erfolgreichen Abschluss der Haushaltsberatungen sehe.

Wenn Sie es mir nicht übel nehmen, will ich gern auf meine Redezeit verzichten.

(Beifall bei der CDU)

Allerdings möchte ich mich natürlich nicht Ihrer Kritik aussetzen, ich hätte Wesentliches verschwiegen oder sei nicht in der Lage, die destruktiven, unseriösen und unsoliden Haushaltsanträge der Opposition zu kritisieren.

Wir können mit der Beratung des Haushalts 2001 zufrieden sein. Wir sind auf dem richtigen Kurs. Wir haben die Zahl von Planstellen reduzieren können. Wir haben zum ersten Mal alle Förderprogramme auf den Prüfstand gestellt. Wir haben die Verschlankung der Haushaltsstruktur fortgesetzt. Und wir haben uns über den Widerstand vieler Verbandsvertreter und über den Widerstand der Opposition hinweggesetzt gegen teilweise überzogene regionalpopulistische Abwehrhaltungen bei der Überprüfung von Zuschüssen und Förderprogrammen zugunsten von Empfängern im Lande.

Es ist der richtige Weg, den wir eingeschlagen haben. Wir haben allen Anlass, Finanzminister Claus Möller zu danken, der auch dieses Jahr in vielen Nächten und Tagen mit uns gemeinsam das Haushaltsschiff an vielen Klippen und an vielen Untiefen vorbei in den sicheren Parlamentshafen gesteuert hat. Herr Minister, dafür bedanken wir uns.

Ich bedanke mich auch bei den Kolleginnen und Kollegen meiner Fraktion, die sehr konstruktiv daran mitgewirkt haben, dass wir den Konsolidierungsprozess voranbringen konnten. Ich denke allerdings, wir haben das Ziel nicht erreicht. Große Risiken

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

- ich komme ja schon zum Schluss, Kollege Kubicki - stehen noch vor uns. Sie sind ja in der mittelfristigen Finanzplanung aufgezeichnet. Aber ich finde, wir sind auf dem richtigen Weg. Obwohl wir vielen Menschen im Lande Kürzungen haben zumuten müssen, wissen alle, dieser Haushalt trägt mit dazu bei, die Perspektiven für Beschäftigung und Lebensqualität in diesem Lande zu verbessern. Wir sind auf dem richtigen Weg.

(Günter Neugebauer)

Ich fordere Sie alle auf, bei den Haushaltsberatungen 2002 in Ihren Anstrengungen zur Fortsetzung des Konsolidierungsprozesses nicht nachzulassen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Sager das Wort.

Reinhard Sager [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Ministerpräsidentin hat wieder einmal die alte Platte aufgelegt: Die Opposition das Land und die Menschen schlecht rede. Das kennen wir schon. Aber besonders infam finde ich, dass sie uns hier unterstellt, wir hätten etwas Abqualifizierendes über die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesregierung gesagt.

(Zuruf von der CDU)

Das finde ich sehr infam, weil dies weder von Herrn Kayenburg noch von sonst jemandem heute Morgen oder heute Nachmittag behauptet worden ist. Frau Simonis - sie ist zwar nicht mehr im Saal -, Sie schlagen hier auf Pappkameraden ein. In Wirklichkeit wollen Sie doch Schlitten fahren. Sie wollen doch mit denjenigen Schlitten fahren, die Sie in der zweiten Reihe in der Staatskanzlei, in der Regierungsfraktion, vielleicht auch im eigenen Kabinett ausfindig gemacht haben. Dann fahren Sie doch Schlitten und lassen Sie diese Spielchen!

Jedes Jahr das Gleiche. Alle Jahre wieder: alte Kamellen, obskure Sparvorschläge. Diese Vorwürfe - höchstpersönlich von der Regierungschefin vorgebracht - entbehren doch in Wahrheit einer gewissen Logik. Denn warum diese Leier, wenn die Regierung in Wirklichkeit Vorschläge - wie unser Entschließungsantrag es beweist - nach und nach übernimmt - und zwar immer mit einer Schamfrist von einem Jahr oder von zwei Jahren? Sie aber sind dringend und zwingend auf Vorschläge der Opposition angewiesen. Anders kriegen Sie die Enden überhaupt nicht mehr zusammen.

Warum lassen Sie sich hier seitenweise über die CDU-Anträge aus und beschreiben diese in abwertender Form, wenn sowieso feststeht - wie wir das im Finanzausschuss in der letzten Woche erlebt haben und heute hier wieder erleben -, dass sämtliche Vorschläge der CDU-Fraktion abgebügelt werden? Was soll das? Das hat doch mit Logik nichts mehr zu tun!

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Was die **Ökosteuer** anbelangt, so sagen Sie, Frau Simonis, die Unternehmen und unsere Wirtschaft seien damit einverstanden. Sie auf der linken Seite des Hauses haben geklatscht. Ich glaube, Sie waren lange nicht mehr außerhalb des Containers, denn in Wahrheit ist es doch so, dass dies die mittelständische Wirtschaft in unserem Land erheblich belastet und in keiner Weise logisch erklärbar ist. Die Grünen sagen: Verzichtet doch auf Urlaub. Die Berliner Regierung sagt: Entfernungspauschale, Heizkostenpauschale für Sozialhilfeempfänger. Ja mein Gott, wenn die Leute alle entlastet werden, warum denn dauernd die Nachschläge? Irgendetwas kann doch bei der Ökosteuer nicht stimmen. Und das haben die Menschen auch erkannt. Dafür werden Sie die Quittung bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Und dann nur lächerliche eineinhalb Sätze in der Rede der Ministerpräsidentin zu dem Geldklau durch das **FAG**. Nicht einmal als Weihnachtsfrau taugen Sie etwas, Frau Simonis! Denn Ihr Motto ist: Nehmen ist seliger als Geben. Dies wird nicht nur von den Kommunen und Kreisen erkannt, sondern dies erkennen auch zunehmend die Menschen.

In Wahrheit müssen Sie heute erneut eingestehen, dass Sie mit ihrer Finanzpolitik gescheitert sind. Sie legen einen **Haushalt** für das Jahr 2001 vor, der trotz gewaltiger Steuermehreinnahmen - in diesem Jahr plus 219 Millionen DM, im nächsten Jahr plus 65 Millionen DM - von Ihnen nicht ausgeglichen werden kann, Herr Möller. Aber allein diese Größenordnung an Zuwachs beweist doch, dass der Eingriff in das FAG in Höhe von 75 Millionen DM überhaupt nicht erforderlich gewesen ist. Dennoch kassieren Sie erneut bei den Kommunen ab.

(Beifall bei der CDU)

Ich will Ihnen zur Veranschaulichung einmal herunterbrechen, was eine solche Politik am Beispiel des **Kreises Ostholstein** bedeutet. Vier Jahre lang wollen Sie dort jeweils 3,5 Millionen DM - also insgesamt 14 Millionen DM - aus dem Kreishaushalt abziehen, obwohl der Kreis bereits mit 90 Millionen DM verschuldet ist und obwohl er trotz einiger erfolgreicher Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung einen Anstieg der Verschuldung in den letzten drei Jahren - Herr Innenminister - von 25 % zu verzeichnen hatte.

Auch für 2001 muss der Kreis Ostholstein dank Ihrer Politik - Herr Buß, Herr Möller, Frau Simonis - wieder neue Schulden machen. Die Verschuldung steigt um 4 Millionen DM nach oben an - allein im Kreis Ostholstein.

Deshalb haben uns der Kreistag mit den Stimmen aller Fraktionen und der Landrat des Kreises Ostholstein,

(Reinhard Sager)

Herr Fischer, in einem Brief an Herrn Kayenburg dringend gebeten, diesen FAG-Eingriff hier im Parlament abzuwehren.

(Beifall bei der CDU)

Wir kommen der Bitte Ostholsteins nach und wir kommen damit gleichzeitig der Bitte der Kommunen, Städte und Kreise im ganzen Land nach. Denn Sie wissen es: Es gibt keinen Kompromiss zwischen der kommunalen Familie und dieser Landesregierung. Es gab ein Parteitreffen von roten Funktionären und das wars auch schon. Ende der Durchsage.

Besonders bitter wäre eine **FAG-Kürzung** für die ostholsteinischen Gemeinden. Ich will das kurz einmal herunterbrechen. Sie würden in den nächsten vier Jahren 7,5 Millionen DM einbüßen. Ich will aus Zeitgründen nur wenige Beispiele nennen. Ratekau minus 150.000 DM pro Jahr,

(Heiterkeit bei der SPD)

bei einem jetzt gerade noch ausgeglichenen Verwaltungshaushalt ohne jede freie Finanzspitze.

(Thomas Stritzl [CDU]: Hört, hört!)

Grömitz minus 100.000 DM, Stockelsdorf minus 113.000 DM bei ähnlich gelagerter Problematik.

Offenkundig ist dabei, dass die Gemeinden, die selbst eine größtmögliche **Ausgabendisziplin** bewiesen und sparsam gewirtschaftet haben, jetzt um die Früchte ihrer Arbeit gebracht werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Während der Innenminister in seinem Haushaltserlass für die Kommunen genau diese Sparsamkeit einfordert, führt er selbst diese Grundsätze in Wahrheit ad absurdum.

Ich will ein weiteres Beispiel anfügen. Die kleinen ländlichen Gemeinden bei uns im Kreis leiden unter einem solchen Eingriff besonders.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Es gibt beispielsweise auf der Ostseeinsel Fehmarn neben der Inselmetropole Burg drei kleine Landgemeinden. Hier bedeutet ein solcher Eingriff in Westfehmarn mit 1.780 Einwohnern 20.200 DM jährlich, in Landkirchen mit 2.330 Einwohnern 32.000 DM und in Gammendorf bei 2.240 Einwohnern 24.100 DM.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Diese Summen mögen zunächst relativ gering erscheinen. Dieser erste Eindruck ist allerdings falsch. Schon jetzt können dort in den ländlichen Bereichen - das betrifft im Grunde nicht nur Ostholstein, sondern auch andere ländlich strukturierte Kreise wie Nordfriesland, Schleswig-Flensburg, Rendsburg-Eckernförde und Dithmarschen - die Verwaltungshaushalte kaum noch ausgeglichen werden.

Herr Buß, Sie wissen das. Wenn Sie für vier Jahre 100.000 DM abziehen, dann sage ich Ihnen an einem weiteren Beispiel, was das bedeutet. Das sind Gemeinden mit wenig Einwohnern und relativ großer Fläche, die heute schon das Straßennetz nicht mehr vernünftig unterhalten können.

(Thomas Stritzl [CDU]: Hört, hört!)

Und Sie tragen mit Ihrer Politik dazu bei, dass diese Probleme von Jahr zu Jahr größer werden,

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

und diese Gemeinden dann am Ende ihre Aufgaben nicht mehr vernünftig erfüllen können. Das ist das Ende ehrenamtlicher Kommunalpolitik; das ist das Ende kommunaler Selbstverwaltung, das Sie wissentlich in Kauf nehmen, Herr Buß.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich sage Ihnen: Die Landesregierung weiß exakt um diese Problematik; denn anders ist es überhaupt nicht zu erklären, dass nun plötzlich - oh Wunder! - die **Fehlbetrags- und Sonderzuweisungen** um 5 Millionen DM auf 35 Millionen DM aufgestockt werden sollen.

(Thomas Stritzl [CDU]: Hört, hört!)

Da klingt die Begründung der Mehrheitsfraktion in diesem hohen Hause schon wie Zynismus, wenn es heißt: „Für solche Gemeinden, deren Kreditmöglichkeiten erschöpft sind."

Warum sind denn die Kreditmöglichkeiten vor Ort erschöpft? Weil Sie das Geld an die Landeskasse abzwacken!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Darüber verlieren Sie kein Wort. Sie sorgen ureigenst dafür, dass unsere Gemeinden mit dem Hals bis in - -

(Zuruf von der CDU: Bis zum Hals!)

- Entschuldigung, bis zum Hals im Wasser stehen! Und als ob das noch nicht genug ist, wird diese Nummer zusätzlich auch noch als Kompensation in der Öffentlichkeit verkauft. In Wahrheit gibt es überhaupt keinen Ausgleich für den FAG-Eingriff. Alle dargestellten Maßnahmen, ob **Steuermehreinnahmen**, ob das Vorziehen der Steuerabrechnung oder ob Mittel aus dem Kommunalen Investitionsfonds - KIF -, für

(Reinhard Sager)

alle genannten Fälle gilt das Gleiche: Es sind originäre kommunale Finanzen,

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

die den Kommunen gesetzlich zustehen, oder solche Maßnahmen, die aus ihren eigenen Mitteln, wie zum Beispiel beim Schulbaufonds finanziert werden. Eine echte Kompensation wäre die Bereitstellung von Landesmitteln für diese Aufgaben. Aber genau das tun Sie nicht. Ihnen geht es im Gegenteil darum, die Gelder von der kommunalen Ebene für die marode Haushaltskasse des Landes abzuziehen.

(Zuruf von der CDU: Zocker!)

Das sollten Sie auch ehrlicherweise zugeben. Hören Sie damit auf, die kommunale Familie zu beschubsen und sie anschließend auch noch über die tatsächlichen Auswirkungen zu täuschen.

Aus genau diesen Gründen hat unsere Fraktion beantragt - wir kommen anschließend noch dazu -, über diesen Punkt eine namentliche Abstimmung herbeizuführen.

(Zuruf von der SPD: Oh, oh!)

Es geht uns darum, dass die Abgeordneten in diesem hohen Hause Farbe bekennen. Wer wirklich für die Interessen der Gemeinden, Städte und Kreise in unserem Lande eintreten will, der muss heute in namentlicher Abstimmung gegen den FAG-Eingriff stimmen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Klaus Schlie [CDU]: Hervorragende Haushaltsrede!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Es war eine schwierige **Haushaltsberatung** mit Kürzungen, die uns schwer gefallen sind. Viele Menschen, Vereine und Verbände hat es getroffen und für manche ist das Korsett im kommenden Jahr recht eng. Außerdem mussten wir - das haben Sie sehr deutlich mitbekommen - auf Bundesebene dafür streiten, dass die Länder nicht zusätzlich belastet werden. Ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich bei der Frau Ministerpräsidentin und beim Herrn Finanzminister dafür bedanken, dass es ihnen gelungen ist, das Land an dieser Stelle ein Stück zu entlasten. Der Bund wird die Heizkostenpauschale tragen und die Entfernungspauschale ist auf etwa die Hälfte reduziert worden. Ursprünglich waren 20 Millionen DM vorgesehen, jetzt sind es nur noch 11 Millionen DM für Schleswig-Holstein. Das ist ein gutes Ergebnis, mit dem die beiden nach Hause gekommen sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich komme nun zu den Änderungen des Finanzausgleichsgesetzes. Auf die vielen positiven Regelungen möchte ich jetzt nicht eingehen; das habe ich letztes Mal schon getan. Ich kann mich ja noch einmal wiederholen und das **Schulbaufinanzierungsprogramm** erwähnen oder auch, dass es jetzt auf kommunaler Ebene mehr Gestaltungsspielräume und Flexibilität gibt. Ich möchte aber vor allem noch einmal auf die 75 Millionen DM Kürzung einzugehen, damit Sie uns nicht vorwerfen können, wir hätten uns dazu nicht geäußert.

Auch hier bleibe ich bei meiner Aussage, dass die zusätzliche Belastung für einen Teil der Kommunen sehr schmerzhaft ist und dass uns dieser Schritt nicht leicht fällt. Aber, Herr Sager, es ist nicht das Ende der Kommunalpolitik. Das können wir gern im nächsten oder übernächsten Jahr noch einmal miteinander besprechen, wenn wir die Auswirkungen sehen.

Wenn Sie vor Ort diskutiert haben, wissen Sie, dass einige Gemeinden deutlich weniger Haushaltsprobleme haben als das Land oder auch andere Kommunen. Schauen Sie einmal nach Kaltenkirchen, wo durch Steuermehreinnahmen eine Sondertilgung von Krediten in Höhe von 2,1 Millionen DM möglich ist, wo aber, wenn sie allein die Steuersätze bei den Grund- und Gewerbesteuern auf den schleswig-holsteinischen Durchschnittswert erhöht, fast 600.000 DM zusätzlich eingenommen werden könnten.

Das ist weit mehr, als die Belastung durch das Land ausmacht. Des Weiteren ist es notwendig, dass wir in der eingerichteten **Enquetekommission** die Finanzbeziehungen des Landes zu den Kommunen aber auch der Kommunen untereinander diskutieren und beleuchten. Aus meiner Sicht ist besonders interessant, dass ein Teil des Gutachtenauftrags an Herrn Professor Kirchhof darin besteht darzustellen - das haben wir in der letzten Sitzung besprochen -, welche Aufgaben die Kommunen vom Land - nicht vom Bund! - bekommen haben und in welcher Höhe die Finanzausstattung dagegen steht. Ich glaube, dass wir damit erstmals eine faire und sachliche Ausgangslage für die weitere Diskussion haben werden.

Auf die rot-grünen Anträge, die wir eingebracht haben, ist mein Fraktionsvorsitzender bereits eingegangen. Er hat sehr deutlich gemacht, dass wir vor allen Dingen die Bereiche Jugend und Bildung weiter stärken wollen. Dort werden wir nachsteuern: Fachhochschule Kiel, Fachhochschule Wedel, MUL, Studen-

(Monika Heinold)

tenwerk, aber auch kleine Beträge wie beispielsweise 60.000 DM für die Volkshochschulen zum Erwerb des nachträglichen Hauptschulabschlusses.

Besonders freue ich mich aber darüber, dass wir für den Bau deutscher Privatschulen 2 Millionen DM zusätzlich an Verpflichtungsermächtigungen haben - für die Waldorfschulen. Damit stehen in den nächsten Jahren - 2001 bis 2005 - insgesamt 7,5 Millionen DM für Privatschulen zur Verfügung. Ich glaube, dass das richtig und wichtig ist. Das macht deutlich, dass wir ehrenamtliches Engagement auch zu schätzen wissen und dass wir auch im Bildungsbereich in Schleswig-Holstein eine Vielfalt haben wollen und brauchen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wir haben auch im Bereich der Minderheitenpolitik ein deutliches Signal gegeben. Wir sagen Ja zu den Anträgen des SSW - zumindest zu den meisten Anträgen des SSW - und wir haben auch - das war uns Grünen sehr wichtig - die Mittel für die Betreuung von Kindern von Migrantinnen und Migranten - für Hausaufgabenhilfe und anderes - ein Stückchen hochgesetzt sowie das Ausbildungsprogramm im Wirtschaftsministeriums für ausländische Jugendliche abgesichert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dass wir die **Kürzungsvorschläge** zu den Mitteln für Vermarktungsstrukturen im ökologischen Landbau rückgängig gemacht haben, versteht sich aus unserer Sicht von selbst. Ich gehe davon aus, dass morgen im Rahmen der BSE-Debatte noch einmal deutlich gemacht wird, dass wir als Agrarland im Bereich Landbau, Landwirtschaft dringend eine Umsteuerung haben müssen; denn wir alle wissen, so kann es nicht weitergehen und es muss die Aufgabe des Landes sein, gemeinsam mit den Verbraucherinnen und Verbrauchern, mit ihrem Kaufverhalten dafür zu sorgen, dass wir in Zukunft Produkte auf den Tisch bekommen, die möglichst unbelastet sind. Bisher hat sich gezeigt, dass sich die ökologische Landwirtschaft, dass die Bemühungen der Landwirte, keine klassische Massentierhaltung zu machen, sondern ein Stück bedachter zu wirtschaften, insgesamt positiv für die Produkte auswirkt. Ich glaube, nach der BSE-Diskussion ist auch allen klar, dass es hier nicht um eine grüne Klientelpolitik geht, wenn wir vom ökologischen Landbau sprechen, sondern dass es eine zentrale Aufgabe des Landes ist, diesen Bereich in den nächsten Jahren zu stärken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass wir mit unseren Haushaltsanträgen auch Haushaltstitel bewegt und verändert haben, die sich im F.D.P.-Antrag wiederfinden, hat nichts mit Abschreiben zu tun, sondern es trifft besonders im EDV-Bereich zu. Dort ist es so, dass wir uns über die Parteigrenzen hinweg einig sind, dass bezüglich der sehr starken Auswüchse im EDV-Bereich skeptisch sind und dass wir im Finanzausschuss das eine oder andere Programm sehr kritisch hinterfragen müssen.

Die F.D.P. finanziert ihre Wunschtüte mit Sozialhilfe, Wohngeld, Geschäftsbedarf. Das habe ich damals in meiner Pressemitteilung schon gesagt. Viel mehr gibt es zu den F.D.P.-Anträgen auch nicht hinzuzufügen - außer zwei Dingen. Das eine, Herr Kollege Kubicki, ist Folgendes: Ihre Haushaltsrede fand ich in Teilen ausgesprochen gut, auch anregend für die Diskussion.

(Günter Neugebauer [SPD]: Oh!)

Dass sich das nun nicht in den Anträgen widerspiegelt, ist manchmal so. Was ich aber vor allem in Ihren Anträgen vermisse - oder auch in einer Art Resolution, wie das die CDU gemacht hat -, ist die Beantwortung der Frage durch die Opposition, wo es denn strukturelle Einschnitte geben kann. Da sehe ich - vielleicht habe ich nicht richtig hingeguckt - in den Anträgen der CDU zumindest nichts, außer dass strukturelle Sparmaßnahmen der Landesregierung rückgängig gemacht werden - seien es Ansätze zur Landwirtschaftskammer, Ernährungsberatung oder zur Verbraucherzentrale. Aber auch bei der Diskussion über die Werften haben Sie sich heute noch einmal - wenn ich das richtig verstanden habe - gegen eine Umorientierung der Produktion auf den Werften ausgesprochen, haben das Wort **neue Technologie** in dem Zusammenhang wieder ein Stück - so sage ich einmal - schlecht geredet.

Ich wünsche mir, dass wir auch im Bereich der Werften gucken, was dort an anderen Technologien zwangsläufig stattfinden muss und was dort produziert werden muss, um Stück für Stück aus der starken Subventionierung herauszukommen, zumal uns dies ja die EU wahrscheinlich - wenn sie bei ihrer Beschlussfassung bleibt - deutlich mit auf den Weg geben wird.

Bei der CDU ist es aus meiner Sicht andersherum als bei der F.D.P.: Die Rede des geschätzten Fraktionsvorsitzenden Kayenburg fand ich nicht sehr beeindruckend, während in den Anträgen tatsächlich ein paar Gedanken und Inhalte enthalten sind, die aus unserer Sicht interessant sind. Ich möchte einmal die Bereiche nennen, in denen es eine Überschneidung mit unseren Anträgen gibt: Das ist die Fachhochschule Wedel, das ist das Studentenwerk, das ist die landwirtschaftliche Betriebshilfe, das sind Kinderschutzzentren; das betrifft weiter die Mädchenarbeit, das Modellvorhaben Kinder und Jugendliche. In diesen Bereichen haben Sie eine Stärkung vorgeschlagen, die in etwa unseren Anträgen entspricht.

(Monika Heinold)

In anderen Bereichen hätten wir Ihnen gern zugestimmt, aber das ist immer ein Problem der Deckung. Natürlich wäre in den Bereichen Hochschule, Polizei, auch bei den Lehrerinnen und Lehrern, vor allem auch bei der Umweltbildung und bei der Neuwaldbildung die Versuchung groß, Ihren Anträgen zuzustimmen. Das Problem aber ist die Gegenfinanzierung. Dazu hat Herr Kubicki im Finanzausschuss ja auch sehr deutlich für die F.D.P. gesagt, dass er selbst Probleme mit der Gegenfinanzierung der Anträge der CDU hat. Ich will nichts Falsches sagen, aber ich habe das Wort „unseriös" im Ohr. Vielleicht war es auch etwas freundlicher formuliert.

Dass die CDU große Probleme damit hat, ihre Zukunftsvisionen zu bezahlen, hat auch die Presse des Kollegen Wadephul deutlich gemacht,

(Heinz Maurus [CDU]: Kubicki hat das so nicht gesagt! - Holger Astrup [SPD]: Im Finanzausschuss war das!)

der gesagt hat, er möchte zwar ein flächendeckendes Angebot an Ganztagsschulen in Schleswig-Holstein,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich habe nicht „unseriös" gesagt! - Holger Astrup [SPD]: Aber gemeint!)

der aber an der gleichen Stelle eingeräumt hat, dass er über die Kosten von Ganztagsschulen nichts wisse und dass er es auch nicht in seine Haushaltsanträge schreiben würde, weil er es ja eh im nächsten Jahr noch nicht umsetzen wolle. Da sage ich ganz deutlich: So geht es nicht!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Interessant sind die Vorschläge der CDU zum Einzelplan 13, Umweltministerium. Die CDU will dort die **Umweltbildung** stärken. Das ist ein Ziel, mit dem wir uns mit Sicherheit in den nächsten Jahren stärker beschäftigen müssen, wollen wir doch das Prinzip der Nachhaltigkeit in den Köpfen und vor allem auch in den Herzen der jungen Menschen verankern.

Interessant sind aber auch andere Vorschläge der CDU wie zum Beispiel das geforderte Konzept für die Treibselbeseitigung oder aber auch die Forderungen nach einer Neuorganisation der Wirtschaftsförderung in Schleswig-Holstein und für andere strukturelle Maßnahmen. Ich gehe einmal davon aus, dass die CDU in den nächsten Monaten auch Konzepte vorlegen wird, sodass wir uns dann in diesen Punkten auch inhaltlich auseinander setzen können.

Besonders beachtenswert ist, wenn ich die CDU-Anträge richtig gelesen habe, dass die CDU keine personelle Aufstockung bei der **Landwirtschaftskammer** fordert und sich damit der Umstrukturierung der Landwirtschaftskammer im Sinne der Vorhaben der Landesregierung anschließt. Das hat die F.D.P. ja nicht geschafft.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde, dass das bemerkenswert ist, und ich glaube, dass wir dies dann gemeinsam vor Ort bei den Landwirten vertreten werden.

Dennoch - bei allem Lob für die CDU - als Alternative zu unserem Haushaltsentwurf taugt Ihr Konzept nicht. Die Einnahmen aus Wohnungsverkäufen sind nicht realisierbar, die von der CDU eingesetzte Minderausgabe für Personal- und sächliche Verwaltungsausgaben in Höhe von über 100 Millionen DM ist nicht zu erwirtschaften, NordwestLotto zu verkaufen, wäre aus wirtschaftlichen Gründen dumm, die Abschaffung der Beauftragten, das Zusammenstreichen der Positionen für Frauen- und Friedensforschung, für die Eine-Welt-Arbeit und die Flüchtlingsarbeit, aber auch die Streichung von 100 Stellen an Gesamtschulen machen deutlich, wie negativ sich die Politik in Schleswig-Holstein verändern würde, wenn die CDU regieren würde. Sozial und ökologisch, so wie meine Fraktion sich das vorstellt, ist mit der CDU in Schleswig-Holstein leider kein Staat zu machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Sie kritisieren in Ihrer Resolution - die CDU wird dies ja heute zur Abstimmung stellen - unter anderem die hohen Verpflichtungsermächtigungen und sagen, das sei eine Zukunftsbelastung für das Land;

(Zuruf des Abgeordneten Reinhard Sager [CDU])

gleichzeitig fordern Sie für die Werften zusätzliche 20 Millionen DM an Verpflichtungsermächtigungen. Sie kritisieren unsere **globale Minderausgabe** in Höhe von knapp 50 Millionen DM und fordern selbst noch einmal 100 Millionen DM dazu. Sie kritisieren unsere hohen Personalkosten und Sie selbst fordern noch mehr Personal. Ich sage Ihnen, wenn Sie sich damit profilieren wollen: Ich selbst werde dazu beitragen, dies im Land bekannt zu machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Reinhard Sager [CDU])

Meine Fraktion steht zu den Schwerpunkten der Landesregierung und wir wissen, dass uns die Ministerpräsidentin im Land und auf Bundesebene gut vertritt. Arbeit, Bildung, Innovation, vor allem im Umweltbereich - diese Themen ziehen sich wie ein roter Faden durch den Haushalt. Strukturelle Einsparungen werden

(Monika Heinold)

Stück für Stück realisiert, bei der Landwirtschaftskammer, bei der Zusammenführung der Ernährungsberatung, beim Landesrechnungshof in Form einer B 4-Stelle und zuletzt durch die aus meiner Sicht ausgesprochen gute Entscheidung der Landesregierung zum Verkauf des Schlosses Plön mit einer neuen, großen Ausbildungsstätte in Schleswig-Holstein, die mit Sicherheit die Region und das Land insgesamt bereichern wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Ursula Kähler [SPD])

Weitere strukturelle Maßnahmen stehen für 2001 auf der Tagesordnung: die verstärkte **Zusammenarbeit der norddeutschen Länder** und vor allem das, was wir in der Enquetekommission beraten, die Funktionalreform, die zweistufige Landesverwaltung, auch Deregulierung. Ich glaube, dass wir im nächsten Jahr ein Stück weiter vorankommen werden, auch wenn ich weiß, dass das ein sehr schwieriger Pfad ist und es nicht so schnell geht, wie wir es uns manchmal wünschen.

Als Finanzpolitikerin möchte ich betonen, dass für mich bei einer von Lothar Hay aufgekündigten freundlichen Zurückhaltung gegenüber meiner Fraktion dennoch die gute Zusammenarbeit, vor allem mit den Finanzpolitikerinnen und Finanzpolitikern der SPD, weiterhin selbstverständlich ist.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen in der SPD-Fraktion, die mit uns gemeinsam zu dem heute vorliegenden ausgesprochen guten Ergebnis beigetragen haben, bedanken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Meine Fraktion verabschiedet diesen Haushalt heute aus Überzeugung. Insofern haben wir überhaupt kein Problem mit namentlichen Abstimmungen. Wir wissen, dass viele im Lande gern mehr gehabt hätten und einige auch tatsächlich mehr brauchen. Wir wissen, dass wir einigen Kommunen sehr viel aufbürden. Wir wissen, dass wir vor allem in den **Kernaufgaben des Landes** Bildung, Justiz, Polizei und Steuerverwaltung gern mehr investieren würden. Aber wir wissen auch, dass nur der steinige Weg einer sparsamen Politik mittelfristig zu einer Reduzierung der Staatsschulden führt und dazu führt, dass wir in die Kernaufgaben des Landes wieder mehr werden investieren können.

Wir haben uns im Interesse der zukünftigen Generationen für diesen Weg entschieden. Die heutige Verabschiedung des Haushaltes ist aus grüner Sicht ein sehr guter Schritt für Schleswig-Holstein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe meine Rede gekürzt, will aber nicht ganz darauf verzichten.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.])

Aus finanzpolitischer Sicht sind die Kennzahlen für den Haushalt 2001 und die darauf folgenden Jahre natürlich sehr ernüchternd. Die Nettoneuverschuldung beträgt wieder über 1 Milliarde DM, was die Schulden insgesamt und die Pro-Kopf-Verschuldung von Schleswig-Holstein weiter in die Höhe treibt. Bis 2004 nähern wir uns langsam, aber sicher der 40 Milliarden-Schuldengrenze. Folglich steigt auch der Anteil der Zinsausgaben am gesamten Haushalt, die so genannte Zinsausgabenquote, im Jahr 2001 auf 12 % an. Auch die Zinsausgabenquote soll bis 2004 auf 13 % ansteigen. Dadurch bezahlt das Land jedes Jahr mehr an Zinsen, als gleichzeitig in den Ausbau der **Wirtschafts- und Verkehrsinfrastruktur** investiert wird. Denn die Investitionsquote beträgt im Haushaltsjahr 2001 nur noch rund 10 % und soll bis 2004 sogar auf gut 9 % fallen.

Einziger Lichtblick ist, dass der Anteil der Kreditfinanzierung der gesamten Ausgaben, die so genannte Kreditfinanzierungsquote, langsam, aber sicher von 6 % auf 3,8 % fallen soll. Laut Planungen der Landesregierung soll dann im Jahre 2008 zum ersten Mal wieder ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden.

Die Eckdaten des Finanzplanes bis 2004 sind dramatisch genug. Das heißt aber nicht, dass wir jene Geschichtsverherrlichung unterstützen, die meint, früher - das heißt in diesem Fall vor 1988 - war alles besser.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: 1866!)

So erzählt die CDU in ihrem Haushaltsantrag stolz, dass unter Ministerpräsident Stoltenberg die Investitionsquote 16 % betragen hat und bis 1988 nur insgesamt 18 Milliarden DM Schulden angehäuft wurden. Zur Vollständigkeit dieser Geschichte gehört allerdings, dass Geld nicht gleich Geld ist und dass man von 1950 über 1988 bis zum Jahre 2000 eine erhebliche Inflation zu verzeichnen hatte.

(Anke Spoorendonk)

Meine Oma hat auch immer gesagt, dass Brot früher nur wenige Pfennige kostete. Aber Brot - das wissen wir alle - ist heute verhältnismäßig billiger als früher. Man kann also die 18 Milliarden DM Schulden von damals nicht gegen die 14 Milliarden DM Schulden seit 1988 aufrechnen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Reinhard Sager [CDU])

- Lieber Kollege Sager, Gerhard Stoltenberg hat die hohen Investitionsquoten in seiner Zeit durch eine viel höhere Kreditfinanzierungsquote finanziert,

(Günter Neugebauer [SPD]: 17 %! Aber damals hat der Landesrechnungshof geschwiegen!)

als wir sie in den letzten Jahren gehabt haben.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Wieso, bist du ein Teil der Regierung?)

- Lieber Kollege Jensen-Nissen, ich hatte Lust, das einmal zu sagen. Denn es hat etwas mit Geschichtsfälschung zu tun, wenn wir diese Argumente immer wieder hören.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und jetzt kommt der Hammer. Das heißt nämlich in der Schlussfolgerung, dass unter Ministerpräsident Stoltenberg schon der Grundstein der heutigen Finanzprobleme gelegt wurde.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen bei der CDU)

Ich will die damalige hohe **Kreditaufnahme** gar nicht kritisieren - mich ärgert nur, dass diese Argumente jedes Jahr bei den Haushaltsberatungen kommen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Reinhard Sager [CDU]: Auch von Frau Simonis!)

Ich will die damalige hohe Kreditaufnahme gar nicht kritisieren - die hatte sicherlich ihre vernünftige und nachvollziehbare Begründung -, nur muss man diese Fakten zur Beurteilung der heutigen Finanzprobleme mit berücksichtigen.

(Unruhe)

Bei der Vorlage unserer Haushaltsanträge sind wir dafür kritisiert worden, keine eigenen **Deckungsvorschläge** zur Finanzierung vorzulegen. Dabei hatte sich der SSW ganz bewusst dafür entschieden, keine Dekkungsvorschläge für seine minderheitenpolitischen Haushaltsänderungsanträge vorzulegen - die insgesamt übrigens die stolze Summe von knapp 400.000 DM bei einem Haushaltsvolumen von insgesamt 15 Milliarden DM betrugen. Für uns ist Minderheitenpolitik eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht im parteipolitischen Gezerre zerrieben werden darf.

(Beifall bei SSW und SPD)

Deshalb haben wir darauf gesetzt, im Dialog die berechtigten Interessen der Minderheiten darzulegen. Nicht nur die Änderungsanträge müssen im Konsens beschlossen werden, sondern auch die Deckungsvorschläge.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.])

Schon in meinem ersten Redebeitrag heute Morgen habe ich mich dazu geäußert, das möchte ich nicht weiter vertiefen.

(Holger Astrup [SPD]: Stimmt! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Schade!)

Ich kann mir allerdings nicht die Bemerkung verkneifen, dass mir das Abstimmungsverhalten von CDU und F.D.P. im Finanzausschuss zu unseren Anträgen etwas schleierhaft war.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe den guten Willen bemerkt, aber ich habe nicht richtig verstanden, welche Logik hinter Ihrem Abstimmungsverhalten gestanden hat.

(Heinz Maurus [CDU]: Unseren Beitrag lesen! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich habe das abgelehnt!)

- Dann will ich zu Protokoll geben, dass die F.D.P. keinen guten Willen gezeigt hat.

(Heiterkeit und Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der SSW ist bemüht, eine solide Finanzpolitik zu unterstützen,

(Lachen des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.])

auch wenn wir nicht zu den finanzpolitischen Hardlinern im Hause gehören.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Umso mehr haben wir uns im Verlauf der Haushaltsberatungen über einige Finanzierungsvorschläge in den Haushaltsanträgen der Fraktionen gewundert. Da will zum Beispiel die CDU zum großen Teil mehr Geld für Polizisten und die Schulen und Hochschulen

(Anke Spoorendonk)

des Landes mit einmaligen Einnahmen durch den Verkauf von WOBAU-Wohnungen und NordwestLotto finanzieren.

Dabei wurden schon im letzten Jahr die erwarteten Verkaufserlöse der WOBAU-Wohnungen als unrealistisch beurteilt und vor einem Verkauf der NordwestLotto werden im Hinblick auf die hohen jährlichen Erträge für das Land gewarnt. Es ist das gute Recht der CDU, diese Vorschläge wieder in die Haushaltsberatungen einzubringen. Realistischer werden sie dadurch aber nicht.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Die F.D.P. hat ihre Finanzierungsvorschläge erwartungsgemäß besonders chic formuliert.

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Ja, nicht?)

Weil es nämlich im nächsten Jahr laut Bundes- und Landesregierung wirtschaftlich stark bergauf geht und die Arbeitslosenzahlen fallen werden, kann das Land bei den Erstattungen für die Sozialhilfe rund 40 Millionen DM einsparen und beim Wohngeld 15 Millionen DM - und das, wohlgemerkt, ohne die Leistungen zu verringern, sondern nur, weil es durch die gute Konjunktur weniger Bedarf gibt! Nun hoffen wir alle hier im Haus sicherlich, dass diese Prognosen richtig sind. Das wäre doch wirklich schön. Die Frage ist aber, ob es finanzpolitisch seriös ist, auf dieser Grundlage mehr Geld für Polizei, Schulen und Hochschulen zu fordern.

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Seriöser als Ihre Finanzpolitik allemal!)

Ich wollte mir eigentlich ein Urteil dazu ersparen, lieber Kollege Garg. Dann war ich aber doch überrascht, dass die CDU in ihren Haushaltsanträgen aus dem gleichen Grund wie die F.D.P. mit Einsparungen von knapp 20 Millionen DM bei der Sozialhilfe rechnet. Auch die CDU will damit die Erhöhung der Zuschüsse im Bildungs- und Innenministerium finanzieren. Zu guter Letzt kamen dann auch noch die Experten der Landesregierung hinzu. Sie rechneten in der ersten Nachschiebeliste mit einer Einsparung von 8 Millionen DM bei der Sozialhilfe für das nächste Jahr.

Nun wissen wir natürlich, dass die Beamten des Landes immer sehr vorsichtig sind. Deshalb ist es vielleicht nicht unrealistisch, dass die erwarteten Einsparungen bei der **Sozialhilfe** doch etwas höher ausfallen als von der Landesregierung angenommen. Mit anderen Worten: Auch wir hätten uns die Idee zu Eigen machen können, zur Finanzierung von weiteren Haushaltsanträgen beispielsweise eine Kürzung von 10 Millionen DM oder 15 Millionen DM in den Erstattungen für die Sozialhilfe vorzuschlagen. Sie können sicher sein, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass auch der SSW einen solchen Betrag an den Mann oder an die Frau bringen könnte. Aber wie sagte doch bereits Staatssekretär Döring im Finanzausschuss? - Das sind ja alles nur Prognosen. So viel zu den Finanzierungsvorschlägen!

Den SSW hat es doch sehr enttäuscht - das will ich hinzufügen -, dass die Beauftragtenstellen wieder einmal zur Disposition standen, wenn man sich die Haushaltsanträge von CDU und F.D.P. anguckt.

(Heinz Maurus [CDU]: Bis auf zwei!)

Ich will ausdrücklich lobend erwähnen, dass die CDU die Grenzlandbeauftragte ausgenommen hat.

Allerdings stoßen beim SSW insbesondere die vorgeschlagene Abschaffung der **Bürgerbeauftragten** für soziale Angelegenheiten und des **Behindertenbeauftragten** auf Ablehnung, da beide eine hervorragende Arbeit für die Menschen hier im Lande leisten.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

Eine Abschaffung des **Flüchtlingsbeauftragten** lehnen wir aus dem denselben Gründen ab.

Bei der CDU hat es uns dann auch noch verwundert, dass die Zuschüsse für das Nordfriesische Institut und für die Organisationen der Sinti und Roma gekürzt werden sollten.

(Zuruf des Abgeordneten Heinz Maurus [CDU])

- Ich weiß, ich weiß. Lieber Kollege Maurus, wir hatten nämlich den Eindruck bekommen, dass sich die CDU minderheitenpolitisch in die richtige Richtung bewegt, nicht zuletzt auch, weil es sehr gute Gespräche zwischen den Landesvorständen von CDU und SSW gegeben hat. Nun hat die CDU die Kürzung für das Nordfriisk Instituut zurückgezogen. Die Frage bleibt: Warum nicht auch bei Sinti und Roma?

Im Natur- und Umweltschutzbereich können wir die Vorschläge von CDU und F.D.P. unterstützen, die eine Erhöhung der Mittel für die Neuwaldbildung in Millionenhöhe fordern. Schleswig-Holstein hat nur einen sehr geringen Anteil an Wäldern. Von daher gibt es in diesem Bereich wirklich dringenden Handlungsbedarf.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Auch der SSW fordert die Aufstockung der **Werftenhilfe** zur Sicherung bestehender Arbeitslätze. Wir werden die Anträge von CDU und F.D.P. unterstützen.

(Anke Spoorendonk)

Ich möchte hinzufügen, dass der Antrag der F.D.P. unserer Meinung nach der realistischere Antrag ist. Daher werden wir diesem Antrag zustimmen.

Wir haben uns schon heute Morgen mit dem Problem der Werftenhilfe befasst. Darum nur noch einmal kurz das, was aus unserer Sicht wichtig ist. Es geht für den Haushalt 2001 um **Verpflichtungsermächtigungen**. Verpflichtungsermächtigungen können unserer Meinung nach so finanziert werden, wie es der F.D.P.-Vorschlag vorsieht. Die F.D.P. schlägt vor, die notwendige Erhöhung der Werftenhilfe um 40 Millionen DM in den nächsten drei Jahren durch Mittel, die eigentlich für das Landesprogramm „ziel" vorgesehen sind, zu finanzieren. Das halten wir für einen realistischen und pragmatischen Vorschlag zur Sicherung von über 6.000 Arbeitsplätzen.

(Beifall bei SSW und F.D.P. - Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Wir halten es für vertretbar, aus dem Programm „ziel", aus dem bis zum Jahr 2006 über 570 Millionen DM an Landesmitteln fließen sollen, 40 Millionen DM

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nur bei Bedarf!)

für die Sicherung von hoch qualifizierten Arbeitsplätzen in der Werftindustrie abzuzweigen.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Der SSW hat sich zwar immer für eine Erhöhung der Mittel im Rahmen von „ziel", sowohl für ASH 2000 als auch für das Regionalprogramm 2000, eingesetzt, aber in dieser besonderen Situation würden wir eine Kürzung akzeptieren.

Bei den Werften geht es, insbesondere auch im Landesteil Schleswig, um die Sicherung von bestehenden Arbeitsplätzen, während mit ASH 2000 und dem Regionalprogramm neue geschaffen werden sollen. Wir finden, das ist wichtig.

(Günter Neugebauer [SPD]: Dann müssen wir die Sporthalle streichen!)

Aber es macht unserer Meinung nach keinen Sinn, erst dem Abbau von hoch qualifizierten und modernen Arbeitsplätzen zuzusehen, um danach mit diesen Programmen mühsam zu versuchen, wieder neue Arbeitsplätze zu schaffen.

(Beifall bei SSW, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Holger Astrup [SPD]: Populismus!)

Darum werden wir diesem Antrag zustimmen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Lassen Sie mich zunächst darauf hinweisen, dass es im Plenum ein absolutes Handyverbot gibt. Das gilt auch für Abgeordnete.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr gut!)

Auf der Besuchertribüne begrüße ich jetzt die Besuchergruppen des CDU-Kreisverbandes Steinburg und des 3. Instandsetzungsbataillons 6, Rendsburg.

(Beifall)

Das Wort hat Herr Minister Möller.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im Wahlkampf, in der Koalitionsvereinbarung und in der Regierungserklärung haben sich Rot-Grün ganz klar, ohne Wenn und Aber zur Steuerreform bekannt, sehr wohl wissend, dass das für die öffentlichen Haushalte zunächst mit deutlichen Steuermindereinnahmen verbunden ist.

Wir haben uns klar zu den Schwerpunkten Arbeit, Bildung und Innovation und 1.000 Lehrerstellen bekannt, sehr wohl wissend, dass das Mehrausgaben bedeutet.

Umso größer ist natürlich, im Zusammenhang mit der Haushaltberatung und der mittelfristigen Finanzplanung der Druck gewesen, den Konsolidierungskurs beizubehalten und zu verschärfen. Denn, um ein paar Zahlen zu nennen, die Zinslast wird bis zum Jahr 2004 von 1,8 auf 2 Milliarden DM steigen, die Versorgungslasten, die Pensionen, werden von 1,2 auf 1,5 Milliarden DM steigen und die zusätzlichen Kosten für die Lehrer werden um 200 Millionen DM steigen. Das sind 700 Millionen DM Mehrkosten, an denen wir überhaupt nicht vorbeikommen.

Deshalb sage ich auch: Die Konsolidierungsnotwendigkeit ist noch nicht vorbei. Sie muss über das Jahr 2001 hinaus fortgesetzt werden.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Reinhard Sager [CDU]: Sie haben noch gar nicht damit begonnen!)

Falls Sie die Zahlen vergessen haben, will ich sie noch einmal nennen. 1,1 Milliarden DM Zinslast pro Jahr haben wir 1988 von der CDU-Regierung übernommen. Es ist und bleibt auch in den kommenden Jahren ein Spagat einerseits zwischen den Wünschen der Wirtschaft und der Bürger nach einer geringeren Steuer- und Abgabenlast, den berechtigten Forderungen der Bürger nach mehr Bildung, nach mehr Infrastruktur und nach einem ausgesprochen soliden sozialen

(Minister Claus Möller)

Netz und andererseits der Notwendigkeit - zu der es keine Alternative gibt -, die Neuverschuldung zumindest zu reduzieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Das ist ein Spagat. Ich denke, der ist uns mit dem Haushalt und der mittelfristigen Finanzplanung gelungen. Ich bin dem Kabinett und den Koalitionsfraktionen sehr dankbar dafür, dass es uns trotz BSE und trotz Entfernungspauschale gelungen ist, einen Haushalt mit einer **Nettoneuverschuldung** vorzulegen, die um 50 Millionen DM unter der des Vorjahres liegt, nämlich bei 923 Millionen DM.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr gut!)

Das ist noch nicht der Weg zu null, aber ich denke, in der mittelfristigen Finanzplanung haben wir diesen Weg vorgezeichnet, und das, Herr Kubicki, obwohl wir nach LFA 427 Millionen DM weniger in der Kasse haben als im Jahre 2000. Das bedeutet - wenn ich mir einmal den Vergleich zum kommunalen Finanzausgleich erlauben darf -, dass wir fast eine halbe Milliarde DM weniger Steuereinnahmen als im Jahre 2000 haben werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber Ergänzungszuweisungen!)

- Ich komme darauf gleich noch zu sprechen.

Nach dem Paket, das jetzt mit den Kommunen geschnürt ist, wird auf der anderen Seite die Finanzausgleichsmasse im Jahre 2001 fast so hoch sein wie im Jahre 2000 - trotz Steuerreform. Ich denke, dies ist ebenfalls ein wichtiges Datum.

Ich komme jetzt zu Ihren Zahlen: Ja, es gibt diese Verschiebung, sodass wir mehr Leistungen aus dem **Länderfinanzausgleich** bekommen werden. Wo liegen die Ursachen? Von 1995 bis 1998 haben wir in den Länderfinanzausgleich eingezahlt, haben aber selbstverständlich auch Bundesergänzungszuweisungen bekommen.

Ich möchte Ihnen jedoch zwei Zahlen nennen. In diesem Jahr werden wir vermutlich **Bundesergänzungszuweisungen** nach LFA von 1,1 Milliarden DM bekommen. Im nächsten Jahr gibt es eine leichte Trendwende:

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: 940 Millionen DM!)

da sind es nur 900 Millionen DM.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: 940 Millionen DM!)

Diesen Ursachen ist nachzugehen. Ich will zwei nennen, Ihnen aber zusagen, dass wir dies im Lichte der Steuerergebnisse aller Länder nach Abschluss des Finanzausgleichs, der im März vorliegen wird, im Finanzausschuss genau nachjustieren müssen. Ich möchte Ihnen zwei Ursachen nennen.

Erstens. Wenn in Schleswig-Holstein ein Unternehmen Marktanteile in den süddeutschen Raum verkauft, was dazu führt, dass hier 250 Millionen DM weniger an Umsatzsteuer anfallen, dann wird das örtliche Aufkommen natürlich geringer; dieses Steueraufkommen fällt dann in Baden-Württemberg an. Aber dann haben wir einen Anspruch auf einen Ausgleich über den Länderfinanzausgleich.

Zweitens. In den Jahren, in denen wir mehrere 100 Millionen DM in den Länderfinanzausgleich eingezahlt haben, gab es Großkonzerne - ob Automobilindustrie oder andere; Banken nicht so sehr -, die nicht zuletzt aufgrund von Verlusten, die auch durch Investitionen im Osten entstanden sind, ein geringeres Körperschaftsteueraufkommen hatten. Allein aus Hessen kenne ich drei Fälle aus dem Jahre 2000, die zu einem Körperschaftsteuermehraufkommen von 3 Milliarden DM geführt haben. Das schlägt natürlich in Form einer gewaltigen Finanzkraftsteigerung der Geberländer durch - relativ zu uns -; wir erhalten davon aber im Rahmen des Länderfinanzausgleichs einen Ausgleich.

Darum ist das Instrumentarium des Länderfinanzausgleichs auch so wichtig. Der Länderfinanzausgleich wird uns ja im kommenden Jahr noch beschäftigen. Ich denke aber, dass wir darüber noch genauer diskutieren müssen, wenn wir die endgültigen Ergebnisse haben und wissen, um welche Steuerarten es sich handelt.

Ein paar Bemerkungen gestatten Sie mir bitte noch zu den Förderprogrammen an die Adresse der CDU. Das allerdings hat mich enttäuscht. Noch in meiner Rede zur Einbringung des Haushalts habe ich gesagt, ich ginge nach den Haushaltsanträgen der CDU davon aus - sie wollte Förderprogramme um 65 Millionen DM kürzen -,

(Reinhard Sager [CDU]: Haben Sie abgelehnt!)

dass wir hier nicht diesen Streit bekommen,

(Reinhard Sager [CDU]: Haben Sie abgelehnt!)

dass wir - wie gesagt - diesen Streit in diesem Jahr nicht bekommen würden. Sie haben das ja allgemein verbal geäußert.

(Reinhard Sager [CDU]: Haben Sie abgelehnt!)

(Minister Claus Möller)

Wir haben „Butter bei die Fische" getan und haben konkrete Maßnahmen vorgelegt. Jetzt wollen Sie - opportunistischer als je - quer durch die Last der Sozialverbände wieder etwas draufpacken. Das ist keine Politik.

(Reinhard Sager [CDU]: Quatsch!)

Da sollten Sie sich ausnahmsweise wirklich einmal den Bund der Steuerzahler anhören.

(Reinhard Sager [CDU]: Von dem halten Sie doch sonst nichts!)

Ich komme jetzt zu den Subventionen. Ich dachte immer, die F.D.P. stünde an der Spitze des Subventionsabbaus. Meine Damen und Herren, wir werden im Jahre 2000 nicht alle Bundesmittel abrufen können, zum Beispiel diejenigen, die für das Programm „Soziale Stadt" aufgestockt worden sind. Wir haben uns bei den Komplementärmitteln zu den Mitteln der EU im Programm „Zukunft auf dem Lande" an die untere Grenze begeben - minus 10 % -, damit wir nicht neu notifizieren müssen. Wir werden die Mittel nicht voll abrufen können. Deshalb ist es auch schwierig - da wir schon 10 % ausgeschöpft haben -, nochmals zu sagen, dass das in die Werftenhilfe hinein soll.

Damit bin ich bei der **Wettbewerbshilfe**. Es ist sicherlich richtig, dass die Bundesregierung, da es keine Einigung der EU mit Korea gibt, jetzt, um den Werften noch einmal Akquisitionen zu ermöglichen, Mittel draufgepackt hat. Aber, Herr Kubicki, ich denke, auch in der Wettbewerbshilfe gilt: Nur so viel wie nötig!

(Martin Kayenburg [CDU]: Wollen Sie die Werften nicht haben?)

Sie können ausführlich mit dem Wirtschaftsminister, der von Werft zu Werft durchdekliniert hat, wie wir hinkommen, welche Anträge, welche Akquisitionen aktuell vorliegen, wie Sie bedient werden, diskutieren;

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist ja nicht zu fassen!)

bei dem Instrumentenkoffer „Bürgschaften" und dem konzentrierten Einsatz der aufgestockten Mittel, die wir haben, gehe ich davon aus, dass die Werften die Aufträge, die zurzeit in Rede stehen, auch akquirieren können.

Sie sollten hier nicht im Voraus eine Dolchstoßlegende konstruieren.

(Beifall bei der SPD - Günter Neugebauer [SPD]: Bravo!)

Dann sollten wir irgendwann darüber reden, ob HDW konkret bis zum 31. Dezember noch neue Aufträge akquiriert.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wie können die denn akquirieren, wenn Sie die Komplementärmittel nicht einmal in Anspruch nehmen! Das ist nicht zu fassen! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie werden das in Kürze sehen!)

Das sollten Sie wirklich detailliert mit dem Wirtschaftsminister diskutieren und nicht von vornherein schon jetzt die Dolchstoßlegende konstruieren: Der Handelsschiffbau geht kaputt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie werden das in 14 Tagen erleben!)

Ich denke, das kann nur in Ihrem Sinne sein,

(Reinhard Sager [CDU]: Nein!)

dass wir uns bemühen, etwas rückgängig zu machen, was in Zeiten der CDU/F.D.P.-Regierung eingeführt worden ist, dass die Länderquote - jedenfalls für einen Teil - wieder auf 50 : 50 reduziert wird.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wann soll das denn passieren, Herr Möller?)

- Da bemühen wir uns in diesen Tagen sehr intensiv.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Bis Weihnachten?)

- Ja, passen Sie mal auf! Wir sind dort jedenfalls in diesen Tagen hart am Ball, um etwas zu bewegen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie glauben doch nicht, dass die in Berlin daran etwas ändern!)

Ich wehre mich nur dagegen, dass Herr Kubicki jetzt schon mit einer Dolchstoßlegende durch die Gegend rennt, HDW und der Handelsschiffbau seien kaputt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das hat mit Dolchstoßlegende nichts zu tun! Sie stoßen doch bereits und merken das nicht! - Martin Kayenburg [CDU]: Sie sind schon tot und merken es nicht!)

Ich möchte jetzt kurz etwas zu einem anderen Punkt sagen, der kritisch diskutiert worden ist; das sind die Personalzahlen. Wenn Sie sich die **Personalkosten** unseres Landes ansehen - bereinigt um die GMSH -,

(Reinhard Sager [CDU]: 5,6 Milliarden DM!)

liegt unsere Personalkostenquote so niedrig wie in kaum einem anderen Land.

(Reinhard Sager [CDU]: Warum denn? Weil ständig ausgelagert wird!)

Dennoch ist sie natürlich zu hoch. Insbesondere die Pensionslasten, die wir kaum beeinflussen können, steigen und auch die Lehrerkosten werden ansteigen.

(Minister Claus Möller)

Aber die Zahlen, die Sie genannt haben, Herr Kubicki, berücksichtigen überhaupt noch nicht die **Nachschiebeliste**. Sie haben gesagt, wir hätten eigentlich ein Plus von sieben Stellen. Ich sage Ihnen: Unter Berücksichtigung der GMSH-Stellen - da haben Sie völlig Recht - haben wir nach der Nachschiebeliste sogar ein Plus von 42 Stellen. Aber ich frage Sie: Wollen Sie nicht die 35 Stellen Verstärkung in der Steuerfahndung? Halten Sie nicht die Stellen, die wir wegen BSE einwerben müssen, für erforderlich? Im Lehrerbereich sind es im Übrigen nicht 200 Stellen, sondern in der Statistik sind 300 Stellen - nämlich noch 100 Referendarstellen - enthalten. Wenn man das berücksichtigt, sind im übrigen Bereich tatsächlich 300 Stellen abgebaut worden und wir werden bis zum Jahre 2005 leider noch weitere 600 Stellen abbauen müssen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Stichwort **LEG**: Mich wundert, wie hier zum Teil über die LEG diskutiert worden ist, zumal zumindest die CDU auch im Aufsichtsrat vertreten ist.

(Renate Gröpel [SPD]: Auch im Beirat!)

Dann fragen Sie doch einmal in Kiel, in Glinde, in Barsbüttel oder fragen Sie einmal in der Landwirtschaftskammer, welche positiven Wirkungen im operativen Geschäft die LEG einschließlich Landgesellschaft wirklich hat. Ein solches Instrument benötigen wir; es ist in Mecklenburg-Vorpommern tätig und soll sich - das haben wir gestern beschlossen - erstmalig auch im Baltikum engagieren. Das wollen wir erhalten. Deshalb wollen wir auch die Substanz, nämlich den Wohnungsbau, erhalten und nicht verkaufen.

Wenn hier gesagt worden ist, meine Damen und Herren, wir wollten etwa an die I-Bank verkaufen, sage ich: Nein, wir wollen auch die **I-Bank-Anteile** verkaufen. Wir wollen genau diese Entmischung. Auch die I-Bank-Anteile sollen in dem 49 %-Paket mit verkauft werden. Das wird sich dann ja in den nächsten acht Wochen herausstellen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Bis wann?)

Ich bleibe dabei: Die 200 Millionen DM sind realistisch.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: In den nächsten acht Wochen, hat er gesagt!)

- In den nächsten acht Wochen oder in einem Vierteljahr.

(Reinhard Sager [CDU]: Können es auch zwölf Wochen sein?)

Der Verkauf wird in jedem Fall im Jahre 2001 stattfinden.

Ich komme zum Stichwort **Landesbank**. Meine Damen und Herren von der CDU, so geht es nicht. Obwohl gegen die Landesbank Schleswig-Holstein noch gar kein Verfahren eingeleitet worden ist, heben Sie den Prozentsatz von 0,6 % schon einmal auf 6 % an, was 73 Millionen DM entspricht.

Nun zu Ihnen, Herr Kubicki, dem Mann, der aus der Furche kam. Herr Kubicki, Sie wissen ganz genau, dass Herr Rümker und ich alle Fraktionen sehr ausführlich über die Gefahren, die von den **EU-Verfahren** ausgehen, unterrichtet haben. Wir haben präventiv gesagt: Um ein Verfahren gegen die Landesbank abzuwehren, wollen wir gemeinsam mit den Gewährträgern die Umwandlung des Haftkapitals in stimmberechtigtes Kapital erreichen. Wider besseres Wissen behaupten Sie hier, das ginge gar nicht. Sie wissen natürlich, dass dabei daran gedacht war, die Eigentumsverhältnisse nicht zu verändern, und dass wir einen Teil an die anderen Anteilseigner verkaufen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Haben Sie die Zustimmung der WestLB? - Heinz Maurus [CDU]: Das ist ein Eiertanz!)

- Bleiben Sie mal ruhig! Wir sind mit der WestLB in dieser Frage ein großes Stück weitergekommen. Wir verhandeln konstruktiv weiter. Wir hätten es aber nicht bis heute geschafft. Herr Kubicki sagte, man müsse auch wissen, zu welchem Zeitpunkt und zu welchen Bedingungen Unternehmen verkaufen. Wer hätte denn nach der Verhärtung der Fronten durch das Gerichtsverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof geahnt, dass in der Sache der Landesbank - oder durch Beschlüsse der Sparkassenorganisationen oder Beschlüsse in Nordrhein-Westfalen - so viel Bewegung in der Diskussion ist?

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] - Zurufe von der CDU)

Es wäre fahrlässig, jetzt die Haftkapitalumwandlung zu forcieren, ohne zu wissen, wie sich das in den nächsten Wochen, Monaten oder im nächsten Jahr entwikkelt.

(Reinhard Sager [CDU]: Das haben Sie früher selbst gemacht!)

Darüber haben wir Sie informiert. Ich denke, Sie sind auch davon überzeugt, dass das richtig ist. Herr Kubicki, es tut mir Leid, dass Ihr Name heute so häufig fällt. Alle Vorurteile, die bezüglich Besserwisserei geschürt werden, treffen auf Sie zu.

(Günther Hildebrand [F.D.P.]: Das spricht für Qualität!)

(Minister Claus Möller)

Es gibt keine Sache, die Sie nicht besser wüssten. Ich glaube, dass Sie in dieser Sache besser informiert sind, als Sie es nach außen hin dokumentieren.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Zum **kommunalen Finanzausgleich** wird es eine andere Runde geben. Da ich in dieser Sache angesprochen wurde, will ich dazu etwas sagen. Nach dem letzten Paket wird es allen Gemeinden wesentlich leichter fallen, aufgrund der Steuermehreinnahmen, der Nachzahlung und dieses Paketes ihre Haushalte 2001 auszugleichen. Es gibt nicht viele Länder, die die Gemeinden nicht an dem Unterhaltsvorschuss beteiligen. Das ist das eine.

Zum anderen bleibe ich dabei: Es ist auch richtig, dass wir Gemeinden mit gewaltigen Finanzproblemen haben. Das ist nicht zu leugnen. Es gibt aber auch 300 Gemeinden - das sind 25 % aller Gemeinden -, die schuldenfrei sind. Interkommunaler Finanzausgleich als Angebot ist nach wie vor ein richtiger Ansatz. Für die Regierung bleibe ich dabei: Wir halten den Eingriff angesichts der Finanzsituation unseres Landes für vertretbar.

Wir werden heute den Haushalt 2001 verabschieden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Warten Sie mal ab!)

Wir haben stärker Vorsorge getroffen als andere Länder, die die Steuermindereinnahmen der Steuerreform noch gar nicht veranschlagt haben. Wir haben sie veranschlagt. Ich bleibe dabei: Der Haushaltskonsolidierungskurs muss konsequent fortgesetzt werden.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Für das Finanzministerium beginnen die Beratungen für das Haushaltsjahr 2002 in einer Klausurtagung am 31. Januar 2001. Im Zusammenhang mit dem Haushalt werden uns vier Punkte ganz besonders beschäftigen.

Erstens die Entscheidung über den Länderfinanzausgleich; das ist ein ganz wichtiger Punkt mit einer wichtigen Ministerpräsidentenkonferenz im Januar.

Zweitens. Wie sieht die Rentenreform aus, welche Auswirkung wird die Rentenreform auf unsere Haushalte haben?

Drittens. Wir werden das, was wir dem Landtag zugesagt haben, nämlich zum Beispiel die Schritte in Richtung Verwaltungsmodernisierung, im nächsten Jahr konkretisieren.

Viertens. Parallel zu der Diskussion in Berlin, Brüssel und Düsseldorf wird uns das Thema Zukunft des öffentlich-rechtlichen Bankenbereichs und der Sparkassen intensiv beschäftigen. Herr Kubicki, Frau Simonis hat vorhin im Blick auf Sie gesagt, „Ik bün al dor". Ich glaube, Ihr Antrag im Hinblick auf die Privatisierung und Umwandlung der Sparkassen ist ein Antrag zur Unzeit.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Es folgt eine Runde zum Thema FAG. Herr Abgeordneter Neugebauer, Sie haben das Wort.

Günter Neugebauer [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich registriere, dass mein Angebot von vorhin bezüglich der Verkürzung von Redezeiten von den Vertretern dieses hohen Hauses so nicht angenommen worden ist.

(Thomas Stritzl [CDU]: Das hat seinen Grund!)

Ich habe mich noch einmal zu Wort melden müssen, weil das, was Kollege Sager zum kommunalen Finanzausgleich gesagt hat, so nicht im Raum stehen bleiben kann. Kollege Sager, ich finde, Sie haben sich den falschen Ort und vielleicht auch den falschen Zeitpunkt für die Bewerbung zum Landratskandidaten in Ostholstein ausgesucht. Zumindest habe ich den Eindruck, dass Sie hier mit falschen Zahlen operiert haben. In der Kürze der Zeit hatte ich nicht die Gelegenheit, das alles nachzuprüfen.

Ich weiß aber aus vielen Gesprächen mit Kommunalpolitikern und Bürgermeistern im Lande, dass viel zu häufig der Versuch gemacht wird, sowohl die finanziellen Auswirkungen der Steuerreform als auch die finanziellen Auswirkungen des Eingriffs in den kommunalen Finanzausgleich zusammenzufassen und die Gesamtergebnisse insgesamt der Landesregierung mit dem **KFA** in die Schuhe zu schieben. Das ist unredlich und unsolide und auch Sie sollten aufpassen, dass Sie nicht in die falsche Furche gehetzt werden, Herr Kollege Sager.

Ich finde - zusammen mit dem geschätzten Vorsitzenden unserer Landtagsfraktion, Lothar Hay -, dass die Novellierung des kommunalen Finanzausgleichs die finanzielle Handlungsfähigkeit sowohl des Landes als auch der Kommunen sichert. Trotz der gegenteiligen Aussagen des Kollegen Sager will ich festhalten, dass trotz des heute zu beschließenden Eingriffs in Verbindung mit der Kompensation, die wir in unseren Gesetzentwurf eingebracht haben, das Volumen des kommunalen Finanzausgleichs weder 2001 noch in den Folgejahren sinkt. Das Gegenteil ist der Fall. Be-

(Günter Neugebauer)

reits im Jahre 2001 steigt das Volumen des kommunalen Finanzausgleichs. Kollege Astrup, der in diesem Thema sehr bewandert ist, wird das bestätigen.

(Lachen bei der CDU)

Im Jahre 2004 wird das Volumen von heute 1,99 Milliarden DM auf 2,2 Milliarden DM steigen. Kollege Hay hat hier schon alles gesagt.

(Lachen bei der CDU)

Kollege Kayenburg, ich versuche dazu beizutragen, dass Sie heute rechtzeitig zum Abendessen kommen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ich falle noch nicht vom Fleisch!)

Was gesagt werden muss, muss gesagt werden. Hören Sie gut zu. Ich will nicht auf die Eingriffe des Innenministers zu CDU-Regierungszeiten zurückkommen. Wir brauchen nur auf die Jahre vor 1988 zurückzublicken.

Ich kann mich an viele Diskussionen erinnern, die wir hier geführt haben. Teilweise habe ich mich als Oppositionspolitiker daran beteiligen dürfen. Wir haben damals heftigst die Eingriffe, die die damaligen CDU-Innenminister in den kommunalen Finanzausgleich vorgenommen hatten, kritisiert. Sie waren, Kollege Kubicki, von solch großem Ausmaß, dass der Städtebund sogar einmal seinen Jahresempfang abgesagt hatte. Wir haben uns das heute nicht erlaubt, was damals unter der Ägide der CDU-Innenminister und der damaligen CDU-Landesregierung gemacht wurde.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Aber ich will ja gar nicht so weit zurückgehen.

(Zurufe von der CDU: Nein, nein!)

Ich will doch nur einmal dahin blicken,

(Klaus Schlie [CDU]: Wohin?)

wo CDU und F.D.P. politische Regierungsverantwortung tragen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Baden-Württemberg! - Zuruf von der CDU: Hessen! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Saarland!)

Hier können Sie alles und jedes versprechen, weil Sie wissen, dass Sie für die finanziellen Folgen ihres Tuns nicht aufkommen müssen.

Aber blicken wir doch einmal nach Hessen. In Hessen regieren, wie Sie wissen - ich hoffe, nicht mehr lange -, CDU und F.D.P., Kollege Kubicki, Sie werden sicherlich verfolgt haben, was der CDU-Finanzminister Weimar - mit Billigung der F.D.P.-Fraktion - in Hessen vorgeschlagen hat.

(Zuruf des Abgeordneten Reinhard Sager [CDU] - Lothar Hay [SPD]: Die billigen doch alles!)

Er hat vorgeschlagen, dass ab dem Jahr 2001 viermal hintereinander die Zuweisungen an den kommunalen Finanzausgleich um jeweils 100 Millionen DM gekürzt werden.

Und Kuddel Schnööf würde dazu sagen: Nu kommst du!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Präsident Heinz-Werner Arens übernimmt den Vorsitz)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich bitte darum, sich zu konzentrieren und, wenn es geht, auch etwas Zeit einzusparen. Wir haben ein mindestens noch einstündiges Abstimmungsverfahren vor uns. - Ich erteile Herrn Abgeordneten Hildebrand das Wort.

Günther Hildebrand [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf der Regierungsfraktionen ist fachlich unbegründet, steht rechtlich auf äußerst tönernen Füßen und demonstriert, welches Verhältnis die rot-grüne Koalition zur Kommunalpolitik hat - nämlich gar keins.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Der gesamte Ablauf des Komplexes der FAG-Änderung ist bis zum heutigen Tag eine Ansammlung von Merkwürdigkeiten, unkooperativem Verhalten, schlechtem Spiel und purer Arroganz: Die Beschlussempfehlung des Sonderausschusses „Kommunales" wurde ohne jede Erörterung verabschiedet und hat nichts mit den vorangegangenen Beratungen zu tun. Der Bericht der Landesregierung zur Beschlussempfehlung und der Gesetzentwurf der Regierungsfraktionen wurden zeitgleich vorgelegt und gleichen sich zum Teil bis aufs Wort. Es gab keine auch nur ansatzweise erkennbare Begründung, geschweige denn Diskussion des Gesetzentwurfs in der Enquetekommission oder im Innen- und Rechtsausschuss.

Die kommunalen Landesverbände wurden und werden brüskiert. Sie übten herbe Kritik und sprachen sich einheitlich strikt gegen die Änderungen aus. Genutzt hat es nichts.

(Günther Hildebrand)

Rot-Grün hat sich augenscheinlich wieder einmal gegen alle Vernunft entschieden, dieses Vorhaben durchzuziehen.

Sehr geehrter Herr Kollege Astrup, wer immer sich diesen Gesetzentwurf ausgedacht hat, muss in der Nacht davor einen verdammt schlechten Traum gehabt haben. Die Gemeinden und Städte haben dafür jetzt einen Albtraum.

(Zuruf von der CDU: So ist es! - Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die Inhalte des Gesetzentwurfs sind nicht nachvollziehbar. Zu allem Überfluss steht er auch verfassungsrechtlich auf ganz schwachen Beinen.

(Klaus Schlie [CDU]: Richtig!)

Am 11. November 1999 hat das Bundesverfassungsgericht sein Urteil über den Länderfinanzausgleich gesprochen. Dabei hat es Grundsätze aufgestellt, die nach Rechtsauffassung der F.D.P. auch für den **kommunalen Finanzausgleich** von Belang sind. Ich möchte an dieser Stelle nur die Leitsätze der Entscheidung zitieren.

„1. Die Finanzverfassung verpflichtet den Gesetzgeber, das verfassungsrechtlich nur in unbestimmten Begriffen festgelegte Steuerverteilungs- und Ausgleichssystem durch anwendbare, allgemeine, ihn selbst bindende Maßstäbe gesetzlich zu konkretisieren und zu ergänzen.

2. Mit auf langfristige Geltung angelegten, fortschreibungsfähigen Maßstäben stellt der Gesetzgeber sicher, dass der Bund und alle Länder die verfassungsrechtlich vorgegebenen Ausgangstatbestände in gleicher Weise interpretieren, ihnen dieselben Indikatoren zugrunde legen, die haushaltswirtschaftliche Planbarkeit und Voraussehbarkeit der finanzwirtschaftlichen Grundlagen gewährleisten und die Mittelverteilung transparent machen.

3. Die Finanzverfassung verlangt eine gesetzliche Maßstabgebung, die den rechtsstaatlichen Auftrag eines gesetzlichen Vorgriffs in die Zukunft in der Weise erfüllt, dass die Maßstäbe der Steuerzuteilung und des Finanzausgleichs bereits gebildet sind, bevor deren spätere Wirkungen konkret bekannt werden."

Ein weiteres rechtliches Erfordernis an eine Finanzausgleichsregelung ist die Sicherstellung der Beibehaltung der Reihung der Finanzkraft. Dieser Grundsatz ist allgemein anerkannt und wird auch im Urteil des Bundesverfassungsgerichts unter den Randnummern 292 und 325 noch einmal bekräftigt. Verbindet man nun diese Leitsätze des Bundesverfassungsgerichts, die hohe Anforderungen an Transparenz, Planbarkeit und Vorhersehbarkeit der rechtlichen Regelungen des Finanzausgleichs stellen, mit dem Verbot der Veränderung der **Finanzkraftreihung**, ergeben sich für den vorliegenden Gesetzentwurf massive rechtliche Bedenken.

Die differenzierte **Kreisumlage** ermöglicht es den Kreisen, sechs verschiedene Basiszahlen für die Ermittlung der Höhe der Kreisumlage heranzuziehen. Weder die Regierungsfraktionen noch das zuständige Innenministerium haben Aussagen über die Verteilungswirkung treffen können. Damit sind die Ergebnisse des Ausgleichs intransparent, nicht planbar und nicht vorhersehbar.

(Klaus Schlie [CDU]: Richtig!)

Meine Damen und Herren von der SPD, ich kann mir schon sehr gut vorstellen, wie der Oberstratege im Pinneberger Kreistag, Hans-Helmut Birke, schon zu Hause entsprechende Modellrechnungen durchführt, wie er es bei dieser differenzierten Kreisumlage erreichen kann, dass die Stadt Elmshorn überhaupt keine Kreisumlage mehr bezahlen muss und die Stadt Wedel dafür eine doppelte. Darauf können wir uns jetzt bereits einstellen.

(Helmut Plüschau [SPD]: Das werden wir verhindern!)

- Ja, dann wünsche ich Ihnen dabei viel Glück, Herr Plüschau. Ich frage mich, was schlimmer ist, nämlich dass sich niemand um die Frage der Finanzkraftreihung gekümmert hat oder dass Sie das Problem einfach unter den Tisch kehren.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

In den Ausschussberatungen hat es sich die Landesregierung einfach gemacht. Auf meine Frage, wie es um die Erhaltung der Finanzkraftreihung bestellt sei, hat der Vertreter des Innenministeriums geantwortet, die Anwendung der differenzierten Kreisumlage liege in der Verantwortung der Kreise.

(Holger Astrup [SPD]: Logisch!)

Ich habe zwar viel Verständnis, dass man den schwarzen Peter an die Kreise weitergeben möchte, aber so einfach ist das nicht. Das Bundesverfassungsgericht

(Holger Astrup [SPD]: Hör doch mit dem Bundesverfassungsgericht auf!)

(Günther Hildebrand)

wendet sich eindeutig an den Gesetzgeber und nicht an den Ausführenden, Herr Kollege Astrup. Auch das sollten Sie zur Kenntnis nehmen.

(Holger Astrup [SPD]: Sie erzählen nichts Neues! Alles alte Hüte!)

Sie haben durch Ihren Gesetzentwurf sicherzustellen, dass sich die Finanzkraftreihung nicht in ihr Gegenteil verkehrt.

(Holger Astrup [SPD]: Keine Sorge!)

Das können Sie mit diesem Gesetzentwurf nicht. Deshalb ist dieser Gesetzentwurf verfassungswidrig.

(Lothar Hay [SPD]: Was sagen denn Ihre Hessener Kollegen dazu?)

- Ja, wir kommen auch noch zu einem anderen Bundesland. Haben Sie Geduld, Herr Hay.

Das Land kann sich aus rechtlicher Sicht nicht einfach aus seiner Verantwortung stehlen. Doch damit nicht genug. Der Staatsgerichtshof Baden-Württemberg hat in seinem Urteil vom 10. Mai 1999 - auch dieses Urteil ist den Unterlagen beigefügt, Sie müssten oder könnten es zumindest kennen, Herr Kollege Astrup:

(Holger Astrup [SPD]: Selbstverständlich! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Er will es nicht!)

er will es nicht, das ist ja genau der Punkt, der dahinter steht - verfassungsrechtliche Ansprüche an ein Verfahren zur Änderung des kommunalen Finanzausgleichs definiert. Ausgangspunkt der Überlegungen des Berichts war das Problem, dass die objektive Feststellung, wann die finanzielle Mindestausstattung der kommunalen Gebietskörperschaften durch den Finanzausgleich gewährleistet ist und wann nicht beziehungsweise nicht mehr, nur sehr schwer zu treffen ist. Die nachträgliche materielle Kontrolle weist Defizite auf, da - so das Gericht - ein einmal beschlossener Finanzausgleich für das laufende Ausgleichsjahr nicht mehr reversibel ist und die fehlenden materiellen Maßstäbe einen sehr weiten Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers erlauben. Das Gericht hat aus diesem Grund den bisherigen Weg der Rechtsprechung verlassen. Nicht mehr die Überprüfung von Art und Umfang des Ausgleichs ist wichtig, sondern der Weg, wie die rechtliche Regelung entstanden ist.

Das Gericht hat ausgeführt - Herr Kollege Astrup -:

„Sollte sich der Gesetzgeber auf einen offenen Dialog mit den an dem Finanzverbund Beteiligten beschränken, hätte dieser weit über die reine Anhörung nach Artikel 71 Abs. 4 Landesverfassung hinauszugehen. Das Land müsste entsprechend den verfassungsrechtlichen Geboten der Transparenz und Publizität rechtzeitig vor anstehenden Entscheidungen zum kommunalen Finanzausgleich eine Land und Kommune umfassende Analyse der Entwicklung der Aufgaben- und Ausgabenlasten sowie der zu erwartenden Einnahmen und Möglichkeiten, diese mittels Hebe- und Umlagesätze zu verändern, vorlegen und diese im Benehmen mit den Beteiligten nachvollziehbar bewerten, gewichten und zum Ausgleich bringen."

Von der Einhaltung dieser Prozessnormen kann in Schleswig-Holstein keine Rede sein. Weder wurde eine Analyse der finanziellen Auswirkungen der differenzierten Kreisumlage oder der Zusatzumlage durchgeführt noch wurde eine nachvollziehbare Bewertung der Maßnahmen geleistet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, anstatt die Ergebnisse des von der Enquetekommission in Auftrag gegebenen Gutachtens und dessen Diskussion abzuwarten, haben die Regierungsfraktionen mit den vorgeschlagenen Änderungen des Finanzausgleichsgesetzes einen Schnellschuss vorgelegt.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Abgeordneter!

(Holger Astrup [SPD]: Schade!)

Günther Hildebrand [F.D.P.]:

Ja, ich hatte - -

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ihre Redezeit ist abgelaufen!

(Zuruf von der SPD: Er hat ja noch nichts gesagt! - Holger Astrup [SPD]: Ja, viel hat er nicht gesagt!)

Günther Hildebrand [F.D.P.]:

Das Einzige, was sich mit Sicherheit sagen lässt, ist, dass die Städte und Gemeinden bei jeder einzelnen Änderung zusätzlich belastet werden. Bei den Kreisen wird ja teilweise kompensiert und ich kann nur spekulieren, ob Sie mit diesem Trick den Landkreistag zu einer zustimmenden Stellungnahme bewegen wollten. Herr Erps hat diesem Versuch dankenswerterweise widerstanden und gezeigt, dass die kommunale Familie in der Ablehnung dieses Vorhabens mit einer Zunge spricht.

Zusammenfassend kann ich nur sagen: Inhaltlich nicht begründet und ohne ausreichende Faktenbasis werden

(Günther Hildebrand)

die Regierungsfraktionen heute auf verfassungsrechtlich äußerst bedenklicher Grundlage dieses Gesetz verabschieden. Rot und Grün sind eigentlich lange genug im Geschäft, um zu wissen, was sie da tun. Der Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens lässt bei der F.D.P. daran große Zweifel aufkommen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete Heinold!

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich vorhin für meine Fraktion positioniert. Aber eines wundert mich doch an der Kampfrede, die von der F.D.P. hier gehalten worden ist.

(Klaus Schlie [CDU]: Was hat sie da gesagt? - Zuruf von der CDU: Eine Hexe! - Weitere Zurufe)

Wenn ich mir so die Anträge zum Einzelplan 11 ansehe, dann hat die F.D.P. doch gar nicht beantragt, den FAG-Eingriff rückgängig zu machen. Die CDU hat das getan und sie hat auch nach ihrem Schema Deckung angeboten. Die F.D.P. hat nichts beantragt. Das heißt, Sie wollen anscheinend nichts ändern.

(Zurufe der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] und Günther Hildebrand [F.D.P.])

Übrigens, Sie argumentieren in keinster Weise mehr politisch.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Irgendwie scheinen Sie auf dem falschen Wege zu sein! - Unruhe)

- Sie können ja noch einen Antrag stellen; die Deckung dazu werden Sie dann sicherlich auch in der Tasche haben.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich schlage vor, die Abgeordnete einmal ausreden zu lassen.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sie argumentieren in keinster Weise politisch, sondern kommen nur mit Verfassungsgerichtsurteilen. Und da sage ich Ihnen, die Enquetekommission, die wir eingerichtet haben, soll ja gerade die schwierige Frage klären, ob die Aufgaben des Landes und die Mittel, die wir dafür zur Verfügung stellen, zueinander passen.

(Günther Hildebrand [F.D.P.]: Dann warten Sie doch so lange mit dem Gesetz!)

Das ist in den letzten Jahrzehnten nicht überprüft worden und es ist dringend notwendig, dies zu tun.

(Günther Hildebrand [F.D.P.]: Dann warten Sie doch bitte so lange!)

Bis diese Prüfung da ist, fällen wir eine politische Entscheidung aufgrund der Schwerpunktsetzung dieser Landesregierung.

Ein Letztes! Herr Hildebrand, wenn Sie sagen, inhaltlich seien unsere Vorschläge nicht nachvollziehbar, dann halte ich Ihnen entgegen: Das liegt daran, dass Sie vor Ort keine Kommunalpolitik betreiben.

(Lachen des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.])

Sonst wüssten Sie, dass viele der Änderungen vor Ort immer wieder diskutiert und eingefordert worden sind. Ich erinnere nur an die Kreise Stormarn, Segeberg oder Pinneberg.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie haben doch nur 5 % bei der Kommunalwahl bekommen!)

Ich sage Ihnen schon jetzt, dass die CDU wahrscheinlich die erste im Kreis Stormarn ist, die positiv dieses Ergebnis verkünden wird, gegen das sie heute stimmt. So ist die Welt nun einmal.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, ich erinnere daran, dass wir noch zirka eineinhalb Stunden Abstimmung vor uns haben. - Herr Minister Buß!

Klaus Buß, Innenminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Ringen um die Finanzverteilung und ein zeitlich begrenzter Solidarbeitrag der Kommunen zur Entlastung des Landeshaushalts waren lange anhaltend und heftig, wie wir es auch heute erleben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Seit 1998!)

Deutlich wurde dabei, dass es keine abstrakte Berechnungsformel gibt, um das Finanzverhältnis zwischen Land und Kommunen auszutarieren. Am Ende muss und wird die politische Entscheidung stehen, für die allerdings die vorausgegangene argumentative Auseinandersetzung Voraussetzung und Grundlage ist.

(Günther Hildebrand [F.D.P.]: Die gab es noch nie!)

(Minister Klaus Buß)

Ich halte das Ergebnis für einen tragfähigen Kompromiss. Die vorgesehene Kürzung der Finanzzuweisungen ist für die Kommunen verkraftbar.

Herr Professor h. c. Hildebrand, was wir hier so als juristisches Kolleg gehört haben, das - so sage ich einmal - hat nicht einmal etwas mit Äpfeln und Birnen zu tun. Den Länderfinanzausgleich mit dem **kommunalen Finanzausgleich** zu vergleichen, das ist ein ziemlich starkes Stück. Da ist das Gutachten von Herrn Rechtsanwalt Kubicki doch etwas daneben gegangen, behaupte ich einfach einmal.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie sind doch schon lange nicht mehr im Geschäft!)

- Ach, ich bin ganz gut im Geschäft, Herr Kubicki. Für das Land ist die zeitlich begrenzte Minderung der Zuweisung an die Kommunen eine ganz wesentliche Finanzbeihilfe.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber juristisch nicht korrekt! Sonst hätten Sie nicht in die Politik gehen müssen!)

Zufrieden bin ich letztlich auch über den Weg, der gefunden wurde, um die finanzielle Wirkung des Eingriffs auf die Finanzausgleichsmasse 2001 abzufedern. Das Ergebnis lautet: Die Finanzausgleichsmasse 2001 liegt ohne Berücksichtigung der Verlagerung der Beteiligung des Landes an den Jugendhilfekosten in dem Finanzausgleich nicht unter, sondern um gut 9 Millionen DM über der Finanzausgleichsmasse dieses Jahres. Und 2002 steigt nach heutiger Finanzplanung die Masse um rund 50 Millionen DM gegenüber 2001 an.

Die differenzierte Kreisumlage, die hier auch vehement angesprochen wurde, ist so zu sehen. Von meinem Selbstverständnis her wird damit ein Rahmen gesetzt, der wiederum im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung ausgefüllt werden kann. Für mich ist das ein Stück mehr an kommunaler Selbstverwaltung. Dass das nicht allen passt, weil dann vor Ort manchmal unbequeme Entscheidungen gefällt werden müssen oder auch Entscheidungskämpfe geführt werden, ist mir klar. Aber die kommunale Selbstverwaltung beinhaltet eben auch das.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Einen wesentlichen Schritt zur Neustrukturierung der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen sehe ich in der belastungsneutralen Verlagerung der Kostenbeteiligung des Landes an den Aufwendungen im Bereich der Jugendhilfe in den Finanzausgleich. Die Anhebung des Verbundsatzes von 19 % auf 19,78 % garantiert den Kommunen ein stetes Mitwachsen des Kostenbeitrags des Landes mit der Entwicklung der Finanzausgleichsmasse und damit mit den Einnahmen des Landes.

(Martin Kayenburg [CDU]: Da klauen Sie 400.000 DM! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Ich bin immer lauter als Sie, Herr Kayenburg!

Mit der Einrichtung eines neuen Vorwegabzugs erhalten die Kreise und kreisfreien Städte künftig zweckgebundene Zuweisungen für die **Jugendhilfekosten** aus dem Finanzausgleich, die nicht gedeckelt sind, sondern am Wachstum der Finanzausgleichsmasse teilhaben.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Minister Buß, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kayenburg?

Klaus Buß, Innenminister:

Nein! - Die dynamisierte Pauschalierung gibt den Kommunen auch ein Stück größere Planungssicherheit. Die Neuregelung ist ein weiterer Schritt zur Entflechtung der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen und damit ein Beitrag zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung.

Es ist viel gesagt worden über die Nöte der Kommunen. Die kenne ich sehr gut, besser vielleicht als viele andere, die darüber hier im hohen Hause sprechen oder sich ein Urteil anmaßen.

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

Wir wissen sehr genau, dass es Kommunen gibt, die es schwer haben. Wir wissen aber auch, dass es viele Kommunen gibt, denen es gut geht. Und eine kenne ich besonders gut; die hat mir gerade ihren Haushalt überreicht. Da sind deutlich mehr Rücklagen als Schulden. Da ist über Jahre hinweg eine sehr gute Politik gemacht worden und das geht auch, wenn man von der Grundausstattung her finanzschwach ist. Das funktioniert auch dann; es kommt eben sehr auf die Kommune an.

(Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Fragen Sie doch mal den Kollegen Berghoff! - Günther Hildebrand [F.D.P.]: Und dafür werden sie jetzt bestraft!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Jacobs.

Helmut Jacobs [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin ein bisschen überrascht, dass ich jetzt drankomme. Ich hatte mich zur Oberflächenwasserentnahmeabgabe gemeldet und wollte ganz kurz - -

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie können ja einfach nur sagen, dass auch die nicht gedeckt ist!)

- Das ist richtig.

(Heiterkeit)

Ich wollte eigentlich eine zwanzigminütige Rede dazu halten. Das kürze ich jetzt auf wenige Minuten.

(Klaus Schlie [CDU]: Warum das denn?)

Das **Oberflächenwasserentnahmeabgabegesetz** ist ein sehr schlankes Gesetz. Es hat 13 Artikel und man ist entweder dafür oder man ist dagegen.

(Unruhe und Zurufe)

Dies haben wir alles so im Umweltausschuss und auch hier im Landtag feststellen können.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Wir sind völlig dagegen!)

Wenn man dafür ist, dann ließe sich vielleicht noch über die Höhe der Abgabe oder die Höhe der Bagatellgrenze oder auch über Ausnahmen diskutieren.

(Zurufe der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

Die Anhörung, die wir in schriftlicher Form vorgenommen haben, hat gezeigt, dass einige Betroffene beziehungsweise einige, die meinten, betroffen zu sein, gar nicht betroffen sind, weil der Abgabetatbestand sehr genau definiert ist.

(Zurufe und Widerspruch von der CDU)

So sind zum Beispiel Kiesabbaubetriebe - das sage ich hier noch einmal ganz deutlich - nicht in der Weise betroffen, wie sie es vorher geglaubt haben. Hier handelt es sich in der Regel um die Entnahme von Feststoffen und diese Entnahme fällt nicht unter den Abgabetatbestand.

In den Stellungnahmen gab es natürlich auch gute Argumente, die gegen die Erhebung einer Abgabe sprechen. Wir haben uns aber von dem übergeordneten Gesichtspunkt leiten lassen, dass diese Abgabe für unser Land sehr nötig ist.

(Beifall des Abgeordneten Andreas Beran [SPD] - Lachen bei der CDU)

Wir müssen den Umwelthaushalt ausgleichen. Das wäre schon einmal ohne diese Abgabe nicht möglich.

(Zurufe von der CDU: Aha, aha! - Klaus Schlie [CDU]: Ehrlich ist er!)

Ich erinnere daran, dass die Wasser- und Bodenverbände sonst auch damit rechnen müssten, dass sie noch weitere Kürzungen hinnehmen müssten.

(Zurufe von der CDU)

Die HEW haben ihrer Stellungnahme dankenswerterweise auch noch eine Expertise, ein Rechtsgutachten beigefügt, bei dem es darum ging zu überprüfen, ob ein Ausnahmetatbestand für das Pumpspeicherwerk Geesthacht möglich wäre. Die sind zwar zu diesem Ergebnis gekommen, dass für regenerative Wasserkraftnutzung solch eine Ausnahme möglich wäre, hier handelt es sich aber nicht um eine regenerative Wasserkraftnutzung, sondern es ist ein reines Regelnetzspannwerk und dient allein der Regelung des Strombedarfs. Deshalb ist ein Ausnahmetatbestand nicht möglich.

Auch andere möglicherweise Betroffene hätten gern im Gesetz stehen gehabt, dass sie nicht betroffen sind; sie hätten das gern ausdrücklich dort hineingeschrieben gesehen. Wir haben das abgelehnt, weil dann jeder Ausnahmetatbestand erst von der EU-Kommission neu notifiziert werden müsste, und das hätte zur Folge, dass das Gesetz noch über mehrere Monate hinweg nicht in Kraft treten könnte.

Die CDU hat noch einmal eine fraktionsinterne Anhörung mit allen Neinsagern zum Gesetz durchgeführt. Ich denke, diese kleine Anhörung diente noch einmal der Kontaktpflege

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und hat sicherlich keine neuen Erkenntnisse gebracht.

(Zuruf von der CDU)

- Ja, ich habe die Presseerklärung dazu gelesen und darin stand alles das, was auch in den schriftlichen Stellungnahmen stand. Ich denke ja, dass man das herausgibt, was dort auch vorgebracht worden ist.

Ich vermute, dass die CDU aus einem Nein, das hier schon mehrere Male gekommen ist, ein Nein hoch fünf machen wollte, um noch einmal alles bestätigt zu bekommen.

(Helmut Jacobs)

Meine Damen und Herren, es gibt zu diesem OWAG keine Alternative und ich bitte um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Peter Jensen-Nissen [CDU]: Oi, oi!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete Sassen, Sie haben das Wort!

Ursula Sassen [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Jacobs, wenn ich Sie gehört habe, dann frage ich mich auch, was Sie mit 20 Minuten Redezeit machen wollten. Ihnen sind doch vorher schon lange die Argumente ausgegangen.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das Gesetz über die Erhebung einer Abgabe auf die Entnahme von Wasser aus oberirdischen Gewässern kam nicht überraschend. Überraschend sind allerdings Inhalt und Diskussion dieses Gesetzes. Hielt die Landesregierung im Juli dieses Jahres die Einführung der **Oberflächenwasserabgabe** noch für umweltpolitisch geboten, stellt sich jetzt heraus, dass rein fiskalische Zwänge für das Gesetz sprechen müssen.

Die Erhebung dieser Abgabe, die vornehmlich auf diese ungeliebten **Atomkraftwerke** ausgerichtet ist, ist in der Vorgehensweise wenig professionell. Ausgerechnet der Umweltminister wurde vorgeschoben, die Notwendigkeit des OWAG mit Abschöpfung eines Wertvorteils und einem Lenkungseffekt ökologisch zu begründen.

Bei einer Wassermenge, die zu Kühlzwecken benutzt und dem Wasserkreislauf in nicht schlechterer Qualität und in vollem Umfang wieder zugeführt wird, kann ich die Abschöpfung des Wertvorteils nicht nachvollziehen und der Lenkungseffekt geht ohnehin ins Leere.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wurde in der bisherigen Diskussion die Kernenergie vor allem von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN noch als Last empfunden, erweist sie sich jetzt als wahrer Segen für die Landesregierung. Die drei Kernkraftwerke wurden zum Goldesel für den maroden Haushalt erklärt und eigens für sie wurde die Oberflächenwasserabgabe konzipiert. Dabei wird billigend in Kauf genommen, dass der eine oder andere Betrieb einer Alibifunktion zum Opfer fällt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die Bagatellgrenze von 5.000 DM und die Aussage, keine Ausnahme zuzulassen, machen deutlich, wie groß der Druck der finanziellen Handlungsunfähigkeit dieser Landesregierung ist. Abweichende Regelungen hätten nämlich der Notifizierung durch die EU bedurft und diese Zeitverzögerung konnte sich die Landesregierung wegen des heute zu verabschiedenden Haushalts nicht leisten.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Die brauchen dringend Geld!)

Eine mündliche Anhörung der Betroffenen war aus Sicht von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN überflüssig. Wie wichtig jedoch diese Anhörung gewesen wäre, zeigt sich aus der Stellungnahme des Industrieverbandes Sand, Kies, Mörtel, Transportbeton e. V., in der deutlich gemacht wurde, dass doch wesentlich mehr Betriebe als von der Landesregierung angenommen betroffen sind. Mit denen werden Sie noch Ärger kriegen!

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der F.D.P. - Widerspruch bei der SPD)

- Jawohl! - Ich danke für den Applaus, aber die Zeit drängt ein wenig.

(Heiterkeit bei der CDU)

Für diese Fälle hat der Umweltminister nun ein Rezept parat, nämlich die Empfehlung, das erforderliche Wasser für die Kies-Klassierung in einem Kreislauf zu führen.

(Konrad Nabel [SPD]: Sehr gut!)

Zitat:

„Dabei wäre nur darauf zu achten, dass das Sammelbecken, aus dem der Kreislauf gespeist wird, zum Untergrund hin abgedichtet ist, da das Becken ansonsten selbst wiederum als oberirdisches Gewässer anzusehen wäre."

(Konrad Nabel [SPD]: So kompliziert ist das!)

Und dies wahrscheinlich mit ökologisch wertvollem Kunststoffmaterial!

Ich kann mir nicht helfen: Dies erinnert mich an eine Diskussion über das Landesnaturschutzgesetz, als ein Vertreter der Landesregierung den Betroffenen den suboptimalen Gesetzesvollzug empfahl.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und F.D.P.)

Im **Pumpspeicherwerk Geesthacht** ließe sich durch das Setzen einer Spundwand wahrscheinlich auch eine Abmilderung des Gesetzes schaffen, falls der Umweltminister hier nicht auch noch eine bessere Empfehlung hat.

Wenn rund 12 Millionen DM an Oberflächenwasserabgabegebühren gezahlt werden müssen, wird es zu

(Ursula Sassen)

einer Schließung der Anlage kommen. Das wäre nicht nur wegen der Arbeitsplätze bedauerlich, sondern auch deshalb, weil Speicherkapazitäten auch für regenerative Energien nicht mehr genutzt werden könnten.

(Widerspruch bei der SPD)

Die CDU-Fraktion lehnt das Oberflächenwasserabgabegesetz ab, weil es ökologisch nicht begründet und aus unserer Sicht haushaltspolitisch nicht erforderlich ist, weil es ihm an der nötigen Sorgfalt mangelt und bezüglich der tatsächlichen Betriebe nicht eindeutig ist, weil es keine Ausnahmen zulässt und alle Kosten ohne Anspruch auf Verrechnung mit der geschuldeten Abgabe von den Betroffenen selbst erbracht werden müssen und weil die Auswirkungen nicht hinreichend berücksichtigt wurden sowie weil der Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein weiteren Schaden nimmt und die Landesregierung an Verlässlichkeit einbüßt; schließlich auch deshalb, weil das Gesetz einer verfassungsrechtlichen Prüfung möglicherweise nicht standhält und damit auch der Haushalt auf wackeligen Beinen steht.

Frau Ministerpräsidentin, Sie haben vorhin gesagt, erst müsse es die guten Ideen geben und dann das Geld, hier wird es anders gemacht: Erst wird das Geld genommen, und zwar Vorkasse, und es wird nicht eine neue, gute Idee damit finanziert.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der F.D.P.)

Meine Damen und Herren von den Mehrheitsfraktionen, mit diesem Gesetz wollen Sie sich ein üppiges Weihnachtsgeschenk genehmigen. Ich fürchte nur, Sie werden wegen der vielen Mängel wenig Freude daran haben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Graf Kerssenbrock das Wort.

Dr. Trutz Graf Kerssenbrock [CDU]:

Herr Präsident! Ich war nicht darauf vorbereitet, dass ich jetzt etwas dazu sagen sollte. Ich werde mich relativ kurz fassen.

(Vereinzelter Beifall)

Meine Damen und Herren, heute Morgen ist mehrfach davon geredet worden, dass die Konsolidierung fortgesetzt werden sollte. Wenn ich das **Oberflächenwasserabgabegesetz** betrachte, stelle ich fest, dass die Konsolidierung nie begonnen hat, nicht fortgesetzt wird, auch heute nicht anfängt, nicht beginnen wird und wir sie nicht in Sichtweite haben. Das wird anhand des Gesetzes sehr deutlich. Das Gesetz wird durchgepeitscht. Sie haben eine mündliche **Anhörung** abgelehnt. Wenn Sie zulassen, dass das Parlament nur noch zum Vollzugsorgan von Partei- und Koalitionskommissionen degeneriert, dürfen wir uns über die Folgen für das Ansehen des Parlaments nicht wundern. Die sind nämlich absehbar.

(Günter Neugebauer [SPD]: Ein bisschen niedriger hängen!)

Herr Kollege Jacobs, die Betroffenen hätten Ihnen auf Nachfrage in der Anhörung, die Sie abgelehnt haben, erklärt, warum das Gesetz schludrig gemacht ist, warum es verfassungsrechtlich fragwürdig ist und warum es in der Anwendbarkeit - zum Beispiel auf Fischereibetriebe - Unsauberkeiten aufweist.

Dieses Gesetz ist ein schwerer Schlag für den Standort Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.])

Es ist der Abschied von Planungssicherheit und Vertragstreue. Denn früher wurden die Unternehmen ja umworben, nach Schleswig-Holstein zu kommen, weil sie keine Kühlwasserprobleme hätten, und nun wandelt sich der Standortvorteil mit einem Federstrich über Nacht in einen **Standortnachteil**. Sie gewähren noch nicht einmal Übergangsfristen. So sieht Ihre Wirtschaftspolitik aus, so sieht Ihre Energiepolitik aus, so sieht Ihre Finanzpolitik aus.

Die Vorstellung des Umweltministers Müller im Umweltausschuss habe ich mir angehört, als Sie begründen sollten, warum es denn überhaupt eine umweltpolitische Rechtfertigung für dieses Gesetz gebe. Herr Minister Müller, Ihre Vorstellung war - offen gestanden - blamabel, denn Sie haben in diesem Zusammenhang nichts als heiße Luft von sich geben können. Die völlig fehlende sachliche Rechtfertigung, das Zielen auf vier Abgabenschuldner, die Verletzung des Grundsatzes der Vollständigkeit des Haushaltsplanes - das alles wird Ihnen eines Tages zum Verhängnis vor dem Bundesverfassungsgericht werden.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss. Die Redezeit ist vorbei.

Dr. Trutz Graf Kerssenbrock [CDU]:

Ich bemühe mich! - Meine Damen und Herren, Sie haben in entwaffnender Unkenntnis zugegeben, dass es überhaupt keine umweltpolitische Rechtfertigung,

(Dr. Trutz Graf Kerssenbrock)

sondern ausschließlich fiskalische Gründe dafür gibt. In drei bis vier Jahren werden Sie möglicherweise vor der Notwendigkeit stehen, 70 Millionen bis 90 Millionen DM jährlich zurückzahlen zu müssen, und dies ist das eigentliche Haushaltsrisiko, über das wir hier reden müssen.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es! - Glokke des Präsidenten)

Herr Präsident, ich darf mit einem Zitat schließen, das die Energiepolitik der rot-grünen Landesregierung vielleicht in Rechnung stellen sollte:

„Europa gibt es nicht à la carte. Man kann sich nicht nur die Stücke heraussuchen, die einem gerade passen. Für uns in Deutschland bedeutet dies etwa,"

- es handelt sich ja um ein Gesetz gegen die Kernkraftwerksbetreiber -

„dass der europäische Ausstieg aus der Atomkraft weit länger auf sich warten lassen wird als die mühsam erkämpften 25 Jahre."

Das hat kein CDU-Politiker gesagt. Dreimal dürfen Sie raten. Das hat der grüne Europaabgeordnete Daniel Cohn-Bendit gesagt. Vielleicht sollten Sie einmal auf den hören.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat nun Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kurz in zwei Minuten Folgendes! Lieber Herr Kollege Jacobs, Sie haben erstens gesagt, das **Gesetz** sei notwendig für das Land. Es ist zwar notwendig, aber nicht für das Land, sondern für Ihre **Kasse**. Zweitens haben Sie gesagt: Man ist entweder dafür oder man ist dagegen. Wir sind dagegen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, warum wir dagegen sind, können Sie in zwei Plenarprotokollen nachlesen. Ich empfehle sie Ihnen dringend einmal zur Lektüre.

Im Übrigen noch ein Satz zum Verfahren. Es ist in der Tat erstaunlich, wie dieses Gesetz ohne irgendeine mündliche Anhörung durchgehauen worden ist. Herr Kollege Jacobs, Sie wollten die Argumente offensichtlich nicht hören, nicht einmal die Argumente des Bundesverbandes für Windenergie. Das haben Sie heute hier deutlich gemacht. Wir lehnen das Gesetz nach wie vor ab, weil es auch die Betroffenen ablehnen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete Fröhlich!

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wer wertvolle **Naturressourcen** nutzt, muss den Wert dieser Nutzung kennen. Die Gesellschaft als Ganzes muss sich darüber im Klaren sein, dass auch Natur nicht zum Nulltarif zu haben ist, jedenfalls dann nicht, wenn mit ihr Geld verdient wird. In naturverbundenen Gesellschaften sind es Tabus und göttliche Gebote, die die Natur um ihrer selbst willen schützen können.

In unserer Kultur, die manche gern als „Leitkultur" - in welcher Schreibweise auch immer - bezeichnen, greifen Tabus und göttliche Gebote nicht. Wert schafft einzig das Geld und darum werden wir, um die Natur vor unserem Zugriff schützen zu können, ihr einen Preis zumessen müssen. Dieser muss in etwa in Beziehung gesetzt sein zu anderen Werten und in vernünftiger Relation zum Nutzen, den man schöpft, stehen.

Manche technischen Entwicklungen hätte es in unserem Land und anderswo möglicherweise überhaupt nicht gegeben, wenn **Oberflächenwasser** schon immer einen **Preis** gehabt hätte. Nun wird sie also eingeführt, die Oberflächenwasserentnahmeabgabe, und wir befinden uns damit in durchaus ansehnlicher Gesellschaft mit anderen Bundesländern, mit dem Europäischen Parlament sowie dem Rat der Europäischen Union, der empfiehlt, zum Schutz der Binnenoberflächengewässer wirtschaftliche Instrumente einzusetzen.

Uns ist dabei besonders wichtig, dass die Hälfte der eingenommenen Mittel zweckgebunden in den Schutz und die Pflege der Oberflächengewässer zurückfließt. Damit kommt die privatwirtschaftliche Nutzung des Gemeingutes Wasser eben diesem Gut und damit der Allgemeinheit wieder zugute.

Frau Kollegin Aschmoneit-Lücke - sie ist gar nicht hier; na ja, egal -, man kann eine **Anhörung** ernst nehmen, auch wenn man nicht mit allen Beteiligten direkt im mündlichen Gespräch ist. So habe ich mir die Anhörungsunterlagen sehr genau angeschaut

(Zuruf der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

und besonders die Stellungnahme des Verbandes

(Irene Fröhlich)

Windenergie hat mich beflügelt - ich verstehe Sie nicht, deswegen rede ich jetzt einfach weiter -,

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist ja nichts Neues!)

mich intensiv damit auseinander zu setzen, welche Argumente uns dieser Verband an die Hand gegeben hat. So habe ich einmal nachgeprüft, ob es stimmt, was uns dieser Verband geschrieben hat, nämlich dass es gewisse **Genehmigungsauflagen** zum Beispiel für das **Atomkraftwerk Brokdorf** gibt, die aus meiner Sicht ökologisch bedeutsam sind.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Etwas mehr Ruhe bitte im Haus!

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich will Sie Ihnen hier vorstellen. So gehört in die Genehmigungsunterlagen für das Atomkraftwerk Brokdorf hinein, dass maximal 70 m^3 Wasser pro Sekunde aus der Elbe entnommen und nach Gebrauch im Stundenmittel bis zu 9° C erwärmt in die Elbe zurückgeleitet werden können und drüber hinaus durchaus radioaktiv kontaminiertes Abwasser aus dem Kraftwerksbetrieb in die Elbe einzuleiten ist.

Die ökologische Unbedenklichkeit hat dieses ganze Verfahren nur deswegen bekommen, weil das Wasser beim Austritt aus dem Atomkraftwerk verwirbelt wird, sodass es mit Sauerstoff angereichert wird. Dies ist einem Denken geschuldet, das ich als ökologisch hoch problematisch bezeichne.

Als meine Kollegin Monika Heinold bei der ersten Lesung des Gesetzes ökologische Gründe für die Einführung des OWAG nannte, konnte sie kaum weitersprechen ob des Protestes, der sich daraufhin erhob. Das hat - so meine ich - ideologische Gründe. Liebe Kolleginnen und Kollegen, hören Sie gut zu! Es mag ja sein, dass die **ökologischen Bedenken**, die einen angesichts der genannten Tatbestände beschleichen können, juristisch keine Rolle spielen. Aber ich sage Ihnen: Die Riesenwelse, die in dieser Badewanne mit Whirlpool wachsen können, möchte ich nicht essen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Müssen Sie auch nicht!)

Offenbar haben wir noch lange nicht gelernt, die Natur um ihrer selbst willen zu schützen, und verfahren mit Naturressourcen, wie es im Rahmen von Ausgleichslogik und Grenzwertdiskussionen juristisch gerade noch angeht.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Unruhe)

Solange das Wasser keinen Preis hat, wird sich daran leider nichts ändern.

Weil auch wir Verbraucherinnen und Verbraucher nur begrenzt leidensfähig sind, gewöhnen wir uns irgendwann an den Gedanken des **Restrisikos** und an die ängstlichen Fragen nach der Auswirkung von radioaktiver Niedrigstrahlung und gehen zur Tagesordnung über. Fische werden riesig unter solchen ökologischen Bedingungen und Menschen halten den Dauerstress von Schreckensmeldungen nicht aus.

(Unruhe)

Darum ist es richtig und gut, dass es vom 1. Januar 2001 an wenigstens das OWAG gibt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei SPD und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Harms!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Frau Fröhlich, Sie sind das einzige Restrisiko, das wir hier im Hause haben!)

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als erstes möchte ich mehrere Klarstellungen vorausschicken.

Wer im Gegensatz zu anderen Marktteilnehmern eine natürlich vorhandene **Ressource** kostenlos für sich nutzen kann, hat einen massiven Vorteil gegenüber den anderen Marktteilnehmern.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Derartige **Wettbewerbsvorteile** gegenüber anderen Marktteilnehmern müssen abgebaut werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wer wird denn gehindert?)

Mit Hilfe der **Oberflächenwasserentnahmeabgabe** wird dieser Vorteil abgeschöpft und so die Ausgangslage für alle Marktteilnehmer angeglichen, Herr Kubicki!

(Beifall bei SSW und SPD -Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist Quatsch! Wer wird denn gehindert?)

Steuern und Abgaben sind zum „Steuern" da. Deswegen heißt das so. Diese **Steuerung des Marktes** wird

(Lars Harms)

durch die Abgabe erreicht. Damit wird das Marktgeschehen erst wieder in Gang gesetzt.

(Herlich Marie Todsen-Reese [CDU]: Wir können doch froh sein, wenn wir mal einen Standortvorteil haben!)

Nur die Entnahme von Oberflächenwasser wird mit einer Abgabe belegt. Das heißt, nur die Entnahme führt zur Abgabepflicht. Alle anderen Nutzungen im Wasser und aus dem Wasser sind von der Abgabe von vornherein ausgenommen. Ich verweise hierbei noch einmal auf die Ausführungen von Herrn Jacobs.

Durch die Bagatellgrenze von 5.000 DM ist sozusagen auch eine soziale Komponente eingebaut. Das heißt, Betriebe, die sich unter dieser Bagatellgrenze befinden und denen dies nicht zugemutet werden kann, fallen aus der Abgabepflicht heraus.

Der Preis von 1,5 Pf pro Kubikmeter Wasser liegt in etwa im Mittelfeld der üblichen Preisspanne. Somit hat die Landesregierung den Bogen auch nicht überspannt, sondern geht sehr behutsam mit dieser Abgabe um.

Die Abgabe hat darüber hinaus die Wirkung, dass betroffene Betriebe mit der Ressource Wasser sparsam umgehen. Das heißt, dadurch, dass der Wassergebrauch mit einer Abgabe belegt wird, wird die **Sensibilität** für die Knappheit der **Ressource Wasser** erhöht.

(Beifall beim SSW - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit.

Lars Harms [SSW]:

Mit der Abgabe werden teilweise ökologische Projekte finanziert. Das heißt, die Abgabe hat mittelbar auch eine ökologische Komponente.

(Reinhard Sager [CDU]: Das sagt die Regierung aber nicht!)

Diese gerade aufgezählten Rahmenbedingungen, in denen sich die neue Abgabe bewegt, zeigen deutlich, dass man sorgsam mit der Abgabe umgegangen ist. Dass zum überwiegenden Teil Kraftwerksbetreiber die Abgabe zu zahlen haben, liegt nicht an der besonderen Zielsetzung, gerade diese Branche treffen zu wollen, sondern eher daran, dass man Ausnahmen und Befreiungen eingebaut hat.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr richtig!)

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass nicht nur Atomkraftwerke von der Abgabe betroffen werden, sondern alle Kraftwerksformen mit entsprechenden **Kühlkreisläufen**. Dies wird von vielen oft nicht realisiert. Das haben wir beim Redebeitrag von Frau Kollegin Sassen wieder schmerzlich erleben müssen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Worauf wir in der derzeitigen Haushaltssituation gespannt sein dürfen, ist, ob die Abgabe „nur" 46 Millionen DM, wie der Haushaltsentwurf aussagt, oder doch 62 Millionen DM, wie eine Schätzung aussagt, einbringt. Dass man sich hier noch nicht festlegt, hat wohl auch damit zu tun, dass man derzeit nicht genau weiß, wie sich die möglichen Einsparbemühungen der Betroffenen auswirken werden. Das zeigt aber auch, dass von Anfang an von Sparbemühungen in der Nutzung der Ressource Wasser ausgegangen wird.

Wir haben in den Ausschüssen die Abgabe beraten und eine schriftliche **Anhörung** durchgeführt, die jedoch keine neuen Erkenntnisse dahin gehend gebracht hat, ob es Defizite in der Form der Umsetzung der Abgabepflicht gibt. Gerade dies habe ich in der Landtagssitzung im Oktober angesprochen und von unserer Seite aus die Bereitschaft erklärt, durchaus noch einmal über die eine oder andere Formulierung im Gesetz zu reden, wenn sich zeigen sollte, dass es Defizite in den Formulierungen im Gesetzestext geben sollte.

Die einzigen Erkenntnisse der Anhörung aber waren die, dass die, die zahlen sollen, nicht zahlen wollen und die Organisationen, die die ökologische Komponente der Abgabe sehen, sich über diese freuen. Vielleicht war das auch nicht anders zu erwarten. Gleichwohl haben sich somit keine neuen Erkenntnisse in der Beratung ergeben. Daher wird der Entwurf des Gesetzes nun in unveränderter Fassung eingebracht und findet so auch unverändert die Zustimmung des SSW.

(Beifall bei SSW und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Minister Müller.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Der völlig überflüssige Umweltminister!)

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will einen letzten Versuch unternehmen - ich habe CDU und F.D.P. trotz ihrer Einlassungen noch nicht aufgegeben -, für Zustimmung zu dem Gesetz zu werben.

Sehr verehrte Frau Sassen, nur weil Ihr Verständnis von ökologischer Politik, was die **Schonung von**

(Minister Klaus Müller)

Wasserressourcen betrifft, nicht so weit reicht, können Sie nicht behaupten, dass das Gesetz keine ökologische Zielrichtung habe.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] - Widerspruch bei der CDU)

Das Gesetz hat sehr wohl eine ökologische Zielrichtung. Wir haben darüber sehr wohl im Landtag als auch im Umweltausschuss mehrfach miteinander diskutiert. Ich will das hier gern noch einmal wiederholen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Sager?

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Wenn die Frage ganz schnell geht. Versuchen wir es.

Reinhard Sager [CDU]: Ganz schnell, verehrter Herr Müller! Ist Ihnen bekannt, dass Ihre Staatssekretärin, Frau Dr. Berg, und der Staatssekretär für Finanzen, Herr Döring, beide im Finanzausschuss erklärt haben, eine ökologische Funktion habe diese Steuer überhaupt nicht?

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

- Ich komme gern dazu! Es ehrt mich, dass Sie meine Staatssekretärin gerade promoviert haben. So weit ist sie noch nicht. Aber ich leite dieses Kompliment gern weiter.

(Herlich Marie Todsen-Reese [CDU]: Was sagen Sie denn dazu?)

- Ich komme dazu! - In dem Gesetz haben wir eindeutig darauf hingewiesen, dass es mindestens zwei gute Gründe gibt, warum das Gesetz ökologisch begründet ist.

Erstens ist das die Zweckbindung. Ich wüsste gern, Frau Sassen, ob die Wasser- und Bodenverbände, die aus dieser Abgabe unter anderem mit 10 Millionen DM profitieren werden, wirklich so leichtfertig darüber hinweggehen würden und ob wir nicht einer Meinung sind, dass dies eine sinnvolle **ökologische Maßnahme** ist, die gefördert werden sollte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Zuruf der Abgeordneten Herlich Marie Todsen-Reese [CDU])

Zweitens. Sowohl die Kollegin Fröhlich als auch der Kollege Harms haben darauf hingewiesen, dass eine Abgabe auf die Nutzung von Oberflächengewässer ökologisch natürlich sinnvoll ist, dass sie dazu beiträgt, sparsam damit umzugehen.

(Herlich Marie Todsen-Reese [CDU]: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Das ist im Sinne der Umweltpolitik der Landesregierung, der Bundesregierung und der Europäischen Kommission.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Jetzt ist der Kollege Kerssenbrock eben nicht hinausgegangen, obwohl er schon an der Tür stand. Im Umweltausschuss sind Sie nach der Hälfte der Zeit gegangen, was ja einen guten Grund gehabt haben mag. Sie haben sich aber jetzt hier hingestellt und beklagt, dass Sie die ökologische Begründung für das Gesetz nicht mitbekommen haben. Das ist etwas dürftig. Ich wäre froh, wenn Sie bei der nächsten Gesetzesberatung komplett anwesend sind, wenn wir sie im Ausschuss durchführen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Zu der Frage, warum sowohl Frau Berg als auch Herr Döring darauf hingewiesen haben, dass die technische Konstruktion des Gesetzes - damit fallen all Ihre juristischen Bedenken in sich zusammen - absolut verfassungskonform ist! Erstens haben wir uns an **Baden-Württemberg** orientiert. Ich weise nochmals darauf hin: leider kein Land, das zurzeit rot-grün regiert wird!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Demnächst auch nicht!)

Zweitens ist genau dieses **Gesetz** durchgeklagt worden bis zum **Bundesverfassungsgericht** in Karlsruhe. Darum sind wir juristisch auf der sicheren Seite.

(Wortmeldung der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

- Nein, es tut mir Leid, mir läuft die Zeit weg!

Wir haben dieses Gesetz so konstruiert, dass wir de jure die **Vorteilsabschöpfung** - wie Herr Kollege Harms, wie Frau Kollegin Fröhlich das perfekt begründet haben - besteuern, weil wir den Vorteil, den die Betriebe haben, mit einer Abgabe belegen. Das ist juristisch sauber. Das ist ökonomisch vernünftig und ökologisch absolut sinnvoll.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

(Minister Klaus Müller)

Lassen Sie mich einen Satz zum **Pumpspeicherwerk Geesthacht** sagen. Auch ich habe durchaus Sympathie für dieses Pumpspeicherwerk. Lassen Sie uns einmal die Sympathie beiseite stellen und gucken, welches die Fakten sind. Auch wenn dieses Pumpspeicherwerk so schön es sein mag und wenn es noch so wichtig für die Region ist, so gibt es kein ökologisches Argument, dieses Pumpspeicherwerk herauszunehmen. Der Wirkungsgrad bei der Stromerzeugung liegt bei unter 30 %. Insofern gibt es eben kein ökologisches Argument, es herauszunehmen. In Zeiten eines liberalisierten Energiemarktes sind die Energiekonzerne auch anderweitig in der Lage, die Netzleistung, die Geesthacht bisher liefert, aus dem liberalisierten Netz zu beziehen.

(Zuruf von der CDU: Das hat damit überhaupt nichts zu tun!)

Es lohnt sich, ein Stück weit den **Kontext** zu betrachten, innerhalb dessen das Gesetz erlassen wird. Die Bundesregierung - darauf haben der Finanzminister und zahlreiche Rednerinnen und Redner heute hingewiesen - hat eine der größten **Steuerreformen** verwirklicht, die dieses Land je gesehen hat.

(Beifall des Abgeordneten Friedrich-Carl Wodarz [SPD] - Zuruf der Abgeordneten Herlich Marie Todsen-Reese [CDU])

Die Entlastung für Unternehmen und Bürger auf der einen Seite ist schön. Auf der anderen Seite müssen wir - das haben wir in vielen Bereichen schmerzhaft erfahren - mit Einsparungen darauf reagieren.

Wenn wir uns die Relation betrachten, ist es meines Erachtens absolut legitim, ein Stück der **Kompensation** für den Landeshaushalt auch durch eine neue Abgabe zu verwirklichen.

(Beifall bei der SPD - Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Aha!)

Im Verhältnis zu den Einsparungen ist die Erhöhung der Einnahmen durch den Erdölförderzins und die Oberflächenwasserabgabe absolut maßvoll und vernünftig. Auch bei allen betroffenen Unternehmen ist es nicht so, dass die Entlastung womöglich durch die Abgabe kompensiert werden würde. Ganz im Gegenteil: auch diese Unternehmen werden de facto durch die rot-grüne Politik in Berlin entlastet.

Was haben wir mit dem Gesetz gemacht? Ich will es noch einmal unterstreichen.

Erstens. Die **Bagatellgrenze** von 5.000 DM ist bundesweit einmalig. Sie ist ein Angebot an kleine und mittlere Unternehmen; sie ist ein Angebot zur Verwaltungsvereinfachungen, zur einfachen Abgabengesetzgebung; insofern ist sie richtig.

Zweitens. Ich möchte eindeutig unterstreichen: Wir machen nur die **Entnahme** abgabepflichtig. Das ist ganz wichtig. Nur die Entnahme ist abgabepflichtig, nicht die Ableitung. Dies ist ein Punkt, den viele Unternehmen, viele Verbandsstrukturen in diesem Bereich in den vergangenen Wochen leider nicht ausreichend gewürdigt haben. Ich wünschte mir, dass auch insofern in Zukunft vielleicht ein bisschen mehr juristischer Sachverstand zu Rate gezogen wird, wenn ein Gesetzgebungsverfahren kritisiert wird.

Ein drittes Argument in diesem Kontext: Die **Abgabesätze**, die wir vorschlagen und hoffentlich gleich beschließen werden, liegen bundesweit absolut im Durchschnitt. Es gibt eine Reihe von Ländern, die darüber liegen. Insofern kann man nicht davon sprechen, dass die Unternehmen in Schleswig-Holstein in unzumutbarer Art und Weise geschröpft würden.

Gestatten Sie mir einen Satz zum **Verfahren**. Das Verfahren war ordnungsgemäß. Es gab - wie Sie wissen - eine **Anhörung** im Umweltausschuss, und zwar in schriftlicher Form. Ich kann Ihnen aber versichern, dass sowohl meine Kolleginnen und Kollegen im Umweltministerium als auch ich selbst eine ganze Reihe von Gesprächen Auge in Auge, vis-à-vis, geführt haben. Insofern kann niemand sagen, dass mit den Betroffenen nicht gesprochen worden wäre.

Lassen Sie mich noch einen Satz zum Thema **Vertragstreue** sagen, Herr Kerssenbrock! Ich glaube, wir sind uns einig, dass sich in einer parlamentarischen Demokratie wohl Mehrheiten ändern können - das war zum Glück in Schleswig-Holstein zu einem bestimmten Zeitpunkt der Fall, wie ich anmerken möchte -, dass sich aber auch das öffentliche Bewusstsein ändert. Ich bin der Ansicht, dass sich das öffentliche Bewusstsein zur Schonung natürlicher Ressourcen geändert hat und dass deshalb auch in der **Bevölkerung** eine **Akzeptanz** hierfür vorhanden ist.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Minister, erlauben Sie noch eine Zwischenfrage?

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Nein, das tut mir Leid; sonst dauert es noch länger. - Ich denke, dass auch mancher Unternehmer im persönlichen Gespräch inzwischen durchaus so weit ist, dass er sagt: Ja, wenn es für mich persönlich vielleicht auch unangenehm sein mag - eine solche ökologische Abgabenpolitik macht durchaus Sinn.

Ein letzter Satz dazu: Richtig ist - das schmerzt den Umweltminister und ein bisschen auch den Finanzmi-

(Minister Klaus Müller)

nister -, dass die Höhe der **Einnahmen** aus der Abgabe sehr schwierig zu prognostizieren ist, weil die Entnahme des Wassers aus Oberflächengewässern allein aufgrund der Temperaturen unterschiedlich sein kann. Einige Grade Temperaturunterschied im Winter können durchaus dazu führen, dass mehr oder weniger Wasser entnommen wird und dementsprechend - je nach Menge - auch ein höherer oder geringerer Abgabebetrag gezahlt werden muss.

Wir haben uns bemüht, eine möglichst objektive **Schätzung** durchzuführen. Sie führt zu 46 Millionen DM prognostizierten Einnahmen im nächsten Jahr und zu 62 Millionen DM prognostizierten Einnahmen ab 2002. Ich bin der Ansicht, dass dieser Betrag vernünftig kalkuliert ist. Wir werden sehen, wie nahe wir der Schätzung gekommen sein werden.

Ich werbe immer noch um Ihre Zustimmung zu diesem Gesetz.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, die Redezeiten von Fraktionen und Regierung sind erschöpft. Wir wechseln jetzt in die „Abteilung § 56 Abs. 4".

Zu einem Kurzbeitrag hat sich Herr Abgeordneter Stritzl zu Wort gemeldet.

Thomas Stritzl [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir zwei kurze Anmerkungen, Herr Minister! Die Rede, die Sie gehalten haben, habe ich schon einmal gehört; damals ging es um das Abfallabgabengesetz. Auch dieses Gesetz ist an den verfassungsgerichtlichen Schranken gescheitert. Nehmen Sie bitte die Rede des Finanzministers nach der Entscheidung des **Bundesverfassungsgerichts** gleich mit auf; darin hat er nämlich gesagt, er habe gedacht, das Gesetz sei nur für die Zukunft verfassungswidrig, nicht aber für die Vergangenheit. Stellen Sie also doch gleich einmal die entsprechende Vorsorge in den Haushalt ein.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Meine zweite Anmerkung: Frau Ministerpräsidentin, Sie haben in Ihrer „Ich-bin-wieder-da-Rede" darauf hingewiesen, dass die CDU in Sachen „Sicherung der Arbeitsplätze" immer - wie haben Sie sich ausgedrückt? - neben den gesellschaftlichen Notwendigkeiten liege.

(Günter Neugebauer [SPD]: Ja, da hat sie Recht!)

Frau Ministerpräsidentin, Sie irren! Wir teilen Ihre Freude über jedes neu entstehende Callcenter - gar keine Frage! Wir weisen Sie nur darauf hin, dass dies kein Ersatz für die hoch qualifizierten **Arbeitsplätze** auf den **Werften** in unserem Lande ist. Diese im Lande Schleswig-Holstein zu erhalten, ist eine gesellschaftliche Notwendigkeit. Dazu sollten Sie sich bekennen.

Ich weise darauf hin, dass das, was Sie bisher auch den Werftarbeitern in dieser Frage zugemutet haben,

(Konrad Nabel [SPD]: Kalter Kaffee!)

nun wirklich dem Fass den Boden ausschlägt. Sich öffentlich hinzustellen und zu sagen, man könne die Verpflichtungsermächtigung - ab dem Jahr 2002 kassenwirksam - heute nicht beschließen, weil das den verfassungsrechtlichen Rahmen des Haushalts sprenge, ist in der Tat ein starkes Stück.

Ich darf Sie einmal fragen: War es nicht der Finanzminister dieses Landes, der gesagt hat, die **Werftenhilfe** sei ein **Investitionstitel**? Haben Sie den Titel nicht von einem Titel der Hauptgruppe 6 auf einen Titel der Hauptgruppe 8 umgestellt? Stimmt das oder stimmt das nicht? Wenn es ferner keinen Baransatz gibt, kann dies auch in keiner Weise die Verfassungsmäßigkeit dieses Haushalts infrage stellen.

Zum Zweiten: Sie bieten den Werften jetzt an, Auftragshilfe über Bürgschaften zu geben. Das gilt aber nur für bereits akquirierte Aufträge, nicht jedoch für zu akquirierende Aufträge, und um sie geht es. Es geht darum, dass wir mit einem Mittelansatz von zusätzlichen 40 Millionen DM ein Auftragsvolumen von 1 Milliarde DM in diesem Land halten können. Das müssen wir leisten, wenn wir an die Arbeitsplätze bei uns im Lande denken.

(Beifall bei CDU und F.D.P. sowie des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Da hilft es auch nicht, mit dem Bund Verstecken zu spielen nach dem Motto, Sie würden jetzt für das Verhältnis 50 : 50 eintreten. Warum tun denn das Ihre Genossen in Berlin nicht? Den Umlagebeschluss im Finanzausschuss gibt es bis zum heutigen Tage nicht.

Zum anderen: Was heißt denn „50 : 50"? Um eine Aufstockung des Bundesanteils kann es sich ja nicht handeln, weil der Bundeshaushalt gerade beschlossen worden ist. Also geht es doch um eine Absenkung des Landesanteils!

Es bleibt also dabei: Auch Ihre 50 : 50-Regelung führt dazu, dass ein Auftragsvolumen von 1 Milliarde DM

(Thomas Stritzl)

und damit Hunderttausende von Arbeitsstunden an den Schleswig-Holsteinischen Werften vorbei gehen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Kollege, Ihren Schlusssatz bitte!

Thomas Stritzl [CDU]:

Jawohl, mein Schlusssatz: Vorhin war der Kollege Neugebauer so freundlich, darauf hinzuweisen, was andere Bundesländer tun. Herr Kollege Neugebauer, der Bremer Senat hat heute bereits beschlossen, die schleswig-holsteinische Quote zu übernehmen, wenn wir nicht handeln. Das ist ein Export von Wirtschafts- und Arbeitskraft aus dem Lande Schleswig-Holstein hinaus. Das machen wir nicht mit. Deswegen sagen wir Ihnen: Arbeitsplätze statt Werftenreste muss die Devise sein; stimmen Sie deswegen unserem Antrag zu!

(Beifall bei CDU und F.D.P. sowie des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat zu einem weiteren Kurzbeitrag Herr Abgeordneter Geißler.

(Zurufe von der SPD: Oh! - Günter Neugebauer [SPD]: Die Reiterstaffel haben wir doch gar nicht mehr!)

Thorsten Geißler [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir bitte, dass ich Ihre Aufmerksamkeit noch drei Minuten zum Thema **innere Sicherheit** in Anspruch nehme, weil sich doch eine gewisse Zuspitzung der Situation an unseren Landgerichten - namentlich in Kiel und Lübeck - ergeben hat, die aus der Sicht meiner Fraktion ein Tätigwerden des Haushaltsgesetzgebers unerlässlich werden lässt.

Wir werben seit Jahren für eine Aufstockung der **Strafkammern** an den Landgerichten Kiel und Lübeck, weil wir Haftentlassungen nach § 121 der Strafprozessordnung, die es ja auch in Schleswig-Holstein schon gegeben hat, vermeiden wollen. Die Öffentlichkeit akzeptiert es nicht, wenn mutmaßliche Schwerkriminelle freigelassen werden müssen, weil der Staat nicht in der Lage ist, seine Justiz so zu organisieren, dass dem Beschleunigungsgebot Rechnung getragen werden kann.

Wer sich die Situation am Landgericht Kiel ansieht, der muss feststellen: Mit binnenorganisatorischen Maßnahmen ist die gegenwärtige Überlastung nicht mehr aufzufangen. Es kommt bereits heute dazu, dass mit **Hilfsstrafkammern** gearbeitet wird. Es kommt dazu, dass Nicht-Haftsachen nicht mehr zeitgerecht behandelt werden können. Es kommt dazu, dass die **Zivilgerichtsbarkeit** leidet, weil Strafsachen Vorrang eingeräumt werden muss und Hilfsstrafkammern gebildet werden.

Wir stellen heute einen Antrag zur Einzelabstimmung, der zum Ziel hat, die Bildung einer weiteren Strafkammer am Landgericht Kiel zu ermöglichen. Auch ich weiß, dass die Geschäftsverteilung Sache des Gerichts ist, aber wenn wir diese Stellen zur Verfügung stellen, wird das Gericht schon das Erforderliche veranlassen.

Wenn Sie diesen Vorschlag heute ablehnen und es im kommenden Haushaltsjahr zu Haftentlassungen nach § 121 der Strafprozessordnung wegen Überschreitens der Sechsmonatsgrenze kommt, dann sind ausschließlich und allein Sie dafür verantwortlich und werden das der Öffentlichkeit zu erklären haben.

Noch eine Anmerkung zu Ihrer Abteilung „Verpacken und Verkaufen", die ja sehr rührig ist. Die Justizministerin hat sich zu Beginn ihrer Amtszeit ein Bild von der desolaten Lage des Strafvollzugs in Schleswig-Holstein gemacht und hat selbstkritisch, was die gesamte Regierung betrifft - nicht ihre persönliche Leistung; die stand zum damaligen Zeitpunkt nicht zur Debatte -, angemerkt, dass sich hier etwas ändern muss, und hat Änderungen angekündigt. Dabei haben Sie natürlich auch unsere volle Unterstützung, Frau Ministerin!

Aber wie sieht die Realität aus? Es wird mit einem 111-Millionen-DM-Programm geworben. Im diesjährigen Haushalt werden gerade einmal 6,2 Millionen DM eingestellt. Im kommenden Haushaltsjahr sind es 22 Millionen DM und im Jahre 2003 sind es 24 Millionen DM. Der größte Teil - nämlich 57,7 Millionen DM - ist für die Jahre 2004 fort-folgende verplant. Bis heute wissen wir nicht, was 2004 sein wird. Bis wann erstreckt sich fort-folgend? Dann kann man auch 200-Millionen-DM- oder 300-Millionen-DM-Programme auflegen. Das ist eine Ausdehnung auf Legislaturperioden, von denen man weiß, dass diese Landesregierung dann nicht mehr im Amt sein wird - und der verantwortliche Minister schon gar nicht.

(Zurufe von der SPD)

Es gilt der **Grundsatz der Diskontinuität**. Das ist keine Missachtung des Wählerwillens, sondern eine Erinnerung an die verfassungsrechtliche Situation. Man kann nur sagen: verpacken und verkaufen, das können Sie wirklich. Ob aber wirkliche Fortschritte

(Thorsten Geißler)

erzielt werden, werden wir uns sehr genau ansehen. Daran werden wir Sie messen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Kayenburg das Wort.

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das ist kein weiterer Kurzbeitrag, sondern eine Erklärung zu unserem Abstimmungsverhalten beim Änderungsantrag, Drucksache 15/600 (neu) betreffend die **Veräußerung des Schlosses Plön**. Wir haben heute Morgen deutlich gemacht, dass uns die Informationen nicht transparent genug waren. Herr Kubicki hat völlig zu Recht das Verfahren kritisiert. Wir schließen uns dem inhaltlich voll an. Wir haben die Situation insgesamt problematisiert.

Wir werden uns deswegen bei der Abstimmung über diesen Tagesordnungspunkt heute enthalten, weil uns bis jetzt keine schriftlichen Unterlagen vorliegen. Wir haben bis heute kein Wertgutachten gesehen und wissen überhaupt nicht definitiv, dass ein solches Wertgutachten existiert. Wir setzen darauf, dass wir im Verlauf der Beratungen im Ausschuss weitere Informationen bekommen werden. Wir wollen den Ausschussberatungen nicht vorgreifen, sondern uns dort unsere konkrete Meinung bilden. Vor allem wollen wir im Ausschuss versuchen, den Erhalt des Internats bei einer entsprechenden privaten Trägerschaft in anderen Liegenschaften in Plön - wenn möglich - sicherzustellen. Aus diesem Grunde und aus Mangel an Information werden wir uns bei der Abstimmung über diesen Änderungsantrag enthalten.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(Wortmeldung des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Wir kommen jetzt zu den Abstimmungen. Herr Kubicki, Sie haben das Wort zur Geschäftsordnung.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist kein Redebeitrag. Das ist eine Erklärung zu unserem **Abstimmungsverhalten**, um es zu vereinfachen.

Herr Kollege Kayenburg, zunächst möchte ich auf den Antrag zur Drucksache 15/600 (neu) eingehen. Meine Fraktion wird diesem Antrag zustimmen, weil wir davon ausgehen, dass er nur die Zweckbindung für den Fall der Veräußerung des Schlosses Plön regeln soll. Das ist allen Beteiligten klar. Wir erklären uns damit ausdrücklich einverstanden und werden dem Antrag zustimmen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr gut!)

Herr Präsident, wir werden zur Verfahrensvereinfachung den Anträgen der CDU zustimmen.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Abenteuerlich!)

- Frau Kollegin Heinold, wenn Sie das wollen, rufen wir jeden einzelnen Punkt auf. Dann sitzen wir um 19:30 Uhr noch hier. Sie sind ja leidensfähig, deshalb machen wir das gern.

Zur Vereinfachung reicht es jedoch, wenn ich erkläre, dass wir den Anträgen zustimmen werden, obwohl wir in einzelnen Bereichen - zum Beispiel im Bereich der Finanzierung und der Frage der Deckungsbeiträge - im Finanzausschuss eine durchaus abweichende Haltung gegenüber der Union hatten. Im Übrigen gilt das umgekehrt genauso für einige Anträge von uns.

Herr Präsident, wir werden bei der Abstimmung über Einzelplan 02 unseren Antrag, der eine Einzelabstimmung über die B5-Abteilungsleiterstelle am Rechnungshof vorsah, für erledigt erklären. Wir ziehen diesen Antrag zurück, weil sich die Regierungsfraktionen entsprechend verhalten haben. Die Union macht das in gleicher Weise. Herr Präsident, als Kompensation zu dieser Maßnahme ziehen wir auch unseren Antrag zu Einzelplan 03 zurück.

Zum Einzelplan 06 - Schwerpunkt Werftenhilfe - haben wir eine namentliche Abstimmung beantragt. Hier handelt es sich um einen Antrag zur Änderung des Haushaltsgesetzes. Dazu muss ich eine kurze Erläuterung geben. Diese Änderung des Haushaltsgesetzes ist aus unserer Sicht nötig, weil wir bereits in 2001 unter Umständen Mittel, die für „ziel" vorgesehen sind, nicht verausgaben werden können, wenn sie für die Werftenhilfe dotiert werden müssen. Deshalb muss im Haushaltsgesetz eine entsprechende Norm verankert werden. Sonst bräuchten wir das nicht. Es geht nur um die Frage, wie sich das Finanzministerium verhalten darf. Darüber ist diskutiert worden. Es wurde gefragt, warum wir eine solche Änderung des Haushaltsgesetzes vorschlagen. Diese Änderung ist notwendig, weil sonst die Bindung des Finanzministeriums bestehen würde, die „ziel"-Mittel entsprechend auszugeben. Wenn wir das möglicherweise aufheben wollen, brauchen wir eine entsprechende Regelung im Gesetz. Daher dieser § 7 Abs. 28 Haushaltsgesetz 2001!

Präsident Heinz-Werner Arens:

Wir kommen jetzt zu den Abstimmungen. Zunächst lasse ich über den Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, CDU, F.D.P., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW zur Änderung des Abgeordnetengesetzes, Drucksache 15/518, in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung insgesamt abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich lasse jetzt über den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Oberflächenwasserabgabe, Drucksache 15/439, in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung insgesamt abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen?! - Enthaltungen? - Dieses Gesetz ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. beschlossen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und des Jugendförderungsgesetzes, Drucksache 15/524 (neu). Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 15/599, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dieser Änderungsantrag ist mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und SSW angenommen.

Zu dem Gesetzentwurf selbst ist namentliche Abstimmung beantragt worden. Ich lasse jetzt über den Gesetzentwurf in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung mit der soeben beschlossenen Änderung insgesamt abstimmen und bitte die Schriftführerin und den Schriftführer jetzt, die Namen aufzurufen.

(Namentliche Abstimmung)[1]

Meine Damen und Herren, ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt. Ja-Stimmen, 46, Nein-Stimmen, 41, Enthaltungen, keine. Der Gesetzentwurf ist damit angenommen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ferner empfiehlt der Innen- und Rechtsausschuss, den Bericht der Landesregierung zur Beschlussempfehlung des Sonderausschusses „Kommunales zur Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen dem Land und den Kommunen", Drucksache 15/526, zur Kenntnis zu nehmen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu den Abstimmungen über den Haushalt 2001. Ich werde zunächst den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/586, zur Abstimmung aufrufen, da dieser Antrag den gesamten Haushalt betrifft. Wer dem Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/586, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der F.D.P. abgelehnt worden.

Ich rufe Einzelplan 01 auf und lasse über die Änderungsanträge der Fraktion der CDU aus der Drucksache 15/587 (neu) - 2. Fassung -, Kapitel 0103, Wegfall der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten, sowie Kapitel 0104, Wegfall des Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der CDU zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen und CDU und F.D.P. abgelehnt worden.

Ich lasse über die Änderungsanträge der Fraktion der F.D.P., Drucksache 15/601, Nummern 1 bis 6, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Diese Änderungsanträge sind mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt worden.

Wer dem Einzelplan 01 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Einzelplan 01 ist einstimmig angenommen.

Ich rufe Einzelplan 02 auf und lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU - -

(Martin Kayenburg [CDU]: Das hat sich erledigt!)

- Zur Geschäftsordnung!

(Reinhard Sager [CDU]: Der Antrag der CDU-Fraktion Drucksache 15/594 hat sich erledigt!)

- Das ist der Änderungsantrag zum Titel 0201-422 01? Er ist erledigt?

(Reinhard Sager [CDU]: Ja!)

- Das ist hervorragend!

---

[1] Anlage 1

(Präsident Heinz-Werner Arens)

Dann gehe ich einen Punkt weiter.

Habe ich Herrn Abgeordneten Kubicki richtig verstanden, dass der Änderungsantrag Nummer 7 aus der Drucksache 15/601 zu Kapitel 0201 zurückgezogen ist?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ist auch erledigt!)

- Das ist erledigt!

Dann lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 15/603, zu Titel 0201-422 01, Bezüge der Beamtinnen und Beamten, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wer jetzt dem Einzelplan 02 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung mit der eben beschlossenen Änderung zustimmen will, bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist Einzelplan 02 ebenfalls einstimmig beschlossen.

Ich rufe jetzt Einzelplan 03 auf und lasse zunächst über die Änderungsanträge der Fraktion der CDU, Drucksache 15/587 (neu) - 2. Fassung -, Titel 0301-412 02, Aufwandsentschädigung für den Kinder- und Jugendbeauftragten, bis Titel 0301-685 05, Förderung ostseepolitischer Aktivitäten, abstimmen. Wer diesen Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Anträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt worden.

Der nächste Antrag auf Einzelabstimmung, der F.D.P.-Antrag, zu Titel 0301-422 01, ist ebenfalls zurückgezogen.

Dann lasse ich jetzt über die übrigen Änderungsanträge der Fraktion der F.D.P. - Nummern 9 bis 21 der Drucksache 15/601 - abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Auch diese Änderungsanträge sind mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt worden.

Wer dem Einzelplan 03 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 03 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen worden.

Ich rufe nun den Einzelplan 04 auf. Ich habe hier zunächst eine Einzelabstimmung durchzuführen, und zwar über zwei Änderungsanträge der Fraktion der CDU aus der Drucksache 15/587 (neu) - 2. Fassung -, wie ich einmal mehr betonen möchte. Ich rufe zunächst den Antrag zu Titel 0410-422 01, Personalausgaben (Polizei) auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dieser Änderungsantrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ich rufe jetzt den Änderungsantrag aus derselben Drucksache zu Titel 0410-422 03, Anwärterbezüge (für 160 weitere Polizeianwärter), auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Auch dieser Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Jetzt lasse ich über die übrigen Änderungsanträge der Fraktion der CDU aus der Drucksache 15/587 (neu) - 2. Fassung -, und zwar von Titel 0401-529 02, Zur Verfügung des Ministers für Kooperationsmaßnahmen im Ostseeraum, bis Titel 0407 TG 62, Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten, und von Titel 0410, Hauptgruppe 8, Investionsausgaben - für Kommunikationstechnik, Fahrzeuge, Datenverarbeitung -, bis Titel 0416-685 02, Impulsprogramm „Wärmetechnische Gebäudesanierung", abstimmen. Wer diesen Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt worden.

Ich lasse jetzt über die Änderungsanträge der Fraktion der F.D.P. Nummern 22 bis 57 aus der Drucksache 15/601 abstimmen. Wer diesen Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Diese Änderungsanträge sind mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt worden.

Wer dem Einzelplan 04 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 04 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich rufe auf Einzelplan 05. Ich lasse zunächst über die Änderungsanträge der Fraktion der CDU aus der Drucksache 15/587 (neu) - 2. Fassung - abstim-

(Präsident Heinz-Werner Arens)

men: Titel 0501-121 01, Einnahmen aus der Vergütung für die Inanspruchnahme der Zweckrücklagen der Investitionsbank Schleswig-Holstein, und Titel 0501-133 02, Einnahmen aus der Veräußerung von Beteiligungen des Landes. Wer diesen beiden Änderungsanträgen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Änderungsanträge der Fraktion der F.D.P., Nummern 58 bis 74 aus der Drucksache 15/601, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Diese Änderungsanträge sind mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 05 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Einzelplan 05 ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Meine Damen und Herren, bevor ich den Einzelplan 06 aufrufe, möchte ich den Antragsteller CDU fragen, ob Sie auf namentliche Abstimmung bei Titel 0602-892 05, Wettbewerbshilfen für schleswig-holsteinische Werften, bestehen. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir auch die namentliche Abstimmung beim entsprechenden F.D.P.-Antrag aufzurufen haben. Das ist von Herrn Abgeordneten Kubicki begründet worden. Können wir das mit einer namentlichen Abstimmung genug sein lassen? Oder müssen beide Male bei den Anträgen zu den Wettbewerbshilfen namentliche Abstimmungen durchgeführt werden?

(Heinz Maurus [CDU]: Wir brauchen beide namentlichen Abstimmungen!)

- Sie brauchen beide namentliche Abstimmungen?

(Unruhe - Zuruf von der SPD: Oho!)

- Herr Abgeordneter Kubicki, bitte!

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Ich möchte vonseiten der F.D.P.-Fraktion zur Beruhigung beitragen. Da wir davon ausgehen können, dass die Abstimmung den gleichen Sachverhalt betrifft und sich die Kollegen anschließend nicht damit herausreden können, dass es beim CDU-Antrag keinen Dekkungsvorschlag gegeben hat, können wir auf unseren Antrag auf namentliche Abstimmung verzichten.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Okay! Das werde ich dann entsprechend noch einmal so sagen.

Wir kommen dann zur Abstimmung über die Änderungsanträge der Fraktion der CDU. Namentliche Abstimmung ist angesagt über Titel 0602-802 05, Wettbewerbshilfen für schleswig-holsteinische Werften. Ich lasse über diesen Änderungsantrag abstimmen und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die Namen aufzurufen.

(Namentliche Abstimmung)[2]

Meine Damen und Herren, ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt. Mit Ja haben gestimmt 38, mit Nein 46, Enthaltungen 3. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die übrigen Änderungsanträge der Fraktion der CDU, Drucksache 15/587 (neu) - 2. Fassung -, abstimmen: Titel 0601-971 01, Zur Umschichtung von Bindungen zur Vermeidung von Ausgaberesten, und Titel 0604-752 63, Straßen- und Radwegebau. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Anträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ich habe es jetzt etwas einfacher. Durch Ihren Geschäftsordnungsantrag kann ich en bloc aufrufen: Wir stimmen jetzt ab über die Änderung des Haushaltsgesetzes, Einfügung des § 7 Abs. 28, in Verbindung mit dem Antrag zu Titel 0602-892 05, Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung Werftenhilfe.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Einzeln, aber nicht namentlich!)

- Darüber wollen wir jetzt abstimmen, aber ohne namentliche Abstimmung. Es dreht sich hier also um die Änderung des Haushaltsgesetzes, über die wir systematisch später abstimmen könnten - es macht hier aber mehr Sinn - in Verbindung mit dem Antrag zu Titel „Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung Werftenhilfe". Wer diesem F.D.P.-Antrag in dieser Kombination zustimmen will, den bitte um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und SSW abgelehnt.

Jetzt lasse ich über die übrigen Änderungsanträge der Fraktion der F.D.P., Nummern 75 bis 80 sowie 82 bis 93 in der Drucksache 15/601, abstimmen. Wer

[2] Anlage 2

(Präsident Heinz-Werner Arens)

zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Diese Anträge sind mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. ablehnt.

Ich lasse über den Einzelplan 06 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Einzelplan 06 ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. beschlossen.

Ich rufe den Einzelplan 07 auf und habe hier zunächst über mehrere Änderungsanträge der CDU in der Drucksache 15/587 (neu) - 2. Fassung -, einzeln abstimmen zu lassen. Zunächst über den Titel 0706-684 03, Erhöhung des Ansatzes des Verbandes politischer Jugend. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dieser Änderungsantrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

(Zurufe von der CDU)

Ich rufe einen weiteren Änderungsantrag aus dieser Drucksache auf, nämlich zu Titel 0706-686 01, Zuwendungen an Dritte für Veranstaltungen der politischen Bildung. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? -

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist ebenfalls mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt worden.

Wir kommen zu einem weiteren Änderungsantrag aus dieser Drucksache, und zwar zu Titel 0710-684 09, Leistungen für stundenweise zu erteilenden Unterricht - Betreute Grundschule. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Auch dieser Änderungsantrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

(Unruhe)

Vierter Einzelantrag aus dieser Drucksache zu Kapitel 0720 - meine Damen und Herren, vielleicht haben Sie noch bisschen Aufmerksamkeit und Konzentration -, neuer Titel: High-Potential-Pool zur Förderung besonderer Maßnahmen im Bereich Innovation und Profilbildung! Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Auch dieser Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die übrigen Änderungsanträge der Fraktion der CDU aus der Drucksache 15/587 (neu) - 2. Fassung -, von Kapitel 0710, MG 01, Umsetzung des Programms Stärkung der schulischen Eigenverantwortung, bis zu Titel 0740-686 01, Kulturarbeit und Büchereiwesen der deutschen Minderheit in Nordschleswig - mit Ausnahme der eben abgelehnten Anträge -, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Diese Änderungsanträge sind mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ich lasse über die Änderungsanträge der Fraktion der F.D.P., Nummern 94 bis 136 in der Drucksache 15/601, abstimmen. Wer diesen Änderungsanträgen zustimmen will will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Diese Anträge sind mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ich lasse über den Einzelplan 07 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Einzelplan 07 ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. beschlossen.

Ich rufe den Einzelplan 08 auf. Zunächst Einzelabstimmung über einen Titel aus dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/587 (neu) - 2. Fassung -: 0802-684 07, An die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e. V! Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen?

(Zuruf von der CDU)

- Verbraucher hin und zurück! - Dieser Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die übrigen Änderungsanträge der Fraktion der CDU, Drucksache 15/587 (neu) - 2. Fassung -, Titel 0802-683 01, Zuschüsse für Vermarktungskosten im ökologischen Landbau, Titel 0802-686 03, Landwirtschaftliche Betriebshilfe, und Titel 0812-523 04, Treibselbeseitigung, abstimmen. Wer diesen Anträgen zustimmen will, den bitte um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Diese Anträge sind mit den Stimmen von

(Präsident Heinz-Werner Arens)

SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. bei Enthaltung des SSW abgelehnt.

Ich lasse über die Änderungsanträge der F.D.P., Nummern 137 bis 149 der Drucksache 15/601, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Diese Anträge sind mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ich lasse über den Einzelplan 08 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Einzelplan 08 ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 09 auf. Zunächst zwei Einzelabstimmungen über folgende Titel aus dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/587 (neu) - 2. Fassung -: zunächst Titel 0902-422 01, Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Zweiter Änderungsantrag hieraus: Titel 0909, MG 20, Förderung der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? -

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

Dieser Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über die übrigen Änderungsanträge der Fraktion der CDU, Drucksache 15/587 (neu) - 2. Fassung -, nämlich Titel 0903-422 01, Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten, bis Titel 0909-684 05, Zuschüsse an Verbände der Freien Wohlfahrtspflege - mit Ausnahme der eben abgelehnten Anträge -, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Änderungsanträge mit den Stimmen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ich lasse über die Änderungsanträge der Fraktion der F.D.P., Nummern 150 bis 174 aus Drucksache 15/601, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit sind die Anträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 09 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Einzelplan 09 ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 10 auf. Zunächst Einzelabstimmung über folgenden Titel aus dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/587 (neu) - 2. Fassung: 1005-893 08 -, An Verbände der freien Wohlfahrtspflege! Wer dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ich lasse über die übrigen Änderungsanträge der Fraktion der CDU aus Drucksache 15/587 (neu) - 2. Fassung - von Titel 1002-684 61, Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauchs, bis Titel 1004-683 16, Beratungsgesellschaft für Beschäftigung, sowie von 1005 MG 04, Internationales Jahr der Freiwilligen, bis Titel 1016-684 04, Förderung von Verbänden und Vereinen für die Ausbildung in der Altenpflege - abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit sind die Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ich lasse über die Änderungsanträge der Fraktion der F.D.P., Nummern 175 bis 198 aus Drucksache 15/601, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit sind die Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ich lasse über Einzelplan 10 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist Einzelplan 10 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich rufe Einzelplan 11 auf und lasse zunächst über die Änderungsanträge der Fraktion der CDU aus Drucksache 15/587 (neu) - 2. Fassung - von Titel 1102-613 06, Schlüsselzuweisungen, Titel 1111-131 01 bis Titel 1115-913 01, Zuführung an die

(Präsident Heinz-Werner Arens)

Rücklage zur Verminderung des Kreditbedarfs, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit sind die Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. bei Enthaltung des SSW abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P., Nummer 199 aus Drucksache 15/601, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 15/602, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und SSW angenommen.

Ich lasse jetzt über Einzelplan 11 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung mit der soeben beschlossenen Änderung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Einzelplan mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. bei Enthaltung des SSW angenommen.

Ich rufe Einzelplan 12 auf. Wer diesem Einzelplan in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist Einzelplan 12 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich rufe Einzelplan 13 auf. Zunächst Einzelabstimmung über folgende Titel aus dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/587 (neu) - 2. Fassung -: Titel 1302-685.16, An Vereine und Verbände für die Betreuung von Schutzgebieten. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ich lasse über einen weiteren Einzelantrag aus der Drucksache abstimmen, nämlich über Titel 1309 TG 64, Betrieb von Jugendwaldheimen. Wer diesem Einzelantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die übrigen Änderungsanträge der Fraktion der CDU aus Drucksache 587 (neu) - 2. Fassung - von Titel 1301-533 04, Werkverträge zur Erarbeitung einer Landesnachhaltigkeitsstrategie, bis zur Einfügung eines neuen Titels „Handbuch 'Naturschutz'" - natürlich mit Ausnahme der eben abgelehnten Titel -, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ich lasse über die Änderungsanträge der Fraktion der F.D.P., Nummern 200 bis 250 aus Drucksache 15/601, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit sind die Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ich lasse jetzt über Einzelplan 13 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist Einzelplan 13 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Meine Damen und Herren, ich weise Sie darauf hin, dass durch die Annahme von Änderungsanträgen das Haushaltsvolumen in § 1 des Haushaltsgesetzes 18.411.211.800 DM, die Verpflichtungsermächtigungen 1.232.488.000 DM und die Kreditermächtigungen in § 2 des Haushaltsgesetzes 3.886.399.900 DM betragen. Der Haushaltsansatz bei Titel 1112-325 01, MG 01, ändert sich nicht. Er beträgt entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses 923.467.300 DM.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 15/600 (neu), abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und F.D.P. bei Enthaltung der Fraktion der CDU angenommen.

Erst jetzt käme pflichtgemäß der Hinweis auf die eben genannten Zahlen. Sie haben das aber sicherlich richtig verarbeitet.

Wer dem Gesetzentwurf mit den bekannten Informationen in der vom Ausschuss empfohlenen Fas-

(Präsident Heinz-Werner Arens)

sung mit der soeben beschlossenen Änderung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann stelle ich fest: Das Haushaltsgesetz 2001 ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

(Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: So weit sind wir noch nicht!)

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Haushaltsgesetz 2001, dem Gesamtplan und den Einzelplänen in der vom Finanzausschuss empfohlenen Fassung mit den heute beschlossenen Änderungen zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit stelle ich fest: Der Haushalt 2001 ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. beschlossen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich will mich dem Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anschließen und ausdrücklich die Landtagsverwaltung einbeziehen, dass wir den Fahrplan noch so gut über die Bühne bringen konnten. Ich schließe diese Tagesordnungspunkte und schließe damit für heute die Beratungen.

Die Sitzung wird morgen früh um 10 Uhr wieder eröffnet werden. Ich wünsche einen schönen Feierabend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:52 Uhr

Anlage 1

Namentliche Abstimmung
18. Sitzung am 13. Dezember 2000
über die Drucksache 15/524 (neu)
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und des Jugendförderungsgesetzes
Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
(Seite 1364 des Plenarprotokolls)

Name	Abstimmung
SPD	
Heinz-Werner Arens	Ja
Holger Astrup	Ja
Wolfgang Baasch	Ja
Hermann Benker	Ja
Andreas Beran	Ja
Gisela Böhrk	Ja
Peter Eichstädt	Ja
Ute Erdsiek-Rave	Ja
Rolf Fischer	Ja
Ingrid Franzen	Ja
Wolfgang Fuß	Ja
Renate Gröpel	Ja
Lothar Hay	Ja
Birgit Herdejürgen	Ja
Dr. Ulf von Hielmcrone	Ja
Astrid Höfs	Ja
Dr. Henning Höppner	Ja
Helmut Jacobs	Ja
Arno Jahner	Ja
Ursula Kähler	Ja
Gudrun Kockmann-Schadendorf	Ja
Dr. Gabriele Kötschau	Ja
Maren Kruse	Ja
Wilhelm-Karl Malerius	Ja
Heide Moser	Ja
Klaus-Dieter Müller	Ja
Konrad Nabel	Ja
Günter Neugebauer	Ja
Helmut Plüschau	Ja
Gerhard Poppendiecker	Ja
Klaus-Peter Puls	Ja
Sandra Redmann	Ja
Ulrike Rodust	Ja
Thomas Rother	Ja
Anna Schlosser-Keichel	Ja
Bernd Schröder	Ja
Jutta Schümann	Ja
Heide Simonis	Ja
Siegrid Tenor-Alschausky	Ja
Jürgen Weber	Ja
Friedrich-Carl Wodarz	Ja
CDU	
Hans-Jörg Arp	Nein
Claus Ehlers	Nein
Uwe Eichelberg	-
Sylvia Eisenberg	Nein
Jürgen Feddersen	Nein
Torsten Geerdts	Nein
Thorsten Geißler	Nein
Claus Hopp	Nein
Jost de Jager	Nein
Peter Jensen-Nissen	Nein
Werner Kalinka	Nein
Martin Kayenburg	Nein
Dr. Trutz Graf Kerssenbrock	Nein
Helga Kleiner	-
Klaus Klinckhamer	Nein
Peter Lehnert	Nein
Heinz Maurus	Nein
Manfred Ritzek	Nein
Reinhard Sager	Nein
Ursula Sassen	Nein
Jutta Scheicht	Nein
Klaus Schlie	Nein
Brita Schmitz-Hübsch	Nein
Monika Schwalm	Nein
Caroline Schwarz	Nein
Berndt Steincke	Nein
Gero Storjohann	Nein
Roswitha Strauß	Nein
Thomas Stritzl	Nein
Frauke Tengler	Nein
Herlich Marie Todsen-Reese	Nein
Dr. Johann Wadephul	Nein
Rainer Wiegard	Nein
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Angelika Birk	Ja
Irene Fröhlich	Ja
Monika Heinold	Ja
Karl-Martin Hentschel	Ja
Rainder Steenblock	Ja
F.D.P.	
Christel Aschmoneit-Lücke	Nein
Joachim Behm	Nein
Dr. Heiner Garg	Nein
Dr. Christel Happach-Kasan	Nein
Günther Hildebrand	Nein
Dr. Ekkehard Klug	Nein
Wolfgang Kubicki	Nein
SSW	
Lars Harms	Nein
Silke Hinrichsen	Nein
Anke Spoorendonk	Nein
Zusammenstellung:	
Abgegebene Stimmen	87
davon	
Jastimmen	46
Neinstimmen	41
Enthaltungen	

Anlage 2

Namentliche Abstimmung
18. Sitzung am 13. Dezember 200
über die Drucksache 15/587 (neu)
Änderungsantrag der Fraktion der CDU zu Titel 0602-892 05, Wettbewerbshilfen für Schleswig-Holstein
(Seite 1366 des Plenarprotokolls)

Name	Abstimmung
SPD	
Heinz-Werner Arens	Nein
Holger Astrup	Nein
Wolfgang Baasch	Nein
Hermann Benker	Nein
Andreas Beran	Nein
Gisela Böhrk	Nein
Peter Eichstädt	Nein
Ute Erdsiek-Rave	Nein
Rolf Fischer	Nein
Ingrid Franzen	Nein
Wolfgang Fuß	Nein
Renate Gröpel	Nein
Lothar Hay	Nein
Birgit Herdejürgen	Nein
Dr. Ulf von Hielmcrone	Nein
Astrid Höfs	Nein
Dr. Henning Höppner	Nein
Helmut Jacobs	Nein
Arno Jahner	Nein
Ursula Kähler	Nein
Gudrun Kockmann-Schadendorf	Nein
Dr. Gabriele Kötschau	Nein
Maren Kruse	Nein
Wilhelm-Karl Malerius	Nein
Heide Moser	Nein
Klaus-Dieter Müller	Nein
Konrad Nabel	Nein
Günter Neugebauer	Nein
Helmut Plüschau	Nein
Gerhard Poppendiecker	Nein
Klaus-Peter Puls	Nein
Sandra Redmann	Nein
Ulrike Rodust	Nein
Thomas Rother	Nein
Anna Schlosser-Keichel	Nein
Bernd Schröder	Nein
Jutta Schümann	Nein
Heide Simonis	Nein
Siegrid Tenor-Alschausky	Nein
Jürgen Weber	Nein
Friedrich-Carl Wodarz	Nein
CDU	
Hans-Jörg Arp	Ja
Claus Ehlers	Ja
Uwe Eichelberg	-
Sylvia Eisenberg	Ja
Jürgen Feddersen	Ja
Torsten Geerdts	Ja
Thorsten Geißler	Ja
Claus Hopp	Ja
Jost de Jager	Ja
Peter Jensen-Nissen	Ja
Werner Kalinka	Ja
Martin Kayenburg	Ja
Dr. Trutz Graf Kerssenbrock	Ja
Helga Kleiner	-
Klaus Klinckhamer	Ja
Peter Lehnert	Ja
Heinz Maurus	Ja
Manfred Ritzek	Ja
Reinhard Sager	Ja
Ursula Sassen	Ja
Jutta Scheicht	Ja
Klaus Schlie	Ja
Brita Schmitz-Hübsch	Ja
Monika Schwalm	Ja
Caroline Schwarz	Ja
Berndt Steincke	Ja
Gero Storjohann	Ja
Roswitha Strauß	Ja
Thomas Stritzl	Ja
Frauke Tengler	Ja
Herlich Marie Todsen-Reese	Ja
Dr. Johann Wadephul	Ja
Rainer Wiegard	Ja
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Angelika Birk	Nein
Irene Fröhlich	Nein
Monika Heinold	Nein
Karl-Martin Hentschel	Nein
Rainder Steenblock	Nein
F.D.P.	
Christel Aschmoneit-Lücke	Ja
Joachim Behm	Ja
Dr. Heiner Garg	Ja
Dr. Christel Happach-Kasan	Ja
Günther Hildebrand	Ja
Dr. Ekkehard Klug	Ja
Wolfgang Kubicki	Ja
SSW	
Lars Harms	Enthaltung
Silke Hinrichsen	Enthaltung
Anke Spoorendonk	Enthaltung

Zusammenstellung:

Abgegebene Stimmen	87
davon	
Jastimmen	38
Neinstimmen	46
Enthaltungen	3